



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 82. Sitzung - endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 4. Juli 2024, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Nichtöffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Dr. Werner Ader Leiter der Abteilung LB im Bundesnachrichtendienst (Beweisbeschluss Z-93)	siehe Stenogr. Protokoll 82 II
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Tania Freiin von Uslar-Gleichen Ehemalige Vizepräsidentin des Bundesnachrichtendienstes (Beweisbeschluss Z-94)	9
Dr. Bruno Kahl Präsident des Bundesnachrichtendienstes (Beweisbeschluss Z-95)	70
Petra Sigmund Leiterin der Abteilung „Asien und Pazifik“ im Auswärtigen Amt (Beweisbeschluss Z-96)	127

Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.04 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fahren mit dem öffentlichen Teil der 82. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige wenige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ich habe jetzt hier Auftaktaufnahmen zugelassen, aber das bezieht sich immer auf die Zeit, bevor die Sitzung beginnt. Und aus gegebenem Anlass und auch angesichts zunehmender Bekanntheit unserer Zeugen wird diesem Hinweis jetzt immer besondere Dringlichkeit gegeben.

Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Nichtöffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Werner Ader

Leiter der Abteilung LB im
Bundesnachrichtendienst
(Beweisbeschluss Z-93)

Öffentliche Zeugenvernehmung

Tania Freiin von Uslar-Gleichen

Ehemalige Vizepräsidentin des
Bundesnachrichtendienstes
(Beweisbeschluss Z-94)

Dr. Bruno Kahl

Präsident des Bundesnachrichtendienstes
(Beweisbeschluss Z-95)

Petra Sigmund

Leiterin der Abteilung „Asien und Pazifik“ im Auswärtigen Amt
(Beweisbeschluss Z-96)

Den Zeugen Dr. Werner Ader haben wir heute bereits in eingestufter Sitzung vernommen.

Wir werden die Zeugen in der öffentlichen Sitzung in dieser Reihenfolge vernehmen.

Die Vernehmungen werden wir heute voraussichtlich wegen Wahlen zu Gremien gegen 14.45 Uhr unterbrechen müssen. Wir versuchen, das mit den Pausen dann anzupassen.

Vernehmung der Zeugin Tania von Uslar-Gleichen

Ich begrüße unsere zweite Zeugin, Tania Freiin von Uslar-Gleichen, die bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau von Uslar-Gleichen, Sie haben den Erhalt der Ladung am 24. April bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen, bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen, und gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrem runden Geburtstag, den Sie nach meinem Kenntnisstand gestern hatten, wenn ich das dem richtig entnommen habe. Ich frage Sie nachher noch zur Person, dann können wir das genauer klären. Aber ich wollte das doch gesagt haben.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin textgleich vor.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit



Nur zur dienstlichen Verwendung

widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

(Die Zeugin schüttelt
den Kopf)

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt. Und es ist gut, laut und deutlich zu sprechen, damit man Sie versteht. Aber Sie merken, die Anlage hier ist deutlich besser als die in dem Raum, den wir gerade hatten.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über

den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu entscheiden. Es handelt sich jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis, und ich weise ausdrücklich darauf hin, dass der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang hat. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein. Darüber entscheidet der Ausschuss, und er ist da eher streng.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend - oder wenn Sie darauf verzichten - werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Haben Sie zum Ablauf noch Fragen?

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Entschuldigung, auf was kann ich verzichten oder auch nicht verzichten?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein längeres Statement abzugeben zu Beginn, wenn Sie das wünschen.

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir können auch unmittelbar mit den Fragen beginnen; das entscheiden Sie selbst. Das Recht dazu haben Sie. Das wollte ich Ihnen sagen.

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Ich würde gerne ein Eingangsstatement abgeben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Bevor wir das aber tun, befassen wir uns dann doch noch mal mit Ihrer Person, und Sie sind so freundlich,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, herzlichen Dank. - Tania Freiin von Uslar-Gleichen. Das Alter haben Sie leider ins Gespräch gebracht. In der Tat, ich bin gestern 60 geworden, und ich weiß nicht, ob das schlimmer ist oder heute befragt zu werden; wird sich rausstellen. Ladungsfähige Anschrift übers Auswärtige Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin. - Habe ich was vergessen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir versuchen, es so einzurichten, dass Sie es als nachträgliches Geburtstagsgeschenk betrachten.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir schauen mal, wie weit uns das gelingt. - Dann würde ich Ihnen gerne noch sagen, dass, wenn Ihnen Vorhalte gemacht werden, der Fragesteller oder die Fragestellerin Ihnen natürlich die Akte gern zur Verfügung stellt.

Und mein Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen, nur falls es der eine oder die andere vergessen haben sollte: Wenn wir Fragen stellen und aus Akten zitieren, bitte ich darum, die MAT-Nummer zu Beginn zu nennen, sodass man den Ausführungen auch folgen kann, und die Fragen möglichst in offener Form, nicht suggestiv zu stellen. Dann muss ich weniger einschreiten - was ich ja ungern tue. - Gut. So weit zu den Präliminarien.

Und dann, Frau Zeugin, hätten Sie Gelegenheit, zu Beginn ein Eingangsstatement zu machen. Bitte schön.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich für die Möglichkeit, dass ich jetzt gleich zu Beginn der Zeugenbefragung ein paar Informationen aus meiner Blickwarte an den Anfang stellen darf.

Wie Sie wissen, stellt das Auswärtige Amt wie auch das BMVg einen von drei Vizepräsidenten des BND. Ich habe diese Rolle im Juli 2019 übernommen und bis Februar 2022 innegehabt und das als ein großes Privileg empfunden. Ich war damals in der Linie verantwortlich für den Geschäftsbereich 2, der vier Abteilungen, die gesamte Auswertung und große Teile der Beschaffung des BND umfasste, dazu Kontakte mit anderen internationalen Nachrichtendiensten.

Diese Strukturen gibt es jetzt so nicht mehr. Der BND hat sich inzwischen modernisiert und umfassend neu aufgestellt, und auch die Rolle der Vizepräsidenten ist seitdem eine andere geworden, sodass ich hoffe, dass ich hier allenfalls historische Geheimnisse preisgegeben habe.

Zu meinen Aufgaben gehörte es, die Informationsinteressen der Bedarfsträger - und das sind in allererster Linie gewesen: das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das BMVg, aber auch der Deutsche Bundestag - bei der Aufgabenerfüllung des BND zu berücksichtigen und für eine adressatengerechte Ausgangsberichterstattung oder auch für entsprechende Briefings zu sorgen.

Das habe ich nicht als Fachmann in den einzelnen Dossiers getan. Ich bin auch in meiner Zeit im BND kein Afghanistan-Experte geworden, sondern das habe ich getan vielmehr als jemand, der die politische Perspektive einbringen sollte.

Das Thema Afghanistan und die Ereignisse um den August 2021 haben meine Tätigkeit geprägt. Der Untersuchungszeitraum dieses Ausschusses fällt mitten in meine Amtszeit. Ich selbst habe Afghanistan im November 2019 besucht und war in Kabul, Herat, Masar-i-Scharif und im Camp Marmal und habe da die tollen Kolleginnen und Kollegen kennengelernt und ihre Arbeitsbedingungen vor Ort erlebt, aber auch die damals bereits sehr angespannte Sicherheitslage. Ich muss sagen, nicht zuletzt die Reise dorthin, das Erleben der Arbeit vor Ort hat mich dazu geführt, die Afghanistan-Themen in meiner Amtszeit sehr eng zu begleiten, und die katastrophalen Entwicklungen, die wir dann gesehen haben, haben mich auch tief getroffen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Um die Rahmenbedingungen etwas zu schildern, würde ich gern noch darauf hinweisen, dass Afghanistan natürlich nicht das einzig schwerwichtige Thema war, was wir in der Zeit bearbeitet haben. In den Zeitraum des Untersuchungsausschusses fällt vor allem Corona. Ich bin sicher nicht die Erste und Einzige, die das erwähnt hat, aber die Arbeitsfähigkeit des BND in dieser Zeit nachhaltig sicherzustellen - der BND ist ein in sich geschlossenes Sicherheitssystem -, war, glaube ich, für den BND eine größere Herausforderung, noch größere Herausforderung als für viele andere Häuser.

Wir haben die Zeit, in der wir alle etwas gegroundet waren in der Coronazeit, auch dafür genutzt, um einen internen Modernisierungsprozess zu starten und zu reflektieren, wie wir unsere Abläufe, Strukturen, Arbeitsweisen und auch Ergebnisse optimieren können.

In der Zeit um Ostern 2021 herum, parallel zu dem US-Review seiner Afghanistan-Politik, warf auch schon der russische Angriffskrieg auf die Ukraine seine ersten Schatten voraus in Form eines Großaufmarschs russischer Truppen an der ukrainischen Grenze, und das Thema hat uns seitdem dann nicht mehr losgelassen. Russisches Engagement auch in der Sahelzone hat uns beschäftigt, seine möglichen Auswirkungen auf die EU-Präsenz und die VN-Präsenz in der Sahelzone zum Beispiel. Die Liste könnte ich noch ewig fortsetzen.

Lassen Sie mich zum Abschluss meines Eingangsstatements noch mal auf Afghanistan zurückkommen. Ich habe - natürlich aus der Sicherheit Berlins heraus - miterlebt, mit welchem Engagement und auch persönlichem Mut jeder Einzelne vor Ort sich um die Sicherheit der Menschen, insbesondere unseres deutschen Personals, aber auch deutscher Staatsangehöriger und Ortskräfte, eingesetzt hat, und dies stets auch mit großem Risiko für das eigene Leben; das hat sich ja besonders in den letzten Tagen manifestiert.

Das sind Eindrücke, die mir besonders geblieben sind aus der Zeit. Und im Zuge der Vorbereitungen auf diese Aussage habe ich gemerkt, wie viele Details auch verloren gegangen sind; aber

das blieb mir. Viele Details sind durch neue Aufgaben, neue Pflichten, neue Herausforderungen überlagert worden. Ich habe mein Bestes getan, mir das wieder in Erinnerung zu rufen, was damals war.

Der Bundesnachrichtendienst hat meiner Meinung nach seinen Abnehmern über Jahre aktuelle und belastbare Lageeinschätzungen geliefert, auch zur Situation in Afghanistan, und seine Expertise war und ist hochgeschätzt, national wie international.

Die Treffsicherheit von Prognosen lässt sich am besten im Rückblick bewerten, und da war der Track Record des BND gut. Das gilt auch für die Prognose der wahrscheinlichsten Entwicklung, die Afghanistan nehmen würde, aber nicht für die unglaubliche Geschwindigkeit, in der diese Ereignisse dann eingetreten sind. Ich gehe davon aus, dass das auch der Schwerpunkt Ihrer Fragen an mich sein wird.

Ich bin überzeugt, dass wir damals alle unser Bestes gegeben haben. Ich bin erleichtert, dass die Evakuierung des noch vor Ort befindlichen deutschen Personals auch unter tatkräftiger Mitwirkung von Kolleginnen und Kollegen des BND erfolgreich war und dass auch wir alle unsere afghanischen Ortskräfte in Sicherheit bringen konnten. Ich bin mir aber auch bewusst, dass es viele Geschichten zu berichten gilt, die nicht so gut ausgegangen sind. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Zeugin. - Dann beginnen wir mit der ersten Runde, und es fängt an die SPD-Fraktion, die Frau Kollegin Sthamer.

Nadja Sthamer (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Zeugin! Ganz zu Beginn: Sie hatten es gerade schon gesagt, Sie haben sich auf die Sitzung vorbereitet. Da würde mich natürlich zuerst interessieren: Wie genau haben Sie sich denn auf die heutige Sitzung vorbereitet?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, vielen herzlichen Dank. - Wie man es macht: Man geht erst mal in sich und überlegt, an was erinnert



Nur zur dienstlichen Verwendung

man sich noch. Und dann bin ich natürlich mit meiner alten Dienststätte, dem BND, in Kontakt getreten, und die haben mir in ganz großartiger Arbeit die Akten zusammengestellt, die in meiner Zeit entstanden sind, die zum Teil über meinen Schreibtisch gegangen sind, von denen der Dienst meinte, ich müsste sie wissen. Das war so viel.

(Die Zeugin macht eine Handbewegung)

Ich habe dann mit großem Mut zur Lücke versucht, mir die Dinge anzugucken, und ich habe auch versucht, zu antizipieren, wo können Ihre Fragen hingehen, und da genauer hingeschaut.

Auswärtiges Amt - ich bin ja jetzt wieder zurück im Auswärtigen Amt - und BND haben mit mir ein informatorisches Zeugengespräch zur Einstimmung geführt, und ich hoffe, dass ich gut vorbereitet bin.

Nadja Sthamer (SPD): Der Schwerpunkt unseres Interesses liegt ja bekanntlich auf der BND-Berichterstattung zu Afghanistan im Juli und im August 2021. Gleichzeitig ist das eine übliche Urlaubszeit. Daher möchte ich Sie zunächst fragen, ob Sie im Juli und im August urlaubsbedingte Abwesenheitszeiten hatten oder die ganze Zeit im Dienst waren.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich hätte in der zweiten Hälfte August Urlaub gehabt. Das ist dann aus bekannten Gründen nicht passiert. Also ich habe keinen Urlaub gehabt, ich war da.

Nadja Sthamer (SPD): Und Sie hatten es vorhin schon gesagt, Sie waren von 2019 im Juli bis Ende Februar 2022 Vizepräsidentin. Sie haben Ihre Aufgaben ja schon beschrieben, aber vielleicht können Sie noch mal präzisieren, wie genau Sie in die Organisation des BND eingebunden waren.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, damals - und das war in meiner Amtszeit eine Neuerung, die eingetreten war, die es aber auch inzwischen nicht mehr gibt - waren die Vizepräsidenten in

die Linie eingebunden. Also ich war verantwortlich und konnte auch Entscheidungen treffen für den Geschäftsbereich 2. Den habe ich gerade grob umrissen. Ich weiß nicht, wie weit ich da noch ins Detail gehen darf oder muss. Der Geschäftsbereich 2 war zuständig für die Auswertung, und zwar regionen-/länderspezifisch wie auch phänomenspezifisch.

Nadja Sthamer (SPD): Gab es da Referate oder Organisationsbereiche, mit denen Sie da noch mal besonders viel zu tun hatten?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, also für die Schwerpunktdossiers. Und davon habe ich ein paar gerade in meinem Eingangsstatement genannt. Es gibt noch eine ganze Reihe mehr. Aber wenn Sie mich jetzt fragen: War ich mit dem Afghanistan-Team in engem Kontakt? Ja. Mit dem Russland-Team auch. Mit dem Afghanistan-Team auch, besonders weil wir halt zusammen gereist waren nach Afghanistan. Und das war eine wirklich sehr eindrückliche Reise für mich damals.

Nadja Sthamer (SPD): Wie eng war der Austausch bzw. die Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des BND, Bruno Kahl?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Es war eine tägliche Zusammenarbeit, ein täglicher Austausch.

Nadja Sthamer (SPD): Und wie sah Ihr Kontakt zur Fach- und Dienstaufsicht im Bundeskanzleramt aus? Beziehungsweise mit welchen Personen haben Sie da besonders kommuniziert im Bundeskanzleramt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das war kein täglicher Austausch, aber dennoch ein enger. Für uns in der Dienst- und Fachaufsicht über den BND ist die Abteilung 7 des Bundeskanzleramts zuständig. Damals stand Staatssekretär Geismann über der Abteilung 7. Bernhard Kotsch war Abteilungsleiter, Carsten Maas Stellvertreter; Frau Rebohle. Ich glaube, darüber hinaus sollte ich keine Namen nennen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nadja Sthamer (SPD): Und gab es einen regelmäßigen Austausch bezüglich Lagebildern zu Afghanistan mit dem Bundeskanzleramt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, natürlich. Das Bundeskanzleramt hat unsere Berichterstattung bekommen. Das Bundeskanzleramt hat, wie auch die anderen Ressorts, uns Aufträge gegeben, Fragen gestellt. Aber Sie wissen über die regelmäßigen Informationsrunden, die es im Bundeskanzleramt gab, jede Woche die Nachrichtendienstliche Lage; da war Afghanistan mehr als einmal Thema. Und Sie wissen wahrscheinlich auch über die regelmäßige morgendliche Unterrichtung, die der BND in die Bundesregierung hinein - nicht mehr ins Kanzleramt - schickt, als Auftakt am Morgen. Und auch da ist Afghanistan regelmäßig thematisiert worden.

Nadja Sthamer (SPD): Für die weitere Befragung würde ich an den Kollegen Vorsitzenden übergeben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Frau Zeugin, ich würde gern mit Ihnen mal beginnen, mit Ihrer Einschätzung der Situation in Afghanistan nach dem Doha-Abkommen. Wie haben Sie da die Lage der afghanischen Republik eingeschätzt und die Folgen für Afghanistan, also im Frühjahr 2020?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich schicke noch mal voraus, betone noch mal, ich bin keine Afghanistan-Expertin. Ich habe das begleitet, aber ich bin nur über die Berichterstattung, so wie jeder andere, der die Berichterstattung gelesen hat, immer weiter informiert worden. Für die richtige Afghanistan-Politik und -Gestaltung sind andere Häuser zuständig gewesen. Wir haben versucht, Informationen zu liefern, und die haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert. Das ist natürlich die politische Entwicklung, die Verfasstheit der Republik Afghanistan, das sind die militärischen Kräfte, das sind aber auch Fragen wie Terrorismus, Migration, Drogen gewesen.

Sie kennen - besser als ich wahrscheinlich, weil ich mich so genau dann auch nicht mehr erinnere - den Inhalt des Doha-Abkommens zwischen

den USA und den Taliban, an dem die afghanische Regierung ja nicht beteiligt war und das - wie soll ich das sagen? - Rahmenbedingungen für die afghanische Regierung geschaffen hat, denen sie dann gerecht werden mussten als Einstieg für einen innerafghanischen Friedensprozess.

Ich glaube, ich enthalte mich da, wenn Sie mich jetzt nicht noch mal aufrufen, der Bewertung dieses Abkommens. Es hat zumindest den Taliban mit einem Stillhalten eine große Möglichkeit geschaffen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will auch gar nicht länger drauf eingehen. - Ich würde gern mit Ihnen zu dem Punkt kommen, den Sie ja schon in Ihrem Eingangsstatement erwähnt haben, nämlich insbesondere zu der von Ihnen kommunizierten BND-Lageeinschätzung bei der Krisenstabssitzung am 13. August 2021. Es geht insbesondere um die Frage, inwieweit das ja dann falsche Lagebild des BND zu einer Verzögerung der Evakuierungsentscheidung geführt hat oder nicht.

An diesem 13. August, 11.30 Uhr Berliner Ortszeit, fand im Auswärtigen Amt die erste Sitzung des Krisenstabes statt. Sie und der BND haben laut offiziellem Protokoll bei der Sitzung - das ist MAT A BKAm-2.1419 [sic!] VS-NfD Blatt 9 bis 10; Anlage 3 - Folgendes vorgetragen - ich zitiere -:

„• Lagevortrag: TLB-Führung derzeit kein Interesse an mil. Einnahme Kabuls, aber Einfluss auf ... Operationsführung der TLB nicht uneingeschränkt gegeben; Übernahme Kabuls durch TLB vor 11.9. eher unwahrscheinlich. Vollständiger mil. Abzug der IG, diplom. Absetzbewegungen oder Ausreise der AFG Eliten würden Prozess beschleunigen. Schutzzusage der TLB-Führung für AV, aber mglw. nicht zuverlässig durchsetzbar.“

Das ist das, was dort vermerkt ist zu dem Lagevortrag. Später hat der BND öfters bestritten, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Protokoll wirklich das kommunizierte Lagebild des BND wiedergibt. Ich würde Sie zunächst mal fragen: Tut er das?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Darf ich das sehen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das dürfen Sie selbstverständlich sehen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Haben Sie es so, dass ich es vor die Nase bekommen könnte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, das dürfen Sie sehen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Vielleicht selbst, ehe ich es sehe, schicke ich voraus: Der BND ist im Prinzip immer daran interessiert, dass seine Lagebilder in Krisenstabsprotokollen, die VS-NfD eingestuft sind und sehr breit zirkuliert werden, sehr cursorisch, oberflächlich dargestellt werden. Von daher: Wir haben mehr gesagt als das, was Sie mir gerade vorgelesen haben. Das ist eine sehr, sehr, sehr Kurzfassung dessen, was wir an dem Tag berichtet haben.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mich interessiert aber gleichwohl, ob das eine zutreffende ist.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja. Möchten Sie, dass ich Zeile für Zeile durchgehe? Mache ich gerne.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das können Sie halten, wie Sie mögen. Aber mich interessiert, weil es geht ja um die Frage - hier gab es ja unterschiedliche Einschätzungen dazu -: Ist das eine zutreffende - das Zitat, was ich vorgelesen habe - Darstellung des Lagevortrags in der - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das ist eine sehr, sehr verkürzte, die ich kommentieren würde mit: Wichtige Elemente unseres Vortrages sind nicht wiedergegeben, aber es ist nicht falsch im Sinne von „Da steht jetzt nichts, was wir nicht

gesagt hätten“. Es steht vieles nicht drin, was wir gesagt haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich mal gerne - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Vielleicht, wenn ich noch ergänzen darf - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wenn ich noch ergänzen darf: Dadurch, dass der Kontext der einzelnen Aussagen fehlt, entsteht vielleicht ein bisschen ein falscher Eindruck: Was war da die gewichtige Aussage, worauf haben wir den Schwerpunkt gelegt, und was waren Anmerkungen am Rande?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wäre ich interessiert, dass Sie uns wissen lassen, was denn an wesentlichen Aussagen aus Ihrer Sicht fehlt.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Sehr gerne. Darf ich ein bisschen mehr ausholen, rechts und links dieser Krisenstabssitzung?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Na, ich wäre schon interessiert, dass wir bei der Krisenstabssitzung bleiben, weil ich mich darauf gern konzentrieren möchte mit den Fragen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ist gut. - Was fehlt, ist, dass nach der Beschreibung dessen, was wir erwarten, gesagt wurde: Was kann passieren, wenn sich Parameter ändern? Die haben wir beschrieben als Kipppunkte. Von denen ist hier, ohne dass klar wird, dass das wirkliche Änderungen herbeiführen kann, der eine oder andere zitiert, nicht alle. Wir haben gesagt: Unsere Einschätzung, dass wir noch etwas Zeit haben, hängt daran, dass verschiedene Parameter sich nicht ändern. Und wenn sie sich ändern - und das waren die Kipppunkte -, dann kann alles sehr viel schneller gehen. Das war der Kern unserer Aussage. „Die Einnahme Kabuls: vor dem 11.09. eher unwahrscheinlich“, das war eine Aussage, die wir gestützt haben auf das, was die Amerikaner uns gesagt haben. Auch das Handeln der Amerikaner und der internationalen Gemeinschaft als



Nur zur dienstlichen Verwendung

solche: Wenn das sich ändern würde, war in den Kippunkten deutlich gesagt, ändert sich auch diese Zeiteinschätzung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will mal als Referenz einen Blick in das inoffizielle sehr ausführliche Protokoll der Bundespolizei zur Krisenstabssitzung - das ist MAT A BPol-2.80 VS-NfD, Blatt 68 bis 71; Anlage 4 - - zitieren. Darin heißt es:

- „- Keine militärische Eroberung von Kabul in den nächsten 30 Tage zu erwarten
- Kippunkte, Taliban Vormarsch schneller oder langsamer vorgehen hängt auch davon ab, wie schnell Kabul aufgegeben wird.“

Zum Vortrag Ihres Mitarbeiters S. R. bei der Krisenstabssitzung ist sogar Folgendes vermerkt - ich zitiere -:

- „- Kabul: Städte wurden immer vor Einnahme isoliert, Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt. Bei Kabul sieht BND das derzeit nicht.“

Sowie:

- „- Taliban planen (angeblich) in ca. 12 Wochen eine Einnahme von Kabul“

Und zu den berühmten Kippunkten heißt es:

- „- Kippunkte die eine Beschleunigung herbeiführen könnten:
1. Isolierung von Kabul-Stadt, wenn das in drei Monaten passiert sein sollte wird es ernst.“

Zitat Ende. - Die verschiedenen Protokolle der Krisenstabssitzungen sind in der Art und Weise, wie sie die Kernbotschaften des BND wiedergeben, alle gleich. Entweder ist vom 11.09. oder von nicht in den nächsten 30 Tagen die Rede, am extremsten sogar von zwölf Wochen oder drei

Monaten. Können Sie sich erinnern, welche Zielinie Sie bei der Sitzung herausgegeben haben? 30 Tage oder 11.09.?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, die Unterlagen kenne ich nicht. Ich müsste jetzt noch mal kurz da ein bisschen reinschauen.

(Die Zeugin liest in diesen
Unterlagen)

Also, ich glaube, bei dieser Frage „Einnahme Kabul in 30 Tagen“ muss immer deutlich werden, dass es um militärische Einnahme geht. Und militärisch wurde Kabul auch nicht eingenommen. Kabul wurde übergeben. Dass es übergeben wurde, lag am Eintreten einiger Kippunkte. Der 11.09. als ein Tag, vor dem wir kein Einholen der amerikanischen Fahne über der amerikanischen Botschaft erwartet haben, das war eine Einschätzung, die wir auf Basis dessen, was die Amerikaner uns gesagt haben, hatten.

Weiter unten in dem Protokoll, was Sie mir gerade in die Hand gedrückt haben, wird auch Botschafter/Geschäftsträger van Thiel erwähnt, der sagt, er habe „andere Daten und Analysen ... vor Ort (auch durch die USA)“. - Die hatten wir da nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber nach der Art der Einnahme hatte ich jetzt gar nicht gefragt.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Na ja, aber es ist - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Kalifat sozusagen tritt auf die eine oder auf die andere Weise ein. Und das ist ja das Szenario, was Sie beschrieben haben. Dieser 11.09. versus 30 Tage ist jedenfalls deutlich hinter den Zeitlinien der Botschaft in Kabul, die der Geschäftsträger van Thiel ausgeführt hat. Können Sie uns noch mal sagen, warum Sie damals der Meinung waren, aus welchen sachlichen Gründen der BND zu der Einschätzung gekommen ist, dass es vor dem 11.09. eher unwahrscheinlich sei?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Die Taliban hatten eine gewisse militärische Stärke, und die hat sie aus unserer Einschätzung nicht dazu befähigt, militärisch die Stadt innerhalb von 48 Stunden einzunehmen. Und das ist auch nicht passiert. Es sind andere Faktoren zur Wirkung gekommen, die wir auch benannt hatten, und zwar in einer Geschwindigkeit zur Wirkung gekommen, die wir nicht erwartet hatten, die dazu geführt haben, dass die Taliban kampfflos nach Kabul kommen konnten. Kabul ist kampfflos übergeben worden. Das haben wir nicht erwartet. Wir haben die militärische Stärke der Taliban zur Einnahme, zur militärischen Eroberung Kabuls bewertet. Wir haben auch bewertet die Politik der Taliban. Und die war, sie wollten mit Zustimmung der Bevölkerung, nicht gegen die Bevölkerung, nicht in einem Häuserkampf um Kabul die Stadt militärisch einnehmen. Das haben sie mehrfach gesagt. Und wir waren und sind immer noch der Einschätzung, dass sie das auch nicht gewollt hätten und dass diese Politik auch gehalten hat. Die Taliban selbst waren - und das wissen wir ziemlich genau; sie haben es Botschafter Potzel gegenüber sogar gesagt - von der Geschwindigkeit, in der ihnen Kabul in die Hände fiel, überrascht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da wir die Frage ja untersuchen mit Blick auf die Frage, ob das die Evakuierung verzögert hat oder nicht, würde ich gern noch mal fragen: Sehen Sie einen Unterschied darin, oder hätte die Botschaft aus Ihrer Sicht nur evakuiert werden müssen, wenn Kabul militärisch eingenommen wird, oder auch, wenn Kabul übergeben wird?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das ist schwer zu sagen. Ich hätte - und davon sind wir auch in der Krisenstabssitzung - so weit sind wir ja dann auch gegangen, dass die Evakuierung vorbereitet wurde - Und das war im Übrigen auch vor der Krisenstabssitzung schon der Plan, dass wir Evakuierungsmaßnahmen einleiten würden. „Wir“ sage ich jetzt, obwohl ich „wir“ nicht wirklich meinen kann, denn ich meine das Auswärtige Amt. Und es war der Plan, zu evakuieren, wenn die Taliban nach Kabul kommen. Das Risiko konnte man auch gar nicht eingehen. Man wusste ja nicht, wie sich die Taliban verhalten

würden und was im Zuge einer Übernahme Kabuls durch die Taliban alles an auch kriminellen Energien freigesetzt würde. Also insoweit wird da, glaube ich, kein Unterschied zu machen sein. Aber was die Geschwindigkeit betrifft, da ist ein Unterschied zu machen. Und militärisch hätten die Taliban das weder so schnell gewollt noch so schnell geschafft. Aber die Dinge sind anders gekommen. Und das haben wir nicht vorhergesehen. Da kann ich gar nicht drum rumreden, will ich auch nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun haben wir aufgrund der Zeugenaussagen auch zu dieser sehr bemerkenswerten Krisenstabssitzung den Eindruck gewonnen, dass Sie dem Lagebild der Botschaft und des Botschafters van Thiel sehr energisch und klar widersprochen haben. Deswegen ist meine Frage: Welche Informationen hatten Sie oder glaubten Sie zu haben, auf deren Basis Sie dem Botschafter, der ja dort die Lage vor Ort aus seiner Betrachtung wahrgenommen hat - Sie haben vorhin ja selbst gesagt, Sie sind keine Afghanistan-Expertin, sondern haben das aus der Entfernung betrachtet auch ein Stück - - Aufgrund welcher Informationen oder Faktenlage haben Sie dem Herrn van Thiel so klar widersprochen in seiner Einschätzung, die er da vorgetragen hat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Herr Dr. Stegner, ich erinnere mich nicht, ihm klar widersprochen zu haben, ehrlich gesagt, im Gegenteil. Ich war über die Aussage von dem Geschäftsträger van Thiel überrascht, so überrascht, dass, als wir zurück waren im Auswärtigen Amt*, ich meine Kollegen zusammengerufen habe und gefragt habe: Was weiß van Thiel, was ich nicht weiß? Ich habe in unsere Berichterstattung geguckt: Hat er etwas berichtet, was ich übersehen habe? Habe ich im Übrigen nicht, er hat nicht berichtet. Und ich habe sehr ernst genommen, was Herr van Thiel gesagt hat. Es entsprach nicht unserem Lagebild, aber es hat mich durchaus zum Nachdenken gebracht. Und wir haben, wieder zurück im BND, uns die Sache noch mal genau angeguckt. Es ging dann - und das wissen Sie auch - so schnell, dass Konsequenzen daraus kaum noch zu ziehen waren, nicht? Die Kippunkte sind innerhalb von 48 Stunden eingetreten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun haben wir uns lange mit der Wirkung Ihrer Aussage befasst, gerade weil der BND und Sie ja eben auch wieder auf die Kippunkte abgestellt haben. Der Sicherheitsberater der deutschen Botschaft, „Fisch“, sagte vor diesem Ausschuss zu Ihrer Aussage bei der Krisenstabssitzung - ich beziehe ich mich auf das Stenografische Protokoll 20/62 I, Teil 1, Seite 79; Anlage 5; ich zitiere -:

„Ich hatte den Eindruck vom Zuhören in dieser Krisenstabssitzung, dass die Tendenz schon dahin ging, die Situation so einzuschätzen, wie sie vor Ort beschrieben wurde, und dass man geeignete Maßnahmen ergreift, um diese Evakuierung vorzubereiten, und auch vielleicht schon eine Verlegung der Botschaft an den Flughafen betreibt, bis zu dem Zeitpunkt, wo es dann zu dieser

- also Ihrer -

Aussage kam; und dann kippte das. Das war mein Eindruck, mein persönlicher Eindruck.“

Insbesondere der Zeuge Ole Diehl führte zu dieser Frage vor diesem Ausschuss - Stenografisches Protokoll 20/76, Seite 40; Anlage 6 - aus - Zitat -:

„Und ich predige jetzt als erneuter Vizepräsident des BND und damals als Abnehmer der Berichtserstattung des BND, dass der BND wissen muss, dass immer nur Kernaussagen hängen bleiben bei seinen Abnehmern und nicht komplizierte Kippunkte, die das Ganze relativieren.“

Bei sämtlichen Nicht-BND-Zeugen, die wir im Ausschuss gehört haben, ist der Eindruck von „11.09. eher unwahrscheinlich“ aus dem Lagevortrag von Ihnen hängen geblieben; der BND hat in der Krisenstabssitzung durchweg den Eindruck erweckt, dass es noch genügend Zeit gebe; das falsche Lagebild führte hiernach zu einer Verzögerung der Evakuierungsentscheidung, gerade

weil das korrekte Lagebild Herrn van Thiels im Kontrast mit dem BND alarmistisch wirkte.

Meine Frage ist vor dem Hintergrund dieser Zeugenbeschreibungen: Wie haben Sie die Wirkung Ihres Lagevortrags bei der Krisenstabssitzung wahrgenommen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wir haben als BND gesagt: Wir schätzen ein, dass Kabul nicht sofort fällt. Wir haben gesagt: Es gibt Faktoren, die dazu führen, dass sich das sehr ändern kann, die Geschwindigkeit sehr ändern kann. Wir haben diese Faktoren benannt. Unter diesen Faktoren war auch ein Abzug der militärischen Kräfte der internationalen Gemeinschaft, ein Abzug der Botschaften - etwas im Übrigen, was Botschaft Kabul ja befördert hat und wollte. Also insoweit war da auch eine enge Korrelation.

Herr van Thiel hat uns deutlich widersprochen. Und das ist auch so stehen geblieben. Wir haben bei der Aussage „11.09.“ auch gesagt: Das ist etwas, was die Amerikaner nicht zulassen werden, und es ist etwas, was den amerikanischen Aussagen - „Wir bleiben bis zum 11.09.“ - entsprach.

Dazu kommt auch noch, dass der militärische Abzug insgesamt, der Rückzug aus Afghanistan ja nicht das Ende unser allen internationalen Engagements in Afghanistan sein sollte. Also, der Rückzug, der dann in dieser Form so stattgefunden hat, war ja an sich nicht der Plan gewesen.

Ich muss sagen: Es ging dann alles so schnell, dass ich glaube, dass die Wirkung unserer Einschätzung, in welche Richtung auch immer, gar nicht mehr richtig zum Tragen gekommen ist. Es war einfach dann passiert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir machen da nachher weiter. - Und jetzt geht es zur CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen herzlichen Dank. - Frau von Uslar-Gleichen, ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute als Zeugin zur Verfügung stehen. Ich würde gern einen kleinen Sprung machen aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

aktuellem Anlass. Es gibt seit gestern auf tageschau.de eine Berichterstattung zum Thema „Anschläge auf den Flughafen in Kabul“. Ich weiß nicht, ob Sie diese Berichterstattung schon haben zur Kenntnis nehmen können. Ansonsten würde ich Ihnen den Ausdruck der Meldung vielleicht einmal kurz vorlegen wollen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Sehr gerne. Ich habe gestern dann doch meinen Geburtstag gefeiert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, dann lege ich Ihnen das kurz vor.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Okay. Darf ich das jetzt lesen?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ganz?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das sind die kon-
templativen Phasen des Ausschusses.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Danke.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir wissen nicht, auf welcher Quelle diese Berichterstattung beruht. Wir haben allerdings zwei Fundstellen in unseren Unterlagen, die ich Ihnen auch gerne vorlegen würde. Und zwar ist das - ist auch weniger zu lesen - MAT A [REDACTED] VS-NfD, Blatt 37, und auch MAT A [REDACTED] VS-NfD, Blatt 85. Auch das würde ich Ihnen kurz vorlegen wollen.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Meine Frage dazu ist: Also, es handelt sich ja um den Vorgang, dass es offensichtlich [REDACTED] über mögliche - - oder hier steht sogar: „auf weitere, eher wahrscheinliche Anschläge des ISPK am oder im internationalen Flughafen in Kabul“ - - gehandelt hat. Und die Mail stammt vom 28.08.21 und ist unter anderem, wenn ich das richtig in den Kürzeln sehe, auch in Ihrem Leitungsstab im BND angekommen.

Deswegen ist meine Frage: Hatten Sie Kenntnis von dieser [REDACTED], und können Sie uns kurz die Hintergründe schildern, wie Sie das entsprechend eingeschätzt haben und was sich entwickelt hat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich erinnere mich an diesen [REDACTED] nicht. Es ist aber natürlich nicht - - Es ist üblich, dass, wenn ein Nachrichtendienst Hinweise auf einen terroristischen Anschlag bekommt, das dem betroffenen Land, das betroffen sein könnte, auch weitergegeben wird. Also, das ist nichts Unge-
wöhnliches. Aber was konkret da an Erkenntnissen vorlag und was konkret weitergegeben worden sein könnte, erinnere ich nicht. Ich habe Ihnen gerade ein Prinzip, einen Grundsatz beschrieben, nicht einen konkreten Fall.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde dann trotzdem noch mal nachfragen wollen. Das ist ja jetzt sozusagen Ende August, 28.08.21. Und das ist sozusagen ja auch kurz, nachdem bereits ein Anschlag mit einer großen Anzahl von Toten und Verletzten auf dem Flughafen stattgefunden hat. Deswegen noch mal meine Frage: Hatten Sie sozusagen um diesen Zeitpunkt herum zusätzliche Erkenntnisse aus eigenen Quellen, also nicht anderer, ausländischer Nachrichtendienste, über mögliche Anschlagsszenarien auf oder am internationalen Flughafen in Kabul?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Sagen Sie es noch mal? Ob wir aus eigenen Quellen zusätzliche - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aus eigenen Quellen Erkenntnisse hatten über solche Anschlagsszenarien.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das kann ich Ihnen so genau nicht sagen. Ich weiß nur, dass ich mich an den Vorgang nicht erinnere. Ich weiß auch nicht, ob ich Kenntnis von ihm hatte. Ob es jetzt nur Nichterinnern ist oder ob ich nicht beteiligt war, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Von daher kann ich das auch nicht beantworten. Ich weiß auch nicht, ob ich es beantworten dürfte, selbst wenn ich es könnte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das dürften Sie gewiss.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Aber ich kann es nicht, es tut mir leid.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das zweite Dokument, was ich Ihnen habe vorlegen lassen, ist jetzt sozusagen vom 08.09.21. Wenn Sie sich das noch mal anschauen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, habe ich gesehen. Kann ich mir noch weniger erklären.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also da, nur dass ich es kurz noch mal sagen darf, geht es ja darum, dass hier offensichtlich ein Erfolg in Ihrem Haus gemeldet wird, nämlich dass etwas Geschwärztes etwas gebracht hat, nämlich:

„Erkenntnisse...“

- offensichtlich eigene -

„konnten einen 2. Anschlag am Flughafen Kabul verhindern!
Dank an alle Beteiligten und
Ermunterung für alle - es macht
doch manchmal Sinn, was wir
hier machen :-“

Deswegen noch mal meine Frage. Das ist ja keine Bagatelle, die Verhinderung eines möglichen zweiten Anschlages in dieser Dimension. Deswegen würde ich gern noch mal eindringlich nachfragen: Welche Erinnerung haben Sie an diesen möglichen zweiten Anschlag und dessen Verhinderung durch nachrichtendienstliche Erkenntnisse Ihrer Behörde?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wirklich, ganz ehrlich: Gar keinen. Aus den Kürzeln sehe ich, dass es um TA, technische Aufklärung, geht; ist auch nicht mein Geschäftsbereich gewesen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun wissen wir ja, dass es am 29. August dann tatsächlich, wie sich im Nachhinein herausstellte, einen tragischen sozusagen Abwehrversuch gegeben hat auf eine - wie sich im Nachhinein herausgestellt hat - offensichtlich an Anschlägsplänen zumindest unbeteiligte Person. War das für Sie noch mal Anlass, zu überprüfen, ob und welche Erkenntnisse Sie gegebenenfalls zu diesem fehlgeleiteten Aufklärungsversuch beigetragen haben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich war mir nicht bewusst, dass wir daran irgendwie Anteil hatten. Ich weiß es nicht, erinnere mich nicht, im Sinne „weiß es nicht“. In meinem Bereich ist da nichts gelaufen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage noch mal ganz präzise nach, weil „war“ und „ist“, Vergangenheit und Präsens, gingen jetzt ein bisschen durcheinander. Ich würde noch mal präzise nachfragen: Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass nachrichtendienstliches Wissen, das Sie gewonnen und mit anderen geteilt haben, zu diesem tragischen Vorfall und Tötung eines angeblichen Terroristen am 29. August 2021 geführt hat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich habe davon keine Kenntnisse.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Dann ist in dem Bericht, den ich Ihnen vorgelegt habe, von „tageschau.de“ noch ein zweiter Sachverhalt. Da geht es um einen Laptop des früheren afghanischen Staatspräsidenten. Meine Frage ist: Welche Erkenntnisse haben Sie hierzu?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich habe das gelesen. Ich weiß über den Vorgang nichts Näheres. Das, was sie hier schreiben oder was die „Tagesschau“ hier berichtet, ist interessant. It doesn't ring a bell. Ich erinnere mich da an nichts wirklich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Auch da frage ich noch mal präzise nach. Haben Sie Kenntnis davon, dass Ihnen über Mittelsmänner mitgeteilt worden ist, dass ein Laptop des früheren afghanischen Präsidenten zur Verfügung stünde und ausgehändigt werden könnte, und haben Sie Kenntnis über dessen Verbleib?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann würde mein Kollege Zippelius jetzt weiterfragen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke Ihnen, Frau von Uslar-Gleichen, dass wir hier an einem anderen Punkt fortfahren können. Ich mache jetzt einen harten Bruch und komme wieder zum Krisenstab am 13. August. Also, in etwa da, wo der Herr Vorsitzende aufgehört hat, machen wir weiter.

In der Vorbereitung dieser Krisenstabssitzung: Hatten Sie damals mit der Residentur Kabul gesprochen, telefoniert?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee. Ich tendiere ja eher zum Micromanagement, aber versuche, mich da immer dann doch ein bisschen zu bremsen. Mit wem ich im Vorhinein dieser Krisenstabssitzung telefoniert habe, war Ole Diehl als Leiter des Krisenstabs. Die Krisenstabssitzung war ja eigentlich für Montag, den 16., angesetzt. Und ich habe am Donnerstag, den 12., noch mit ihm telefoniert und gefragt: Was habt ihr da vor, was plant ihr? - Und er hat mir gesagt: Wir wollen die Evakuierung einleiten, also starten, jetzt nicht entscheiden, aber die Vorbereitungen dafür treffen.

Dann haben wir am Freitagfrüh ein Briefing im BND gehabt für Staatssekretär Jäger, der als Botschafter nach Bagdad gehen sollte. Und in dieses Briefing hinein ist die Information gekommen, die Krisenstabssitzung findet jetzt statt und Staatssekretär Jäger solle dahin. Und da habe ich dann auch entschieden, dass ich auch dahin gehe. Das waren die Vorbereitungen für diese Krisenstabssitzung. Die war vorgezogen worden, und es ging dann alles sehr schnell.

Also, mit der Residenz in Kabul habe ich nicht telefoniert. Das wäre auch, ehrlich gesagt, nicht meine Ebene gewesen in dem Moment.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gut. - Noch mal zur weiteren Vorbereitung. Das Bundeskriminalamt und Präsident Romann forderten damals die sofortige Evakuierung. War Ihnen das zum Zeitpunkt bzw. vor der Sitzung, also in der Vorbereitung, war Ihnen das bekannt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein, mir nicht.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Sind Sie vor dieser Sitzung, also vor diesem Termin - dazu gleich noch mal eine Nachfrage - - aber sind Sie zuvor mit Vertretern des Auswärtigen Amts - - haben Sie mit denen gesprochen über die Diskussion, die im Rahmen dieser Sitzung stattfinden könnte, bzw. über die Planungen des Auswärtigen Amts? Haben Sie vor dieser Sitzung mit Vertretern gesprochen oder - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich sagte gerade: Ich habe mit Ole Diehl telefoniert am Donnerstag, den 12., aber noch mit Blick auf eine Krisenstabssitzung, die am Montag, den 16., stattfinden sollte, was das Auswärtige Amt damit bezweckt. Und er sagte: Vorbereitung der Evakuierung, also ohne dass da jetzt schon unbedingt Entscheidungen getroffen werden würden, aber das sei ein Schritt zur Evakuierung, in der Vorbereitung der Evakuierung.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Zur Konkretisierung: Im Rahmen dieses Vorbereitungsgesprächs wurde darüber gesprochen, dass am Donnerstag, den 12. - - also wurde schon geplant, die Evakuierung vorzubereiten.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wenn man jetzt rückblickend das so auf die Goldwaage legt: Das kann ich Ihnen auch gar nicht mehr genau sagen. Aber das Stichwort war: Diese Krisenstabssitzung am 16. ist sozusagen Vorbereitung der Evakuierung. Das Stichwort Evakuierung ist gefallen. Ganz genau kann ich es Ihnen jetzt leider nicht mehr sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay, vonseiten Herrn Diehls.

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich beziehe mich jetzt auf eine Mail. Das ist MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 5 und 6. Und zwar lautet der Titel dieser Mail „Entwurf Mail Regie Krisenstab“. Da gibt es einen Punkt „Operative Schlussfolgerungen“. Und da steht dann ganz unten - wir können Ihnen das auch vorlegen, wenn Sie - -

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Legen wir vor. Ich lese nur kurz vor.

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ganz unten steht:

„- Heute kein Beschluss zur Evakuierung der Botschaft, diese soll so lange wie möglich offen gehalten werden; heute allerdings“

- dann in fett -

„**Beschluss zu konkretem Einstieg in Vorbereitung einer Schließung**“

Gerne.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Das sind alles Dokumente, die natürlich nicht BND-Dokumente sind, nicht? Dazu kann ich eigentlich gar nichts sagen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Deswegen habe ich dazu gleich eine Frage. Ich wollte nur, dass Sie es mal vor sich liegen haben. Und zwar, ich nenne es jetzt so, weil oben steht „Regie Krisenstab“ - - verwende ich jetzt den Begriff „Regieanweisungen“ oder „Anweisungen“. War Ihnen

diese Anweisung des Auswärtigen Amts für die Staatssekretärin Leendertse bekannt?

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Nein, auf keinen Fall.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Und der Beschluss - da steht ja unten: „Operative Schlussfolgerungen“ -, nur die Vorbereitung, nicht die Evakuierung zu starten: War Ihnen das in irgendeiner Form bekannt im Vorfeld?

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Ich kenne das Dokument nicht. Ich kann Ihnen nur sagen - habe ich Ihnen ja gerade gesagt -, dass ich mit Ole Diehl vorher telefoniert habe, um zu hören, was da für den 16. geplant ist. Und da fiel das Wort „Vorbereitung Evakuierung“. Insoweit ist das hier schlüssig. Und es ist auch schlüssig mit den Beschlüssen des Krisenstabs. Also, ich finde, das ist alles deckungsgleich und kongruent.

Aber, wie gesagt, das ist kein Dokument, was unser Dokument ist. Und dazu kann ich eigentlich nur sagen, dass das, was passiert ist, nämlich der Einstieg in die Evakuierungsplanung - - das ist schlüssig.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Sie hatten ja bezüglich des 11.09. - hatte der Herr Vorsitzende schon angesprochen - ausgeführt. Hatten Sie den Eindruck, dass Ihre Ausführungen zum 11.09. die Entscheidung der Staatssekretärin Leendertse in irgendeiner Form beeinflussten, dass sie da was geändert haben?

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Nee. Ich glaube, der 11.09. stand ja schon lange im Raum. Das war ja keine neue Erkenntnis. Die neue Erkenntnis, die haben wir in den Mittelpunkt unseres Vortrags gestellt und auch immer wieder betont. Und, ehrlich gesagt, dass wir sie so betont haben, war ja auch das Ergebnis von Entwicklungen im Laufe der Woche. Sie haben den Bericht von der Botschafterin in Washington ja auch schon besprochen. Da waren ja auch - - Da waren viele Szenarien drin beschrieben, aber auch eins, was uns noch mal dazu gebracht hat, zu gucken: Wo geht die Reise hin, und was machen die Amerikaner?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und der Mittelpunkt unserer Berichterstattung, unseres Lageberichts in dem Moment war: Das stellt sich im Moment wie folgt dar: Die Distrikte in der Fläche fallen. Die Taliban kommen näher an Kabul heran, aber sie sind noch lange nicht da. Sie haben auch im Moment nicht die militärischen Kräfte und auch nicht die militärische Absicht, Kabul einzunehmen. Und die Amerikaner haben gesagt: 09.11.

Das war die Lagebeschreibung. Und dann haben wir gesagt: Daran kann sich was ändern, wenn folgende Faktoren greifen, wenn folgende Entwicklungen eintreten. - Und das war der Schwerpunkt unserer Aussage. Das war das: Wenn das passiert, dann ist alles, was wir bisher gesagt haben, nicht mehr gültig. - Wir haben nicht erwartet - ganz ehrlich nicht, wir haben nicht erwartet -, dass alle diese Kippunkte innerhalb der nächsten 36 Stunden eintreten. Das hat aber auch niemand anders erwartet. Die Amerikaner haben Teile dieser Kippunkte ausgelöst, und viele andere sind dann auch passiert. Das ging dann aber so schnell, dass wir Konsequenzen aus dem, was da - - Wenn Kippunkte langsam passieren, wenn einer passiert, dann kann man nachsteuern. Wenn alle auf einmal innerhalb von 36 Stunden kippen, dann kann man nur noch auf die Lage reagieren, die dann eingetreten ist.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): In einer Sitzung des Auswärtigen Amtes am 12. August wurden die Beschlüsse des 13. August, ich sage mal, vorbereitet, weitgehend vorbereitet. War Ihnen das bekannt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wissen Sie zufällig, ob der BND diesbezüglich mit einem Lagebild zu dieser Sitzung im Auswärtigen Amt beigegeben hat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das weiß ich nicht.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Jetzt bezüglich dieser Sitzung, einfach noch mal zur Konkretisierung: Verschiedene Zeugen haben uns berichtet,

sage ich mal, dass Sie eher die groben strategischen Linien damals vorgetragen haben inklusive des Verbleibs der USA bis zum 11. September, was jetzt auch schon angesprochen wurde.

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Sie schütteln den Kopf, Sie können gleich darauf antworten. - Und Ihre Mitarbeiter haben dann die Details auch mit dem Thema Kippunkte vorgetragen. Das ist richtig oder nicht richtig?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich kann es Ihnen ziemlich genau sagen und warum - - Also, ich habe ja eingangs gesagt: An viele Details erinnere ich mich nicht. An diesen 13. August erinnere ich mich gut. Warum? Ich glaube, auch weil van Thiel uns so stark widersprochen hat. Das hat bei mir einen großen Aha-Moment ausgelöst und hat dann ausgelöst, dass wir uns am Nachmittag noch mal zusammengesetzt haben und gesagt haben, geguckt haben: Was ist jetzt los, was müssen wir machen, was kann passieren?

Diese 13.-August-Krisenstabssitzung ist ganz kurzfristig vorgezogen worden vom 16. Und wir sind alle aufgestanden aus dem Briefing für Staatssekretär Jäger und sind rübergefahren ins Auswärtige Amt. Typischerweise - und, wie gesagt, ich bin kein Fachmann, und ich maße es mir auch nicht an, als Fachmann in solchen Sitzungen dann Informationen und Lagebilder darzustellen - macht der Präsident, wenn er Krisenstabssitzungen wahrgenommen hat - oder ich -, die Einleitung, und dann übergibt man an die Fachleute.

Was ich damals gesagt habe, ist - habe kurz beschrieben, und das entsprach auch unserer Berichterstattung in den Tagen -, dass in der Fläche in Afghanistan die Taliban einen Lauf hatten, dass dort einige Distrikthauptstädte, einige Provinzhauptstädte eingenommen worden waren, oft auch kampfflos, dass aber Kabul keine Distrikthauptstadt ist und dass da Faktoren aus meiner Wahrnehmung stärkend sich auswirken. Das ist: Kabul ist die Hauptstadt, Kabul ist der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Regierungssitz, in Kabul ist die Regierung, in Kabul sind die Spezial- und Elitekräfte der afghanischen Sicherheitskräfte, da ist die internationale Gemeinschaft, da sind die Botschaften, da ist das internationale Militär.

Und alle diese Faktoren habe ich genauso schnell angerissen, wie ich es gerade getan habe, und gesagt: Aber es gibt Faktoren, es gibt Kippunkte, wenn die eintreten, kann man diese Einschätzung so nicht mehr halten. - Und damit habe ich an meine Kollegen übergeben, die diese Faktoren dann dargestellt haben. Und wie wir alle wissen, sind die innerhalb von 36 Stunden alle eingetreten.

Dann, soweit ich mich erinnere, kam halt Herr van Thiel mit seiner Aussage, er hätte ganz andere Intelligence. Und dann hat ein Kollege von mir noch mal wiederholt, das, was uns die Amerikaner zugesichert haben, nämlich: 11.09., kein Abzug vor 11.09. - Und wenn man überlegt, welche unglaubliche Symbolik der 11.09. in den Jahren nach dem 11.09.2001 in der amerikanischen Politik und DNA und Psyche gespielt hat, dann habe ich es mir auch tatsächlich nicht vorstellen können, dass die den Taliban einen derartigen symbolischen Gewinn gönnen würden. Aber ich habe mich getäuscht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zu Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Limburg.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Herr Vorsitzender. - Frau Zeugin, vielen Dank für Ihre bisherigen Ausführungen. Ich würde gern bei der Krisenstabssitzung am 13. August noch mal weitermachen. Sie haben dargestellt, dass Sie Ihre Lageeinschätzung dargestellt haben, inklusive der Kippunkte. Können Sie uns denn was über die Reaktion der anderen Teilnehmer der Runde sagen, auf Ihren Vortrag hin?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das ist jetzt - - Also, die eine Reaktion, die kam, war Jan Hendrik van Thiel mit der Aussage, er sieht das ganz anders. Das haben wir aufgenommen, und das

haben wir dann, zurück im BND, intensiv bearbeitet. Wir haben da ein langes Debriefing gemacht und dann Aufgaben verteilt, um zu schauen: Ist uns da was - - Weiß er was, hat er was berichtet, was mir entgangen ist? - Nee, hat er nicht. Aber gut.

Typischerweise werden Lagevorträge in Krisenstabssitzungen konsumiert, aber nicht diskutiert. Denn das ist eine Information, und in den seltensten Fragen gibt es Rückfragen. In diesem Fall war es sogar durch die Reaktion von van Thiel - - ist da ein großes Fragezeichen an unsere Zeiteinschätzung gemacht worden. Aber das war es dann auch.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, was ja eine entscheidende Frage war in der Tat, die Zeiteinschätzung.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, rückblickend in der Tat, ja.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen wir ja rückblickend, aber war ja, glaube ich, auch schon damals für die Frage, welche Schritte einzuleiten sind, sehr entscheidend. - Der Zeuge van Thiel - Sie wissen, er war ja schon Zeuge hier im Ausschuss - hat ausgesagt ausweislich des vorläufigen Stenografischen Protokolls 20/66, Seite 90, dass sich zu seinem Leidwesen aus dem Vortrag des BND bei der Krisenstabssitzung nicht ableiten ließ, dass da ein gewisser Handlungsdruck war. - Haben Sie das auch so wahrgenommen, dass sozusagen - - Wie Sie gerade gesagt haben: Es ist konsumiert worden. Also war sozusagen das Gefühl: Okay - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wir haben nicht gesagt: Kabul fällt in 36 Stunden kampfflos, Ghani flieht. - Das haben wir nicht. Ich meine, es hat niemand vorhergesehen. Wenn wir das gesagt hätten, wäre sicher die Situation eine andere gewesen. Aber wir haben gesagt: Wenn folgende Punkte eintreten, dann ist alles, was wir im Moment an Zeitperspektiven geben, Makulatur. - Und diese Punkte sind eingetreten, und zwar so schnell, dass man auch gar keine andere Politik mehr lostreten konnte. Der Krisenstab ist einver-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nehmlich in dem Moment in die Evakuierungsplanung eingestiegen. Mehr kann ich da - - weiß ich nicht, was ich dazu sagen soll.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann würde ich mal an einer anderen Stelle weitermachen. Sie haben gerade selber angesprochen, Sie sind anschließend zurück in den Bundesnachrichtendienst gegangen -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
- und haben ein Debriefing bzw. eine Klärung versucht herbeizuführen bezüglich der unterschiedlichen Darstellung von Ihnen und dem Gesandten Herrn van Thiel. Können Sie darstellen, wie Sie das genau veranlasst haben? Also, haben Sie zum Beispiel dann im Nachgang mit ihm selber noch mal direkt den Kontakt gesucht, um zu eruieren, wie er zu der anderen Einschätzung kam?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee. Aber, wie gesagt, als Vizepräsidentin mache ich auch nicht das operative Geschäft. Was ich in dem Moment gemacht habe, ist, mit den Kollegen mich zusammengesetzt und gesagt: Das und das und das - zwei der Kollegen waren ja auch dabei - haben wir jetzt im Krisenstab a) an operativen - - Das war ja auch für uns relevant. Wir hatten ja ebenfalls Ortskräfte vor Ort, wir hatten Personal vor Ort. Alles, was mit der Botschaft passiert - wir waren Teil und sind Teil der Botschaft mit einer Residentur -, ist ja für uns und unsere - - auch aus der Sicht einer Personalfürsorge ganz genauso relevant gewesen wie für das Auswärtige Amt.

Worauf bezieht sich Herr van Thiel? Das war für mich die Frage. Und wir haben also debrieft, wir haben geguckt: Was löst das für uns jetzt operativ aus, dass in die Evakuierungsplanung eingestiegen wird, dass Krisenstufe 3b ausgerufen wurde, dass ein KUT-Team nach Afghanistan entsandt werden würde? All das hat auch Auswirkungen auf uns. Wie ein Botschafter hat auch ein Residenturleiter Verantwortung für sein Personal, und wie das AA für die Botschaft hat auch der BND für seine Mitarbeiter - -

Also, wir waren in genau dem gleichen Boot wie das Auswärtige Amt. Und insoweit haben wir sowohl operativ als - - gesagt: Was müssen wir denn jetzt machen? Was steht an? Was müssen wir tun? Wer gehört zu non essential, also nicht unmittelbar noch vor Ort nötigen Personal? Wer kann reduziert werden? Alle solchen ganz operativen Umsetzungsschritte haben wir auch eingeleitet plus - und das war jetzt meine Überlegung -: Können wir noch mal rauskriegen, was Herr van Thiel gemeint hat, wenn er gesagt hat, er hat da andere Infos? Sprecht doch bitte noch mal mit den Amerikanern und den Briten. - Das ist alles dann durch die Ereignisse überholt worden, nicht? Es ging dann einfach zu schnell.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Vielen Dank. - Ich würde Ihnen gerne bezogen auf diesen Prüfauftrag sozusagen im Nachgang einen Vorhalt machen, und zwar ist das MAT A BND-3.202 VS-NfD, Blatt 148. Würden wir Ihnen auch gleich vorlegen.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Das ist eine E-Mail, die lautet:

„Sehr geehrte Kollegin, sehr geehrte Kollegen,

in der heutigen Krisenstabssitzung hat der stv. Deu Bo Kabul, Herr van Thiel, mehrfach unserer Lage-darstellung widersprochen

Er hat angegeben, dass die Einschätzungen von USA und GBR sehr wohl eine gewaltsame Übernahme Kabuls durch die Taleban innerhalb der nächsten 30 Tage sähen.

Frau VPr'in hat uns gebeten, in den nächsten Tagen und Wochen mit geeigneten AND [REDACTED] Kontakt aufzunehmen (ggf. auch anlässlich anderer Gespräche) und zu eruieren, wie die dortige Lageeinschätzung tatsächlich ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ggf. können wir eine Klärung auch durch Erka klären, das wir von den Partnern erhalten.

Ich bitte um Veranlassung im Rahmen des Möglichen ...“

Meine Frage dazu: Hier ist jetzt ausdrücklich die Rede davon, dass dieser Auftrag zu erledigen ist innerhalb der nächsten Tage und Wochen. Können Sie dem Ausschuss erläutern, wie Sie sozusagen zu dieser Zeitdimensionen kamen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee, das kann ich nicht. Das ist jetzt - - Das ist ja auch nicht von mir geschrieben, sondern wiederum weitergegeben. Was deutlich wird, ist natürlich, dass ich nicht damit gerechnet habe, dass das 36 Stunden dauert, und die Sache ist vorbei. Tage ist das, was auch dadurch, dass wir in die Evakuierungsplanung eingestiegen sind, in die Krisenstufe 3b eingestiegen sind, das Wichtige. Wochen - wenn wir noch Wochen gehabt hätten, hätten wir die Zeit auch ausnutzen können. Aber das heißt jetzt nicht, ich gi rng davon aus, das geht noch ewig gut. Dann hätte ich diesen ganzen Wirbel nicht gemacht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, würden Sie sagen, dass diese Mail Ihren Auftrag, zumindest was die zeitliche Dimension angeht, nicht korrekt wiedergibt, oder?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Die Mail hätte auch lauten können: hat uns gebeten, bitte baldmöglichst. - Hätte die Sache genauso gut getroffen. Wenn die Kippunkte nicht gekommen wären, hätten wir ja vielleicht noch Wochen gehabt. Es beschreibt den maximalen Zeitrahmen. Der BND ist nie davon abgewichen, zu sagen, dass, wenn die Taliban kommen, das Emirat, das islamische Emirat Afghanistan das Endstadium ist.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - In der Mail ist von einer Bitte um Kontaktaufnahme mit ausländischen Nachrichtendiensten die Rede. Können Sie dazu in öffentlicher Sitzung irgendwas sagen? Und wenn ja, was?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Nichts. Ja, das stand zu befürchten, offen gesagt. Können Sie in eingestufte Sitzung was dazu sagen? Oder können Sie dazu gar nichts sagen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wenn Sie jetzt fragen, was haben wir darauf - - Also, ich erinnere nicht, dass es in den 36 Stunden da noch was - - dass da noch was gelungen ist. Das ging dann so schnell.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also gar nicht. Sie können nicht in öffentlicher Sitzung was sagen, sondern innerhalb der nächsten 36 Stunden kam es Ihres Wissens nach zu einer Kontaktaufnahme gar nicht. Oder?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nicht dass ich weiß. Ich will nicht ausschließen, dass, und ich will auch nicht ausschließen, auch über andere Schienen und an anderen Orten. Aber ich kann Ihnen dazu nichts sagen und könnte Ihnen auch in eingestufte Sitzung dazu selbst aus eigener Erkenntnis nicht mehr sagen.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Okay, gut. Dann würde ich vielleicht ganz schnell zu einem anderen Aspekt kommen; sonst müssen wir das in der nächsten Runde machen. Das wird jetzt vielleicht - - Zwei Minuten noch. Dann würde ich erst noch mal an Frau Nanni abgeben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag auch von mir! Guten Tag, Frau von Uslar-Gleichen! Sie haben ja gerade ausgeführt, dass Sie in der Krisenstabssitzung gesagt haben: Wenn die und die Kippunkte eintreten, dann kann sich die zeitliche Dynamik verändern. - Inwiefern hat denn der BND gemonitort, wo man steht bei diesen Kippunkten? Man kann ja jeden einzelnen Kippunkt nehmen und dann überlegen: „Wie ist da unsere Infolage?“ ,vielleicht: „Welche Lücken gibt es?“ Wie hat der BND das gemonitort, wenn diese Kippunkte - da stimme ich Ihnen ja auch zu - so wichtig waren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, wie gesagt, wie die überprüft werden, das ist Aufgabe der Fachabteilungen, der Referate. Das ist nicht etwas, was ich als Vizepräsidentin selbst gemacht hätte. Ob - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber haben Sie angewiesen, dass es überprüft wird?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das ist das tägliche Tagesgeschäft des BND. Wenn wir solche Kipppunkte identifizieren, dann ist das kein Fall von - sorry, wenn ich jetzt Englisch spreche, aber es ist so griffig - „fire and forget“, also man schießt die Kipppunkte in die Welt, und dann kümmert man sich nicht mehr drum. Die Kipppunkte sind die Punkte, die eine Lageänderung auslösen würden. Und dass das sehr relevant ist, ist selbstverständlich. Also, das wird natürlich beobachtet. Nur, das ist eine binäre Frage: Flieht die Regierung, oder flieht die Regierung nicht? In dem Moment, wo sie geflohen ist, ist der Kippunkt eingetreten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage noch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind ...

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ... am Ende. Wir sind am Ende. Okay.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Bis später.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: AfD, bitte.

Stefan Keuter (AfD): Frau von Uslar-Gleichen, grüße Sie! Uns liegt auf MAT A BK Amt-3.60 VS-NfD, Blatt 27, ein Beleg dafür vor, dass der deutsche Sonderbeauftragte Markus Potzel den Vertragstext des Doha-Abkommens mitsamt der geheimen Zusatzprotokolle vor Abschluss des Abkommens einsehen durfte und deren Inhalt grundsätzlich zugestimmt hat. Ist Ihnen der Sachverhalt bekannt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Dann brauche ich dazu auch gar nicht weiterfragen.

Laut Fundstelle MAT A BMVg-4.753 VS-NfD, Blatt 37, löste die BND-Berichterstattung vom März 21, dass Ortskräfte aller Ressorts mit Abzug des Westens latent gefährdet seien, im BMVg Skepsis aus. Der MAD wurde um eine Prüfung gebeten. Die Prüfung enthielt unter anderem folgende Bemerkung - Zitat aus der eben erwähnten MAT-Nummer; Zitat Anfang -:

„Derzeit befinden sich 2/3 der aktiven OrtsKr seit einem Jahr im CORONA-Frei. Ein Teil dieser OrtsKr leben in durch die Taleban besetzten Gebieten. Eine gezielte Selektierung, Entführung oder Tötung von diesen OrtsKr konnte bisher nicht festgestellt werden.“

Zitat Ende. - Meine Frage: Welche Kenntnisse hatten Sie bzw. der BND über Ortskräfte deutscher Stellen, die in den Jahren 2020 und 2021 in von Taliban besetzten Gebieten lebten, und stand der BND hierzu mit dem MAD im Austausch?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Auf meiner Ebene ist das nicht angekommen - wenn es so gewesen sein sollte.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Sie sind auch keine Zeugin vom Hörensagen, Flurfunk etc. dazu?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das würden wir auch gar nicht wissen wollen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Der Flurfunk in die Leitungsebenen ist ein bisschen eingeschränkt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich darf es noch mal sagen: Die Zeugin kann und sollte nur zu eigenen Wahrnehmungen sich hier äußern.

Stefan Keuter (AfD): Genau dazu habe ich die Zeugin, Herr Vorsitzender, glaube ich, gerade befragt, ob sie eine Wahrnehmung über Flurfunk etc. hatte.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Gut. Herzlichen Dank, Frau Zeugin. - Frau von Uslar-Gleichen, laut MAT A BMVg 5.09 VS-NfD, Blatt 11, kündigte die Ministerin BMVg am 17.04.21 öffentlich an, noch vor Abzug der Bundeswehr afghanische Ortskräfte mit Familien nach Deutschland zu holen. Auf MAT A AA 9.57 VS-NfD, Blatt 30 und 31, liegt uns der zehn Tage nach dem erwähnten Statement Kramp-Karrenbauers versandte Drahtbericht des Botschafters Zeidler vor, also deutsche Botschaft Kabul. Hierin heißt es wörtlich - Zitat aus der vorgenannten MAT-Nummer; Zitat Anfang -:

„Die mediale Berichterstattung über in Berlin getroffene Aussagen zu einer großzügigen Handhabung des Ortskräfteverfahrens ... hat in AFG bereits für eine große Aufmerksamkeit gesorgt und den Eindruck erweckt, dass die Bundesregierung in großem Stile ... AFG StA in DEU aufnehmen werde. Dies stellt uns vor einer Reihe von substanziellen Schwierigkeiten ...“

Zitat Ende. - Die Fundstelle geht weiter:

„Zudem entsteht der Eindruck, DEU „evakuieren“ ... Ortskräfte, da wir von massiver Lageverschlechterung ausgehen.“

Dies kann zu einer weiteren „Demoralisierung der ANDSF“ führen. - Zitat Ende. - Meine Frage lautet: Haben Sie Erkenntnisse, die einen Zusammenhang zwischen den Ankündigungen deutscher Politiker, das Ortskräfteverfahren großzügig zu handhaben, und der Demoralisierung der afghanischen Streitkräfte nahelegen, und, wenn ja, welche Erkenntnisse sind dies?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Können Sie es noch mal wiederholen, die Frage?

Stefan Keuter (AfD): Ja. - Haben Sie Erkenntnisse, die einen Zusammenhang zwischen den Ankündigungen deutscher Politiker, das Ortskräfteverfahren großzügig zu handhaben, und der Demoralisierung der afghanischen Streitkräfte nahelegen, und, wenn ja, welche Erkenntnisse sind dies?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich habe keine Erkenntnisse.

Stefan Keuter (AfD): Gut, danke. - Nächste Frage. Uns liegt auf Fundstelle MAT A BND-3.160 VS-NfD, Blatt 13, eine im August 2021 vorgelegte Entscheidungsvorlage für den Präsidenten Kahl vor, die auch Sie erhalten haben. Laut diesem Dokument hielt man es im Referat PLSA, also beim BND, für möglich, dass Ortskräfte des BND nach ihrer Ankunft in Deutschland terroristische Anschläge verüben könnten.

Meine Frage lautet: Können Sie uns bitte sagen, welche Rückschlüsse Sie und/oder andere BND-Beamte aus diesem Hinweis gezogen haben und welche weiteren Aufnahmen das für BND-Ortskräfte nach sich zog?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Können Sie mir das zeigen, bitte?

Stefan Keuter (AfD): Ja, kommt.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, um da jetzt richtig drauf antworten zu können, müsste ich sechs Seiten intensiv lesen. Es geht in diesem Dokument darum: Wie nehmen wir unsere Ortskräfte auf, und wie versorgen wir sie? Wie kümmern wir uns um sie? Was für Kapazitäten haben wir? Wie sind, wie bei der Aufnahme anderer Ortskräfte, andere Stellen einzubinden?

Stefan Keuter (AfD): Ja, in diesem Aktenfundstück geht es insbesondere auch darum, dass man es wohl im August 2021 im Bundesnachrichtendienst für möglich gehalten hat, dass Ortskräfte terroristische Anschläge in Deutschland verüben könnten. Dazu meine Frage: Welche Kenntnisse haben Sie dazu? Und damit verbunden auch die Frage, ob Sie in der Vergangenheit - Sie als BND - schlechte Erfahrungen mit Ortskräften gemacht haben.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Herr Keuter, nein, nein. Das ist, so wie ich das hier lese, der



Nur zur dienstlichen Verwendung

schlimmste aller hypothetischen Fälle. Und wir haben überhaupt keine Hinweise darauf. Die Ortskräfte, mit denen wir zusammengearbeitet haben, waren loyale Mitarbeiter, und wir haben überhaupt keine - - Dem liegt nichts Konkretes zugrunde. Aber wenn man überlegt, dann stellt man große Hypothesen auf. Dem liegt nichts zugrunde konkret.

Stefan Keuter (AfD): Das heißt, auch eine Innentäterschaft im BND -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nichts.

Stefan Keuter (AfD): - hat es nie gegeben.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein, nicht nach meiner Kenntnis.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Dann möchte ich Ihnen eine letzte Frage stellen. Laut Fundstelle MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 149 und 150, erreichte den BND am 11.08.21 eine Bitte aus dem Kanzleramt. Der Dienst wurde gebeten, eine Agenturmeldung einzuordnen, nach der US-Dienste mit der Eroberung Kabuls durch die Taliban innerhalb der nächsten 30 bis 60 Tage rechneten. - In seiner Antwort vom selbigen Tag gab der BND sogenannte Kippunkte an - -unmittelbare Einnahme Kabuls begünstigen können etc. Ist Ihnen das bekannt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Stefan Keuter (AfD): Es ist hier auch die Rede davon, dass möglicherweise der Abzug von US-Streitkräften die bisherige für die Absicherung des HKIA, also des Flughafens, und der Green Zone - - nicht mehr entsprechend Kräfte vorhanden sein könnten. Ist Ihnen die Tatsache - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Sagen Sie es noch mal?

Stefan Keuter (AfD): Durch den Abzug der US-Streitkräfte könnte es sein, dass der Flughafen nicht mehr entsprechend gesichert wäre und auch die Green Zone nicht mehr. Ist Ihnen das bekannt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Könnten Sie mir auch das noch mal zeigen? Weil ich glaube, da kommt es auf die genauen Formulierungen an. Aber die Kippunkte in diesem Schreiben sind auch die Kippunkte, die wir in der Krisenstabsitzung am Tag danach dann vorgetragen haben.

Stefan Keuter (AfD): Gut, ja, Sie bekommen das Stück vorgelegt.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Danke.

Stefan Keuter (AfD): Abschließend wies das Referat LBA das Kanzleramt explizit darauf hin, dass der BND über diese beiden Kippunkte künftig erst im Nachhinein berichten könnte.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Noch mal.

Stefan Keuter (AfD): Es ist da in dem Fundstück, was Sie vorliegen haben - MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 156 -, wörtlich die Rede von „eine präventive Perzeption“ sei „ausgeschlossen“.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich habe jetzt hier vorliegen 170 bis 177.

Stefan Keuter (AfD): Ja, das sind zwei Seitenzahlen, rote und schwarze. Der Kollege zeigt Ihnen das auch noch mal.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also hier sind nur schwarze drauf.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind jetzt auch deutlich über die Zeit.

(Ein Mitarbeiter der AfD-
Fraktion weist die Zeugin
auf Details in den zuvor
vorgelegten Unterlagen hin)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Vielleicht, Herr Keuter, wenn Sie es noch mal sagen könnten, jetzt, wo ich es vorliegen habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Ich würde dann mit Blick auf unsere Zeit in der nächsten Fragerunde damit weitermachen -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Okay. Ich behalte es so lange hier.

Stefan Keuter (AfD): - und dann gleich noch mal darauf Bezug nehmen. - Danke, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt kommen wir zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Hallo, Frau von Uslar-Gleichen! Wir haben ja schon viel jetzt heute über diese berühmte Krisensitzung gesprochen. Ich will da auch mal einsteigen, dass Sie vielleicht noch mal mir sagen - - Sie sind wohl von zwei Mitarbeitern begleitet worden, dass Sie uns vielleicht mal sagen, welche Funktion diese beiden Mitarbeiter hatten. Und Sie haben gesagt, Sie haben eingeführt, und dann - - dass Sie vielleicht noch mal weiter sagen, was dann die beiden Mitarbeiter für einen Part übernommen haben des Berichts.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich gehe davon aus, dass Sie beide Mitarbeiter auch gehört, angehört haben, vermute ich zumindest. Ich weiß es nicht. Der eine Mitarbeiter war der Referatsleiter, der andere Mitarbeiter war meiner Erinnerung nach Sachgebietsleiter.

Peter Heidt (FDP): Ja, aus MAT A BND-3.204 VS-NfD, Blatt 180, wissen wir, dass ja der Gesandte Jan Hendrik van Thiel in der Krisensitzung dem BND sehr widersprochen hat.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Mhm.

Peter Heidt (FDP): Wissen Sie noch, welche Aspekte des Lagevortrags vom BND der Herr van Thiel genau kritisiert hat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Gar nicht. Er hat nur gesagt: „Da haben wir aber ganz andere Intelligence von USA und Großbritannien“ - hat er, glaube ich, als Länder erwähnt; aus! -, aber in einer sehr überzeugenden Art, sodass ich mir das

schon zu Herzen genommen habe und wir auch dann versucht haben, rauszufinden - - oder ich versucht habe, rauszufinden: Was meint er denn? Aber nicht in der Sitzung, hinterher.

Peter Heidt (FDP): Ist denn in der Krisenstabssitzung gar nicht mehr diskutiert worden über diese Punkte näher?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee, nein.

Peter Heidt (FDP): Man hat also das von van Thiel einfach so hingenommen dann?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Na ja, ich meine, wir hatten unsere aus unserer Sicht fundierte Einschätzung: „Was ist jetzt zu sehen? Was passiert, wenn sich an den Umständen, die wir im Moment sehen, Gravierendes ändert? Das sind die Kippunkte“, und dass dann das, was wir jetzt sehen, nicht mehr gesehen wird. Dass das innerhalb von 36 Stunden passieren würde, haben wir nicht gewusst, haben wir nicht geahnt, hat auch sonst niemand gewusst und geahnt. Und dann sagt van Thiel, er sieht das aber ganz anders.

Solche Krisenstabssitzungen sind kein Brainstorming, sind keine Diskussion über die Lage, sondern da ging es dann um: Wie viele Ortskräfte sind vor Ort? Einstieg in die Evakuierung. - Das sind Themen, die dann auch durch Abfrage der Ressorts geklärt werden. Und man verständigt sich drauf und macht - - trifft dann die Entscheidung als Krisenstab, dass in der Tat jetzt die Schritte zu der Evakuierung, die ersten Schritte, der Einstieg erfolgt und die Krisenstufe 3b entschieden wird, so was. Aber eine Lagediskussion mit dem BND über auch vertrauliche Informationen, so was findet nie statt; habe ich noch nie erlebt, dass so was stattgefunden hat.

Peter Heidt (FDP): Also, Sie haben auf die Kritik von van Thiel gar nicht reagiert.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Auf die Kritik von van Thiel hat der BND - - Van Thiel hat USA erwähnt, und darauf hat der BND reagiert mit: Die USA haben uns gesagt: „11.09.“, und wir können uns nicht vorstellen, dass sie den Taliban



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Prestigegewinn gönnen, die Talibanfahne über der amerikanischen Botschaft zum 20. Jahrestag von 9/11. - So, und das war eine Einschätzung, die sich dann als falsch erwiesen hat.

Peter Heidt (FDP): Hat denn am Ende - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das war es. Dann ging es um andere Themen.

Peter Heidt (FDP): Also man hat über die gemeinsame Lageeinschätzung - - hat es eigentlich nicht gegeben, sondern man hat im Prinzip dann - - die Staatssekretärin hat dann im Prinzip die Lageeinschätzung vom BND einfach als die richtige übernommen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Die Lageeinschätzung ist nicht als richtig oder falsch übernommen worden; sie lag auf dem Tisch, ihr war widersprochen worden von Herrn van Thiel, und das Ergebnis der Krisenstabssitzung war der Einstieg in die Evakuierungsplanung.

Peter Heidt (FDP): Okay. Aber da hat man ja faktisch schon die Lageeinschätzung vom BND übernommen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, ja.

Peter Heidt (FDP): Denn hätte man van Thiel - - wäre man van Thiel gefolgt, hätte man ja vielleicht andere Beschlüsse fassen müssen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wir haben gesagt: Es gibt Punkte, die kippen unsere Zeitannahmen. - Und das hat offensichtlich so viel Wirkung gezeigt, dass man jetzt nicht gesagt hat: Der BND hat aber gesagt, wenn die Kippunkte nicht eintreten, haben wir noch 90 Tage Zeit oder 30; von daher lehnen wir uns in unseren Stühlen zurück. - Die Kippunkte haben ihre Wirkung gezeigt, kombiniert mit Herrn van Thiels Eindrücken vor Ort. Ansonsten wäre sicher die Krisenstabssitzung anders ausgegangen. Also, ich spekuliere jetzt, und das ist ganz gefährlich in einem Untersuchungsausschuss.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da haben Sie recht.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Daher nehme ich das lieber zurück. Aber ich glaube, der Lagevortrag: „Es kann sich daran auch was ändern, es kann auch viel schneller gehen“, hat auch seine Wirkung gezeigt.

Peter Heidt (FDP): Ja, Sie haben ja schon gesagt, Kippunkte waren sehr wichtig.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Mhm.

Peter Heidt (FDP): Zwei der Kippunkte vom BND waren - das war Pol-10 [?] - vollständiger Abzug der US-Streitkräfte und der Abzug des Großteils der westlichen Botschaften. Aus einer Zulieferung des Bereichs LASE vom 13. August 21 - das ist MAT A BND-3.204 VS-NfD, Blatt 152/153 - kam folgende Einschätzung:

- „• Es ist wahrscheinlich, dass die USA bei weiteren Gebietsgewinnen der Taleban im Verlauf des August 2021 sich dazu entschließen werden, das gesamte diplomatische Personal zu evakuieren und ihre Militärmission zu beenden. Ein kompletter Abzug vor dem 11.09.2021 ist aufgrund des symbolischen Datums und der Gefahr einer propagandistischen Ausschlichtung durch die Taleban eher unwahrscheinlich.“

Ich würde jetzt gern sozusagen das Zitat zweigeteilt mit Ihnen besprechen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Könnten Sie mir das auch zeigen?

Peter Heidt (FDP): Natürlich.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich sehe es immer gern; dann weiß ich, was der Text ist.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Peter Heidt (FDP): Ich will Ihnen vielleicht schon mal die Frage stellen. Im ersten Teil des Zitats prognostiziert ja der BND-Mitarbeiter, dass die



Nur zur dienstlichen Verwendung

USA bei weiteren Geländegewinnen der Taliban wahrscheinlich - also das ist 8 [sic!] bis 95 Prozent Wahrscheinlichkeit - das gesamte diplomatische Personal evakuieren, auch die Militärmission beenden. Inwieweit hat dieser Punkt im Vortrag des BND in der Krisenstabssitzung eine Rolle gespielt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Würden Sie mir noch mal sagen, auf welchem Teil dieser zwei Seiten?

Peter Heidt (FDP): Rückseite, ganz unten.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Rückseite?

Peter Heidt (FDP): Unten.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Unten.

(Die Zeugin blättert und liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Das ist eine Zuarbeit von nach dem Fall Kabuls - nicht? - vom 17.08.

Peter Heidt (FDP): Nee.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Steht aber obendrüber. 21, ja. - Also das kriege ich jetzt auch mit Datum und so - - kriege ich das jetzt auch nicht ganz zusammen, muss ich sagen. Das ist die Zuarbeit für die ND-Lage. Das sind die Stunden, welche, um die es sich hier dreht.

Peter Heidt (FDP): Und hat das einen Einfluss genommen auf das, was Sie da dann gesagt haben in der Krisensitzung?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Hm?

Peter Heidt (FDP): Hat das einen Einfluss genommen auf das, was Sie in der Krisensitzung gesagt haben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich meine, es ist ja genau das, was die Amerikaner dann gemacht haben.

Peter Heidt (FDP): Genau.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Es wird mit „wahrscheinlich“ beschrieben. Es wird aber leider nicht beschrieben mit „Das werden sie tun, und wir müssen uns darauf einstellen“. Das wussten wir halt nicht. Und die weiteren Gebietsgewinne der Taliban waren nichts, was wir in dem Moment als gegeben angesehen haben. „Bei weiteren ...gewinnen“, also das ist eine hypothetische Annahme. Und wie schnell das gehen würde, war auch nicht klar. Dass wir immer noch vom 11.09. als einem Datum, was für die Amerikaner Bedeutung haben würde, ausgingen, sieht man darin auch. Ja. Also, es ist jetzt nichts, was die Lage irgendwie anders macht, als wir sie dargestellt haben.

Peter Heidt (FDP): Aus den Befragungen von Militärs in diesem Ausschuss wissen wir, dass das tatsächliche Truppenabzugsdatum, zumal bei einem Abzug unter einer latenten Bedrohung, aus Erwägungen der militärischen Sicherheit nicht offen kommuniziert wird. Inwieweit können Sie sich daran erinnern, dass dieser Aspekt des Nichtkommunizierens des Abzugsdatums eine Rolle gespielt hat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Gar nicht. Aber ich glaube, man muss unterscheiden zwischen Beendigung von Mission Resolute Support, also dem Abzug der militärischen Kräfte, des militärischen Engagements, und dem Abzug aller Militärs. Was die Amerikaner immer geplant hatten, ist, mit einem entscheidenden militärischen Kontingent vor Ort zu bleiben, um eben die Botschaften abzusichern, den Flughafen abzusichern. Das sind sozusagen unterschiedliche Abzugsszenarien und Abzugsgruppen.

Peter Heidt (FDP): Ja, gut, wir hatten schon eben den Eindruck, dass es eher dann eine Art symbolische Restpräsenz gegeben hätte.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee. Ich hätte den Eindruck oder ich hatte den Eindruck, dass es schon entscheidend ist, ob die Green Zone weiter von den Amerikanern gesichert wird oder nicht. Und das hatten sie angegeben, auch wenn Mission Resolute Support dann beendet sein



Nur zur dienstlichen Verwendung

würde und sozusagen das militärische Engagement der Amerikaner, die ja bis zum Schluss auch die afghanischen Sicherheitskräfte, Streitkräfte noch unterstützt haben, enden würde.

Peter Heidt (FDP): Also, Sie sind davon ausgegangen, dass die Restpräsenz der Amerikaner ausgereicht hätte, sowohl den Flughafen zu sichern als auch die Green Zone?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Peter Heidt (FDP): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende dieser Runde. Ich glaube, wir können noch jedenfalls beginnen mit der nächsten Runde.

Ich würde fortsetzen mit der Frage: Wir waren ja beim Krisenstab vorhin. Und Sie haben mehrmals betont, als ich Sie gefragt habe nach eigenen Fakten, die Sie hatten, um das zurückzuweisen von van Thiel: Die Amerikaner haben gesagt: 11.09. - Das war jetzt häufiger Ihre Aussage, dass die Amerikaner gesagt haben: 11.09. - Nun will ich mich nicht auf die amerikanischen Quellen beziehen, weil Sie dazu hier ja keine Auskunft geben. Aber gibt es nicht zum einen die Hinweise der Botschaft, der deutschen Botschaft, sondern der amerikanischen Botschaft, Frau Haber, von der hier mehrmals die Rede war? Und zum Zweiten haben die Amerikaner ja selbst schneller gehandelt und am Ende sogar bei den Deutschen gefragt: „Jetzt wird es dann mal Zeit, wenn ihr mitwollt“, um es mal ein bisschen salopp zu formulieren.

Mit anderen Worten: Gemessen an dem, was der van Thiel da vorgetragen hat, ist mehr als die bisherige Aussage in den Szenarien mit dem 11.09. - - Widerspricht das amerikanische Handeln nicht der Berufung darauf, dass die gesagt haben, es dauert länger? Das habe ich noch nicht verstanden. Das müssten Sie mir bitte noch mal erläutern.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Na ja, das ist eine Frage der Zeit. Wenn Sie mir die Frage auf die Situation vom 15.08. stellen, würde ich Ihnen voll zustimmen, am 13.08. noch nicht. Aber Sie

haben völlig recht - und das war uns auch klar -: Es hängt an den Amerikanern. Nun haben die uns eben nicht gesagt, dass sie am 15.08. die Sicherung der Green Zone aufgeben würden. Das war ein ganz entscheidender Faktor. Und wenn wir das am 13.08. gewusst hätten, hätten wir anders gebrieft, und dann wäre die Entscheidung auch anders ausgefallen, und wenn wir es noch zwei Wochen vorher gewusst hätten, auch. Aber wir wussten es am 13.08. nicht. Und ich kann Ihnen überhaupt nicht sagen, wie die amerikanischen Entscheidungsprozesse da gefallen sind und wer da auf amerikanischer Seite was wusste und was entschieden hat. Ich habe nicht den Hauch einer Ahnung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Sie haben ja dann geschildert, dass Sie ernsthaft umgegangen seien mit den Bedenken von Herrn van Thiel, mit Arbeitsaufträgen. Ich will aber noch mal beim 13.08. bleiben. Nachdem die Sitzung zu Ende war, hat Herr van Thiel noch mal zwei Berichte zur Lage der Botschaft dargestellt; MAT A BND-3.159 VS-NfD, Blatt 145 bis 149; Anlage 8:

„• Lage im Land und Kabul verdüstert sich für „Republik“-
Reste weiter, deutlich kürzere
Zeitlinien und gefährlichere
Szenarien als BND.“

Und abends kommt dann unter den Betreff „:-)“ - MAT AA-9.82 VS-NfD, Blatt 11; Anlage 9 -:

“Indisches Nachrichtenportal:
“Kabul Ground Reality Bleak, Police Stations Empty; Taliban Takeover By Tonight: “

BND: Kabul in drei Monaten.

Es ist Zeit Wetten abzuschliessen,
wer näher dran ist.

Ich tippe auf die Inder.“

Zitat Ende. - Das ist ja nun, sagen wir mal - - erweckt jetzt nicht den Eindruck der Zuversicht, dass dieser Arbeitsauftrag in der Weise bearbeitet wird, wie Sie das gerade sagen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Kann ich das auch mal sehen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das können Sie gerne sehen, ja. Aber es ist ja kurz und prägnant.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, ja, ich sehe es oder höre es.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und vor allen Dingen ist es ja so, dass da beschrieben wird, dass die Polizeistationen leer sind, also dass die Polizisten sich schon zurückgezogen haben. Und nach allem, was wir wissen, ist es den Amerikanern jedenfalls nicht entgangen. Ich frage Sie mal: Ist Ihnen das entgangen? Oder haben Sie die Aussagen von Herrn van Thiel nicht für glaubwürdig gehalten? Das würde ich gerne wissen wollen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Herr Stegner, ich habe Ihnen ja gesagt: Herr van Thiel hat uns in der Krisenstabssitzung keine konkreten Informationen gegeben. Er hat nur gesagt, er hat andere Intelligence. Das war genug, um mich dazu zu veranlassen, zu sagen: Lasst uns mal gucken, was Herr van Thiel weiß, was wir nicht wissen. - Und so war es. Also, wie gesagt, ich bin auf der Leitungsebene. Ich bin kein - - Ich bin nicht auf der Ebene, die einsteigt in die Intelligence-Suche. Von daher - - Auch das hat Herr van Thiel uns ja nicht zukommen lassen, die Informationen, die gingen an - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann lassen Sie mich es andersrum fragen: Hatte der BND Erkenntnisse darüber, dass die Polizeistationen verlassen worden sind?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich habe sie nicht. Ich weiß nicht, ob die Arbeitsebene - - Die haben Sie ja schon befragt. Also, diese Details habe ich nicht mitgeschnitten als Vizepräsidentin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat es zum State-of-the-Art-Instrumentarium gehört, wenn solche

drastischen Lageveränderungen stattgefunden haben, dass die Gegenstand des BND-Vortrags sind?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Welches BND-Vortrags?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Den Sie zusammen mit Ihren Mitarbeitern dort gegeben haben. Wir reden ja über eine Krisenstabssitzung.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, ja, aber das ist ja doch danach, ne? Das ist hier Sonntag, 22. August, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, ich habe über den - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: - und er schickt es am Abend des Freitags.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: 13.08., am Abend.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: 19.40 Uhr. Die Krisenstabssitzung war morgens. Also, da konnte ich das und hätte auch meine Kollegen in den Fachabteilungen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da steht nicht, dass das sich im Laufe des Tages ereignet hat, sondern ich rede über den gleichen Tag, wo dieser Lagevortrag war. Es bezieht sich auf ein indisches Portal. Wir wissen aus anderen Quellen, auch von amerikanischer Seite, dass das in der Tat zu beobachten war. Ich habe Sie jetzt ja nur gefragt, ob der BND, wenn er über solche Erkenntnisse verfügt, ob das Gegenstand von solchen Lagebildern - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wenn der BND über solche Kenntnisse verfügt, wird das selbstverständlich eingearbeitet in unsere Analysen und fließt ein in unsere Bewertung. Ob wir das so und wann wir das gehabt haben - ob überhaupt, wann, wie -, kann ich Ihnen nicht sagen, hätte ich auch nicht gewusst.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat es nach dieser Krisenstabssitzung, zum Beispiel bei der Debatte über das Protokoll, das da angefertigt worden ist,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Diskussionen, von denen Sie Kenntnis haben, im BND gegeben, dass die Einschätzung, die Sie dort dargelegt haben, falsch gewesen sein könnte?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich steige mal am Anfang ein, um was richtigzustellen, und dann würde ich Sie bitten, noch mal zu wiederholen. Debatten über das Protokoll gibt es nicht. Das Auswärtige Amt fertigt seine Krisenstabsprotokolle in eigener Verantwortung ab und verschickt sie an die Teilnehmer.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mit den Debatten meinte ich die uns übermittelten Zeugenaussagen, dass es unterschiedliche Einschätzungen zu der Frage gab, ob das Protokoll den Sachverhalt richtig wiedergegeben hat, ja oder nein. Dazu habe ich Sie ja vorhin befragt. Das meinte ich mit dem Wort „Debatte“.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Retrospektiv, jetzt, kann ich sagen, das Protokoll war sehr kurz und hätte gerne länger sein können, aber es war nicht untypisch kurz.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, das haben wir vorhin ja schon miteinander abgearbeitet. Da will ich nicht drauf zurück. Ich wollte nur den Begriff „Debatte“ erläutern.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Worauf ich zurückwollte, ist, ob es nach Ihrem Kenntnisstand nach dieser Krisenstabssitzung eine Einschätzung innerhalb des BND gegeben hat, wonach Ihre Darstellung dort in der Sitzung falsch gewesen ist.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das haben wir ja ausgesteuert. Und sie kann gar nicht falsch gewesen sein, weil wir das - - Das klingt jetzt auch dumm, aber wir haben ja gesagt: Wir bewerten die Lage auf Basis der uns vorliegenden Erkenntnisse wie folgt; wenn sich etwas ändert, ändert sich die Lage. - Und das, was sich ändern könnte und zu einer Lageänderung führen würde, haben wir sehr präzise beschrieben. Und das ist eingetreten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich in aller Deutlichkeit noch mal nachfragen: Ist aus Ihrer Sicht und aus Ihrem Kenntnisstand die Darstellung, die Sie dort gegeben haben, korrekt gewesen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: In dem Moment war es die bestmögliche Darstellung unserer Analyse plus eine Prognose: Was passiert, wenn sich etwas an den Parametern, auf die wir diese für den Moment gegebene Lageanalyse gestützt haben, ändert? Und so weit war sie umfassend.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will nicht, dass wir Sie falsch in Anspruch nehmen. Es hat, so wie Sie geantwortet haben - - Sie würden dabei bleiben, zu sagen: Es war der komplette Wissensstand, den der BND zu dem Zeitpunkt hatte, der eingeflossen ist in Ihren Lagevortrag in der Krisenstabssitzung.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ehrlich gesagt, das kann ich Ihnen auf meinem Level nicht sagen. Ich weiß nicht, was alles eingeflossen ist; aber ich vertraue auf die Fähigkeit des BND und seiner Analysten, aus den Erfahrungen, die sie haben, aus dem Werkzeug, was sie haben, aus den vorliegenden Erkenntnissen die Schlüsse zu ziehen, die wir für die korrektesten und plausibelsten halten. Und dazu gehörte in diesem Fall: Wir erwarten jetzt nicht, dass Kabul am 15. August kampfflos den Taliban übergeben wird. - Aber dazu gehörte auch, dass wir identifiziert haben, dass, wenn sich gewisse Parameter ändern, wenn gewisse Ereignisse eintreten, all das, was wir am Vormittag des 13. August gesagt haben, nicht mehr gültig ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das habe ich gut verstanden. - Nun ist es ja keine intellektuelle Übung gewesen, sondern der Geschäftsträger der Botschaft in Kabul mit Verantwortung für seine Mitarbeiter hat eine dramatisch andere Lageeinschätzung gehabt als die, die letztlich vom BND dort vorgetragen worden ist. Und deswegen frage ich Sie noch mal: Wie haben Sie denn die Aussagen von Herrn van Thiel bewertet? Es ist ja hier manchmal schon dargestellt worden, dass das als Alarmismus oder ähnlich eingestuft wurde. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

frage Sie deswegen, weil wir Zeugen hier hatten, die gesagt haben: Der BND war der Schwarzseher in der ganzen Veranstaltung. - Und dann weiß ich gar nicht, wie man den van Thiel bezeichnen soll. Das ist dann superschwarz. Da kenne ich mich nicht so aus in dem Farbenspektrum. Aber sei's drum. Also, ich bringe das nicht so richtig zusammen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich auch nicht, Herr Dr. Stegner. Aber ich kann Ihnen noch mal Folgendes sagen: Ich glaube, man muss unterscheiden zwischen: Was hat der BND prognostiziert dafür, wie es mit Afghanistan weitergeht? Und da waren wir mit unserer Prognose, dass wir es für am wahrscheinlichsten halten, dass die Taliban ein islamisches Emirat einführen werden, glaube ich, die, die am negativsten, aus unserer Sicht, aus dem, was wir in Afghanistan erreichen wollten - - die die negativste Einschätzung hatten, die deprimierendste, die pessimistischste, dass wir auf der Basis unserer Analysen, unserer Erkenntnisse der Auffassung waren - - Und ich meine, es ging ja immer noch in dem Zeitpunkt um Friedensverhandlungen zwischen der Republik Afghanistan, zwischen den Taliban; es ging um inklusive Regierungen; es ging um eine Machtbeteiligung der Taliban, aber nicht um eine Machtübernahme.

Das waren die Szenarien, an denen die internationale Gemeinschaft gearbeitet hat. Und da waren wir mit unserem „Also, wir erwarten, nicht übermorgen, aber perspektivisch, dass mit den Taliban ein Emirat, ein islamisches Emirat entsteht“, glaube ich, wirklich am Spektrum der Schwarzseher; glaube ich schon. Wir haben da ein Ziel, ein Endstadium beschrieben, was für viele nicht das erstrebte war. Aber wie schnell das gehen würde, da lagen wir falsch; da lagen aber auch andere nicht richtig. Also, ich würde viel deprimierter sein, wenn wir der einzige Nachrichtendienst gewesen wären, der diese Prognose über die Geschwindigkeit falsch getroffen hätte, und alle anderen richtig gelegen hätte. Das war nicht der Fall.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich verstehe das alles. Aber ich will noch mal sagen: Der Punkt ist ja nicht - - Wir reden ja nicht darüber, ob das

nächste Tief oder Hoch bei den Meteorologen schneller kommt oder nicht, sondern wir reden darüber, dass in der dramatischen Einschätzung des Geschäftsträgers vor Ort, wo es letztlich um die Frage auch der Evakuierung geht, wann die eingeleitet wird, und wo gesagt wird, der eigentliche Kipppunkt sei Ihre Darstellung gewesen in der Krisenstabssitzung - das ist ja eine Zeugen-aussage gewesen - -

Ich will es mal andersrum fragen: Wenn der Zusammenhang zwischen der Lageeinschätzung und der Evakuierungsentscheidung ja doch offenkundig vorhanden ist, ist dann die Frage: Liegen wir jetzt in der Wahrscheinlichkeit richtig oder nicht richtig und machen die anders oder nicht? Spielt das Thema Verantwortung für die Mitarbeiter in der Botschaft im Sinne von - -

Ich will offen fragen: Ist die Empfehlung, die der BND abgibt, eine, die sich eher orientiert an einer vorsichtigen, im Sinne von eine die Mitarbeiterperspektive in den Blick nehmenden Perspektive, oder eher einer „Unsere nachrichtendienstlichen Instrumente sagen uns, das bleibt eher unwahrscheinlich, also bleiben wir mal dabei“? Ich möchte es nicht suggestiv machen; deswegen interessiert es mich eher offen, was der entscheidende Gesichtspunkt ist für die BND-Empfehlung, weil der Zusammenhang mit der Evakuierungsentscheidung ist ja offenkundig.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Jein. Wie soll ich das sagen? Der BND berichtet auf Basis der von ihm gewonnenen Erkenntnisse und seiner Erfahrung und bewertet die Lage, wie sie sich uns in dem Moment darstellt. Und er prognostiziert, wie sich das entwickeln kann. Und diese Prognose enthielt einige Punkte, die dann auch tatsächlich so schnell eingetreten sind, dass wir von 0 auf 100 gehen mussten in puncto Evakuierung.

Ich glaube nicht, dass - - Ach, wie soll ich das sagen? Herr van Thiel war nicht sehr konkret. Er hat nur gesagt, er sieht das anders. Aber für meinen Geschmack hat er das überzeugend gesagt und so überzeugend, dass wir da noch mal reingeguckt haben. Ich habe dann aber auch festgestellt, Herr van Thiel hat zumindest nicht in



Nur zur dienstlichen Verwendung

einer Art und Weise über seine Bedenken berichtet, dass das bei mir hätte ankommen können.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich mich gern mal auf andere Zeugen beziehen, den Zeugen G [REDACTED] zum Beispiel aus dem BMVg.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Herrn wen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zeuge G [REDACTED] aus dem BMVg, weil Sie ja gesagt haben - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Können Sie mir sagen, wer Herr G [REDACTED] aus dem BMVg ist, welche Rolle er spielte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich komme dazu gleich.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich komme auch mit der MAT-Nummer. Das ist MAT A BMVg-3.166 VS-NfD, Blatt 540. Das ist ein Zeuge aus dem Referat für Krisenfrüherkennung aus dem BMVg.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Und der hat - weil Sie gerade gesagt haben, die anderen Geheimdienste hatten ja auch keine anderen Erkenntnisse - mit Blick auf Analysen aus den USA und Großbritannien darauf hingewiesen, man müsse die Zeitlinien, was die Eintrittswahrscheinlichkeit von Emirat 2.0 angeht, deutlich verkürzen, also unterhalb dessen, was der BND gesagt hat. Und das stützte sich auf Analysen der USA und aus Großbritannien bezüglich der Raumgewinne, die die Taliban erzielt hatten. Das heißt, es gab de facto eine Aufforderung des BMVg und des stellvertretenden Botschafters in Kabul, die Zeitlinien anzupassen - was ja noch nicht geschehen ist, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Also frage ich Sie noch mal: Hatte der BND eigene Erkenntnisse aus Großbritannien und/oder den USA, die es hätten geboten sein lassen, die

Zeitlinien anzupassen? Warum sind die nicht angepasst worden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das müsste ich jetzt hier ganz genau lesen.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Ich gucke mal aufs Datum. Das ist vom 20.08., also nach dem Fall Kabuls.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es ist aber eine rückwirkende Betrachtung.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, ja, die ist nur nicht, das ist nur nicht - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Na, mir geht es auch nicht um den Text.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Vielleicht kann ich einfach so antworten: Ich kann Ihnen über Einzelerkenntnisse, nachrichtendienstliche Erkenntnisse, was eingeflossen ist, was mit anderen Diensten ausgetauscht wurde, welche Erkenntnisse - - Das sind Einzelinformationen. Das ist nicht das Abstraktionsniveau, auf dem ich als Vizepräsidentin dann gearbeitet habe. Ich habe mich, ich glaube, grenzwertig micromanagementmäßig in das Afghanistan-Dossier eingeschaltet. Aber ich habe darauf vertraut - und ich konnte darauf vertrauen -, dass meine Kollegen, die Afghanistan bearbeitet haben - und das aus allen Blickwinkeln und Perspektiven; das ist unser Job als BND -, alle Informationen nutzen, die da in die Analyse einfließen und nach bestem Wissen und Gewissen eingeschätzt und bewertet werden. Also wenn die diese Bewertung gehabt haben, wenn das BMVg sie geteilt hat, dann ist sie mit ganz großer Sicherheit angeschaut und bewertet worden. Wie sie gewichtet wurde, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das verstehe ich alles, aber was ich nicht verstehe, ist: Sie sagten, Herr van Thiel sei nicht wirklich konkret gewesen. Er spricht von „Alarmstufe dunkelgelb ... jetzt auf orange-rot“. Die Hinweise, die ich Ihnen



Nur zur dienstlichen Verwendung

eben genannt habe, bezogen sich auch auf konkrete militärische Sachverhalte. Ich frage mich also: Was muss eigentlich passieren, damit diese Zeitlinien, die immer noch bei zwei Jahre plus sozusagen stehen, verändert werden, wenn das nicht eine theoretische Angelegenheit ist?

Also, mir geht es nicht um das operative Geschäft, sondern mir geht es um die Führungsspitze des BND, der ja einen entscheidenden Teil beiträgt zu dieser Krisenstabssitzung, in einer dramatischen Situation, wo andere Länder schon gehandelt haben, ihre Botschaften schon verlegt hatten und anderes schon passiert war. Dramatische Einschätzung, und wir reden immer noch so über eine Abwägung: Warum werden die Zeitlinien nicht verändert?

Mich interessiert eigentlich jetzt - ich will da nicht zu doll in Sie dringen -: Hat es über diese Frage, die ich Ihnen hier stelle, hat es darüber Gespräche in der Führung des BND gegeben, mit dem Präsidenten oder mit dem Bundeskanzleramt aufgrund dieser Informationen, die ich hier zitiert habe?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, mein Eindruck war, dass unsere Zeitlinien sich auch schon vor der Formulierung der Kippunkte, die ja dann ein unmittelbares Eintreten einer Lageänderung beschrieben haben und die dann auch sehr, sehr schnell eingetreten sind - - dass es schon eine Verkürzung, eine erhebliche Verkürzung gab. Also, wir haben früher mal von langfristig gesprochen für Emirat 2.0; das ist schon kürzer geworden. Also, die Zeitlinien sind verkürzt worden; sie sind nicht auf 36 Stunden verkürzt worden, nein, sind sie nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut, damit ist meine Befragungszeit zu Ende, und ich glaube, wir werden jetzt auch unterbrechen müssen für die namentliche Abstimmung bzw. die Wahlen, die dort stattfinden. Ich unterbreche bis 15.30 Uhr.

(Unterbrechung von
15.00 bis 15.33 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich hoffe, Sie sind hinreichend versorgt, Frau Zeugin, mit Getränken und allem, was Sie benötigen. Wir fahren mit unseren Beratungen fort und waren angekommen bei der CDU/CSU-Fraktion und dem Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. Herr Vorsitzender, vielen herzlichen Dank. - Ich will das für mich noch mal ein bisschen - um den Krisenstab vom 13.08. - versuchen zu sortieren, damit ich da einen richtigen Eindruck von dem Verlauf und auch den Inhalten dieses Gespräches bekomme. Wir haben ja ausweislich des Protokolls, das uns vorliegt, den Beitrag des BND mit den Kippunkten, sage ich jetzt mal, verkürzt. Und der Vorsitzende hat in seiner Vernehmung ja schon gefragt, ob das sozusagen den aktuellen Sachstand des BND an diesem Tag, 13.08., vollständig wiedergegeben hat.

Ich würde jetzt ergänzend noch mal fragen wollen: Hatten Sie Anhaltspunkte am 13.08.2021 dafür, dass einer der beiden von Ihnen auch benannten Kippunkte, wie zum Beispiel der vorzeitige Abzug der Amerikaner aus der Green Zone oder aber die kampflose Übergabe Kabuls - - dass diese Szenarien sozusagen schon wahrscheinlich/unwahrscheinlich - - Also, in den Kategorien, in denen Sie bewerten: Hatten Sie darüber Erkenntnis am 13.08.?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Danke, Herr Röwekamp. - Nein, hatten wir nicht. Die Tatsache, dass wir diese Kippunkte benannt haben, deutet darauf hin oder zeigt, dass wir uns der Elemente, die für eine Lageänderung relevant sein könnten, sehr bewusst waren. Hätten wir Informationen gehabt, dass das weniger abstrakte Kippunkte, sondern unmittelbar bevorstehende Entwicklungen sein würden, wären die selbstverständlich in die Lagebewertung eingeflossen.

Aber, wie gesagt, die Krisenstabssitzung kam auch sehr überraschend. Sie ist vorverlegt worden vom 16.08., und wir sind dann auch sehr schnell da rübergelaufen. Wir haben auf der Basis unserer Erkenntnis gebrieft, und wir haben signalisiert: Was kann unsere aktuelle Lageeinschät-



Nur zur dienstlichen Verwendung

zung ändern? Und das sind ja auch Punkte gewesen, die nicht mal große nachrichtendienstliche Aufklärung brauchen. Wenn, wie es dann passiert ist, Staatspräsident Ghani in einem Privatflugzeug ausfliegt, dann kann jeder einen Haken - leider - hinter diesen Kippunkt machen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In dem Zusammenhang ist es ja so, dass wir nicht nur über die Erkenntnislage des BND sprechen, sondern wir haben ja auch Kenntnis davon, dass es auch, insbesondere auch im Auswärtigen Amt, schon sozusagen vereinzelte Hinweise gegeben hat. Über die Nachrichten von Botschafterin Haber aus Washington haben wir schon miteinander gesprochen. Hatten Sie eigentlich auch zugesteuert bekommen diese Informationen über die Gespräche, die die Botschafterin in Washington geführt hat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wir haben den Bericht aus Washington am Montag, den 09.08., gehabt, auch bekommen, gesehen. Und der hat bei uns - - Ich meine, er hat viele Szenarien beschrieben; aber selbstverständlich hat er Aktivität bei uns ausgelöst und hat dazu beigetragen, dass wir uns auch noch mal überlegt haben - und das hat in der klaren Formulierung der Kippunkte seinen Niederschlag gefunden -: Was muss passieren, um eine Dynamisierung dieser Entwicklung, die wir aufgezeigt haben, auszulösen? Ja, der Bericht war sehr relevant.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hatten Sie sozusagen zur Relevanz von Berichten auch Erkenntnisse aus den laufenden innerafghanischen Friedensverhandlungen? Also, sind Ihnen da aus Doha irgendwelche Informationen zugeflossen, beispielsweise darüber, ob und gegebenenfalls unter welchen Modalitäten eine friedliche Übergabe oder kampflose Übergabe Kabuls Thema war?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also mir nicht. Und ich glaube, das sind auch Erkenntnisse, die im Auswärtigen Amt vorliegen könnten. Ob sie bei uns auf der Arbeitsebene vorlagen - ich weiß es nicht. Also ich habe sie nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, Sie haben sie selber nicht gehabt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich umgekehrt fragen. Sie haben vorhin gesagt - mit meinen eigenen Worten jetzt beschrieben -, die Berichterstattung durch den BND, also der Lagebericht, war eher rezeptiver Natur. Also, der wurde nicht diskutiert; so habe ich das verstanden. Hat es denn Nachfragen anderer Ressorts zu Ihrem Bericht, insbesondere zu den Kippunkten, gegeben, oder hat es Ergänzungen zur Lageeinschätzung gegeben? Hat das Auswärtige Amt auf bestimmte, Ihnen vorliegende Erkenntnisse in diesem Zusammenhang hingewiesen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee, also meiner Erinnerung nach haben wir die Lage vorgetragen, so wie sie sich uns dargestellt hat - - hat Jan Hendrik van Thiel, der zugeschaltet war, gesagt, er hat da ganz andere Erkenntnisse. Und dann hat mein Kollege - und da stehe ich selbstverständlich auch dahinter - gesagt: Also, unserer Einschätzung nach oder unseren Erkenntnissen nach haben die Amerikaner folgende Position: ... Und das ist die, die mit 9/11 beschrieben wird. Und dann war die Diskussion - und das ist nicht ungewöhnlich; das ist völlig üblich - - Damit war der Teil „Lagevortrag BND“ vorbei. So erinnere ich das.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nach dem uns vorliegenden Protokoll, das ich Ihnen bei Bedarf gerne noch mal vorlegen kann - das ist MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 1; wir haben das ja mehrfach vorliegen; deswegen nehme ich jetzt diese Quelle -, da ist sozusagen die Chronologie so, dass zunächst Herr van Thiel vorgetragen hat, -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das ist richtig.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - dann der Lagebericht des BND kam und dann sozusagen auch andere Institutionen und Ministerien sich gemeldet haben.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Deswegen noch mal meine Frage zum Ablauf dieser Krisenstabssitzung: Gibt das Protokoll die Reihenfolge zutreffend wieder?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Absolut. Und deshalb war ich ja auch so überrascht, dass Jan Hendrik van Thiel dann sagte, er sieht das ganz anders. Er hat in seinem Lagevortrag das, was er dann anders sah - auch das hat er ja auch in der Krisenstabssitzung nicht deutlich gemacht, zumindest nicht in meiner Erinnerung -, auch in seinem Vortrag nicht erwähnt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Das wäre meine nächste Frage. Also, wenn ich das Protokoll jetzt als Nichtteilnehmender lese, dann berichtet er nach meiner Einschätzung im Wesentlichen über die Frage der Sicherheit der Botschaft, nämlich die Frage: Japan wird den direkt benachbarten Compound verlassen; Kanada zieht ebenfalls ab; USA werden bis zum 31.08. minimieren; in der letzten Nacht wurde der deutsche Compound systematisch mit einer Drohne abgefliegen usw. Also, er berichtet an sich zur Sicherheitslage „Botschaft“. Und dann kommt der Lagebericht BND. Wir finden im Protokoll aber keinen Hinweis darauf, dass Herr van Thiel sich nach Ihrer Lageeinschätzung noch mal mit einer etwas anderen Lageeinschätzung zur allgemeinen Lage in Kabul gemeldet hat. Deswegen wollte ich noch mal fragen: Hat er sich zweimal zu Wort gemeldet?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, er hat sich nach meiner Erkenntnis zweimal zu Wort gemeldet. Er hat erst seinen Bericht abgegeben, der auch nichts enthielt, was uns vor unserem Lagebericht schon hätte hellhörig werden lassen müssen. Wir haben unseren Lagebericht abgegeben, und er hat uns dann widersprochen, aber pauschal, nicht konkret.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, das wäre jetzt noch mal - - weil das sich im Protokoll nicht wiedergibt - - Deswegen würde ich ganz gerne versuchen, noch mal da an Ihr Erinnerungsvermögen zu appellieren. Können Sie sich noch erinnern, in welchen Punkten er Ihrem Lagebericht ausdrücklich widersprochen hat? Hat

er bei den Kippunkten widersprochen? Hat er bei der Frage: „Wann werden die Taliban Kabul erobern?“ widersprochen? Nur, dass ich das Geschehen noch mal mir vergegenwärtigen kann. Inwieweit hat er auf Ihren Lagebericht sozusagen detailliert Bezug genommen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: So wie ich mich erinnere, war es eine Pauschale: Da habe ich aber andere Intelligence hier aus meinen Kontakten mit Großbritannien und USA. - Ich glaube, die beiden Namen, Staaten, fielen. Und das war es, soweit ich das erinnere.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie haben Sie das wahrgenommen? Bezog sich das zum Beispiel auf die von Ihnen protokollierte Aussage - Zitat -: Es wird nicht davon ausgegangen, dass die Taliban vor dem 11.09. in Kabul einmarschieren? - Also, haben Sie das, sein Feedback sozusagen, als Gegenrede gegen diese Aussage verstanden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich habe seine „Da habe ich ganz andere Intelligence“ - - Ich habe es so verstanden, dass er damit unterstreichen wollte die Dringlichkeit einer Evakuierung, der wir ja nicht widersprochen haben, und die wir - - oder, sagen wir mal, ein schnelleres Eintreten von Ereignissen wir ja auch nicht ausgeschlossen haben, sondern im Gegenteil gesagt haben: Wenn das und das passiert, dann in der Tat, dann geht das ganz schnell.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich versuche für mich immer, sozusagen diese beiden Fragen voneinander zu trennen, also Dringlichkeit und Absprachen zur Evakuierung der Botschaft und Dringlichkeit und Absprachen in Bezug auf Lageverschärfung allgemein, weil die Lage der Botschaft und die Frage der Evakuierung war sicherlich eine Frage. Aber wir reden natürlich auch über die Evakuierung deutscher Staatsangehöriger. Wir reden über die Frage: „Wie gehen wir mit Ortskräften um?“, und so.

Deswegen ist meine Frage jetzt noch mal ganz konkret: Also, „Botschaft“ ist klar; da hat er eine andere Lageeinschätzung und, ich glaube, auch einen anderen Wunsch gehabt. Aber jetzt zu der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage allgemeine Lageeinschätzung: Wie schnell rücken Taliban vor? Wie lange hält sozusagen die amtierende Regierung aus? Meine Frage ist: Haben Sie das wahrnehmen können, worin die Kritik von ihm lag?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee, so konkret war es eben nicht. Er hat pauschal von „anderer Intelligence“ gesprochen. Ich habe ihn als Leiter dieser Auslandsvertretung in dem Moment sehr fokussiert auf Personalfürsorge für die Botschaft empfunden und habe „Da haben wir andere Intelligence“ eher in die Richtung verstanden. Aber, wie gesagt, wir nehmen ernst, was Herr van Thiel gesagt hat, und haben es zum Anlass genommen, am Nachmittag dann zu gucken, was wir vielleicht noch mehr rauskriegen können. Also, dass das dann alles so schnell ging, dass das letztlich dann Makulatur wurde, das haben wir in dem Moment natürlich nicht vorhergesehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hat es aus den anderen Teilnehmern, also insbesondere den Vertretern anderer Ressorts, noch mal eine Reflexion auf diese andere Lageeinschätzung von Herrn van Thiel gegeben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ist mir nicht erinnerlich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich Ihnen gerne vorhalten die Aussage von Herrn van Thiel in seiner Vernehmung vom - - also, auf jeden Fall ist es das vorläufige Stenografische Protokoll 20/66, Blatt 113. Da sagt er auf die Frage:

„Haben sich andere Ressorts über das, was uns aus dem Protokoll bekannt ist, geäußert, warum es hier zu unterschiedlichen Bewertungen kommt?“

Das war die Frage, und da antwortet er:

„Also, gefühlsmäßig - ich kann mich an den Wortlaut nicht mehr erinnern - habe ich vom BMI Unterstützung bekommen, zumindest „Hört dem van Thiel zu, das ist

wichtig, was der sagt“, irgendwie so was zusammengefasst, flapsig. Wie gesagt, für mich überraschend, aber für mich positiv, weil es die Art Überlegung war, auf die ich gehofft hatte: BMVg mit klar operativen Ansagen: „Wir müssen eine Evakuierung dann auch entsprechend vorbereiten, wir brauchen eine Beschlussfassung dazu“, so erinnere ich das.

Keine Unterstützung aus meinem Haus, weil da ist einfach jetzt diese Wand bei mir innen drinnen, dass mir da die Möglichkeit nicht gegeben wurde, nach Frau von Uslar noch mal wiederzukommen.“

Das kann dann aber auch an zeitlichen Umständen gelegen haben, sage ich jetzt mal so verkürzt.

Er schildert das ein bisschen anders. Erstens sagt er, er habe Unterstützung für seine Ausführungen zumindest vom BMI und das BMVg habe auf Evakuierung gedrungen und keine Unterstützung aus dem eigenen Haus. Und er sagt offensichtlich, dass er nach Ihnen nicht noch mal das Wort erteilt bekommen hat. So würde ich jetzt die Aussage verstehen. Deswegen würde ich noch mal fragen: Können Sie sich auch in Ansehung dieser Aussage von Herrn van Thiel vielleicht noch mal den Ablauf vergegenwärtigen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich weiß jetzt nicht genau, was Herr van Thiel meint. Ich kann nur sagen: Die Lage ist nicht mehr diskutiert worden. Aber er hat definitiv nach unserem Lagevortrag noch mal gesprochen; denn er hat gesagt, da habe er ganz andere Intelligence. Das hat ja ausgelöst bei mir: Habe ich da was übersehen? Gibt es da Berichterstattung der Botschaft Kabul, die diese andere Einschätzung transportiert? Das haben wir dann auch nachgeguckt und haben so was nicht gefunden.

Aber ich kann nur für mein Empfinden und was ich dann auch gemeinsam mit den Kollegen angesteuert habe in den BND hinein, sagen: Das hat auf mich gewirkt. Das hat er mit großer Überzeugung gesagt, und ich habe das ernst genommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es war so pauschal, dass ich damit in dem Moment nichts anfangen konnte, operativ. Aber es war ein Auslöser für mich, noch mal zu sehen: Was meint er denn? Was kann er damit gemeint haben? Bitte, Kollegen, sprecht noch mal, guckt!

Insoweit: Also, auf mich hat er Eindruck gemacht. Dass es nicht zu einer Diskussion über die Lagebewertung kommt, das ist völlig normal in einem Krisenstab. Ich habe es mir nicht vorlegen lassen, was Sie gerade vorgelesen haben, aber ich habe daraus geschlossen, dass es für ihn insbesondere um das Auslösen von Evakuierungsmaßnahmen ging. Aber da waren sich ja der Krisenstab und auch alle Ressorts völlig einig, dass der Einstieg in die Evakuierungsplanung und auch -umsetzung - - das war ja das Ergebnis des Krisenstabs, und da gab es auch überhaupt keinen Widerspruch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Das führt mich sozusagen zu meiner letzten Frage zu dieser Krisenstabssitzung. Am Ende wurde ja als operative Schlussfolgerung ausweislich des Protokolls die Aufhebung der Krisenstufe auf 3b vereinbart.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist ja, wenn ich das richtig verstehe, was anderes, als Herr van Thiel eigentlich mit seinem Lagebild, seinem Eingangslagebild zur Sicherheitslage der Botschaft initiieren wollte. Sie haben es eben schon so in einem Nebensatz anklingen lassen. Ich frage jetzt noch mal: Aus fachlicher Sicht des BND: Gab es Einwände dagegen, dass bereits mit der Evakuierung der Botschaft sofort begonnen wird?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein, also, das stand in dem Moment nicht zur Debatte. Der Krisenstab hat sich ja einhellig auf 3b und Einleiten von Vorbereitungsmaßnahmen, hier: Entsendung KUT-Team etc., geeinigt. Wenn der Krisenstab zu dem Ergebnis gekommen wäre: „Sofort verlegen an den Flughafen“, dann hätte aus meiner Einschätzung - aber das ist jetzt eine hypothetische Frage, die Sie mir gestellt haben - der BND das absolut mitgetragen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nie im Leben würde ich eine hypothetische Frage stellen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, würde ich auch nicht beantworten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Deswegen frage ich auf diese Weise noch mal nach. Also, gab es aus Ihrer fachlichen Einschätzung Gründe, die dagegensprachen, die Botschaft bereits - - also den Beschluss über die Evakuierung oder vielmehr Verlegung der Botschaft an den Flughafen bereits am 13.08.2021 zu treffen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das hätten politische Gründe sein müssen, und das ist nicht BND.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee. Meine Frage war: Gab es aus Ihrer Sicht fachliche Gründe, also aus Sicht - - in Ihrer Verantwortung für den BND fachliche Gründe, die gegen die Verlegung und Evakuierung der Botschaft gesprochen haben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich kann mir solche Gründe nicht vorstellen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Ganz herzlichen Dank. Dann würde ich noch an den Kollegen Zippelius weitergeben. Wie viel Zeit haben wir?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist die letzte Minute.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würden wir diese Runde beenden. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist in Ordnung. - Wir wechseln zu Bündnis 90/Die Grünen, und der Kollege Limburg.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Frau Zeugin. Ich würde auch noch mal anknüpfen an die Krisenstabssitzung am 13.08. und auch noch mal bezogen auf die Reaktion der übrigen Teilnehmer. Wenn ich das richtig sehe, dann war



Nur zur dienstlichen Verwendung

in der Krisenstabssitzung auch die Staatssekretärin des Auswärtigen Amtes, Frau Leendertse, anwesend. Können Sie sich daran erinnern, wie die auf Ihren Lagevortrag, auf den Lagevortrag des BND, reagiert hat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Kann ich mich nicht spezifisch erinnern. Der ist aufgenommen worden. Es sind unsere Warnungen aufgenommen worden, dass das, was wir jetzt als Lage beschreiben, nicht unbedingt die Lage bleiben muss, wenn gewisse Ereignisse eintreten. Die waren in dem Moment noch nicht eingetreten. Und selbstkritisch muss ich sagen: Wir haben auch nicht gesagt: Die treten in den nächsten 48 Stunden ein. - Wir haben sie dargelegt. Sie waren sehr klar, und sie waren vor allem in großem Maße auch vom Handeln verschiedener Akteure abhängig.

Diese Darstellung ist aufgenommen worden. Und der Krisenstab ist zu Ergebnissen gekommen - nämlich Einstieg in die Evakuierungsplanung, Krisenstufe 3b -, die aus meiner Sicht kongruent waren mit dem, wie wir die Lage in dem Moment beurteilt haben, und die auch durchaus die Gefahren, die wir aufgezeigt haben - das kann auch schneller gehen -, damit mitberücksichtigt haben.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich daran erinnern, ob Frau Leendertse noch mal auf den Einwand sozusagen von Herrn van Thiel, der ja aus ihrem Geschäftsbereich selber kam, noch mal in irgendeiner Form reagiert hat oder es irgendeine Reaktion gab?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Da kann ich mich wirklich nicht daran erinnern. Nee.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, vielen Dank. - Dann habe ich noch mal eine Nachfrage zu Ihrer Reaktion danach; hatten wir uns vorhin schon darüber ausgetauscht, in der ersten Fragerunde. Ist Ihnen bekannt, ob jemand Ihrer Mitarbeiter im Haus, der sozusagen dieselbe Ranghöhe hat, mal mit Herrn van Thiel direkt Kontakt aufgenommen hat? Ich würde jetzt sozusagen als Laie ja denken: Na ja, da hat Herr van

Thiel was gesagt, was bei Ihnen Reaktionen ausgelöst hat, Überlegungen. Gleichzeitig - haben Sie ja gerade ausgeführt -: So ganz genau wussten Sie nicht, was er meint, weil es nicht ganz so konkret war. Da wäre jetzt erst mal das Naheliegendste sozusagen, jemanden zu bitten: Ruf doch den van Thiel mal an in Kabul, der soll uns mal detaillierter erläutern, was er meinte. - Ist das geschehen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das weiß ich nicht. Ich habe nicht telefoniert. Ich habe, wie gesagt, ausgesteuert: Bitte klärt auf: Was kann dahinterstecken? Und ich habe auch geguckt: Gab es Berichterstattung der Botschaft, die mir entgangen sein könnte? Das hätte ja durchaus sein können, dass die Botschaft mit einem Drahtbericht berichtet über die Erwägungen und Dramatik. Und den habe ich nicht gefunden. Also, ich habe nicht zum Hörer gegriffen. - Gute Frage: Warum nicht? Vielleicht - - also, ich spekuliere jetzt. Warum habe ich nicht angerufen? Hätte ich tun können. Vielleicht, weil ich das Gefühl hatte: Die haben eh genug zu tun; jetzt klärt mal der BND selber auf, was wir für Erkenntnisse haben und was da für Erkenntnisse sind dazu. Also, gute Frage.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Vielen Dank. - Dann würde ich vielleicht mal in die folgenden Tage gehen. Am 16. August 2021 erhielten Sie den Entwurf für eine Sprachregelung für den Fall, dass die Hausleitung angesprochen wird auf die Ereignisse und auf die Frage: Warum habt ihr nicht früher gewarnt? Genau. Das ist - können wir Ihnen gerne vorlegen - MAT A BND-4.06 VS-NfD, Blatt 35 bis 36. Ich mache schon mal weiter. Es kommt dann gleich.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt. - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Es geht mir vor allem um den letzten Absatz, also das dann auf Blatt 51. Nachdem Sie es überarbeitet hatten, hatte der folgende Fassung; also, Sie hatten da offensichtlich was eingefügt, und die Fassung hieß dann:

„Rückblickend kann man sagen,
dass sich die Berichterstattung zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr auf die militärischen Kräfteverhältnisse von TLB vs. Streitkräfte und zu wenig auf die (mangelnde) Durchsetzungsfähigkeit der AFG Regierung sowie die Loyalität und Kampfmoral der AFG Streitkräfte fokussiert hat.“

Das war sozusagen die Version, die Sie zurückgegeben haben dann als Vorschlag. Später ist gelandet beim Herrn Präsidenten - nicht durch Sie, sondern durch die Fachebene dann - eine andere Version. Die findet sich zum Beispiel in MAT A BND-4.06 VS-NfD, Blatt 35/36. Da heißt es dann nur noch:

„Rückblickend kann man sagen, dass sich die Berichterstattung zu sehr auf die militärischen Machtverhältnisse und zu wenig auf die Moral der AFG-Sicherheitskräfte und der Kampfmoral der Beteiligten fokussiert hat.“

Also sozusagen der Absatz, der Kritik an der afghanischen Regierung übt oder auf das Verhalten der Regierung -- ist rausgeflogen, bevor es an den Präsidenten gegangen ist.

Haben Sie Erkenntnisse darüber, wer aus welcher Motivation heraus diesen Hinweis -- Also, das ist ja sozusagen schon ein Beginn, sage ich mal, einer Fehleranalyse des Bundesnachrichtendienstes, und Sie haben sozusagen gesagt: Na ja, vielleicht haben wir auch zu wenig unter anderem auf die Moral der afghanischen Regierung geschaut. Und dieser Hinweis ist aber wieder rausgeflogen, bevor das Ganze an den Präsidenten gegangen ist. Können Sie sich erklären, wer das warum rausgestrichen hat?

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich muss es mir anschauen. Ich muss sortieren, was Sie meinen, von wem es wie geglättet -- und welchen Weg es genommen hat. Das, was Sie mir zuerst vorgelegt haben, ist ein Entwurf, ein selbstkritischer Entwurf. Wir waren uns klar, dass wir mit unserer zeitlichen Prognose falsch lagen und

da auch kein Vertun ist und dass wir natürlich auch versucht haben, festzustellen: Wo könnten Fehleinschätzungen gelegen haben?

Also, das Erste ist ein Entwurf, der ging an mich mit der Empfehlung eines Kollegen, dass der Kollege es sprachlich noch glätten würde, aber die Grundaussage in Ordnung findet, und mich fragt, ob ich es freigebe. Das ist das eine. Da ist auch keine Antwort drauf. Und dann kommt eine „Sprachregelung ... unreiner Entwurf - Überarbeitet“. Von wem überarbeitet, ergibt sich daraus nicht. Es ergibt sich auch nicht, ob ich irgendwas geändert habe; es sei denn, Sie haben noch was anderes. Und ich erinnere es auch nicht, ganz ehrlich. - Und da steht jetzt was drin?

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Also, Sie haben doch MAT A BND 4.06 VS-NfD, Blatt 49 bis 51. Das war eine E-Mail, die Sie zurückgeschickt haben; den Entwurf überarbeitet zurückgeschickt. Und da steht dann das drin, was ich gerade vorgetragen hatte, dass möglicherweise auch „die (mangelnde) Durchsetzungsfähigkeit der AFG Regierung“ zu wenig im Fokus war.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich habe -- nee.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich weiß, was Sie meinen. Aber das sind zwei verschiedene E-Mails. Ich weiß nicht --

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich weiß nicht, ob da noch andere dazwischen gehören.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass es verschiedene E-Mails sind, ist mir klar. Mir geht es --



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Aber die sind Kilometer unterschiedlich. Ich habe nicht - könnte ich mir nicht vorstellen - da viel Textarbeit an der Sache gemacht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, viel nicht; darum geht es ja nicht. Mir geht es ja um die eine Stelle, dass Sie eingefügt haben - und das ist ja, wie Sie gerade auch gesagt haben, im Sinn einer umfassenden Analyse und vielleicht ersten Selbstkritik auch nachvollziehbar -, dass möglicherweise die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der afghanischen Regierung zu wenig im Fokus war. Das ist aber später nicht beim Präsidenten gelandet. Aber wenn Sie es jetzt nicht wissen, warum das da nicht gelandet ist, dann können wir ja auch den Komplex an der Stelle abbrechen.

(Die Zeugin liest weiter in
den ihr zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Es kann auch sein, dass ich da nur einfach was durchgeklickt habe, also ich weiß es wirklich nicht. Ich erinnere mich nicht dran, dass ich aus irgendwelchen Gründen da was geändert haben sollte. Im Übrigen ergänzend: Über die Moral der afghanischen Sicherheitskräfte haben wir oft und sehr kritisch berichtet.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, über die Moral der - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, das wäre nichts, was ich rausstreichen würde.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich meinte: Aus den E-Mails ergibt sich ja auch nicht, dass Sie etwas rausgestrichen haben, sondern es ergibt sich ja, dass Sie etwas ergänzt haben, nämlich dass offensichtlich man auch zu wenig Einschätzung hatte über die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der afghanischen Regierung. Das - so liest es sich zumindest - haben Sie noch eingefügt. Das ist aber dann später wieder herausgeflogen. Und mich würde interessieren, nicht dass Sie das eingefügt haben - das finde ich nachvollziehbar -, sondern wer das warum

wieder rausgestrichen hat. Aber wenn Sie dazu nichts sagen können, dann würde ich gerne noch zu einem anderen Komplex kommen an der Stelle.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, ich kann es Ihnen nicht sagen; tut mir leid.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Und zwar ist uns von verschiedenen Zeugen hier berichtet worden, dass es innerhalb des Bundesnachrichtendienstes einen sogenannten Leitungsvorbehalt für die Berichterstattung zu Afghanistan gegeben hätte.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns mal darstellen, in welchem Zeitraum es den gegeben hat und warum?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, den Leitungsvorbehalt habe ich als verantwortlich für den Geschäftsbereich 2 für die Berichterstattung zu Afghanistan eingelegt.

Warum? Und zwar in dem Moment, wo der amerikanische Afghanistan-Politik-Review, den die Administration unter Präsident Biden durchgeführt hat und der unter Umständen auch zu einer Aufkündigung des US-Taliban-Abkommens, zu einer Verschiebung der Zeitlinien etc. hätte führen können, in dem Moment, wo dieser Review beendet wurde, Mitte April, mit dem Ergebnis, dass an dem US-Taliban-Abkommen inklusive seiner Zeitlinien festgehalten würde. Und diese Zeitlinien sahen vor: Abzug der internationalen Kräfte zum 30. April. Und das war in dem Moment rein physisch nicht mehr zu halten. Und das hatte aus unserer Sicht - und so auch die Berichterstattung des BND - Konsequenzen: dass die internationale Gemeinschaft in dem Moment, wo sie länger verbleiben würde, aus den Verabredungen - und das musste sie; denn der Abzug war ja so schnell schlichtweg nicht zu bewältigen - dieses US-Taliban-Abkommens, was ja eine Nichtangriffsverpflichtung der Taliban gegenüber den internationalen Kräften enthielt - - dass wir aus dieser Schutzzusage rausfallen würden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das heißt, wir waren in einer Situation, wo wir mit der Bundeswehr vor Ort noch waren, in einer Situation, wo wir uns nicht mehr darauf verlassen konnten, dass wir nicht zum Ziel von Angriffen werden würden. Gleichzeitig standen das Schicksal und das Umgehen mit den Ortskräften im Raum. Und in diesem Moment war mir klar: Das ist eine hochpolitische und hochsensible Phase.

Und ich wollte mit dem Leitungsvorbehalt mehrere Ziele erreichen. Ich wollte sicherstellen, dass ich mitkriege, was das Haus verlässt, dass wir eine kohärente Berichterstattung haben, dass mit dem Leitungsvorbehalt deutlich wurde, dass das jetzt eine wirklich wichtige und hochpolitische Frage und Phase ist, und signalisieren: „Jetzt kommt es darauf an. Ich gucke da hin. Die Leitung kümmert sich“, und dass alle sich bewusst waren: Das ist jetzt wirklich wichtig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragererecht wechselt zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau von Uslar-Gleichen, wir hatten vorhin, als die Zeit uns leider getrennt hatte, uns darüber unterhalten, dass es zwei Kippunkte gibt, über die der BND eine präventive Perzeption nicht leisten kann. Das waren einmal der Abzug der US-Kräfte aus der Green Zone und der Fall Kabuls bzw. der Rückzug der US-Kräfte, weil wir Partner ja nicht nachrichtendienstlich aufklären.

Wir springen einmal zur Krisenstabssitzung vom 13.08.21. Ist Ihnen bekannt, ob der Bundesnachrichtendienst die dort teilnehmenden Ressorts darauf hingewiesen hatte, dass diese zwei Kippunkte nicht im Vorhinein berichtet werden können?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich glaube nicht, dass wir uns darauf verständigt hatten. Und selbstverständlich können wir über solche Kippunkte berichten, wenn wir von den Partnern informiert werden.

Stefan Keuter (AfD): Ja, aber wir klären sie ja nicht auf.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wir klären sie nicht auf.

Stefan Keuter (AfD): Das Aktenfundstück MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 156, sagt ja ganz klar, dass „eine präventive Perzeption ... ausgeschlossen ist.“ Zitat Ende.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Haben Sie mir das schon gezeigt?

Stefan Keuter (AfD): Ja, das hatte ich Ihnen eben vorlegen lassen.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Und in diesem Fundstück MAT A BND-3.175 heißt es auf demselben Blatt 156, dass die Kippunkte seien: „Teil- oder Komplettabzug“ -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ach so, da. Ich sehe es.

Stefan Keuter (AfD): - „westlicher Botschaften“,

„Vollständiger Abzug der US-Streitkräfte, die bisher für die Absicherung des HKIA und der Green Zone auch nach dem Ende von RSMA“

- Resolute Support Mission -

„in Kabul verbleiben sollten“

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Die Frage ist: War den anderen Ressorts klar, dass diese Kippunkte, durch den BND kommuniziert, nicht im Vorhinein berichtet werden könnten und man dadurch gegebenenfalls überrascht werden könnte?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich weiß, dass wir über die Kippunkte berichtet haben. Und in der Sit-



Nur zur dienstlichen Verwendung

zung waren ja auch viele andere Ressorts vertreten, die alle gute Kontakte zu den Amerikanern hatten. Das ist ja nicht eine exklusive Beziehung vom BND zu amerikanischen Nachrichtendiensten, sondern auch Auswärtiges Amt zu Department of State, BMVg zu Ministry of Defense [sic!]. Also, dass es da nie Erkenntnisse im Vorfeld geben würde, das konnten wir weder ausschließen noch bestätigen.

Stefan Keuter (AfD): Habe ich verstanden, danke. - Wir springen zu einem anderen Sachverhalt: Juni 21, wo der Bundesnachrichtendienst Talibanspione unter den Ortskräften vermutete. Der Zeuge R■■■ G■■■, Referat SE I 3, „Militärisches Nachrichtenwesen“, vom BMVg vermutete während seiner Vernehmung laut vorliegendem Protokoll der UA-Sitzung vom 29.09.22, Seite 60, dass von Deutschland bezahlte Ortskräfte in Afghanistan für die Taliban spioniert haben.

Laut MAT A BKAm-3.64 VS-NfD, Blatt 156, ging man nicht nur im BMVg, sondern auch im Bundesnachrichtendienst davon aus, dass Ortskräfte für die Taliban spionierten. So gab eine Beamtin des Bundeskanzleramtes am 9. Juni 21 eine BND-Berichterstattung zur Gefährdung von Ortskräften mit folgenden Worten wieder - Zitat -: „Aktive Ortskräfte sind ... latent durch die Taleban bedroht, sofern sie nicht als deren Informanten tätig sind.“ Zitat Ende. - Haben Sie Kenntnis, wie groß der Anteil an den Ortskräften gewesen ist, die für die Taliban spioniert haben oder mit denen zusammengearbeitet haben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Ende März 21 legte der BND bekanntlich eine Berichterstattung vor, nach der die Ortskräfte aller deutschen Ressorts im Falle des Abzugs der westlichen Truppen latent gefährdet seien. Laut vorläufigem Protokoll der UA-Sitzung vom 21.03.2024, Seiten 116 und 117, reiste vier Monate später, im Juli 21, der deutsche Sonderbeauftragte Dr. Wieck nach Kabul. In seiner Vernehmung berichtete Dr. Wieck uns von einem dort in Kabul geführten Gespräch mit Funktionären der GIZ zur Lage der Ortskräfte in

Afghanistan - Zitat aus eben genannter Protokollstelle; Zitat Anfang -:

„... die“

- also die deutschen GIZ-Funktionäre -

„erzählten von den Ortskräften in der Provinz, in den Gebieten, die von den Taliban erobert worden sind, und dass die GIZ-Mitarbeiter gesagt haben, sie fühlen sich nicht unsicher ...

Wenn wir“

- also Deutschland -

„die IZ“

- Entwicklungszusammenarbeit gemeint -

„eingestellt hätten, wären sie ja ihre Arbeit losgeworden bzw. war dann ... die Befürchtung, dass die Taliban das dann auch den GIZ-Mitarbeitern übelnehmen würden, wenn diese Zusammenarbeit eingestellt würde. Das war für mich wichtig: dass erstens die Betroffenen sich nicht unsicher fühlten, trotz Talibanherrschaft, und dass insgesamt das Petitum war, die Entwicklungszusammenarbeit fortzusetzen.“

Zitat von Herrn Wieck Ende. - Waren Sie und Ihre Mitarbeiter im Früh- und Hochsommer 2021 darüber informiert, dass Ortskräfte der deutschen EZ sich in von den Taliban eroberten Gebieten nicht unsicher fühlten und um Fortsetzung der deutschen EZ gebeten haben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das weiß ich in dem - - so konkret nicht. Aber „latent gefährdet“ heißt ja auch nicht in jedem Fall konkret gefährdet.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Uns liegt auf MAT A BND-3.446 VS-NfD, Blatt 68 ff., der Vermerk eines Fachgespräches vor, das BND-Beamte mit Vertretern eines Partnerdienstes am 4. August 21 geführt haben. Im Vermerk heißt es unter der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Überschrift „Jihadist Groups in Afghanistan“
wörtlich - Zitat aus dieser MAT-Nummer; Zitat
Anfang -:



Zitat Ende. - Welche Kenntnisse haben Sie über diese weitverzweigten Unterstützungsstrukturen, über die einige in Talibanbewegungen integrierte dschihadistische Gruppierungen innerhalb der afghanischen Diaspora in Europa verfügen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wenn ich welche gehabt habe - - jetzt keine mehr; ich erinnere mich nicht mehr.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Erinnern Sie sich dadran, ob auch über afghanische Diaspora in Deutschland gesprochen wurde?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: In welchem Kontext?

Stefan Keuter (AfD): Dass Unterstützerstrukturen auch in Deutschland existieren würden.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das sind solche Details, tut mir leid, da erinnere ich mich jetzt nicht mehr dran.

Stefan Keuter (AfD): Okay, damit ist unsere Zeit für diese Runde wieder um, und ich bedanke mich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben recht. - Die FDP-Fraktion hat das Wort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau von Uslar-Gleichen, ich würde gerne noch mal auf eine Aussage zurückkommen, die Sie vorher getätigt haben mit Blick auf die Zeitlinien bei den Szenarien. Da haben Sie gesagt, die Zeitlinien seien verkürzt worden,

also sprich: wann ein Emirat 2.0 zu erwarten sei. Können Sie das vielleicht noch mal konkretisieren, was Sie vorher damit gemeint haben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ehrlich gesagt, so genau erinnere ich mich nicht mehr, wann, wie, wo. Aber wir haben nachher in Szenarien von 30 bis 90 Tagen gesprochen. Und das hängt ja alles miteinander zusammen, nicht? Es hängt auch miteinander zusammen, welche Erfolge in den Verhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban noch erzielt werden würden. Das sind miteinander kommunizierende Röhren, diese verschiedenen Prozesse, gewesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aus MAT A BND-3.211 VS-NfD, Blatt 178 - das ist so ein rückblickendes Papier vom 21. August -, entnehme ich, dass noch am 3. August von einer Zeitlinie von zwei Jahren bis zum Eintreten des Emirats 2.0 die Rede war. Können Sie das kommentieren?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das war - - Immer wenn man sagt „langfristig“, dann ist das ein Zeitraum bis zu zwei Jahren. Und wir sind nicht davon ausgegangen, dass kurzfristig ein Emirat 2.0 eintritt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber wurden denn die Zeitlinien verkürzt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich glaube, dazu ist es gar nicht mehr gekommen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Aber dass die Entwicklungen dynamisch waren und mit größerer Dynamisierung auch solche Ergebnisse früher eintreten können: Ja. Aber ganz sicher war es in dem Moment eben nicht zu sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Sie hatten vorher mit Blick auf die Krisenstabs-sitzung und die Aussagen von Herrn van Thiel gesagt, Sie hätten dann noch mal geschaut, ob es irgendwelche Berichte vonseiten der Botschaft gegeben hätte, die Sie vielleicht übersehen hätten, und ob da irgendwas gewesen ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich zitiere jetzt MAT A BND-4.03 VS-NfD_Aus-tausch, Blatt 75; das ist aus Ihrem eigenen Haus vom Morgen des 13.08. von 08.52 Uhr. Und da berichtet Dr. - - L; LAS ist die Abteilung [sic!]. Ich zitiere: „Guten Morgen, AFG geht gerade durch die Decke und ist heute Gegenstand meh-rerer Krisensitzungen“. - Haben Sie davon Kennt-nis gehabt, dass Afghanistan „durch die Decke geht“, um diese Formulierung zu übernehmen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Kann ich das auch noch mal sehen? Haben Sie es so, dass ich es angucken kann?

Aber ich meine jetzt, ohne dass ich es gesehen habe: Allein die Tatsache, dass die Krisenstabs-sitzung vom 16. auf den 8.* vorgezogen wurde, ist natürlich ein Hinweis darauf, dass sich die Lage dynamisiert hat.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

„... heute Gegenstand mehrerer ...“, genau. Das entspricht der Lage. Es war eine dynamische Ent-wicklung. Wir haben eine Krisenstabssitzung ge-habt, und das Thema sollte auf jeden Fall mit in die Betrachtung in der Nachrichtendienstlichen Lage am Dienstag ins Kanzleramt genommen werden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Diese Formu-lierung „durch die Decke gehen“, was hat das bei Ihnen ausgelöst?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Jetzt muss ich mal gucken, ob ich das überhaupt bekommen habe. Und ich glaube, ich habe es nicht bekom-men. Also, ich hätte es in dem Moment auch nicht interpretiert, als dass alles ganz furchtbar viel schneller gehen würde, sondern einfach, dass die Aufmerksamkeit in ganz großem Maße auf Afghanistan gerichtet ist. Und das entsprach auch absolut meinem Erkenntnisstand und auch meinem Aggregatzustand, nachdem wir das Brie-fing für Staatssekretär Jäger zu seiner Bagdad-Verwendung abgebrochen haben und dann ins Auswärtige Amt zu der vorgezogenen Krisen-stabssitzung gefahren sind.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie hatten ja vorher auch die herausragende Bedeutung der Kippunkte betont. Sie haben gesagt: Wir sind zwar davon ausgegangen, dass es bis zum 11.09. halten wird, aber die Kippunkte seien so be-deutsam gewesen, die darauf hinweisen hätten können, dass das Ganze zum Rutschen kommt. - Könnten Sie bitte einmal dazu ausführen, wann diese Kippunkte erarbeitet wurden und wann die vorgelegt wurden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Die Kipp-punkte sind das Ergebnis langer Arbeiten. So was schüttelt man nicht aus dem Ärmel. Und sie sind auch noch mal formuliert worden im Nachgang zu dem VS-V aus Washington von Botschafterin Haber und auch ganz gezielt auf Bitten des Bun-deskanzleramts und sind dann am 12.08. dem Bundeskanzleramt übermittelt worden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also am 12.08. gab es zum ersten Mal diese Kippunkte, die so bedeutsam waren in dieser Sitzung?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Am 12.08. haben wir sie schriftlich niedergelegt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben ge-rade den Drahtbericht von Frau Haber erwähnt. Könnten Sie dazu vielleicht noch mal ausführen, wann Sie den erhalten haben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Am Montag, den 9. August.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, da muss ich vielleicht nachher noch mal näher drauf ein-gehen. - Aber zu den Kippunkten. Wissen Sie denn, an welchen Empfängerkreis das Dokument mit den Kippunkten ging?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das war ge-richtet an das Bundeskanzleramt. Ich habe es ja hier dank der Kollegen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber können Sie sich erklären, warum die Kippunkte, die ja für eine Einschätzung der Dynamik der Lage auch aus Ihrer Sicht essenziell waren, nicht auch an das Auswärtige Amt gingen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Weil wir konkret auf eine Frage des Kanzleramts geantwortet haben und bei der Krisenstabssitzung auch eine Chance hatten, es dann vorzutragen. Wenn der Zeitablauf anders gewesen wäre und wir mit den Kippunkten nicht am Freitagfrüh im Krisenstab gewesen wären, kann ich mir vorstellen, dass wir es auch breiter verteilt hätten. Aber zunächst einmal ging es zunächst nur an unsere Dienst- und Fachaufsicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aus dem MAT, was ich vorher schon zitiert habe - - Also dieses rückblickende Lessons learned aus Ihrem Haus, MAT A BND-3.211 VS-NfD, Blatt - in dem Fall - 180, zeigt, dass für dieses Papier zusätzlich zu den Kippunkten sogar verschiedene Möglichkeiten für ein Ende der Kabuler Republik skizziert wurden: vom „Sturm auf Kabul“ mit Häuserkampf über ein „Mob-Szenario“ mit Palaststurm durch Unzufriedene bis hin zu einer kampflosen Übergabe der Stadt infolge der Aufgabe der Green Zone und durch Ausnutzung einer sich durch ein Machtvakuum bietenden Gelegenheit. Sind Ihnen diese Szenarien bekannt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Können Sie mir noch mal sagen - vielleicht habe ich das hier schon liegen; nur es ist unter viel Papier begraben -, welches das ist?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist das Papier - - Wie heißt das denn? Das heißt „Beitrag des BND bei der Krisenstabssitzung am 13.08.2021“. Das ist von LBA vom 26.08.2021.

(Die Zeugin blättert in den
ihr zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Haben Sie es noch mal? Ich finde es nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): 180.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das Dokument kenne ich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das kennen Sie nicht. Okay. - Dann wissen Sie auch nicht, ob diese Szenarien dem Kanzleramt und den Ressorts mitgeteilt wurden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, das kenne ich nicht. Das schaut nach einer rückblickenden Aufarbeitung aus; ich kenne es nicht. Ich habe es auch in den Unterlagen, die ich durchgeforstet habe, nicht gefunden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber die Inhalte, also dass es diese Szenarien gab: Kennen Sie diese Szenarien?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Es gibt verschiedene Szenarien, die sind ja auch beschrieben, aber vielleicht sind das nicht die gleichen Szenarien, die Sie jetzt hier meinen, wie es mit Afghanistan weitergehen kann: -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Diese drei hier, dieses „Sturm auf Kabul“ oder - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: - ... [akustisch unverständlich] Regierung, Bürgerkrieg oder Emirat 2.0. Das meinen Sie aber nicht?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Nee, ich meine die, die da in dem Papier, das vor Ihnen - - Auf Blatt 180 oder oben die fette Zahl 172, da steht: „Sturm auf Kabul“, „Mob-Szenario“, „Gelegenheit“. Kannten Sie diese Szenarien?

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich erinnere mich nicht. Also es ist - - Ich meine, Szenarien sind immer auch - - Mit gewissem gesunden Menschenverstand kann man sich verschiedene Szenarien überlegen. Von daher ist das nicht völlig ausgeschlossen, dass man auch „Sturm auf Kabul“ als Szenario hat. Aber ich erinnere mich an das Dokument jetzt nicht, auch nicht, dass wir es irgendwie diskutiert hätten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wenn Sie da noch mal in das Dokument oben reinschauen, in die Kommentare. Da sehen Sie ja: Im Abstimmungsprozess wurden diese Szenarien eben nicht weiter kommuniziert. Also da heißt es ja dann: „aufgrund des Abstimmungsprozesses nicht deutlich kommunizierten - Szenarien“. Können Sie das kommentieren?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich sehe es hier. Da brauche ich schon fast eine Brille mit 60.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Ich brauche tatsächlich eine Brille, sorry. Sie meinen Seite 3 von 6, nicht?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau, da sind ja rechts in dieser Spalte Kommentare, und da sieht man: Das Wort „Abstimmungsprozess“ ist ja da unterlegt. Und da heißt es in dem Text:

„Diese orientierte sich zum Zeitpunkt des Schreibens an verschiedenen - so im Schreiben aufgrund des Abstimmungsprozesses nicht deutlich kommunizierten - Szenarien, die von Hr. N... erdacht wurden“

Und meine Frage wäre, warum diese Szenarien nicht deutlich benannt werden - ja, das ist für mich eigentlich die wichtige Frage - und ob Sie da eine Erklärung dafür haben. Also, was könnte der Grund sein, warum - -

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Dieses „von Hr. N... erdacht“ habe ich jetzt noch nicht gefunden. Ich habe jetzt hier eine Kommentierung: „Das lässt sich intern im Detail ...“ Ist das die richtige? Ich glaube nicht, dass das die richtige ist.

(Der Zeugin wird von
einem Mitarbeiter der FDP-
Fraktion eine Stelle in den
Unterlagen gezeigt)

- Ich dachte, es sei hier in der Kommentierung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind jetzt auch deutlich über der Zeit. Ich habe immer eine gewisse Geduld zum Schluss, aber wenn das Suchen dann zu lange dauert, müssen wir es auf die nächste Runde vertagen. - Wir machen weiter mit dem Kollegen Nürnberger und der SPD.

Jörg Nürnberger (SPD): Hallo, Frau Zeugin! Schön, dass Sie heute hier sind. Ich muss mich entschuldigen, dass ich vorher aufgrund eines anderen, auswärtigen Termins nicht da sein konnte.

Ich würde mich gern noch mal auf die Vorgeschichte dieser Krisenstabssitzung vom 13. August konzentrieren. Und es gab ja, wie offensichtlich ist, auch vor dem 13. August bereits Mitteilungen von Herrn van Thiel, die auch den BND erreicht haben, spätestens ab dem 11.07. als er vor Ort die Lage tatsächlich persönlich wahrgenommen hat, wo er zu anderen Lageeinschätzungen kommt hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung in Kabul.

Ich darf mich hier beziehen, zum Beispiel im Hinblick auch auf sein eigenes Haus, aber nicht nur auf den BND, auf eine Einschätzung hinsichtlich der Frage, wie wir denn mit der Evakuierung umgehen. Und da gibt es dann eine Mitteilung auf eine Nachricht von Herrn van Thiel von Herrn T. G., in der er diese Bitte von Herrn Thiel in einer späteren E-Mail - ich beziehe mich auf MAT A BND-3.348 VS-NfD, Blatt 69 bis 72 - noch einmal konkretisiert. In dieser E-Mail heißt es:

„... ein Vorstoß Richtung EVAK-Planungen“

- Evakuierungsplanungen -

„wird sich nicht erhofft.“

Also vonseiten von Herrn Thiel.



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Auch keine Unterstützung des BND in Richtung EVAK an sich. Eher in die Richtung einer schärferen Lageeinschätzung im unmittelbar bevorstehenden Zeitraum mit der Hoffnung das AA für eine höhere Dringlichkeit sensibilisieren zu können.“

Wussten Sie bereits zu diesem Zeitpunkt von der Bitte von Herrn van Thiel an den BND, um eine schärfere Lageeinschätzung -

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Wusste ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): - und eine Verkürzung dieser Zeitlinien, die ja von der Kollegin gerade auch erwähnt worden sind?

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Nein, wusste ich nicht. Von daher: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Der Sachgebietsleiter LBH antwortete T. G. auf seine E-Mail hin dann, und zwar unter MAT A BND-3.348 VS-NfD, ebenfalls Blätter 69 bis 72:

„Unsere Lageeinschätzung durch die Auswertung ist nicht 100% deckungsgleich mit der der BO.“

- Botschaft.

Auch am 01.08., also 14 Tage bevor der Fall tatsächlich stattfand, kommunizierte Herr van Thiel ein Lagebild aus dem Botschafterkerngruppenfrühstück, in dem die Möglichkeit der baldigen politischen Kapitulation bzw. eines Kollaps der Republik schon im August erwähnt wird, insbesondere falls Herat oder Kandahar an die Taliban fallen sollten. Hier ist die Quelle dafür MAT A BND-3.208 VS-NfD, Blatt 30 bis 33.

Auch hier gibt es wieder eine Reaktion aus Ihrem Hause, und zwar durch den Abteilungsleiter LB, der auf diese Passage des Berichts in MAT A BND-3.208 VS-NfD, gleiche Stelle, Blatt 30 bis 33, wie folgt reagiert hat - ich zitiere -:

„Diese Prognose eines schnellen Zusammenbruchs auch in Kabul suggeriert - wie auch andere Passagen im Protokoll (S. 2 oben: „nur noch Stunden“) -, dass noch im Laufe des August die Taliban ihre Fahne in der Hauptstadt hissen.“

Und dann kommt eine Frage: „Das sehen wir ein bisschen anders, oder?“

Daraus entnehme ich jetzt, dass es eine Abweichung in der Auffassung über die weitere Entwicklung in Kabul oder über die mögliche weitere Entwicklung in Kabul zwischen den Zeitlinien der Botschaft und dem BND gab.

Können Sie aufgrund dieser Situation und der Äußerungen von Herrn Thiel noch einmal darlegen, warum und welche Argumente dafür gesprochen haben, welche Informationen, welche sachlichen Grundlagen dafür gesprochen haben, dass der BND in seiner Lageeinschätzung - also nicht die Informationen selber; aber in seiner Bewertung der vorliegenden Informationen - nicht zum Schluss gekommen ist, dass der Zeitraum verkürzt werden sollte, auch wenn es andere so gesehen haben?

Zeugin Tania von UsLAR-Gleichen: Ja, also das sind alles Informationen, die mich nicht erreicht haben. Ich glaube, Sie haben berufenere Zeugen befragen können zu, wie die Einschätzung damals zustande gekommen ist. Ich habe halt das Ergebnis bekommen als unsere Berichterstattung und konnte darauf vertrauen, dass meine Kollegen alle ihnen vorliegenden Erkenntnisse nach bestem Wissen und Gewissen richtig einordnen. Ich kann Ihnen über die Art, wie das zustande gekommen ist, was da eingeflossen ist, wie sie es bewertet haben - - das kann ich Ihnen nicht sagen. Und ehrlich gesagt, ich erinnere es auch nicht mehr jetzt, drei Jahre später.

Jörg Nürnberger (SPD): Immer noch verbunden mit der Bitte um Entschuldigung, falls die Frage von Kolleginnen bereits vorher gestellt worden war: Haben Sie in Ihrer Zeit in der Zuständigkeit für diese Thematik ein bestimmtes Verfahren angewendet, die Vorlagen Ihrer Mitarbeiter/-innen



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus der entsprechenden Abteilung zu bewerten, zu beurteilen, hinsichtlich Plausibilität zu prüfen und gegebenenfalls auch Rückfragen in die Abteilungen zu senden, wenn Ihnen vielleicht das eine oder andere nicht als richtig dargestellt erschienen sein sollte?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, also, wie ich in meinem Eingangsstatement gesagt habe, bin ich keine Afghanistan-Expertin gewesen, nicht geworden. Ich bin auch niemand geworden, der durch die Aufgabe als Vizepräsident BND zu einem Nachrichtendienstler geworden ist. Aber was ich getan habe - und das war auch Ausdruck des Leitungsvorbehaltes, den ich gerade in der Phase eingelegt hatte -, ist, auf Kohärenz zu achten, auf Verständlichkeit, auf Adressatenorientiertheit und auch unter Anlegen der Kategorie „gesunder Menschenverstand“ - ist mir das logisch, erscheint mir das klar? - auf der zugegebenermaßen Nichtexperten- und abstrakten Ebene dann rückzufragen oder um Erklärungen zu bitten, wenn ich den Eindruck hatte als Leser, der so ein bisschen so eine Peergroup war, auch für die Abnehmer in der Bundesregierung: Kommt mir das logisch vor oder nicht?

Den Filter habe ich angelegt, und dann habe ich auch Rückfragen gestellt; aber ich habe in knapp drei Jahren BND-Zusammenarbeit großes Vertrauen gewonnen in die Analysefähigkeit des Hauses, in die breite Kompetenz, sodass - und auch selbstkritisch gewusst, dass ich keine nachrichtendienstlichen Analysen selber schreiben kann und vor allem auch nie in das Rohmaterial, was in diese Analysen eingeflossen ist, und schon gar nicht die Expertise und langjährige Expertise, mit der solche Informationen dann eingeordnet wurden - - Man muss ja jede Information, die man bekommt, auch einordnen; die wird ja nicht eins zu eins übernommen. Dass mich das alles dazu veranlasst hat, zunächst einmal zu vertrauen, dass die Analysen gut sind. Den Filter vom gesunden Menschenstand habe ich trotzdem angelegt und nachgefragt: „Wie kommt ihr dazu?“, in vielen Fällen auch.

Die Triggerpunkte, die Sie jetzt gerade genannt haben in den Dokumenten, die Sie zitiert haben, hätten mich vielleicht zur Nachfrage veranlasst,

wenn ich sie über Herrn van Thiel in einer früheren Phase mal in der Berichterstattung gefunden hätte, habe ich aber nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Und genau der Punkt Ihrer Aussage führt mich zur nächsten Frage - die ist ja jetzt denkwürdigerweise bereits in Ihrer Antwort angelegt -: Zu welchem Zeitpunkt haben Sie denn das erste Mal davon erfahren, dass es hier bei der Botschaft in Kabul tatsächlich diese andere Auffassung von einer möglichen Lageentwicklung gibt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich habe - und das habe ich sehr ernst genommen - durch Herrn van Thiels Reaktion auf unseren Lagevortrag am 13. August, der lautete: „Da habe ich aber ganz andere Intelligence in Kabul“, wahrgenommen, dass er mit unserer Analyse nicht konform geht. Und dann haben wir zurück im BND dann auch versucht, das aufzuklären.

Jörg Nürnberger (SPD): Es gibt noch eine weitere E-Mail auf dem Weg zum 13. August, und zwar am 11. August. Auch da geht es um eine Meldung von Herrn van Thiel - unter MAT A BND-3.204 VS-NfD, Blatt 128 bis 129 -, wo er von „Alarmstufe dunkelgelb“ spricht und er davon ausgeht, dass die USA mit kürzeren Zeitlinien rechnen. Hat Sie diese Information erreicht?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Haben Sie am 12. August davon erfahren, dass die wichtige Provinzhauptstadt Ghazni von den Taliban erobert worden ist und dann der Weg von Süden auf Kabul frei war?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das weiß ich nicht mehr.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich jetzt dann, an dieser Stelle, zu der auch mehrfach und auch vom Kollegen Röwekamp sehr intensiv befragten Krisenstabssitzung kommen darf, gibt es ja neben dem am Ende auch hier bereits vorgelegten Protokoll vonseiten des Auswärtigen Amtes auch noch andere Niederschriften über diese Krisenstabssitzung, zum Beispiel die der Bundespolizei



Nur zur dienstlichen Verwendung

bzw., ja, aus dem Bereich der Bundespolizei, und ich zitiere hier aus MAT A BPol-2.80 VS-NfD, die Blätter 68 bis 71. Da geht aus dieser Unterlage - - Wir können es Ihnen auch gerne vorlegen, falls Sie das noch nicht haben.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Es handelt sich nämlich um ein Verlaufsprotokoll, wo der Ablauf dieser Sitzung auch in den einzelnen Teilschritten zumindest stich-

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir müssen aufpassen, Herr Kollege, dass wir die Fragen nicht zu doll wiederholen sozusagen. Wir haben das Protokoll schon befragt, und die Frage davor hatten wir auch schon mal gestellt. Also müssten wir ein bisschen gucken, dass wir uns nicht - -

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte zwei Widersprüche in diesem Protokoll herausarbeiten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, gut.

Jörg Nürnberger (SPD): Auch der Kollege Röwekamp hat zitiert, dass offensichtlich der Botschafter van Thiel vorgetragen hat, der Ring schließe sich immer schneller; das ist der erste Punkt in dem ersten Absatz unter dem Stichpunkt „Kabul“. Und dann kommt aber weiter unten: Ein Mitarbeiter des BND führt an bei „Kabul“: Die Bewegungsfreiheit - - Die Schließung des Rings sieht der BND derzeit nicht. - Ist dieser Widerspruch dann weiter in der Sitzung noch besprochen worden oder nicht aufgeklärt worden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Herr Nürnberger, nein. Ich habe dieses Protokoll, aus dem Sie gerade zitieren, hier heute zum ersten Mal gesehen. Der Widerspruch ist nicht weiter besprochen worden. Es ist durchaus üblich in Krisenstabssitzungen, dass die Lage des BND zur Kenntnis genommen wird. Sie wird in den allerallerseltensten Fällen diskutiert. Der klare Widerspruch von dem Gesandten van Thiel, so wie er in dieser Sitzung erfolgt ist, war eine außergewöhnliche Situation, die mich dann auch und

meine Kollegen veranlasst hat, dann uns zusammenzusetzen, zu debriefen und zu gucken, was da dahinterstehen kann.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich Sie dann vorhin in Ihrer Aussage auf die Fragen des Kollegen oder der Kollegen richtig verstanden habe, gab es nicht wirklich auch einen politischen Aspekt, den der BND vorgetragen hätte, was es bedeuten würde, die Zeitlinien zu verkürzen und auf eine Evakuierung hinzuwirken. Jetzt steht in diesem Protokoll, aus dem ich noch mal zitieren darf mit Erlaubnis des Vorsitzenden, ausdrücklich:

„BND

- Es muss deutlich werden, Evakuierung der dt. Staatsbürger und nicht Flucht aus ...“

- Sein soll: meine Ergänzung. - Das ist auf der Seite, die die rot bedruckte Ziffer 79 bzw. schwarz 70 trägt: dass die Evakuierung der deutschen Staatsbürger - meine Ergänzung - nicht als Flucht aus Afghanistan gewertet werden darf, sonst würde sich eine „self fulfilling prophecy“ ergeben. - Können Sie mir erläutern, was damit gemeint war?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich weiß es nicht mehr genau. Ich kann jetzt interpretieren - aber bitte nehmen Sie es auch als eine Interpretation -: Ich glaube, dass das bedeuten kann: Wir wollen nicht selbst dazu beitragen, dass einige der Kipppunkte eintreten, und damit selbst dazu beitragen, dass die Entwicklungen beschleunigt werden. - Also so kann ich mir das erklären.

Jörg Nürnberger (SPD): Mhm. - Jetzt ist vorhin von einem der Kollegen erwähnt worden, dass bei zwei der fünf Kipppunkte der BND sich in der Sitzung geäußert habe oder insgesamt die Position vertreten habe, dass er diese nur im Nachhinein feststellen könne und nicht mit seinen nachrichtendienstlichen Mitteln bereits vorhersehen könnte. Es waren die zwei Punkte, wenn ich mich recht erinnere, „Abzug der USA aus der Green Zone“ und „Quasiauflösung der afghanischen Regierungsstrukturen“, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt gibt es aber, soweit ich mich erinnere, noch einen dritten Punkt, nämlich die Schließung anderer ausländischer Botschaften und der Abzug dieses Botschaftspersonals.

War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bekannt, dass andere westliche Botschaften bereits Richtung Flughafen evakuiert haben, also noch vor oder während dieser Krisenstabssitzung am 13. August? Und haben Sie das in Ihre Bewertung der Erfüllung dieses Kippunktes miteinbezogen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, wir haben ja in der Krisenstabssitzung alle gehört, was Herr van Thiel als Allererster - der hat als Allererstes das Wort ergriffen - zu den Entwicklungen vor Ort gesagt hat. Und indem wir dieses Element sozusagen - die Botschaften klappen alle die Speichen hoch - als einen Kippunkt benannt haben, war die Verbindung ja auch hergestellt. - Wobei ich, ganz ehrlich, nicht beurteilen konnte oder kann, was die von Herrn van Thiel erwähnten - verlegen dahin - - ob das alle waren, ob das mit der Schließung der Botschaft einherging, ob die nur Teile evakuiert haben. Das kann ich alles nicht sagen und ergab sich auch aus dem Vortrag meines Erachtens und in meiner Erinnerung nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich glaube, wir danken Ihnen an der Stelle sehr herzlich für Ihre Aussagen und wären mit unserer Runde am Ende.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Frau von Uslar-Gleichen, auch meine letzte Runde. Deswegen nur ein paar - genau genommen vier - abschließende Sachverhalte, die ich mit Ihnen kurz erläutern möchte.

Wir haben schon über das Krisenstabsprotokoll vom 13. August gesprochen. Nun liegen uns zu diesem Krisenstabsprotokoll zwei Versionen vor: eine Version, in der die Kippunkte, sage ich jetzt mal, verkürzt enthalten sind, und eine andere Version, in der sie eben nicht enthalten sind. Wir haben schon drüber gesprochen, dass

sozusagen die verkürzte Version aus der Feder von Herrn Diehl stammt, der sozusagen proaktiv aus seiner Tätigkeit beim BND - so hat er es in seiner Vernehmung gesagt; kann ich auch genau zitieren - - aber sinngemäß gesagt hat: Der BND hat kein Interesse an ausführlicher Protokollierung seiner Lagedarstellung. - Meine Frage ist: Wann haben Sie von dieser sozusagen unvollständigen Protokollierung erfahren, und haben Sie selbst etwas unternommen, um die vollständige Protokollierung sicherzustellen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das ist jetzt eine Frage, die ich allgemein beantworten kann und die ich auf diesen spezifischen Fall beantworten kann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mich interessiert nur dieser Fall.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich würde gerne beides tun.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wenn es nicht die Entwicklung gegeben hat, die es gegeben hat, und wenn ich nicht dankbar gewesen wäre, wenn das, was wir da vorgetragen haben, sehr viel breiter kommuniziert worden wäre, dann würde ich immer Ole Diehl zustimmen, dass der BND kein Interesse hat, an - - in Krisenstabsprotokollen, die eine ganz breite und auch nur VS-NfD-Verteilung erfahren in der Bundesregierung, seine doch auch sehr vertraulichen Lageeinschätzungen protokolliert - - sehen will. Also von daher: Grundsätzlich ist das, was Ole Diehl mit der Kürzung gemacht hat, durchaus das, was unserem Vorgehen entspricht. In diesem Fall wäre ich selbstverständlich dankbar gewesen - und es hätte vielleicht der Sache auch gedient -, wenn die Kippunkte, die wir ja allen da vorgestellt haben, auch den Niederschlag - mehr Niederschlag - im Protokoll gefunden hätten. Aber das ist - - Dieser 13.08. war eine absolut außergewöhnliche Situation in jeder Hinsicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Darf ich dann kurz nachfragen: Welche Version des Protokolls



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist Ihnen als Teilnehmerin denn eigentlich zur Verfügung gestellt worden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Die offizielle, die an alle verschickt wurde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also die gekürzte, sage ich jetzt mal.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja. - Ich wusste gar nicht, dass es eine längere gibt, bis ich jetzt in Vorbereitung auf diese Ausschussaussage die längere als etwas, was vom Auswärtigen Amt vorgelegt worden ist, überhaupt gesehen habe.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie Anlass gesehen, sozusagen die Verkürzung zu beanstanden gegenüber Herrn Diehl?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, ich weiß jetzt noch nicht mal, wann die versandt worden ist, die vom 13.08. Das dauert ja so ein bisschen, bis so was geschrieben ist und versandt worden ist. Wir haben, ganz ehrlich, in der Situation - 36 Stunden später war Kabul gefallen; wir waren in der Evakuierungssituation - - Wir haben nicht mehr in den Rückspiegel geguckt. Wir haben versucht, Krisenmanagement zu machen und das so gut wie möglich hinzukriegen, sodass unsere Kollegen, möglichst viele deutsche Staatsangehörige, die Ortskräfte da sicher rauskommen. Wir haben nicht mehr nach hinten geguckt. Wir haben nur noch nach vorne geguckt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun ist ja dieses verkürzte Protokoll oder dies offizielle Protokoll - so will ich das mal nennen -, was auch verschickt worden ist zunächst, auch geleakt worden und hat Eingang in öffentliche Berichterstattung gefunden, mit dem Vorwurf an den BND, es sei sozusagen der Verbleib der USA bis zum 11. September hier in Aussicht gestellt worden, in dem Protokoll. Haben Sie diese öffentliche Berichterstattung über das Protokoll zum Anlass genommen, noch mal nachzufragen, warum - - oder zu beanstanden, dass das Protokoll insoweit unvollständig ist?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein, habe ich nicht. Es ist schlimm genug, dass so was geleakt

wird. Es ist schlimm genug, dass diese Krisenstabssitzung auch so unglaublich viele Teilnehmer hatte, sodass auch Leaks nie mehr irgendwie nachverfolgt werden können. Ich weiß, dass mein Name da in der Presse gelandet ist. Das ist auch okay, weil ich für den BND in dieser Situation gesprochen habe und das, was meine Kollegen gesagt haben, von mir mitgetragen wird. Das wäre eine Art Nachtreten gewesen. - Und warum? Wir hatten alle größere und andere Probleme. Wir mussten uns auf die vor uns liegenden Aufgaben konzentrieren. Wir mussten da alle zusammenarbeiten - hier in Berlin und vor Ort in Kabul. Und das ist auch geschehen ohne Schuldzuweisungen in dem Moment. Wir hatten größere Probleme.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das deswegen, weil natürlich in dieser Zeit - also Krisenstabssitzung 13. August - es auch öffentliche Debatten darüber gegeben hat, ob und inwieweit der BND zutreffend und vollständig über seine Lageeinschätzung berichtet hat. In dem Zusammenhang hat Bundesaußenminister Maas massive Kritik an der Einschätzung des BND geübt. Ausweislich der Homepage des Newsrooms wird er zitiert - Zitat -:

„Der BND hat offensichtlich eine falsche Lageeinschätzung vorgenommen, so wie andere Dienste auch. ... Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch, mit katastrophalen Folgen.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist jetzt: Welchen sachlichen Hintergrund hat nach Ihrer Kenntnis diese Kritik des Bundesaußenministers an der Lageeinschätzung des BND?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich würde Folgendes sagen: Die BND-Lageeinschätzung - und jetzt nicht nur an dem Tag, sondern insgesamt, was kommen würde: das Emirat 2.0 - war korrekt. Was nicht korrekt war, was wir nicht wussten, war die Geschwindigkeit. Und da können wir uns auch nicht rausreden. Wir haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht vorhergesehen, dass zwischen dem 13.08. und der Krisenstabssitzung und dem 15.08. Kabul fallen würde. Und insoweit haben wir ein Lagebild, das zwar Hinweise darauf gab, dass bei bestimmten Ereignissen, wenn sie eintreten, alles sehr viel schneller gehen würde, gegeben, aber wir haben nicht gesagt: Das kommt so.

Ich muss sagen: Dass es so schnell gekommen ist, relativiert dann auch wieder die Auswirkungen, die dieser Lagebericht gehabt haben könnte. Denn so schnell, wie es gekommen ist, wären wir, selbst wenn wir in dem Moment die Entscheidung zu „Wir starten die Evakuierung jetzt“ getroffen hätten, auch nicht früher in Kabul gewesen. Das ist jetzt ein bisschen jenseits meiner Zuständigkeiten, weil ich nicht weiß, wie schnell das BMVg evakuieren kann etc. Aber dass es so schnell ging, das hat uns wenig Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Der Einstieg in die Evakuierungsplanung ist dort getroffen worden, und dann ging es wahnsinnig schnell.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann will ich - - Entschuldigen Sie; ich weiß, dass das eine unangenehme Frage ist. Ich will sie trotzdem noch mal konkret stellen: Teilen Sie die Kritik, dass der BND eine falsche Lageeinschätzung vorgenommen hat, dass andere Dienste eine falsche Lageeinschätzung vorgenommen haben und dass fehlerhafte Berichte erstellt worden sind?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich glaube, dass die Lageeinschätzung am 13.08. richtig war; das war die Lage in dem Moment. Die Lageeinschätzung hat auch hingewiesen darauf: Was muss passieren, dass die Lage sich ändert? - Und diese Faktoren sind in einer unglaublichen Geschwindigkeit eingetreten. Ich glaube, dass da ein gewisser Dominoeffekt eingesetzt hat; aber das ist jetzt, was ich glaube.

Ich kann nur sagen: In dem Moment haben wir recht gehabt. Wir haben nicht recht gehabt - wir hätten unter Umständen - - Und das ist ein Fehler. Hätten wir ihn vermeiden können? - Das ist eine offene Frage. Andere haben es ja auch nicht gewusst und berichtet. Hätten wir vorhersehen müssen, dass die Faktoren, die diese Lage so schnell, so eklatant ändern würden, so schnell

eintreten? - Ich weiß es nicht. Was nicht zu bestreiten ist: dass wir es in dem Moment nicht gewusst und nicht gesagt haben, dass es so schnell gehen würde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Noch mal meine Nachfrage: Inwieweit teilen Sie die Kritik, dass Sie fehlerhafte Berichte erstellt haben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Berichte werden in einem gegebenen Zeitpunkt erstellt und bewerten die Lage in dem gegebenen Zeitpunkt. Soweit sie Prognosen enthalten, können sie richtig - - zutreffend oder nicht zutreffend sein; das kann man immer erst hinterher beurteilen. Der Lagebericht in dem Moment war aus unserer Sicht richtig. Die Elemente in der Prognose waren auch richtig benannt. Die Zeitschiene für das Eintreten dieser Elemente, mit denen wir eine Beschleunigung prognostiziert haben, die war nicht richtig. - Also, ich kann es nur differenziert sagen. Es ist nicht schwarz oder weiß.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde mir was anderes wünschen. Aber ich will Herrn Gloßner auch nicht weiter provozieren; er war schon kurz vor einer Wortmeldung.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Dann würde ich jetzt gerne noch mal mit Ihnen kurz sprechen über die Erarbeitung einer Sprachregelung des BND, und zwar stammt die von Ihnen. Wir können Ihnen das gerne vorlegen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich glaube, ich habe es. - Ist das das?

(Die Zeugin hält
Unterlagen hoch)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist MAT A BND-4.06 VS-NfD, Blatt 49 bis 51.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee, das habe ich dann nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie das vorliegen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das ist nicht das, was mir vorhin vorgelegt wurde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist bei uns die 3.11. - Also, soll ich noch mal wiederholen? - MAT A BND-4.06 VS-NfD, Blatt 49 bis 51.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee, ich glaube nicht, dass ich das habe. Wenn ich es haben könnte?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Wir bringen es Ihnen gerade.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, doch; ja, habe ich - jetzt zweimal.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Hatten Sie doch schon mal vorliegen wahrscheinlich, ne?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich glaube, Frau Dr. Jurisch hatte es mir schon - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, genau. - Ich wollte nur noch mal kurz fragen: Was war der Anlass eigentlich für die Erstellung einer solchen Sprachregelung?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich habe vorhin schon gesagt: So ganz kriege ich nicht mehr zusammen, wer da was wie gemacht hat. Aber selbstverständlich hat der BND, nachdem Kabul am 15.08. kampfflos in die Hände der Taliban gefallen ist, sich auch gefragt: Warum haben wir diese Entwicklung in dieser Schnelligkeit so nicht vorhergesehen? Und dass wir da gefragt werden würden, war klar. Und dann mussten wir uns klar denken: Warum haben wir es eigentlich nicht?

Das ist ein übliches Verfahren, dass man, wenn man Auskunft geben will, sich überlegt: Was soll

man und kann man sagen? Was können wir recherchieren, was beigetragen hat dazu? - Und das ist das Ergebnis.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Also Sie erinnern keinen konkreten Auftraggeber für dieses Papier?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee. Aber ich kann mir vorstellen, dass wir uns das selber gesagt haben: -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mhm, okay.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: - Wir müssen uns jetzt mal - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, ich frage ja nur nach Ihrer Erinnerung.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, ja, ja. - Nee, ich erinnere mich nicht, wer das beauftragt hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann darf ich fragen: Wer ist Adressat?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das weiß ich auch nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hm! Also, meine Frage ist ja - - Also ich will jetzt nicht den Namen oben in Klarschrift.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nee, den kriegen Sie auch nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich weiß, der ist geschwärzt. Aber mich interessiert, zu welchem Zweck. Also, an wen haben Sie das geschickt? An welche Abteilung oder so haben Sie das geschickt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich - - Aus meiner Sicht ist das ein internes - - eine interne Sprachregelung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. Dann frage ich andersrum: Diente sie der Vorbereitung des Präsidenten für Stellungnahmen gegenüber der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Öffentlichkeit und/oder Ausschüssen des Deutschen Bundestages oder anderer Gremien?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich weiß es nicht. Aber ich kann es mir vorstellen; denn für den BND spricht selbstverständlich der Präsident. Und er spricht auch in einer so kritischen - für den BND so kritischen - Situation.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mhm, okay. - Dann käme ich zum letzten Sachverhalt, den ich mit Ihnen gerne besprechen wollte. Sie haben im Sommer 2021 angewiesen, dass es einen Leitungsvorbehalt für die Berichterstattung des BND zu Afghanistan geben würde; das ist MAT A BND-3.516 VS-NfD, Blatt 282. Können Sie mir kurz sagen, was der Anlass für einen solchen Leitungsvorbehalt war?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auch diese Frage ist exakt so gestellt worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung; dann war ich da wohl gerade draußen. Dann ziehe ich die Frage natürlich zurück. - Dann würde ich Ihnen aber gerne einen anderen Vorhalt in dem Zusammenhang noch mal machen, und zwar ist das - mal eben sehen - MAT A BND-3.331 VS-NfD, Blatt 188 bis 189. Da haben Sie entschieden, dass die Meldung - Zitat -:

„Kabul: Ohne gesicherten Zugang zum Flughafen ist die Schließung weiterer diplomatischer Vertretungen nahezu sicher ...“

- Zitat Ende -, nicht versandt werden durfte. Wir können Ihnen den Vorgang sonst gerne noch mal vorlegen. - Legen wir Ihnen vor; das ist bei uns 3.25, bitte.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Meine Frage ist: Warum wurde das von Ihnen nicht freigegeben?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, es wird ja in dieser Mail eine Mutmaßung angestellt, und

das ist jetzt auch meine Mutmaßung rückblickend: Ich weiß es genau nicht. Aber der BND trägt ja einmal wöchentlich in der Nachrichtendienstlichen Lage im Kanzleramt vor, und es ist immer auch das Bestreben, etwas vortragen zu können, was nicht alle vorher schon gelesen haben. Und von daher kann ich mir vorstellen - und das wird auch hier gemutmaßt -, dass ich dann vorhatte oder der Präsident dann vorhatte - je nachdem, wer die Nachrichtendienstliche Lage von uns wahrnehmen würde -, diese Informationen am nächsten Morgen vorzutragen. Die Berichterstattung geht dann im Anschluss raus.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jetzt muss ich was fragen: „Mutmaßlich“, also die Einschätzung: Ich würde sagen, es ist keine Mutmaßung; ich würde es als Einschätzung sehen. - Aber nochmal: Die Botschaft ist:

„Ohne gesicherten Zugang zum Flughafen ist die Schließung weiterer diplomatischer Vertretungen nahezu sicher ...“

Das scheint sich ja offensichtlich um eine fachliche Einschätzung zu handeln.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Mhm.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und dann heißt es:

„VPr'in hat entschieden, dass die Meldung ...“

- eben -

„nicht versendet wird.“

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: „Heute“!

Thomas Röwekamp (CDU/CSU):

„Mutmaßlich will sie damit inhaltsbedingt bis nach der morgigen ND-Lage warten.“

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Mhm.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Was heißt „inhaltsbedingt“?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Dass ich oder der Präsident den Inhalt am nächsten Morgen in der Nachrichtendienstlichen Lage vorstellen möchte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, es ist - - Das hat was damit zu tun, dass man in der ND-Lage nicht nur Dinge vortragen möchte, die alle schon am Vortrag gelesen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Dann braucht keiner mehr zu kommen, und unser Vortrag wird als irrelevant empfunden. Also, das war eine - - Verschießt unser Pulver der Erkenntnis nicht schon heute. Wartet, bis ich das morgen vorgetragen habe. Bringt es dann als Berichterstattung. - Das hat was mit „Man muss auch noch was zu sagen haben“ zu tun.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. Würden Sie aber diese Information nicht als so wichtig einstufen, dass die sofortige Weiterleitung im Prinzip geboten ist?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich glaube, nicht. Der Zugang zum Flughafen war gesichert. Und ich glaube nicht, dass da zwölf Stunden einen Unterschied machen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mhm. - Dann würde ich generell zum Leitungsvorbehalt meine abschließende Frage stellen; ich hoffe, dass der Kollege Limburg sie nicht in meiner Abwesenheit gestellt hat. Der Leitungsvorbehalt, den Sie ja angeordnet haben im Sommer 2021, ist offensichtlich nicht bei Ihnen im ganzen Haus angekommen. Uns liegt hier vor - das ist MAT A BND-3.303 VS-NfD, Blatt 26 bis 27 -, dass offensichtlich wochenlang die Auswertung Afghanistans nichts davon wusste, dass es einen Leitungsvorbehalt gab. - Sollen wir Ihnen das vorlegen, oder erinnern Sie den Vorgang?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja. Denn das würde mich sehr überraschen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Dann legen wir das mal eben kurz vor, bitte.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Denn wir haben ja jeden Tag über die Berichterstattung gesprochen. Also das war - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. - Das ist 3.24 bei uns.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, zeigen Sie es mir. Geben Sie mir den Rest.

(Vereinzelt Heiterkeit - Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich will es nur kurz sagen. Da steht unten:

„Sehr geehrter Herr ...“

- den Kollegen hatten wir gerade als Zeugen -

„wie ich soeben hörte, soll - schon seit mehreren Wochen - sämtliche AFG-Berichterstattung einem Freigabevorbehalt der VPr'in ... unterliegen.“

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja, ja, ja, ja, ja. - Also, ja, es stimmte, das gab es schon seit mehreren Wochen. Warum Herr Dr. Ader das noch nicht mitgekriegt hat - - Es hat jedenfalls funktioniert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Und ich habe die Unterlagen gesehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie wird so ein Leitungsvorbehalt denn nach innen kommuniziert eigentlich?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das wird kommuniziert über den Leitungsstab. Und das habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich aber auch deutlich gemacht. Denn uns wird viele - - Sie werden in den Unterlagen viele Mails und so hin und her finden, wo drinsteht: Bitte, die Vizepräsidentin will es freigeben. - Ich habe - da waren Sie wohl dann draußen - auch gesagt, was mit diesem Leitungsvorbehalt - - was ihn ausgelöst hat - und das war das Ende des Review der Amerikaner - und dass wir mit der Bundeswehr über den verabredeten Zeitraum vom 30. April im Land sein würden und dass wir damit in der Abzugsphase eine erhöhte Gefährdung der Bundeswehr sahen und auch die Ortskräftefrage ganz virulent wurde. Und in der Situation wollte ich dafür sorgen, dass unsere Berichterstattung aus dem Geschäftsbereich 2 kohärent ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Klar; das ist klar. - Also mich interessiert jetzt - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Der arme Herr Ader. Dass es an ihm vorbeigegangen ist!

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, der ist ja der Empfänger der Mail. Also es schreibt ein Mitarbeiter an Herrn Ader, -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ach so. Ja, dann hat der Arme es nicht mitgekriegt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - so verstehe ich diese Mail, und sagt: Ich wusste nichts davon.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wahrscheinlich hat der in der Zeit - - Also, den gab es jetzt seit -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): ... einigen Wochen offensichtlich.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: - ein paar Wochen, wenigen. Wahrscheinlich hatte der in der Zeit noch nicht berichtet und war noch nicht auf mich gestoßen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Ich frage das nur deswegen, weil ich - - Also, ich habe Ihrem Antwortverhalten, Ihrer Antwort entnommen, dass Sie gar nicht wussten, dass es sozusagen gar nicht - - also dass teilweise das nicht

bekannt war im Haus und - - überrascht waren deswegen. Meine Frage ist jetzt: Ist über diese Kommunikation im Haus danach noch mal gesprochen worden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Es war allen klar, nur dem Herrn L. offensichtlich nicht; und er ist ja auch nicht weiter gekommen als bis Dr. Ader. Und das ist dann schon bei mir gelandet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Ganz herzlichen Dank. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, dann sind wir wieder bei Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Limburg.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich habe noch einige wenige Fragen zu besagtem Leitungsvorbehalt. Zum einen - nur dass ich das richtig verstanden habe -: Ich habe Sie so verstanden, dass Leitungsvorbehalt in diesem Fall bedeutet: Die Sachen müssen über Ihren Schreibtisch. - Ist das richtig? Oder sozusagen: Könnte es auch einer der anderen Vizepräsidenten - - gehen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein, über meinen Schreibtisch.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. - Sie haben gesagt, ab wann der Leitungsvorbehalt galt. Bis wann galt er denn?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, jedenfalls bis heute vor drei Jahren, bis zum Abzug der Bundeswehr. Der Leitungsvorbehalt war nicht als Micromanagement oder Misstrauen oder Kritik zu verstehen. Er war vor allem ein Signal: „Wir sind in einer ganz besonders wichtigen Phase in dieser Afghanistan-Bewertung“, und er bezog sich auf die Gefährdung, die insbesondere wir für die Bundeswehr vermuteten. Das war einer der Hauptfaktoren.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Ich würde Ihnen gerne eine Mail aus Ihrem Haus vorhalten - das ist MAT A BND-3.217 VS-NfD, Blatt 159, eine E-Mail vom 13.08.2021 -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Sehr geehrte Kolleg:innen,
auf Wunsch der Vizepräsidentin
hat sämtliche Berichterstattung zu
Afghanistan mit sofortiger Wir-
kung wieder einen Leitungsvorbe-
halt.“

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Also das heißt - - Sie haben ja auch gerade gesagt:
„längstens bis zum Abzug“ oder irgendwie so.
Nee, Sie haben gesagt - ich will Sie nicht falsch
zitieren -: wenigstens bis zum Abzug der Bundes-
wehr.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am
13.08. heißt es: Sie hat ihn „wieder“. - Das heißt,
zwischen drin hat es ihn offenbar nicht gegeben.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Doch, es hat
ihn gegeben. Ich habe ihn nie offiziell aufgehoben;
aber ich habe ihn nicht mehr ganz so stark
durchgesetzt, nachdem die Bundeswehr raus
war, womit eine der wichtigen, tragenden Säulen
für diesen Leitungsvorbehalt weggefallen ist.
Aufgehoben worden ist er nicht. Aber dass die
diese Mail sehen, ist auch Reaktion auf die Kri-
senstabssitzung, darauf, dass van Thiel gesagt
hat, er sieht das alles ganz anders. Das war ein
Element meiner Reaktion darauf: Wir müssen - -
Da tut sich jetzt was, wovon ich in dem Maße
jetzt noch nichts gehört hatte; ich will mich hier
noch wieder jetzt draufsetzen. Das hätte weitere
Auswirkungen gehabt, wenn es überhaupt noch
die Möglichkeit zur Auswirkung gegeben hätte.
Hat es aber nicht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Können Sie uns sagen, wie lange er dann wieder
galt, der Leitungsvorbehalt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich glaube
nicht, dass ich ihn je aufgehoben habe. Wir
waren dann in einer anderen Situation. Danach
haben wir tägliche Krisenstabssitzungen gehabt,
mit allen Vizepräsidenten, mit dem Präsidenten -

wir haben uns ständig ausgetauscht -, plus Kri-
senstabssitzungen im Auswärtigen Amt, Rück-
kopplung in das Haus. Wir mussten unsere Leute
evakuieren. Wir sind mit einigen Mitarbeitern
vor Ort geblieben, die in der vordersten Front vor
den Toren des HKIA-Flughafens gestanden haben
und versucht haben, Ortskräfte, deutsche Staats-
angehörige reinzuholen. Wir waren in einer
Situation, wo einfach die Lage eine ganz andere
war.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Absolut nachvollziehbar. - Noch eine ganz kurze
Frage zu einem anderen Komplex: Sie haben vor-
hin gesagt, dass einige der Kippunkte, die ja
schneller gekommen sind, als - - vorhergesehen
haben, ja von den Amerikanern, also von den
Vereinigten Staaten von Amerika, selbst ausge-
löst worden sind.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat
es da nach Ihrer Kenntnis, soweit es Ihr Haus be-
trifft, vorher irgendeine Form von noch mal klä-
render Rückversicherung gegeben, dass die Ame-
rikaner keinen dieser Schritte vorzeitig unterneh-
men, die diese Kippunkte auslösen können,
oder ist man einfach davon ausgegangen: „Wer-
den die schon nicht machen“?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wir haben
schon Kontakt mit den Amerikanern gehabt, auch
auf hoher Ebene. Ich glaube, mehr kann ich dazu
nicht sagen. Aber zumindest ist dabei nichts
rausgekommen, was zu einer anderen Lage-
einschätzung zum 13.08. geführt hätte.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir bei
der AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsit-
zender. - Frau Zeugin, gemäß meiner Wahrneh-
mung wurde nach dem Fall von Kabul in der
Medienberichterstattung häufig die Einschätzung
vermittelt, dass das deutsche Botschaftspersonal
im Sommer 21 durch die Taliban an Leib und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Leben bedroht gewesen sei. Nun ist dem vorläufigen Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 26. Januar letzten Jahres, Seite 50, zu entnehmen, dass der Bundesnachrichtendienst nicht von einer Bedrohung des deutschen Botschaftspersonals durch die Taliban ausging. So sagte uns der Zeuge O. W. aus dem Referat der Afghanistan-Auswertung, LBA, wörtlich - ich zitiere aus der Protokollstelle -:

„... wir sind davon ausgegangen, dass man mit den Taliban hätte verhandeln können, diplomatische Einrichtungen im Land zu behalten; das wäre für die Taliban ja ein Glückstreffer gewesen. Und da muss man sagen, dass es ... natürlich immer eine Gefährdung in so einem Land gibt, aber dass die nicht von der Talibanführung ausgegangen wäre ...

Eine Gefährdung aufgrund der Sicherheitslage: Ja. Wir haben ja noch den IS, der Anschläge verübt dort, der sehr stark ist. Aber dass die Taliban jetzt die deutsche Botschaft oder den deutschen Botschafter angegriffen hätten, da sind wir nicht von ausgegangen.“

Zitat Ende. - Haben Sie Kenntnis, die die Einschätzung einer im Sommer 21 gegebenen realen Gefährdung der deutschen Botschaft durch die Taliban belastbar bestätigen könnte?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich kann da eigentlich jetzt nur dazu sagen, dass man unterscheiden muss zwischen der Politik der Talibanführung und womöglich Handlungen einzelner Taliban. Und ich kann nicht beurteilen - also ich kann es nicht in letzter Konsequenz beurteilen -, aber ich würde sagen: Bei allem Durchregieren der Führung auf die unterste Ebene ist nie auszuschließen gewesen, dass die Taliban an der Spitze Interesse an Gesprächen, an Verbleib gehabt hätten, aber ein ungesteuerter Taliban-einkämpfer es anders gesehen hätte. Also ich glaube, es gibt darauf keine Ja- oder Nein-Antwort.

Stefan Keuter (AfD): Okay, verstanden. - Laut dem vorläufigen Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 11.05.23, Seiten 30 und 31, hat der Referatsleiter LBA diesem Ausschuss gegenüber dargelegt, dass der deutsche Gesandte in Kabul, Jan van Thiel, während der Krisenstabssitzung am 13. August 21 nicht voraussah, dass die Taliban Kabul schon einnehmen würden, bevor der Westen komplett aus Afghanistan abgezogen sei. Auch im Nachgang der Ereignisse habe man im Referat LBA keine Indizien dafür gefunden, dass man das dann eingetretene Szenario hätte voraussehen können. - Zitat Ende.

Deckt sich diese Aussage des Referatsleiters LBA, nach der Jan van Thiel am 13.08.21 nicht voraussah, dass die Taliban noch während der westlichen Präsenz in Kabul einmarschieren würden, mit Ihrer eigenen Erinnerung an diese Sitzung?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, meine Erinnerung ist, dass Herr van Thiel gesagt hat, ohne das zu spezifizieren, er hätte andere Intelligenz. Aber er hat es nicht spezifiziert.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Laut dem vorläufigen Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 26. Januar 23, Seiten 44 und 50, legte der Zeuge O. W., Sachgebietsleiter im Referat LBA, hier im Ausschuss dar, dass nicht die Flucht Ghani, sondern die abrupte, mit Deutschland unabgestimmte Aufgabe der Green Zone und US-Botschaft als der entscheidende Auslöser für den frühen Fall von Kabul anzusehen sei. Zitat aus dieser Protokollstelle:

„... hier in Kabul hat eine Person ... entschieden, die Green Zone zu räumen. Das hat für die Sicherheitskräfte in Kabul, für Ghani, für ganz Afghanistan das Signal gegeben: Die internationale Gemeinschaft gibt uns auf ...“

„... solange diese Unterstützung da gewesen wäre, wäre Ghani auch dageblieben. Aber mit dem Abzug der Botschaft war ... für Ghani und fürs ganze Land praktisch die Messe gelesen ...“



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Wären die 900 US-Soldaten in der Green Zone geblieben und die US-Botschaft, dann wäre es auch am 15. nicht zum Fall Kabuls gekommen.“

Zitat Ende. - Präsident Ghani selber hat in einem späteren Interview - das sind, für das Sekretariat, die Seiten 1 und 5 der Anlage 47 - mit dem Sender CNN eine Flucht aus Kabul mit Verweis auf die Evakuierung der US-Botschaft am Morgen des 15.08.21 begründet. Meine Frage lautet: Deckt sich diese Darstellung O. W.s und Präsident Ghani mit Ihren eigenen Erkenntnissen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Meine eigenen Erkenntnisse sind das, was der Fachbereich mir vorgelegt hat. Und Sie haben gerade aus dem Fachbereich zitiert.

Stefan Keuter (AfD): Sie haben laut Fundstelle MAT A BND 3.218 VS-NfD, Blatt 164, am 18. August 21 mehrere Aufträge gegeben, mit denen Sie die Arbeitsebene des Dienstes unter anderem baten, darzulegen, inwieweit der Saigon-Bericht der Botschafterin Haber am 06.08.21 in das Afghanistan-Lagebild des BND eingeflossen war. Dort stießen Ihre Aufträge auf Gegenwind. Zitat aus vorgenannter MAT-Nummer - Zitat Anfang -:

„VPr'in bombardiert uns mit Anfragen, die wir in dieser Kürze nur vorläufig beantworten können. Das ist kontraproduktiv und gegen die Interessen des BND.“

Zitat Ende. - Hatten Sie vor Ausgabe der erwähnten Aufträge gewusst, dass das Referat LBA den Haber-Bericht ausgewertet hatte?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Stefan Keuter (AfD): Gut.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Der Haber-Bericht war Teil unserer Arbeit in der Woche 9. bis 13. August und ist auch eine Grundlage für den Kippunkte-Bericht an das Kanzleramt.

Stefan Keuter (AfD): Ist Ihnen diese Kritik persönlich herangetragen worden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein, das hat man sich offensichtlich gespart.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Stefan Keuter (AfD): Dann brauchen wir dazu nicht weiter fragen. Danke. - Uns liegt auf Fundstelle MAT A BND-3.436, Blatt 37, eine im BND veraktete Reuters-Meldung vom April 21 vor. In der Meldung wurden US-Beamte dahin gehend zitiert, dass Washington im Februar 2020 ein Angebot der Taliban angenommen hatte, die Basen des westlichen Militärs beim Abzug aus Afghanistan vor dem „Islamistischen Staat“ [sic!] zu beschützen. Die Taliban hätten guten Willen dazu gezeigt, dass afghanischer Boden nicht mehr für Attacken gegen US-Interessen missbraucht werden solle. Weiter zitierte Reuters einen westlichen Diplomaten, der die seit 2020 erbrachte Leistung der Taliban, IS-Attacken auf westliche Truppen zu verhindern, lobend erwähnte.

Im Afghanistan-Referat AP 05 stellte man ein Informationsersuchen an den BND und kommentierte dieses folgendermaßen - Zitat aus MAT A BND-3.436 VS-NfD, Blatt 36 -, Zitat Anfang:

„Aussage, TLB schützen RS Abzug wird Nachfragen provozieren, auf die wir vorbereitet sein müssen.“

Zitat Ende. - Welche Kenntnisse haben Sie über den dargelegten Zusammenhang, nachdem die Taliban auch den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan gegen Angriffe des „Islamischen Staates“ hätten schützen sollen?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Habe ich keine, tut mir leid.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Dann war es das von uns aus. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und wir sind bei der FDP. Frau Kollegin Jurisch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau von Uslar-Gleichen, ich würde gerne noch mal an der Stelle weitermachen, wo wir vorher waren.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Sie haben schon das richtige Dokument vor sich genommen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich habe es nur immer noch nicht gelesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist MAT A BND-3.211 VS-NfD, Blatt 180, das mit dem pinkfarbenen Marker, dort auf Blatt 180 oder in der großen Ziffer 172. Bei dem Papier geht es ja um das Dokument, letzten Endes, mit den Kippunkten, was am 12.08. ans Bundeskanzleramt versendet wurde. Und hier in dem Dokument steht ja drin, dass im Abstimmungsprozess zu diesem Papier intern Szenarien weggefallen sind, die eigentlich die Grundlage für die Kippunkte erstellt haben. Und eines dieser Szenarien ist das Szenario:

„Die „Gelegenheit“, ... kampflose
Einnahme Kabuls durch die Tale-
ban, die einfach ungehindert in
die Stadt fahren und die Kontrolle
übernehmen, ohne auf großen
Widerstand zu stoßen.“

Also sprich: im Grunde genommen -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: ... das, was ...

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): - das, was am Ende auch eingetreten ist.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und meine Frage, die ich vorher gestellt habe, aber leider mangels Zeit dann Sie nicht mehr beantworten konnten, war: Können Sie sich erklären, warum in diesem Abstimmungsprozess diese durchaus relevanten Szenarien weggefallen sind?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich glaube, dass diese Szenarien nicht weggefallen sind, sondern die sind aufgegangen in den Kippunkten. Denn alles, was die Kippunkte beschreiben, ist ja eine Situation, wo Kabul fällt oder alles sehr viel schneller geht, ohne dass es dafür eine militärische Eroberung Kabuls gebraucht hätte. Die Taliban haben gesagt, militärisch wollen sie Kabul nicht erobern - das war ihre Politik -, und das war auch schlüssig in dem, was die Taliban in der Vergangenheit getan haben. Die wollten die Unterstützung der Zivilbevölkerung sich erhalten, und dafür konnte es keine militärische, gewaltsame Einnahme Kabuls geben. Sprich: Die Kippunkte haben eigentlich ein Szenario vorgeschrieben, wenn sie dann eintreten: Die westliche Gemeinschaft ist raus, das westliche Militär ist raus, die afghanische Regierung ist raus. - Also das *ist* die Beschreibung der kampflosen Einnahme der Stadt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sprich: Methodisch gesehen waren das also Kippunkte ohne Szenario.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das verstehe ich jetzt nicht ganz.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Das ist dann vielleicht eher ein Kommentar von meiner Seite.

Dann würde ich gerne zu einem anderen Thema kommen, noch mal zu dem DKOR von Frau Haber. Habe ich es richtig verstanden, dass das Haber-DKOR im BND erst am Montag, dem 09.08., vorlag und ausgewertet wurde?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das Dokument ist ein eingestuftes Dokument, das ging ans Auswärtige Amt. Und bis das dann zu uns kommt und wir es in den Händen halten, war es Montagfrüh. Das war von Freitagabend und ist Montagfrüh bei uns gewesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Nach unserer Kenntnis ist das DKOR bereits am Freitag, dem 6. August, versendet worden, -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Mhm.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): - und auch an den BND. So hat es auch Frau Haber selbst bei uns ausgesagt. Auf dem Verteiler ist auch der BND. Wir können Ihnen das auch in Form von einem stillen Vorhalt zeigen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Da würde ich überhaupt nicht widersprechen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mhm. - Aber wie kommt es dann, dass eine Einschätzung seitens des BND erst vier Tage später, am 10. August - MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 103 und 104 -, vorliegt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Wenn wir es am 9. bekommen haben, ist es am 10. - - Also, das war ja kein DKOR - ich kann da jetzt nicht im Detail drauf eingehen; Sie haben es ja auch schon mit vielen anderen Zeugen besprochen -, das nur ein Szenario beschrieben hat. Es hat viele Stimmen aus Washington gesammelt, und eine darunter hat uns dazu veranlasst, zu handeln. Und das haben wir dann auch getan im Laufe der Woche. Am 10. ist ja schon der Tag danach.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau. Aber Sie haben es ja - - Am 6. ging es ja schon bei Ihnen ein. Also da liegt ein Wochenende dazwischen. Kann das eine Rolle spielen, dass da ein Wochenende dazwischenlag, dass es dann erst am 10. ausgewertet wurde?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Durchaus.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mhm. - Wie ist denn die Besetzung da am Wochenende?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das müssten Sie berufenere Kollegen fragen, aber natürlich ist der Dienst besetzt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mhm.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Aber, wie gesagt: Der Inhalt dieses VS-V war relevant und in Teilen auch, retrospektiv betrachtet, sehr relevant. Er hat Aktivität ausgelöst, er ist bearbeitet worden; aber er war nicht ein DKOR, wo drinstand: Kabul fällt am 15.08. Sputet euch! - Es war

ein umfassender Bericht von vielen Stimmen und vielen Szenarien.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wie haben Sie denn die oder wie wurde in Ihrem Haus denn die Dringlichkeit bewertet?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: So, dass wir uns am Montag gleich damit befasst haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. - In MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 104 - das ist eine Einordnung von LBA zu diesem DKOR -, da heißt es in einem der Punkte - ich zitiere -:

„Die in den Gesprächen teilweise alarmistischen Lageeinschätzungen werden durch LBA nicht geteilt.“

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das haben Sie auch so gesehen.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: So ist die Analyse des Fachbereichs gewesen. Wie gesagt, der Bericht enthält viele Stimmen und hat, glaube ich, uns auch deutlich gemacht, dass Washington in keiner Weise selbst sich darüber im Klaren war, was passiert, wie es weitergeht, wie die Politik ist, wie sie handeln werden, worauf wir uns einzustellen hatten. Es war einfach ein sehr umfassender, sehr vielschichtiger und damit auch sehr unklarer Bericht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wir hatten ja gerade kurz über das Thema Wochenende gesprochen. Ein weiteres Thema, was mich beschäftigt, ist die Frage „Verfügbarkeit von Übersetzern und Übersetzungen“, weil der Kontext Afghanistan war ja in vielerlei Hinsicht herausfordernd, besonders auch vor dem Hintergrund der Dynamisierung der Lageentwicklung im August und der mutmaßlich hohen Aufkommensdichte in den letzten Tagen der afghanischen Republik. Es ist ja die Frage: Wie schafft man das eigentlich alles? Und nun sind ja Übersetzer für Dari und Paschtu nicht unbedingt so frei verfügbar. Könnten Sie uns dazu etwas vielleicht sagen, wieweit es im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Untersuchungszeitraum, vor allem im Zeitraum Juli/August, zu Verzögerungen in der Auswertung kam, weil Meldeaufkommen aus Afghanistan nicht schnell genug übersetzt werden konnte?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Da kann ich Ihnen nichts dazu sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Dann würde mich noch interessieren, was Ihnen aus dem Untersuchungszeitraum hinsichtlich des Gebrauchs von Szenarienanalysen und anderen Analysemethoden im BND bekannt ist.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, ich habe ja immer die Ergebnisse gesehen. Und ein Szenario war ja die Frage: Wie geht es weiter mit Afghanistan? Was kommt? Kommt eine inklusive Regierung einer Republik Afghanistan? Kommt der Bürgerkrieg? Kommt das Emirat 2.0? - Das waren Szenarienanalysen. Also sie sind getätigt worden, aber sie waren jetzt nicht unser tägliches Geschäft.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hat denn der BND seine Szenarienanalysen zu Afghanistan bei den Bedarfsträgern eigenständig angeboten, oder wurden die abgefragt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Weiß ich im Einzelfall nicht. Ich weiß - - Beziehungsweise ein bisschen was weiß ich schon: Das Kanzleramt ist immer sehr interessiert auch an Szenarienanalysen gewesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber Sie würden sagen - - Sie haben gerade gesagt, das gehört nicht zum täglichen Geschäft dazu.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, man muss unterscheiden: Man kann natürlich eine Berichterstattung in Szenarien machen, auf Szenarien basieren, und das sozusagen ausbreiten. Ein klassisches Beispiel ist dieser Bericht, den wir gerade besprochen haben. Aber jeder Berichterstattung, die man macht, jeder Analyse unterliegen ja gewisse Überlegungen: Kommt das so, kommt das so? Wie kann man das einordnen? - Das sind ja Szenarien, die man durchdenkt. Also ich glaube, dass das einfach eine Methode ist, um

zu einem Ergebnis zu kommen, auch wenn es jetzt nicht ein Szenarienbericht ist. Das Denken in Alternativen gehört zum Geschäft.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie selber auch welche angefordert zu Afghanistan jetzt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Nein. Nee.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Sie haben immer wieder vorher betont zu Ihrer Rolle, dass es auch Ihre Aufgabe ist, für eine bedarfsgerechte Sprache oder so zu sorgen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, also gegenüber den Abnehmern von den Berichten. Könnten Sie vielleicht mal in eigenen Worten formulieren, was „eher unwahrscheinlich“ auf Klartext heißt?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, die Skala der Eintrittswahrscheinlichkeiten ist eine von 0 bis 99. Das ist auch eine, soweit ich weiß, sehr international gebräuchliche. Die hängt auch an unserer Berichterstattung untendran und geht von „unwahrscheinlich“ bis „höchstwahrscheinlich“ und teilt sich in verschiedene Gruppen. Also, ich kann es jetzt nicht auswendig. Jeder Bericht, den Sie sehen, müsste das untendran haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ist Ihnen bekannt, dass in MAT A BKAm-3.68 VS-NfD, Blatt 155, wo eben diese Szenarien dargestellt sind, also genau da, wo es einfach auf Wahrscheinlichkeiten auch ankommt, dass da eben diese Skala nicht angehängt war?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Die ist eigentlich allen unseren Abnehmern - - Das liegt fast täglich auf dem Tisch. Also dass man es gar nicht einordnen könnte, würde mich überraschen.

(Die Zeugin liest in diesen
Unterlagen)

Das ist nur ein Bericht aus vielem, also so einfach würde man das ja nicht alleine rüberschieben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das gehört irgendwo dazu, das ist eine Folie. Keine Ahnung, wo das dazugehört, wahrscheinlich zu einer größeren Berichterstattung! Das ist ein Teil, das ist kein Einzelprodukt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Aber noch mal - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dürfte ich noch die letzte Frage? Dann bin ich ganz fertig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber noch mal die Frage: Was heißt denn jetzt „eher unwahrscheinlich“ im Klartext?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Jetzt muss ich mir das aufschreiben und noch mal - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Das ist auch für mich jetzt mehr als zwei Jahre her, dass ich damit gearbeitet habe.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, „eher unwahrscheinlich“ heißt 20 bis 50 Prozent, also - -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Sie haben die Skala vor sich liegen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: 20 bis 50 Prozent, ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: „Eher wahrscheinlich“ sind dann 50 bis 80 und „wahrscheinlich“ - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wahrscheinlich sind wir am Ende der Befragung angekommen. Das ist insofern auch - -

(Abg. Stefan Keuter (AfD)
meldet sich zu Wort)

Stefan Keuter (AfD): Ich hätte eine letzte abschließende Frage, die sich noch ergeben hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann lassen wir die zu. Dann war das ja sehr korrekt, was ich gesagt habe. Bitte.

Stefan Keuter (AfD): Prima. Herzlichen Dank. - Frau von Uslar-Gleichen, wir hatten hier am 11.05. letzten Jahres den Herrn Dr. R., den Referatsleiter LBA vom Bundesnachrichtendienst, und er teilte uns mit zum Thema Lessons learned, dass aus seiner Sicht eine der wesentlichen Lehren aus der Causa Afghanistan sei, dass der BND künftig, insbesondere auch mit Blick auf das Verhalten der Amerikaner am 14./15. August 21, nachrichtendienstliche Informationen über die Entscheidungen der eigenen Partner benötigen würde. Das würde ja dann in der Denklöge bedeuten, dass wir enge Verbündete und Partner nachrichtendienstlich aufklären würden. Die Frage ist: Ist diese Überlegung der Arbeitsebene an die Hausleitung herangetragen worden? Welche Kenntnisse haben Sie darüber? Und gegebenenfalls: Wie hat die Bundesregierung darauf reagiert?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Also, wir sind ja nicht blind, was unsere Partner betrifft; denn wir arbeiten mit ihnen zusammen, wir tauschen uns aus, wir haben Arbeitskontakte, und zwar nicht nur der BND, sondern auch andere Ressorts, also wir sind in der NATO zusammen. Also blind, was Partner betrifft, sind wir nicht. Wir lesen alle Zeitungen, wir kommentieren Reuters-Meldungen. Wir sind nicht blind und haben viele Informationen. Aber der Unterschied, auf den Sie anspielen: Müssten wir unsere Partner aufklären? Das tun wir nicht.

Stefan Keuter (AfD): Ist diese Diskussion - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Und es müsste auch eigentlich kein Bedarf daran bestehen in der vertrauensvollen und kooperativen Zusammenarbeit, die wir haben.

Stefan Keuter (AfD): Ist diese Anregung von der Arbeitsebene damals, nach August 21, an die Hausleitung herangetragen worden?

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich glaube, das war ein Ausdruck höchster Frustration, und nein, das ist nicht an die Hausleitung herangetragen worden, nicht zu meiner Kenntnis.

Stefan Keuter (AfD): Prima. Das war es dann. Ganz herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. Dann sind wir tatsächlich am Ende der Befragung angekommen, wobei formell sie noch nicht abgeschlossen ist. Sie kriegen das Protokoll und haben 14 Tage Gelegenheit, gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen. Ich darf mich bei Ihnen bedanken, -

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Ich bedanke mich auch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - dass Sie große Teile Ihres Tages mit uns geteilt haben, und wünsche Ihnen persönlich alles Gute.

Zeugin Tania von Uslar-Gleichen: Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche die Sitzung für circa 20 Minuten.

(Unterbrechung von
17.24 bis 17.46 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich setze die Sitzung fort.

Vernehmung des Zeugen Dr. Bruno Kahl

Ich begrüße unseren dritten Zeugen, Dr. Bruno Kahl, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Kahl, Sie haben den Erhalt der Ladung am 18. April 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen wortgleich vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die

Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein, Herr Vorsitzender. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während der Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu entscheiden. Aber gerade beim BND-Vorsitzenden füge ich hinzu: Es handelt sich hier um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der darüber befindet, und unser Maßstab ist streng.

Nach diesen Vorbemerkungen komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Haben Sie zum Ablauf noch Fragen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Mein Name ist Bruno Kahl. Ich bin 61 Jahre alt, Präsident des Bundesnachrichtendienstes in der Chausseestraße 98 in Berlin-Mitte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann möchte ich noch darauf hinweisen, dass, wenn die Mitglieder des Ausschusses Ihnen Vorhalte machen aus Akten, Sie das Recht haben, sich die zeigen zu lassen. Das wird Ihnen dann entsprechend vorgelegt. Und an die Mitglieder gelten die üblichen Hinweise, dass die MAT-Nummer bitte immer gleich am Anfang vorgetragen wird, dass wir Fragen offen stellen.

Ich mache das regelmäßig, aber will das hier noch mal tun, weil die wirklich Herkulesarbeit leisten: Ich bedanke mich einmal mehr bei unseren Protokollanten, die hier vorzügliche Arbeit leisten.

Nun können Sie, wenn Sie wünschen, im Zusammenhang vortragen, was Sie zum Gegenstand des Untersuchungsausschusses wissen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Die Gelegenheit, eingangs einige Sätze im Zusammenhang zu sagen, möchte ich gerne wahrnehmen.

Der BND ist ja, wie andere auch, in Sachen Afghanistan hart kritisiert worden. Das ist okay, und der BND ist es auch gewohnt, auch wenn vom 15. August 2021 bis inklusive heute, 4. Juli 24, darunter Vorwürfe und Behauptungen unterschiedlicher Qualität und Güte sind, wenn ich das mal freundlich ausdrücken will. Deshalb bin ich froh, dass ich hier sein kann; denn dieser Ausschuss hat sich ja vorgenommen, Licht in

dieses Dunkel zu bringen und zu klären, wie es wirklich war, wer wofür Verantwortung trägt, und niemand hat ein größeres Interesse an dieser Klärung als der Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

Denn wir haben für Bundesregierung und auch die Bundeswehr jahrzehntelang ein dichtes und zuverlässiges Bild zu Afghanistan erstellt, das nicht zuletzt und des Öfteren auch die Rettung von Menschenleben ermöglicht hat. Die Afghanistan-Experten des Bundesnachrichtendienstes *im In- und Ausland haben* ein überragendes Renommee, und das zu Recht.

Die Wiedererrichtung des Emirats 2.0 haben wir korrekt vorhergesagt in ihren Elementen, in ihren Strukturen und Prozessen, und auch das Drehbuch zu diesem Emirat 2.0 hin haben wir ganz präzise beschrieben. Was wir nicht vorausgesehen haben, ist die überstürzte Geschwindigkeit, mit der dieses Drehbuch auf den letzten Zentimetern, sozusagen im Zeitraffer, abgelaufen ist.

Ich sage ganz bewusst „Zentimeter“; denn dass die Geschwindigkeit, mit der die afghanischen Sicherheitskräfte im Sommer 21 eingebrochen sind und die Taliban ihre Gewinne realisieren konnten, auf der letzten Meile immer mehr zugenommen hat, das ist auch uns natürlich nicht verborgen geblieben, und das haben auch wir in unsere Berichterstattung aufgenommen. Und die zunehmenden, sich beschleunigenden Erfolge der Taliban in den Provinzen haben wir gesehen, beschrieben und in unsere Berichterstattung eingebaut, auch in deren prognostischen Teile.

Die alles entscheidende Frage war und bleibt: Was bedeutete diese landesweite Dynamik für die Hauptstadt, für Kabul? Die Antwort auf diese Frage war nämlich essenziell für die Schlussfolgerungen, die hier in Berlin daraus zu ziehen waren. Und hier ging der BND, wie übrigens alle anderen Nachrichtendienste, die präsent waren vor Ort, davon aus, dass die afghanischen Sicherheitskräfte länger durchhalten und nicht gleich kapitulieren würden.

Diese Einschätzung, dass Kabul nicht schon am Wochenende 14./15. August fallen würde, hat



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich, um das klar zu sagen, als Fehleinschätzung erwiesen. Aber der BND hatte gerade wegen der zunehmenden Dynamik und wegen der zunehmenden Unwägbarkeiten diese Voraussage an Bedingungen geknüpft - Voraussetzungen unserer Vorhersagen, die, wenn sie nicht eintraten, dann auch die Prognose hinfällig machten.

So haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht erst in dieser vielzitierten Sitzung des Krisenstabs der Bundesregierung am Freitag, den 13. August 2021, sondern schon vorher schriftlich in ihrer Berichterstattung anlässlich unserer Prognose für eine mögliche Machtübernahme in Kabul fünf sogenannte Kippunkte benannt, deren Eintreten unseren Annahmen die Grundlagen entziehen würden.

Ich kann Ihnen leider jetzt die Aufzählung dieser Kippunkte, obwohl Sie die heute bestimmt schon oft gehört haben, nicht ersparen; denn auch aus meinem Munde sind sie essenziell fürs Protokoll. Diese Kippunkte waren: eine nahezu vollständige Isolierung von Kabul-Stadt, die Einnahme von Provinzzentren im Großraum Kabul, die Absetzbewegung eines Großteils der politisch-administrativen und militärischen Führungskräfte in Afghanistan, der Abzug der US-Streitkräfte und nicht zuletzt der Abzug eines Großteils der westlichen Botschaften. Mehrere dieser klar definierten Kippunkte sind dann unmittelbar nach Ende der Krisenstabssitzung am 13. August bis Sonntag, den 15. August 21, eingetreten, und damit war die Prognose von Freitag hinfällig.

Die Frage ist nun, ob, wenn wir doch schon die Kippunkte gesehen haben, wir vielleicht nicht auch Hinweise darauf gehabt haben müssten oder hätten sehen können, dass diese Voraussetzungen dann auch so schnell eintreten würden. Und meine Antwort darauf lautet ganz klar: Nein. Es gab keinen Hinweis darauf, dass einer der genannten fünf Indikatoren sich vor dem 15.08. realisieren würde. Weder der BND noch irgendein anderer Nachrichtendienst hatte einen solchen Hinweis - - und konnte ihn auch gar nicht haben; denn es hätte der Hinweis sein müssen auf einen einzigen Umstand, nämlich darauf, dass die Amerikaner ihre Botschaft in der Nacht vom 14.

auf den 15. August räumen würden, dass sie ihre Sicherheitstechnik abbauten, dass die allgemeinen Sicherungskräfte der Afghanen sich sofort zurückziehen würden, dass die Green Zone ungeschützt wäre, unbewacht war, und dass daraufhin die westlichen Botschaften die Green Zone unverzüglich verließen.

Darauf, auf diesen für alles Weitere alleine kausalen Entschluss der Amerikaner, konnte es keinen Hinweis geben, und es sollte ihn auch nicht geben; denn aus Sicherheitsgründen - hätte es ihn gegeben - wäre bei Bekanntwerden dieses Entschlusses der Abzug der Amerikaner gefährdet gewesen, und es hätte sich ein Wettrennen zum Flughafen ergeben, das noch einmal um vieles chaotischer geworden wäre als das, was wir dann gesehen haben.

Dann aber, am 15. August, begann umgehend die Evakuierung des verbliebenen deutschen Personals, später dann der Ortskräfte und anderer gefährdeter Personen, an der BND-Mitarbeiter unter Einsatz ihres Lebens mit Erfolg mitgewirkt haben - - übrigens auch alle Ortskräfte des Bundesnachrichtendienstes heil nach Deutschland gebracht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eingangs betont, dass wir, dass der BND das allergrößte Interesse daran hat, zur Aufklärung des Sachverhalts und zur Wiederherstellung der Wahrheit beizutragen. Und deshalb hat der BND auch die Arbeit des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode in seinem Bemühen um Aufklärung mit aller Kraft, unter anderem durch eine äußerst umfassende und sehr personalintensive Aktenvorlage, unterstützt, und das wird der BND auch weiterhin tun. - Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Zeuge. - Dann können wir in die Befragung einsteigen, und ich beginne selbst mit der Befragung. Ich will damit mal beginnen, Sie zu fragen: Herr Kahl, wie haben Sie sich auf die heutige Befragung vorbereitet?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich habe mir die Berichterstattung des Bundesnachrichtendienstes in dem relevanten Zeitraum noch mal vorlegen



Nur zur dienstlichen Verwendung

lassen. Ich habe mich unterhalten mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Begleitung dieses Ausschusses zuständig sind, und ich habe dort Fragen, wo die schriftlichen Unterlagen sie mir gestellt haben - - auch meine Afghanistan-Experten noch mal zurate gezogen. Außerdem habe ich Zeitung gelesen, ab und zu auch mal die Zeitung „Das Parlament“; denn da wird ja das eine oder andere über den Ausschuss auch noch kundgetan.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie zu fragen, welche Aufgaben Sie als Präsident des Bundesnachrichtendienstes haben, ist, glaube ich, nicht sinnvoll. Ich würde deswegen das darauf beschränken wollen, Sie zu fragen, welchen Anteil Ihrer Tätigkeit die Befassung mit der Lage in Afghanistan im Zeitraum unserer Untersuchung eingenommen hat.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das hat natürlich variiert mit der Zunahme der Dynamik dieses Vorgangs. Ich bin jetzt ziemlich genau acht Jahre im Amt und habe Afghanistan immer als einen Schwerpunkt unserer Berichterstattung betrachtet; er hat mich also kontinuierlich begleitet. Besonders intensiv war es, wenn ich dort war, wenn ich hingereist bin, aber natürlich dann auch, wenn die Bundesregierung sich verstärkt um das Thema Afghanistan kümmern musste. Dann ist immer mal wieder der Arbeitsanteil angeschwollen in meinem Kalender, und natürlich war er in der Zeit um die kritischen Tage in Kabul herum sehr intensiv.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ist Ihnen im Untersuchungszeitraum die Berichterstattung zu Afghanistan vorgelegt worden? Und hat es da für das Thema einen Leitungsvorbehalt bei Ihnen gegeben?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Mir ist sie dann vorgelegt worden, wenn ich innerhalb der Leitung des Bundesnachrichtendienstes sozusagen in Erscheinung getreten bin, verantwortlich war, zum Beispiel in der Nachrichtendienstlichen Lage im Bundeskanzleramt, in der Berichterstattung vor Ausschüssen, zum Beispiel vorm Parlamentarischen Kontrollgremium. Das sind ja alles An-

lässe, in denen der aktuelle Stand der Berichterstattung präsentiert wird, und auf diese Art und Weise habe ich den kontinuierlich konsumieren können.

Ich weiß, dass es einen Leitungsvorbehalt gegeben hat zur Afghanistan-Berichterstattung gerade wegen ihrer politischen Relevanz, ich glaube, ab Frühjahr 2021.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie hat sich Ihre Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt gestaltet? Wie oft haben Sie sich ausgetauscht und zu welchen Themen, bezogen auf unseren Untersuchungsgegenstand?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Den einen Punkt erwähnte ich bereits; das ist die Vorbereitung und die Durchführung der sogenannten ND-Lage dienstags morgens. Dort sind alle aktuellen und relevanten Themen auf der Tagesordnung. Dort war auch Afghanistan immer wieder auf der Tagesordnung, und das hat dazu geführt, dass ich persönlich mit dem dortigen Leiter der für den Bundesnachrichtendienst zuständigen Abteilung und auch mit dem Staatssekretär des Öfteren über diese Thematik gesprochen habe. Aber natürlich in erster Linie hat sich die Fachebene des Bundesnachrichtendienstes mit den entsprechenden Referaten des Bundeskanzleramtes ausgetauscht, übrigens auch mit anderen Häusern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hatten Sie direkten Kontakt im Untersuchungszeitraum zum Chef des Bundeskanzleramtes und, wenn ja, in welchen Angelegenheiten?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das kann ich jetzt im Moment mit Daten nicht belegen; aber ich bin mir sicher, dass es auch Gespräche gegeben hat mit dem Chef des Bundeskanzleramtes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und hatten Sie im Untersuchungszeitraum auch direkten Kontakt zur Bundeskanzlerin?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Soweit ich erinnern kann, nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie sah die Zusammenarbeit zwischen dem BND und den mit dem Untersuchungsgegenstand befassten Ressorts aus? Wir haben ja verschiedene Ressorts, die hier ja auch vertreten sind, wenn Sie sich umgucken, und die mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben. Und mich würde mal interessieren, wie die Form der Zusammenarbeit auf Ihrer Ebene mit den Ressorts - - gab es die, und, wenn ja, wie fand die statt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich hatte in meiner Ebene in der Nachrichtendienstlichen Lage des Bundeskanzleramtes jeden Dienstag die Gelegenheit, mich mit den Staatssekretären des Hauses* zu unterhalten. Es gab außerdem eine Staatssekretärsrunde zum Thema Afghanistan, die aber üblicherweise vom Bundesnachrichtendienst mit den Experten beschickt worden ist und nur in Ausnahmefällen mit Leitungsmitgliedern. Insofern hatte ich in diesem Gremium keine Termine, keine Gegenwart.

Außerdem ist es anlassbezogen natürlich immer so gewesen, dass man zusammenkam, wenn zum Beispiel vor parlamentarischen Gremien zu dem Thema berichtet worden ist. Dann sind auch Leitungsmitglieder der Häuser dort gewesen, und dann hatte man vorher, bei der Vorbereitung, und spätestens am Rande der Sitzungen Gelegenheit, sich dazu auszutauschen.

Wenn es darüber hinaus Abstimmungsschwierigkeiten gegeben hätte - woran ich mich jetzt nicht mehr genau erinnern kann; aber das ist in anderen Fällen auch der Fall -, dann greift man zum Telefonhörer und führt auf kurzem Wege Klärung herbei.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zu welchen Mitgliedern der Bundesregierung hatten Sie im Untersuchungszeitraum Kontakt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wenn Sie damit die Bundesminister meinen, dann werde ich mit dem Minister des Auswärtigen zu tun gehabt haben, angesichts - - spätestens der Krisenstabssitzungen, wenn er sie geleitet hat. Mit dem Bundesminister der Verteidigung habe ich ohnehin ab und zu zu tun gehabt - oder mit der Ministerin.

Das kann ich jetzt alles nicht mehr genau mit Daten belegen; aber ich gehe mal davon aus, dass, wenn diese Begegnungen stattgefunden haben, auch das Thema Afghanistan zur Sprache gekommen ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Diesbezüglich habe ich zwei Fragen, nämlich zum einen sind ausweislich der Beweismaterialien, die wir bekommen haben - ich beziehe mich da auf MAT A BND-3.337 VS-NfD, Blatt 48 - - gab es am 17. März 2021 ein Gespräch zwischen Ihnen und dem Bundesinnenminister Seehofer. Können Sie sich erinnern, welcher Gesprächsgegenstand in diesem Gespräch behandelt worden ist?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kann mich nicht erinnern. Ich habe eine gewisse Vorstellung. Aber wenn Sie mir das Blatt zeigen könnten, fällt mir die Erinnerung vielleicht leichter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nee, da hat mich meine Erinnerung im Stich gelassen. Ich hätte jetzt gedacht, dass das eins der üblichen Sicherheitsgespräche gewesen ist, was der Bundesinnenminister in gewissen Abständen veranstaltet, wo dann alle aktuellen Themen zur Sprache kommen. Aber das sieht hier so aus, als sei es ein eigens für Afghanistan einberufenes Gespräch gewesen. Daran kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie sich an das konkrete Gespräch nicht erinnern können: Gab es denn bilaterale Themen zwischen Ihnen und dem Bundesinnenminister, was das Thema Afghanistan betraf, und, wenn ja, welche?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich weiß, dass ich mit dem Ressort sehr intensiv über die Frage geredet habe, welche Migrationsfolgen das Geschehen in Afghanistan haben könnte. Dazu hat es Briefings des BND gegeben bis zur Staatssekretärssebene bei uns im Haus, vielleicht auch im Bundesinnenministerium - das weiß ich nicht mehr genau -,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und es mag sein, dass es auch zu diesem Thema in dieser Sitzung gegangen ist; aber das erinnere ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben aus Ihrer Erinnerung migrationspolitische Fragestellungen eine Rolle gespielt bezogen auf die Entscheidung, die die Bundesregierung getroffen hat, was Visafragen oder auch Evakuierungsthemen angeht?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, die Frage von Migration ist einer von vielen Aspekten gewesen. Die Bundesregierung hat sich ja zum Thema Afghanistan vielerlei Herausforderungen ausgesetzt gesehen. Die Vergrößerung von Migrationsströmen war einer davon, und der hat natürlich zuständigerweise auch das Bundesinnenministerium betroffen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gemäß MAT A BND-3.393 VS-NfD, Blatt 51, haben Sie im März 2021 sich auch mit der Bundesverteidigungsministerin getroffen; das können wir Ihnen auch gerade mal geben. Vielleicht können Sie sich erinnern, was da Gegenstand des Gesprächs war.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich erinnere mich nicht konkret; aber ich weiß, dass es unter diesem Label Besprechungen gegeben hat, in denen die Experten des Bundesnachrichtendienstes zusammen mit den Vertretern der Bundeswehr bzw. des Bundesministeriums der Verteidigung die Ministerin gebrieft haben über die Sicherheitslage in Afghanistan: Wo bestehen - in welchen Distrikten, in welchen Regionen - welche Gefährdungen? Wie entwickelt sich der Terrorismus in Bezug auf die Anwesenheit der Truppe? Was ist die politische Erwartung? Was sind humanitäre Fragen? All diese Sachen sind umfassend immer mal wieder auch der Verteidigungsministerin gebrieft worden. Und wenn die Ministerin persönlich informiert werden wollte, dann hat der Präsident oder einer seiner Stellvertreter diese Termine selbst wahrgenommen, in Begleitung von Experten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie sich mit der deutschen Botschafterin in Washington, Frau Dr. Haber, über den Untersuchungsgegenstand ausgetauscht?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Ihnen vorhalten MAT A BMVg-5.49 VS-NfD, Blatt 10, wonach Sie am 6. August 2021 einen Gesprächstermin mit der Botschafterin Dr. Haber hatten. Und ich händige das gerne Ihnen auch aus.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich weiß, dass ich die Botschafterin getroffen habe, wenn ich in den Vereinigten Staaten war. Aber dass das in diesem Zeitraum gewesen ist, das erinnere ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist ja ein interessanter Zeitraum, insbesondere mit Blick auf die, ja - - sehr häufig jetzt schon nicht nur im Untersuchungsausschuss behandelte, sondern auch durch Presseberichterstattung bekannte Einlassungen der Botschafterin gegeben hat. Deswegen interessiert mich schon - -

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Entschuldigung. Darf ich Sie kurz unterbrechen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das hier ist der Vermerk zu einem Gespräch, was die Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Washington mit dem stellvertretenden Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, der zufällig meinen Namen trägt, in Washington geführt hat. Das bin nicht ich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist interessant.

(Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann werden Sie über das Gespräch vermutlich auch nichts wissen.

(Heiterkeit)

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wenn ich den Vermerk zu Ende lesen darf, doch.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, ich nehme jedenfalls nicht an, dass der BND als solcher Aktivitäten unterhält, dass er solche Gesprächsgegenstände daher kennen könnte. Aber Scherz beiseite: Das ist in der Tat den Akten nicht zu entnehmen gewesen, dass das Sie nicht waren. Gut.

Aber es gibt mir Gelegenheit, Sie zu fragen, was Sie über die Einschätzungen der Botschafterin Frau Dr. Haber zu der Gefährdungslage und zu dem, was sie wahrgenommen hat in den USA, bezogen auf die Haltung der USA - - was Sie davon wahrgenommen haben. Also, das war ja hier Gegenstand von verschiedenen Nachfragen schon.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich weiß natürlich nicht, was in diesem Ausschuss gefragt worden ist und geantwortet worden ist. Aber sofern ich mich entsinne an diese Zeit - weil da natürlich die Berichte der Botschafterin in Washington eine gewisse Bedeutung erfahren haben - - das ist, dass sie in der Lage war, ein sehr differenziertes Bild wiederzugeben und zu berichten von verschiedenen Stimmen der in Washington für die Afghanistan-Problematik verantwortlichen Beamtinnen und Beamten, Militärs, Nachrichtendienstbeteiligten.

Und diese verschiedenen Positionen, die waren unterschiedlich geschärft und zugespitzt, unterschieden sich auch teilweise von den Einschätzungen des Bundesnachrichtendienstes, aber eben teilweise auch nicht, und sind insofern eingeflossen in das Gesamtbild, was der Bundesnachrichtendienst sich gemacht hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich auch ein bisschen undiplomatisch fragen, auch

wenn Frau Haber Diplomatin ist. Sie hat ja auch unmittelbar persönliche Gespräche mit dem Chef der CIA geführt und ist mit dem persönlich bekannt. - Ich gehe auf die Inhalte - es sind Akten - nicht ein, Herr Gloßner, keine Sorge. - Mich interessiert nur, ob die Einschätzungen, die dann ja sich niedergeschlagen haben auch in der Presseberichterstattung, wo ich mal sagen möchte - - Der Punkt jedenfalls war, dass signalisiert worden ist: „Die Amerikaner, da tut sich was. Die gehen möglicherweise schneller raus, als das bisher angenommen worden ist“, um das mal sehr grob zu beschreiben. Ist das eine Einschätzung, a) die Ihnen zur Kenntnis gelangt ist und b) die Sie ernst genommen haben?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, sie ist mir zur Kenntnis gelangt. Zweitens. Ich habe sie ernst genommen. Und drittens ist sie natürlich nicht so spezialisiert gewesen, dass wir Anlass hätten, zu glauben, vor dem 15. August würden die Amerikaner Kabul verlassen. Auch hier war eine hinreichend unpräzise, eine hinreichend - - einer Prognostik notwendig inhärente Grauzone enthalten, die sich mit unserem Lagebild durchaus vereinbaren ließ.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Sie gern noch mal nach der ND-Lage fragen, von der Sie ja schon gesprochen haben. Zum einen wüsste ich gerne, welchen Einfluss Sie auf die Themensetzung dieser ND-Lage hatten.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Es werden immer am Ende einer Woche für die ND-Lage der folgenden Woche der Leitung des BND, insbesondere demjenigen, der dann den BND in der Lage vertritt, Vorschläge gemacht zu Themen. Die werden dann ausgearbeitet und montags morgens präsentiert, und dann wird diskutiert, was kommt und was nicht kommt. Letztendlich ist es aber auch eine Sache, die das Kanzleramt mitentscheidet und mitbeeinflusst - - Wünsche äußern kann oder Befehle äußern kann, und dann wird das so gemacht.

Aber dass Afghanistan immer wieder sich angeboten hat als solches Thema, das versteht sich von selbst. Ich habe bei der Durchsicht der Akten



Nur zur dienstlichen Verwendung

gesehen, dass es öfter angeboten als nachgefragt war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat die Berichterstattung zum Thema Afghanistan des Bundesnachrichtendienstes Reaktionen der anderen Ressorts ausgelöst, und wie sahen die aus? Wir haben ja von Zeugen teilweise gehört, dass die Dinge dargestellt worden seien, aber nicht diskutiert. Ich wüsste gerne von Ihnen, ob das der Regelfall war oder ob es da Rückmeldungen gab, und: Wie sahen die aus?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich muss mich entschuldigen dafür, dass dieses Bild der Reaktionen bei mir zusammengeschrumpft ist in eine Vorstellung, die da lautet: Wenn über Afghanistan geredet wird, ist der Bundesnachrichtendienst die Spaßbremse, der Spielverderber, der immer nur die schlechten und die unvorteilhaften Prognosen hat und der eigentlich alles sehr viel bedrohlicher darstellt, als das andere Teile der Bundesregierung gerne wahrhaben wollen. Das ist nicht in jeder einzelnen Situation so gewesen, nicht in jedem Gespräch, an dem ich teilgenommen habe; aber das ist in der Rückschau sozusagen das Kondensat der Reaktionen, die der Bundesnachrichtendienst in der Staatssekretärsrunde, in der ND-Lage hervorgerufen hat.

Es ist auch öfter Betroffenheit geäußert worden von anderen Ministerien, insbesondere dem Innenministerium. Daran kann ich mich erinnern, weil es auch hier eben immer konkrete Auswirkungen hatte auf den Schutz der Botschaft, für die das Innenministerium ja mit seinen BKA-Beamten* zuständig war. Also, insofern ist der Inhalt unserer Berichterstattung nicht ohne Wirkung geblieben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist ein interessanter Punkt. Auf den komme ich nachher noch mal in anderem Kontext zurück. - Ich wüsste gern zunächst mal von Ihnen, wie sich die Kommunikation auf Leitungsebene des BND ab dem 15. August 2021 gestaltet hat.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Meinen Sie jetzt: innerhalb des BND?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Yes. Ja.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kann mich entsinnen, dass ich im Lauf des Tages - das war ein Sonntag - angerufen worden bin, um von den sich überstürzenden Ereignissen informiert zu werden. Ich weiß, dass nicht nur die Fachebene des Bundesnachrichtendienstes, sondern auch die Leitung Grund hatte, präsent zu sein im Bundesnachrichtendienst und ihrerseits dann auch die, sagen wir mal, betroffenen Kunden des BND, insbesondere das Bundeskanzleramt, zu informieren. Wer da welches Telefonat in welche Richtung geführt hat, kann ich jetzt nicht mehr rekonstruieren. Aber wir waren sozusagen im Nachgang zu der Krisenstabssitzung vom 13.08. natürlich in einer Habachtstellung und darauf eingestellt, eine sich beschleunigende, auch dramatischere Entwicklung aufnehmen, verarbeiten und kommunizieren zu können.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich muss noch ein paar Einkreisungsfragen stellen, bevor wir sozusagen zu dem eigentlichen Hauptpunkt kommen, der uns ja auch interessiert. - Wir haben, immer wenn wir nach internationalen Kontakten gefragt haben, regelmäßig die Wortmeldung der Bundesregierung gehabt, die uns darauf aufmerksam gemacht hat, dass da natürlich nicht Inhalte von Gesprächen übermittelt werden dürfen; das ist klar. Aber jetzt sitzt ja hier der Chef. Und mich interessieren weniger die Details, sondern eher die großen Linien, die ja vielleicht nicht der Geheimhaltung unterliegen.

Und zunächst mal würde ich mich fragen, wie der internationale Austausch bei Ihnen auf Ihrer Ebene konkret ausgesehen hat zum Untersuchungsgegenstand.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich nehme Ihr Verständnis gerne in Anspruch, dass ich da auch etwas in abstrakten Gefilden bleibe. Aber Sie können sicher sein, dass ich vor und nach dem 15. August auch auf meiner Ebene mit ausländischen Nachrichtendiensten mich intensiv ausgetauscht habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat sich die Zusammenarbeit insbesondere mit den USA während des Untersuchungszeitraums verändert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das kann ich auf meiner Ebene nicht sagen. Nein, es ist immer dann, wenn ich Gesprächsbedarf hatte oder andere Dinge auszutauschen waren, dies auch unmittelbar möglich gewesen, wie in anderen Krisen übrigens auch.

Ich darf vielleicht ein Phänomen zum Besten geben, was mir geschildert worden ist von krisenerfahrenen Diplomaten: Läuft eine Entwicklung um eine Botschaft in einem Krisenland auf eine Zuspitzung zu, auf eine Eskalation, dann nimmt die Kommunikation der Diplomaten zu und der Nachrichtendienste untereinander ab. Und das ist wohl auch in Kabul so gewesen, und das ist auch jetzt zwischen den Nachrichtendiensten so gewesen. Also, es gibt eine gewisse Delle im Austausch kurz vor dem 15. August. Und das verhält sich umgekehrt reziprok zu dem Austausch zwischen den Diplomaten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das mit der Zusammenarbeit unter Freunden ist ja ein delikates Thema. Wir hatten hier auch amerikanische Experten, die uns - Herrn Sopko zum Beispiel und andere - bei der Expertenanhörung am Anfang zur Verfügung gestanden haben und durchaus sehr kritische Einschätzungen abgegeben haben auch der amerikanischen Entscheidungen. Jenseits dessen, was Sie gerade zum Schluss gesagt haben, was die Phasen angeht: War die Information gerade der amerikanischen Partner bezogen auf deren Einschätzung der Lage in Afghanistan so, dass das jedenfalls Ihren Wünschen entsprochen hat?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja. Ich erinnere mich jedenfalls nicht, dass ich irgendwie das Gefühl hatte, ich hätte zu wenig erfahren - wenn man mal davon absieht, dass in der Woche vorher aus Gründen, die ich in meinem Eingangsstatement erwähnt habe, natürlich die Kommunikation dünner geworden ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Um den Teil mit den Gesprächspartnern dann abzuschließen, würde ich gern noch fragen: Sie haben ja auch die Unterrichtungen des Parlaments als Teil der Dinge beschrieben. Das gilt für das Parlamentarische Kontrollgremium als einen besonderen Teil

des Parlaments, aber auch für andere Unterrichtungen. In welchen Formaten haben Sie selbst Parlamentarier unterrichtet über die Lage in Afghanistan?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ohne mich jetzt an konkrete Daten zu erinnern, weiß ich, dass ich sowohl den Auswärtigen Ausschuss als auch den Verteidigungsausschuss aufgesucht habe - ich nehme an, auch zum Thema Afghanistan. Und es gab auch immer wieder Einzelbriefings - gibt es bis heute - für einzelne Abgeordnete zu bestimmten Themen, für Teile von Fraktionen, für Arbeitsgruppen. Ich will nicht ausschließen, dass ich auch hier zum Thema Afghanistan mal vorgelesen habe. Wir teilen uns das in der Leitung des Bundesnachrichtendienstes auf, weil es doch zunehmend immer größeres Interesse gibt an Briefings des Bundesnachrichtendienstes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich mich jetzt gerne der konkreten Zuspitzung der Lage widmen und zunächst mal aber damit beginnen, Sie zu fragen, welche Auswirkungen der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan auf die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes hatte, nach Ihrer Erinnerung und Einschätzung.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ein wesentliches Element unserer Tätigkeit in Afghanistan war ja die Begleitung und der Schutz der Bundeswehr. Und natürlich ist diese Dimension in entsprechendem Maßstab zurückgegangen, wie auch die Bundeswehr das Land verlassen hat. Das ist gleichbedeutend mit dem Verlust auch von Sensoren, von Quellen, von Möglichkeiten, aufzuklären. Und es hat auch dazu geführt, dass wir eben Teile des Landes nicht mehr bespielen konnten, die wir vorher bespielt haben. Sehr viel konkreter kann ich da nicht werden. Aber es ist natürlich insgesamt eine Einbuße an Informationen gewesen, wenngleich unsere Repräsentanz in Kabul und auch unsere Möglichkeiten, aufzuklären, in Kabul erhalten geblieben sind.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich jetzt mal zu den Ereignissen im August 2021. Wir beginnen mal von hinten. Sie haben am 20. August 2021, also nur wenige Tage, nachdem



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Taliban in Kabul wieder die Macht übernommen haben, einen Brief an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BND geschrieben; MAT A BND-3.170 VS-NfD, Blatt 105 bis 107 - hier ist das Blatt 106 gemeint -; Anlage 34.

In dem Brief schreiben Sie Folgendes - ich zitiere -:

„Wir haben für die Bundesregierung über viele Jahre ein dichtes und zuverlässiges Lagebild zu Afghanistan erstellt, das auch die Rettung von Menschenleben ermöglicht hat. Im Hinblick auf die Ereignisse der letzten Tage müssen wir uns jedoch eingestehen, dass wir nicht damit gerechnet haben, dass die Taliban in der nun beobachteten Geschwindigkeit ganz Afghanistan einschließlich der Hauptstadt Kabul unter ihre Kontrolle bringen. Wie auch alle anderen Nachrichtendienste, die in Afghanistan präsent sind, gingen wir davon aus, dass die afghanischen Sicherheitskräfte länger durchhalten. Das war eine klare Fehleinschätzung, die wir uns zu rechnen lassen und aus der wir lernen müssen.“

Zitat Ende. - Können Sie uns erläutern, welche Prozesse der Bundesnachrichtendienst eingeleitet hat, um aus dieser klaren Fehleinschätzung, wie Sie das benannt haben, zu lernen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wir haben sehr schnell, weil natürlich aus dieser Fehleinschätzung öffentliche Vorwürfe erwachsen sind sowohl in den Medien als auch im Parlament, uns bemüht, Ursachen dieser Fehleinschätzung aufzuklären. Und dazu haben wir dann eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Auftrag hatte, unter Zuhilfenahme eines umfangreichen Fragenkataloges auszuforschen, unter welchen Umständen diese Prognose zustande gekommen ist, ob dabei handwerkliche Fehler, sonstige Fehler gemacht worden sind. Und dazu hat es ja dann auch einen Bericht gegeben, der diesem Ausschuss auch vorliegt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dafür sind wir auch dankbar, dass wir den bekommen haben. Das war ein kleiner Prozess zwischen der Bundesregierung und uns, dass wir den bekommen haben. Aber das war für uns sehr hilfreich.

Sie haben da ja im Grunde genommen eine Fehlerkultur angesprochen, die Sie für sinnvoll und erforderlich halten. Wie erfolgreich war in der Folge dieser Lernprozess, und inwieweit wurde die Fehlerkultur auch in der Abteilung LB, die für die Afghanistan-Bewertung verantwortlich gewesen ist, gelebt aus Ihrer Sicht?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich habe zweierlei erlebt: natürlich einerseits ein starkes Engagement dieser Fachabteilung, ihr Vorgehen, ihre Tätigkeit, auch die Ergebnisse ihrer Tätigkeit zu verteidigen. Auch das ist ja Gegenstand eines Dokuments, was Sie erreicht hat, was wir ganz bewusst zu dem erstgenannten Bericht mit dazu gegeben haben. Und im Zuge dieser sehr gewissenhaften Selbsterörterung eigenen Verhaltens hat natürlich auch diese Abteilung ihre Verfahren, ihre Prozesse, ihre Stärken, ihre Schwächen sehr genau analysiert.

Die Ergebnisse beider Berichte zusammengenommen sind dann mit eingeflossen in eine inhaltliche und vor allem in eine Strukturreform, die der Bundesnachrichtendienst begonnen hatte. Und die Resultate der Untersuchungen zu dem Fall von Kabul sind dann miteingeflossen in die Konsequenzen dieser Reformen. Und insofern sind Dinge, die auch in der Aufarbeitung erarbeitet worden sind, Realität geworden in verbesserten Verfahren und Strukturen der Fachabteilung, die jetzt nicht mehr so heißt, wie sie früher hieß, aber die natürlich sich der Errungenschaften und Verbesserungen auch versichert hat, die wir erarbeitet haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich möchte Ihnen zu diesem Themenpunkt nur einen stillen Vorhalt machen und Ihnen eine Stelle aus dem Abschlussbericht der Internen Revision vorhalten. Ich beziehe mich auf MAT C BND-5, Tagebuchnummer 67/23, Blatt 24, wo es Ausführungen zur Fehlerkultur in der Abteilung gibt. Wenn Sie so freundlich sind, sich nach hinten zu begeben



Nur zur dienstlichen Verwendung

unters Dach, sodass das das nicht eingesehen werden kann, um sich das mal anzugucken, bitte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen unterhalb der
Zuschauertribüne gezeigt -
Der Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

Dann würde ich Sie gerne fragen, ob Sie, nachdem Sie die Stelle gelesen haben, bei Ihrer zuvor getätigten Aussage bleiben möchten.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, dabei möchte ich bleiben. Die Aussage, die sich dort wiederfindet, ist eine ganz natürliche Umschreibung eines konfrontativen Prozesses zwischen zwei Arbeitseinheiten, wo die eine der anderen wehtun muss und die andere sich zur Wehr setzt. Das sind ganz normale menschliche Faktoren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Am 23. August 2021 hat die interne Revision ein Prüfkonzept - MAT A BKAmT-3.64 VS-NfD, Blatt 252 bis 254; Anlage 36 - und einen Fragenkatalog - MAT A BND-3.12 VS-NfD, Blatt 99; Anlage 37 - zur Ursachenanalyse und zur Ableitung von Handlungsempfehlungen, Lessons learned, im Zusammenhang mit der Fehleinschätzung der zeitlichen Dynamik der nichtmilitärischen Einnahme Kabuls durch die Taliban vorgelegt.

Der Abteilungsleiter LB leitete diesen Fragenkatalog am 24. August an die vier Referatsleitungen der Abteilungen weiter; MAT A BND-3.212 VS-NfD, Blatt 147; Anlage 35. Zum Prüfkonzept in diesem Fragenkatalog schrieb er Folgendes - ich zitiere -:

„.... auf diesen Fragenkatalog kann man sich nicht vorbereiten - außer vielleicht dadurch, dass man sich gedanklich in Stellung bringt. Bitte keinerlei Recherchen, Abfragen oder weitere Steuerungen veranlassen. Erstens haben wir aktuell wesentlich Dringenderes zu erledigen, und zweitens kann ich beim Lesen der von PYYZ zusammengestellten Fragen beim besten Willen nicht erkennen, wie eine

so strukturierte Prüfung zu irgendwelchen validen Ergebnissen führen soll. Vielleicht ist auch diese Prognose eine Fehleinschätzung, aber momentan fühle ich mich damit sehr sicher ...

Wir lassen die ...-Kollegen morgen Ihr Prüfkonzept erläutern und machen unsere Gegenvorschläge - mehr nicht.“

Das ist ja ein sehr kräftiges Zitat. - Ich wüsste gern zunächst von Ihnen, ob Ihnen bekannt war, dass der Abteilungsleiter seinen Referatsleitern, bevor die Revision losgegangen ist, mitgeteilt hat, dass er eigentlich keine validen Ergebnisse davon erwartet.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Erstens gilt im Prinzip für die Antwort auf diesen Vorhalt dasselbe, was ich auf den Vorhalt eben gesagt habe. Zweitens trifft der Abteilungsleiter mit dem, was Sie jetzt hier zitieren und was ich jetzt auch erstmals so zur Kenntnis nehme, natürlich auch eine Sorge der Leitung des Bundesnachrichtendienstes; denn das Arbeitsgebiet, was jetzt gerade mit einem umfangreichen Fragenkatalog überzogen werden sollte, musste gleichzeitig ein extremes Informationsbedürfnis der Bundesregierung stillen. Also, dass man da eine Abwägung trifft, wie viel Energie man in die eine und wie viel Energie man in die andere Hälfte seiner Anforderungen steckt, das ist aus der Sicht eines Abteilungsleiters sehr gut nachvollziehbar.

Das, was Sie in Ihrer Frage insinuieren, bezieht sich in meinem Verständnis nicht auf die Untersuchung als Gesamtes, sondern auf die Art und Weise, wie die Fragen gestellt worden sind.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es fällt mir schwer, sozusagen diese Deutung komplett nachzuvollziehen; denn der Ton ist ja doch kräftig. Ich frage noch mal, weil Sie ja gesagt haben, der BND - und das muss man ja auch zugeben - war der Einzige, der so einen Prozess überhaupt eingeleitet hat - nach unserem Kenntnisstand. Umso mehr wünscht man sich da, dass das dann auch mit Verve erfolgt, will heißen, dass das, was die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Führung des Hauses will, auch von den Führungskräften auf der nächsten Ebene nachvollzogen wird. Danach klingt dieses, was ich Ihnen ja eben bewusst ausführlich vorgelesen habe, nicht.

Deswegen frage ich noch mal: Haben Sie das mit Ihrer nächsten Führungsebene erörtert? Ist Ihnen vielleicht nicht dieser Brief hier bekannt oder dieser Vermerk, aber diese Einschätzung? Und hat sich das ausgewirkt in der Nachfolgezeit für das Bemühen, dann daraus ja auch mit einer entsprechenden Fehlerkultur Verbesserungen zu erzielen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Einerseits hat jener Abteilungsleiter natürlich seiner Fürsorgepflicht Genüge getan, indem er sich schützend vor eine Arbeitseinheit gestellt hatte, die unter dem Beschuss der ganzen Republik stand in diesem Moment. Zum anderen ist es natürlich trotzdem gelungen, einer von der Leitung eingesetzten Untersuchungskommission zu ihrem Erfolg zu verhelfen. Natürlich haben wir darauf gedrängt, dass diese Untersuchung seriös und sachgemäß auch beantwortet worden ist von denjenigen, die Fragen zu beantworten hatten, und auch Ergebnisse hatte. Und Sie sehen ja in den beiden nebeneinander vorliegenden Berichten die Ergebnisse.

Auch der zweite Bericht, der sich gegen den ersten vielleicht zur Wehr setzt, ist natürlich ausgelöst von diesen Untersuchungen und ist insofern auch ein Ausweis der Fehlerkultur des Bundesnachrichtendienstes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gerade weil Sie das vorhin in Ihrer einleitenden Stellungnahme gesagt haben und mir das als Mitglied des PKGr auch völlig fernliegt, sozusagen Karikaturen des Bundesnachrichtendienstes nachzugehen, die ja in der Öffentlichkeit sehr verbreitet sind, scheint es mir besonders wichtig, sich kritisch auseinanderzusetzen mit den Argumenten. Und ich würde Ihnen jetzt gerne im Folgenden - - Auch mit Blick darauf, was Mitarbeiter von Ihnen hier ausgesagt haben, würde ich ein bisschen gerne das Thema

von möglichen Fehleinschätzungen mit Ihnen angehen aus dem, was sich für uns bisher darstellt in den Befragungen.

Der BND lag mit seinem Lagebild offenkundig falsch, als er am 13.08. immer noch davon ausgegangen ist, dass die USA die Green Zone nicht vor dem 11.09. verlassen würden. Dies führt laut Zeugenaussagen zu einer verzögerten Entscheidung über die Evakuierung der Botschaft. Nun haben Sie das vorhin beschrieben. Ich habe das so verstanden - korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch verstanden habe -, Sie haben vorhin sinngemäß gesagt: Die Entscheidung der Amerikaner hat dann alles mögliche andere mit ausgelöst und musste auch so sein, weil sonst die Evakuierung nicht hätte durchgeführt werden können.

Nun gibt es gemäß den Zeugenaussagen und anderen Quellen, die wir haben, auch eine mögliche andere Deutung, nämlich dass die Amerikaner die Sicherheitslage anders beurteilt haben: Die Stadt ist eingekreist, die Armee ist nicht besonders widerstandsfähig. - Und sie haben schneller als andere, vielleicht auch mit Blick auf Erkenntnisse, die die CIA selbst hatte, entschieden, abzuziehen. Also, das ist nicht die Ursache sozusagen, das Abziehen, sondern das Abziehen ist die Folge der Lageeinschätzung. Zu der Deutung kann man aus guten Gründen auch kommen.

Und deswegen frage ich noch mal: Diese Einschätzung, den 11.09., der ja symbolisch eine große Bedeutung hat, für den entscheidenden Termin zu halten, ist das aus Ihrer Einschätzung eine damals korrekte Lageanalyse des BND gewesen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, der BND hat nie, weder in der Nennung eines Zieldatums noch in dem Ausschluss einer früheren Möglichkeit, eine digitale Aussage gemacht - ja oder nein, 100 Prozent oder 0 Prozent -, sondern er hat immer mit Wahrscheinlichkeiten operiert. Und in diesen Wahrscheinlichkeiten hat er sich nicht groß unterschieden von anderen Nachrichtendiensten. Ich glaube, dass die Analyse der Lage, die die Amerikaner bewogen hat, die Green Zone zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

verlassen, nicht viel anders gewesen ist als die deutsche, die britische und andere.

Irgendeiner hat dann den ersten Schritt gemacht, und das waren in dem Fall die Amerikaner. Aber die Analyse, dass Kabul nicht vollständig, sondern teilweise umzingelt war, hat der Bundesnachrichtendienst genauso getroffen. Die Analyse, dass die afghanischen Sicherheitskräfte und insbesondere die militärischen Kräfte in dem Moment an Durchhaltekraft und -willen verloren haben, wo ihnen die Unterstützung und Begleitung der westlichen Truppen entzogen worden ist, hat der Bundesnachrichtendienst genauso gesehen wie die anderen dort vorhandenen Nachrichtendienste. Die Frage ist: Wann ist diese Entwicklung kausal geworden dafür, dass Kabul fallen musste?

Und es ist genau umgekehrt gewesen: Die Wehrhaftigkeit, die Sicherheit von Kabul sind dadurch mehr oder weniger infrage gestellt oder zerstört worden, dass die westlichen Kräfte eben auch dort rausgegangen sind. Noch am Vorabend selbst haben wir eben mit unseren Quellen befragen können die afghanischen Sicherheitskräfte, die bereit waren zur Verteidigung von Kabul.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun haben Sie vorhin selbst sinngemäß gesagt, der BND war in der Regel die Spaßbremse, oder hier ist gesagt worden von anderen Zeugen des BND, man habe besonders pessimistische Einschätzungen abgegeben in Sicht der anderen; schwarzseherisch sei das betrachtet worden.

Ich gehe davon aus, dass Ihnen Herr van Thiel bekannt ist. Der hat als Geschäftsträger in Kabul in der Krisenstabssitzung vom 13. August eine deutlich pessimistischere Einschätzung abgegeben, ein pessimistischeres Lagebild der Botschaft und auch der internationalen Gemeinschaft. Und über diese Krisenstabssitzung ist ja vieles geschrieben und gesagt worden. Jedenfalls: Die Spaßbremse war da also nicht der BND, sondern die deutlich pessimistischere Einschätzung kam von Herrn van Thiel, der ja auch unmittelbare Beobachtungen vor Ort da eingebracht hat.

Es hat aber nicht dazu geführt, dass das Szenario verändert worden wäre. Im Gegenteil: Ihre Vizepräsidentin hat dort sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass man bei der Einschätzung bleibt oder dass der BND bei seiner Einschätzung bleibt. Das ist ja auch Gegenstand von verschiedener Kommunikation gewesen.

Meine Frage ist also: Kann es nicht sein, dass in diesem Fall das realistischere Lagebild nicht vom BND gekommen ist, sondern in diesem Fall von Herrn van Thiel von der deutschen Botschaft?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kenne Herrn van Thiel nicht persönlich, aber ich bin natürlich im Zuge der Befassung mit dem Untersuchungsgegenstand von den, sagen wir mal, verschiedenen Akzenten unterrichtet worden, die sich in der Zusammensetzung des Gesamtlagebildes der Gesamtbundesregierung abgezeichnet haben. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass Herr van Thiel eine Quelle hätte nennen können, die ihn irgendwie zu einer Änderung - - oder zu seinem Lagebild gebracht hat.

Wir haben natürlich vor Ort selbst mit ihm reden können; wir sind ja auch vertreten gewesen mit unseren Beamtinnen und Beamten und Soldatinnen und Soldaten in Kabul, und es hat tagtäglich eine gegenseitige Vergewisserung über das Lagebild, die sich verschlechternde Situation gegeben. Die einen interpretieren es so, die anderen interpretieren es so. Und was der Bundesnachrichtendienst machen muss, ist, viele verschiedene Splitter zu einem Gesamtlagebild zusammenzufügen.

Jeder hat auch seine unterschiedliche Funktion. Der Verantwortliche für die Botschaft und vor allem der Sicherheitsverantwortliche für die Botschaft, die haben in erster Linie alle Nachrichten aufzusaugen, die für die Sicherheit der ihnen anvertrauten Menschen relevant sind, und das prägt dann auch das Bild. Wir haben aber darüber hinaus eben noch andere Dinge miteinzubauen in das Gesamtlagebild für die Bundesregierung, und das macht dann eine unterschiedliche Gewichtung von unterschiedlichen Akzenten unausweichlich. Und das kann dazu führen, dass das Lagebild, was der Bundesnachrichtendienst hat,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dass das Lagebild, was sich die Bundesregierung in der Krisenstabssitzung am 13. August selbst komplett gebildet hat, abweichen von einer einzelnen Meinung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja. - Nun, wenn ich das zusammenfasse, was Sie gesagt haben - und Ihre Vizepräsidentin hat sich ähnlich eingelassen -, dann ist das sinngemäß: Niemand hat den Fall von Kabul am 15.08. vorhergesehen. Die Amerikaner haben darum in der Green Zone den Fall von Kabul plötzlich und überraschend herbeigeführt. Und: Mit der Berichterstattung der Kippunkte hat der BND die Lageentwicklung im Wesentlichen vorhergesehen.

Alle drei Punkte kann man vor dem Hintergrund der Befragungen, die wir bisher durchgeführt haben, durchaus auch hinterfragen. Zwar ist der 15.08. natürlich nicht als Fixdatum von irgendjemandem genannt worden, aber andere Botschaften haben andere Konsequenzen früher gezogen. Und die eigene Botschaft - ich nehme jetzt Herrn van Thiel als Beispiel; und er war nicht der Einzige - hat die Möglichkeit des kurzfristigen Falls von Kabul jedenfalls als realistischer beschrieben und den BND darüber auch informiert.

Und dass die Räumung der Green Zone möglicherweise damit zu tun hatte, dass man nicht mehr die Möglichkeit gesehen hat, Kabul effektiv gegen die Taliban zu verteidigen, aus Sicht der USA, ist jedenfalls auch ein Punkt, der das, was Sie gesagt haben - - da auch eine andere Interpretation zulässt.

Ich will das mal an einem Beispiel sagen: Die amerikanischen Sachverständigen haben uns gesagt: Die Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte war, nachdem klar war, dass die Amerikaner abziehen, bei Weitem nicht ausreichend, um dem gerecht zu werden, erstens, weil die Techniker weg waren und man gar nicht in der Lage war, mit im Wesentlichen Analphabeten die Waffen zu bedienen, und zweitens, weil es keine Loyalität gegenüber der Regierung gab und die Soldaten dort überleben mussten und sich an den halten, der sie dann bezahlt ab dem nächsten Tag, um das mal ein bisschen verknüpft zu sagen.

Und auch die Kippunkte könnte man hinterfragen in dem Sinn, dass sie vielleicht nicht zu einer Verbesserung des Lagebildes beigetragen haben, sondern lediglich ein schlechtes Lagebild relativiert haben, weil sie eigentlich erst erarbeitet worden sind, nachdem schon eine gewisse Eigendynamik eingetreten war, ohne dass das der BND bemerkt hat.

Ich frage Sie also - ich habe jetzt bewusst mal so die Gegenpunkte vorgetragen -, wie Sie das beurteilen. Ich stütze mich ja hier auf Zeugenaussagen und auf Expertenberichte, die hier vorgetragen worden sind, und würde Sie als Präsident des BND fragen, wie Sie diese Argumente einschätzen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kann das teilweise nachvollziehen, aber nicht in der Pauschalität, in der Sie das vorgetragen haben.

Teile dessen, was Sie gesagt haben, sind auch Bestandteil des Lagebildes des BND, was ich eben geschildert habe, soweit sie das Land Afghanistan insgesamt betreffen, aber nicht Kabul. Ich habe gesagt, dass Kabul von dieser Beschreibung des Niedergangs der Wehrfähigkeit der afghanischen Streitkräfte auszunehmen ist. Und das hat nicht nur der BND so gesehen, sondern das haben 250 000 Afghanen so gesehen, die extra deswegen nach Kabul geflüchtet sind, weil sie sich da sicher gesehen haben, und es haben die Taliban selbst so gesehen, die eine Scheu hatten, Kabul anzugreifen.

Es hat eben keine militärische Auseinandersetzung um Kabul gegeben, und es hat sie auch gar nicht geben sollen nach dem Willen der Taliban, weil sie dann unverantwortliche Verluste hätten erleiden müssen, und das haben sie gescheut. Also, insofern haben sie darauf gesetzt, dass mit Kabul das gelingt, was in etlichen Provinzhauptstädten zum Schluss kurz vorher auch gelungen ist, nämlich eine freiwillige Aufgabe. Und sie haben nicht damit gerechnet, dass es so schnell geht. Wir wissen von Zeugen, dass die Taliban selbst total überrascht gewesen sind, als sie mehr oder weniger - in der Nacht vom 14. auf den 15. August - die Stadt auf dem Silbertablett angeboten bekommen haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun habe ich ja vorhin den Brief zitiert, den Sie an Ihre Mitarbeiter geschrieben haben am 20. August 2021 - MAT A BND-3.170 VS-NfD, Blatt 105 bis 107, hier Blatt 106 -, wo Sie von einer „klaren Fehleinschätzung“ zur Geschwindigkeit gesprochen haben.

Ich würde Sie gern noch mal fragen, weil Sie das - - Sie haben das eigentlich in einem Satz zurückgewiesen, aber ich würde Sie gerne noch mal nach Argumenten dafür fragen, ob diese Fehleinschätzung aus Ihrer Sicht wirklich unvermeidbar gewesen ist, also nicht nur mit Blick auf andere Nachrichtendienste. Das war ja ein Argument oder eigentlich kein Argument, sondern eher, sagen wir mal, ein Hinweis, dass auch andere sich getäuscht haben. Aber das hat ja an sich noch keine Qualität, sondern meine Frage ist: Ist diese Fehleinschätzung wirklich unvermeidbar gewesen, oder hätte es nicht auch Anlässe geben können, unter anderem die Schilderung der Umstände aus der deutschen Botschaft heraus, das mit dem Zeitplan und der Dynamik noch mal zu überdenken, ernsthaft zu überdenken?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, zunächst mal möchte ich noch wiederholen und bestätigen, was Sie gesagt haben. Ich habe von einer Fehleinschätzung gesprochen - das lässt sich ja gar nicht bestreiten -, und genau die Frage, ob die vermeidbar oder unvermeidbar ist, ist die relevante. Und wir haben nun wirklich jeden Stein umgedreht in unserer Berichterstattung und bei dem, was wir an Hinweisen hatten und welche Anhaltspunkte, welche Griffe wir hatten, um gegebenenfalls eine andere Tendenz in unsere Berichterstattung zu bringen. Und es hat keinen Hinweis gegeben, der die Fehleinschätzung der Geschwindigkeit hätte korrigieren können; hat es schlicht nicht gegeben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dass eine solche Dynamik entstehen könnte in der Republik, in der die Republik innerhalb weniger Tage zusammenbrechen könnte, war in der internationalen Gemeinschaft in Kabul schon Anfang August im Gespräch. Der Gesandte van Thiel hat am 1. August von einem Botschafter-Kerngruppenfrühstück per Mail durch den - - MAT A

BND-3.208 VS-NfD, Blatt 30 bis 33, hier Blatt 30; Anlage 42 - eine Mail, die auch den BND erreicht hat. Und da wird der Bericht wie folgt kommentiert:

„Diese Prognose eines schnellen Zusammenbruchs auch in Kabul suggeriert - wie auch andere Passagen im Protokoll ... -, dass noch im Laufe des August die Taleban ihre Fahne in der Hauptstadt hissen. Das sehen wir ein bisschen anders, oder?“

Also, es gab solche Hinweise aus der Community dort. Weil Sie eben sagten, es gab da keine. Also, solche gab es jedenfalls. Ich lese hier nur:

„Das sehen wir ein bisschen anders, oder?“

Also, es gibt kein Argument.

Meine Frage also: Ist das nicht ernst genommen worden? Hat man gesagt: „Wir vertrauen unseren eigenen Einschätzungen eben, das ist nicht weiter relevant“, oder - - Das ist ja jetzt ein paar Tage früher gewesen und stammt auch nicht nur aus der deutschen Botschaft, sondern ist eine Zusammenfassung eines Gespräches mit anderen. Hat Sie das erreicht, und wie haben Sie das bewertet?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, die Zeithorizonte, um die es ging, die relevant waren, waren irgendwann der 11. September, dann war es der 31.08., und dann war es irgendwann als allerfrüheste Prognose, die auch, soweit ich weiß, die deutsche Botschaft in Kabul rezeptiv und nicht aktiv vorgegeben hat, der 17. oder 18. August. Aber den 15. hat keiner vorhergesagt. Es gab keine Hinweise darauf, dass es wirklich dieses Wochenende gewesen wäre, auch nicht von Herrn van Thiel.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ihre Stellvertreterin hat uns vorhin berichtet - sie hat ja vorhin hier ausgesagt -, dass sie in der Krisenstabs-sitzung vom 13. August überrascht gewesen sei durch die Einlassungen des Gesandten van Thiel und dass es da so einen klaren Widerspruch zur Lageeinschätzung des BND gegeben hat. Dazu



Nur zur dienstlichen Verwendung

würde ich Ihnen gerne MAT A BND-3.348 VS-NfD, Blatt 69 bis 72, hier Blatt 69, Anlage 43, vorhalten, wo es nämlich eine Mail vom 29. Juli gegeben hat, wo ein Sachgebietsleiter des BND festgehalten hat:

„Unsere Lageeinschätzung durch die Auswertung ist nicht 100% deckungsgleich mit der BO.“

Der Gesandte van Thiel hatte den BND um eine schärfere Lageeinschätzung im unmittelbar bevorstehenden Zeitraum gebeten. Ich frage Sie zu nächst mal: Ab wann war Ihnen eigentlich klar, dass die Lagebilder von Botschaft und BND auseinandergehen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kann das in der Rückschau nicht mehr präzisieren, ab wann mir das klar war, ob mir das erst sozusagen in der Aufarbeitung der Vorkommnisse bewusst geworden ist oder ob ich das vorher schon wusste. Aber ich möchte mal auf den Prozess der Erstellung eines Lagebildes hingehen.

Der BND hat jeden Tag 5 000 Nachrichten zu verarbeiten, jetzt nicht alle zu Afghanistan, aber es geht darum, ein großes Puzzle zusammenzusetzen aus vielen einzelnen kleinen Bestandteilen, und jedes kleine Bestandteil muss einer Plausibilitätskontrolle unterzogen werden, wenn es relevant sein soll für ein Gesamtlagebild. Das gilt auch für Aussagen von Angehörigen des Auswärtigen Dienstes. Und wenn diese Aussagen von Angehörigen des Auswärtigen Dienstes in das Lagebild miteinfließen, werden sie natürlich auch abgeklopft auf die Interessen, die dahinterstehen - und dazu habe ich eben das Erforderliche auch schon gesagt -, zum einen, dass der Gesandte seiner Verantwortung gerecht werden musste für die Leute, die ihm anvertraut waren, und deswegen die Nachrichten, die er empfangen hat und durch diese Brille gesehen hat, zum anderen aber auch dadurch, dass eben, sagen wir mal, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Vertretungen, den verschiedenen Auslandsvertretungen, das bestimmende Element gewesen ist in solchen Tagen der Angst und in solchen Tagen der Panik.

Das ist das, was ich zur Einordnung eines Einzelhinweises als Bestandteil eines Gesamtlagebildes sagen kann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich mal zu einer anderen Brille, Herr Präsident, nämlich der Brille des BMVg. Am 10. August 2021 bemerkt auch das BMVg, dass die Dynamik sich verändert hat. In einer Vorlage von SE I 3 - MAT A BMVg-5.173 VS-NfD, Blatt 48 bis 51; Anlage 45 - taucht der Begriff „Kipppunkt“ auf, aber aus Sicht des BMVg. Hier heißt es - ich zitiere -:

„Aufgrund der derzeitigen, schnellen offensiven Erfolge der Taliban kombiniert mit der wenig nachhaltigen Verteidigung durch die ANDSF entsteht eine Lage-dynamik, die die Situation in AFG an einen - bislang so nicht absehbaren - Kipppunkt bringt.“

Der BND wird also darauf hingewiesen, dass es schnelle Erfolge der Taliban gibt, und es hatte schon ab Juni eine Einschätzung aus dem BMVg gegeben, wo es um die Raumgewinne der Taliban und die Zeitlinien ging. Da beziehe ich mich auf MAT A BMVg-3.166, VS-NfD, Blatt 540, Anlage 46, wo es dann heißt - ich zitiere -:

„Das Szenario „Emirat 2.0“ stellte auch für uns, anders als für die USA (Bürgerkrieg als höchste Wahrscheinlichkeit), das wahrscheinlichste Szenario dar. Der BND ordnete es zeitlich allerdings auf 2+ Jahre und deutlich nach einem erfolgten Abzug ein und hat, trotz wiederholter Aufforderungen, seine Zeitlinien bis zuletzt nicht aktualisiert. Wir haben ab Juni begonnen - ausgelöst durch die Raumgewinne TLB sowie gestützt durch USA und GBR Analysen - unsere Zeitlinien zu verkürzen ...“

Also, knapp gesagt, nicht nur die Perspektive der Botschaft, sondern auch die Perspektive des Verteidigungsministeriums, gestützt auch auf briti-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sche und amerikanische Quellen und den Hinweis, man habe den BND mehrmals aufgefordert, die Zeitlinien zu verkürzen, dass man eine deutlich andere Zeitlinie in der Einschätzung sieht.

Ihre Vizepräsidentin hat diese Zeitlinien noch mal ausdrücklich verteidigt, die ja auch noch Gegenstand ihrer Darstellung in der Krisenstabssitzung am 13. August waren. Also meine Frage auch hier: Weitere Einzelmeinungen, aber auch Quellen aus Großbritannien und Amerika, wie sehen Sie das, oder warum hat der BND so darauf beharrt, diese Zeitlinien so zu belassen, wie sie sind, wie sie waren? Wir sind immer noch bei der Frage, Herr Kahl - hinterher ist man immer klüger -, aber bei der Frage: Hätte man den Fehler vermeiden können? Das ist ja unsere gemeinsame Suche nach der Wahrheit.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, auch ohne dass ich dieses Blatt jetzt mir vorlegen lasse, habe ich durchs Mithören verstanden, dass die Zeitlinien des BND, die vom BMVg hier angegriffen worden sind, nicht diejenigen sind, die in der Krisenstabssitzung verteidigt worden sind, sondern sehr viel weiter gehende, nämlich die des Emirats 2.0 in zwei Jahren. Diese Zeitlinie hat der BND sehr wohl korrigiert. Gleichzeitig war in dem Vorhalt, den Sie mir gemacht haben, Meinung des BMVg, dass statt des Emirats 2.0 ein Bürgerkriegsszenario käme. Das ist nachweislich falsch; das ist nicht passiert.

Also, der BND korrigiert seine Zeitlinien, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt. Das hat er auch getan. Das ist ein ganz normaler Prozess, auch im Austausch mit dem BMVg zum Beispiel, das über eigene Quellen ja durchaus auch verfügt in der Beurteilung von Afghanistan. Und wir haben uns da immer wieder angenähert, und das ist ein Iterationsprozess: Mal überzeugt der eine den anderen, mal überzeugt der andere den einen. Also, ich sehe in dem, was Sie sagen, keinen Widerspruch zu meiner Aussage, der 15. sei nicht vorhersehbar gewesen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich jetzt mal zur dritten Perspektive; wir haben hier lauter verschiedene Brillen. Mit dem Fall der Provinzhauptstadt Ghazni vor den Toren Kabuls

am 12. August 2021 ... [akustisch unverständlich] Admiral Peter Vasely, US-Kommandeur der Spezialkräfte für die Evakuierungsoperation - siehe seine Befragung durch die US-Armee vom 27. September 2021 - -

(Zuruf)

dass in zwei bis drei Tagen Kabul eingekreist sein werde. Als Folge wird die Evakuierung der US-Botschaft eingeleitet. - Welche Schlussfolgerung hat der BND aus dem Fall der Stadt Ghazni gezogen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Der BND hat unter anderem aus diesem Fall, aber auch aus dem Fall einiger anderer Städte den Schluss gezogen, dass die Geschwindigkeit zunimmt, mit der die vorhergesagte Entwicklung auch tatsächlich eintreten wird. Die Umzingelung von Kabul so schnell vorherzusehen, wie das jener Soldat getan hat, das ist, soweit ich mich entsinnen kann, nicht die notwendige Konsequenz gewesen, die der Bundesnachrichtendienst gezogen hat. Aber er hat ja das Fallen weiterer Provinzhauptstädte in der unmittelbaren Region um Kabul herum zu solchen Kippunkten definiert, und kurz nach Schluss der Krisenstabssitzung ist die nächste dieser Provinzhauptstädte gefallen, womit die Prognose, wie ich eben ausgeführt habe, hinfällig war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will das, um es nicht zu lang zu machen, nicht im Detail zitieren. Aber es gibt auch Unterlagen, die darauf hindeuten, dass es in den USA verschiedene Lageeinschätzungen gegeben hat und auch entsprechende Diskussionen wie bei uns, aber eben auch, dass es auch dem BND nicht entgangen ist.

Aber wenn ich das alles zusammenfasse, dann komme ich jedenfalls nicht zu dem Punkt, dass ich sagen könnte, es habe nur einzelne Hinweise gegeben, sondern es gibt doch deutliche Wahrnehmungen bei anderen, dass die Dynamik größer sein könnte, als das angenommen worden ist, und, wie gesagt, gar nicht in der Position, dass man zu einer anderen Einschätzung hätte kommen müssen. Aber ich frage mal so rum: Aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrer Sicht, hat der BND nicht zu einer anderen Einschätzung kommen können?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: „Die Dynamik größer als angenommen?“, war Ihre Frage. Das ist natürlich abhängig von dem Standpunkt, auf dem man gerade steht. Ich habe in meinem Eingangsstatement gesagt, dass auch wir die sich verschärfende Dynamik durchaus zur Kenntnis genommen haben. Die Frage ist immer, ob daraus sich zwingend ergibt, dass das zusammenbruchauslösende Ereignis wirklich in der Nacht vom 14. auf den 15. stattfinden musste oder ob das nicht anderer Hinweise noch bedurft hätte als denen, dass die Dynamik zunimmt. Und da bleibe ich bei meiner eingangs getätigten Aussage: Einen Hinweis darauf, dass es so schnell gehen würde, gab es nicht. Die Dynamik ist von vielen als sich selbst beschleunigend eingeschätzt worden, und es gibt viele, die unterschiedliche Geschwindigkeiten gesehen haben. Aber dass Kabul in dieser Nacht fällt, hat noch nicht mal Herr van Thiel vorhergesagt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich wüsste gerne von Ihnen - Ihre Vizepräsidentin hat ja teilgenommen -, in welcher Form Sie über die Krisenstabssitzung vom 13. August unterrichtet worden sind, also über die Vorbereitung und den Ablauf und die Ergebnisse.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Die Vorbereitung habe ich in die Hände meiner Vizepräsidentin gelegt - die hat sie dann auch durchgeführt -, und wir werden an dem Wochenende über diese Krisenstabssitzung telefoniert haben, schätze ich. Aber genau weiß ich das nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ist Ihnen in Erinnerung, dass es dort eine, wie die Vizepräsidentin gesagt hat, sehr ungewöhnliche Kontroverse gegeben hat, bezogen auf die Frage, dass ja diese Lageeinschätzungen auch Grundlage sind für die Frage, wie man mit dem Evakuierungsthema umgeht?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, also mir ist das bewusst geworden; aber ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wann das geschehen ist, ob das schon an diesem Wochenende geschehen ist oder ob das

erst in der nachträglichen Befassung mit dem Untersuchungsgegenstand geschehen ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde gern mal zitieren aus dem Protokoll. Das stammt, glaube ich, von Herrn Diehl, wenn ich das richtig weiß. Das ist Stenografisches Protokoll 20/62 Teil 1, Seite 79; Anlage 5.

„Ich hatte den Eindruck vom Zuhören in dieser Krisenstabssitzung, dass die Tendenz schon dahinging, die Situation so einzuschätzen, wie sie vor Ort beschrieben wurde,“

- also in der Botschaft -

„und dass man geeignete Maßnahmen ergreift, um diese Evakuierung vorzubereiten, und auch vielleicht schon eine Verlegung der Botschaft an den Flughafen betreibt, bis zu dem Zeitpunkt, wo es ... zu dieser Aussage kam;“

- der Vizepräsidentin -

„und dann kippte das. Das war mein Eindruck, mein persönlicher Eindruck.“

Also, der Kippunkt ist hier eher die Aussage Ihrer Vizepräsidentin. - Und der Zeuge Ole Diehl fügte noch hinzu - Stenografisches Protokoll 20/76, Seite 40; Anlage 6 -:

„Und ich predige jetzt als erneuter Vizepräsident des BND und damals als Abnehmer der Berichtserstattung des BND, dass der BND wissen muss, dass immer nur Kernaussagen hängen bleiben bei seinen Abnehmern und nicht komplizierte Kippunkte, die das Ganze relativieren.“

Das heißt, bei buchstäblich allen Nicht-ND-Zeugen, die wir im Ausschuss zu dieser Krisenstabssitzung befragt haben, ist der Eindruck hängen geblieben: Vor dem 11.09. ist es eher unwahrscheinlich. Das ist sozusagen die Bottom Line.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also könnte man sich die Frage stellen: Hat dieses dann doch falsche Lagebild des BND zu einer Verzögerung der Evakuierungsentscheidung geführt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein. Der Bundesnachrichtendienst hat seit März oder April desselben Jahres berichtet, was es bedeutet, dass die Vorherrschaft der Taliban, die zunehmend im Lande Gefahren auslöst, insbesondere für die Leute, um deren Evakuierung es hier gegangen ist - - Also, ein Problembewusstsein der Bundesregierung, dass Evakuierungen notwendig würden und unter welchen Maßgaben sie hätten stattfinden müssen, dieses Bewusstsein hat der BND schon drei Monate vorher geschärft.

An dem Wochenende der Krisenstabssitzung ging es ganz konkret um die Frage: Wann wird Kabul fallen? Und da ist das, was Sie zitiert haben, in der Tat eine Prognose, die wir getan haben. Und die gegenteilige, dass nämlich Kabul fallen würde, haben wir mit der Größenordnung 30 bis 50 Prozent als eher unwahrscheinlich charakterisiert. „Unwahrscheinlich“ ist das notwendige Kriterium einer Prognose. Sie heißt nicht „Ja 100 Prozent“ oder „Nein 100 Prozent“, sondern es ist eine Wahrscheinlichkeit, und nichts anderes hat der BND kundgetan. Und das ist eigentlich auch etwas in dieser Terminologie „wahrscheinlich/unwahrscheinlich/eher unwahrscheinlich“, was der professionelle Kreis, der da zusammengesessen hat, durchaus verstanden hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie zentral waren Lageeinschätzungen des BND nach Ihrer Erfahrung für Entscheidungen der Bundesregierung, in diesem Fall die Entscheidung, wann die Evakuierung eingeleitet werden soll?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Der Bundesnachrichtendienst wird gebeten um die Einschätzung der Situation, um die Abgabe eines Lagebildes. Er wird aber nicht gefragt: Sollen wir evakuieren oder nicht? Zu dieser Frage sind außer dem Lagebild des Bundesnachrichtendienstes noch viele andere Kriterien heranzuziehen, unter anderem der Dominoeffekt, den die Evakuierung der amerikanischen Botschaft ausgelöst hat. Das war schließlich ein Motiv für die Bundesregierung,

nicht der Erste zu sein, der Kabul räumt. Also, es finden politische, es finden sicherheitliche Erwägungen statt, es finden Rücksichtnahmen auf internationale Partner statt.

Das ist alles etwas, was außerhalb der Zuständigkeit und der Wirkmächtigkeit des Bundesnachrichtendienstes liegt. Das Lagebild der Bundesregierung über das, was ist, und, sofern Prognosen möglich sind, auch über das, was sein wird, ist die Verantwortung des Bundesnachrichtendienstes, aber nicht die konkrete Evakuierungsentscheidung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ihre Vizepräsidentin hat dann gesagt, man habe, nachdem sie überrascht gewesen war durch die Darstellung des Zeugen van Thiel, sehr ernsthaft eine Prüfung eingeleitet, ob da irgendwas ist, was dem BND entgangen sein könnte, und man könne das in den nächsten Tagen und Wochen bearbeiten. Der Zeuge van Thiel hat dann - ich zitiere MAT A BND-3.169 [sic!] VS-NfD, Blatt 145 bis 149 -, zugegebenermaßen in sehr sarkastischer Form, am 13.08. nach der Krisenstabssitzung Folgendes geschrieben:

„- Lage im Land und Kabul verdüstert sich für „Republik“-
Reste weiter, deutliche kürzere
... und gefährlichere Szenarien
als BND.

Und MAT A AA-9.82 VS-NfD, Blatt 11; Anlage 9:

„Indisches Nachrichtenportal:
„Kabul Ground Reality Bleak,
Police Stations Empty; Taliban
Takeover By Tonight: “

BND: Kabul in drei Monaten.

Es ist Zeit Wetten abzuschliessen,
wer näher dran ist.

Ich tippe auf die Inder.“

Zitat Ende. - Mal unabhängig davon, dass das am Ende so gewesen ist: Der Prozess - Krisenstabssitzungen, drastische Lageeinschätzungen und Ankündigung „Ich arbeite das auf in Tagen oder Wochen“ und das, was dann dabei angekommen ist - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Zuruf)

Ich will Sie eigentlich nicht zu Ihrer nachträglichen Bewertung fragen - das ist nicht der Punkt -, sondern ich will eigentlich nur noch mal fragen: Der BND liefert eine erbetene Einschätzung ab, was er immer tut; Entscheidungen trifft die Bundesregierung. Aber hat das nicht doch einen Einfluss gehabt, der jedenfalls für die Beteiligten vor Ort schwer nachvollziehbar gewesen ist und möglicherweise auch die Gefahrenlage jedenfalls vergrößert hat?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich glaube das nicht. Die Zeiträume, die Sie jetzt in Ihrem Zitat gegenüberstellen, sind auch in der Dimension nicht richtig. Es ist nicht so, dass wir in dem Moment noch drei Monate länger irgendwie prognostiziert hätten, sondern wir waren auch schon in anderen Dimensionen.

Nein, das Ergebnis, was zu einer Evakuierungsentscheidung führt, ist das Zusammentragen vieler verschiedener Gesichtspunkte und unter anderem der Prognoseabgabe, die der Bundesnachrichtendienst aus dem Lagebild entwickelt hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe meinerseits, bevor die Kollegen fragen, noch zwei, drei Schlussfragen. Zum einen würde ich Sie gerne danach fragen wollen, was Ihnen bekannt ist über Material, das der BND in Afghanistan zurückgelassen hat.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Mir ist bekannt, dass in der Nacht, in der - - oder an dem frühen Morgen, an dem der Bundesnachrichtendienst die Liegenschaft des Botschaftsgebäudes verlassen musste, er alles mitgenommen hat, was er mitnehmen musste, oder aber vorher vernichtet hatte. Was darüber hinaus dazu geschehen ist, kann ich in offener Sitzung nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir haben heute Morgen und gestern Abend Herrn Dr. Ader befragt, und er hat sinngemäß ausgesagt, dass das, was dort hinterlassen worden sei, nicht - - also keine Sicherheitsprobleme jedenfalls ausgelöst

hätte für den BND; sinngemäß hat er das in etwa so vorgetragen.

(Zuruf)

- Mir ist das bewusst. - Ich würde Ihnen gerne noch mal einen stillen Vorhalt machen aus einer Geheim eingestuften Vorlage, die sich mit dem Material befasst, was da hinterlassen worden ist. - Ich gebe das einfach mal so weiter.

(Zuruf einer Mitarbeiterin
des Ausschussesekretariats:
Wir können das hier im
Original machen!)

- Okay, bitte. - Ich suche gerade die MAT-Nummer, die hier hoffentlich irgendwo steht. - Das ist MAT-A BKAm-3.79 Geheim und MAT-A BKAm, auch 3.79.

(Dem Zeugen werden
unterhalb der
Zuschauertribüne
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Ich würde Sie gerne fragen mit Blick auf die Antwort, die wir von Ihrem Abteilungsleiter bekommen haben, dass da mutmaßlich jedenfalls keine sicherheitsrelevanten Fragen für den BND sich stellen, ob Sie nach Blick in die Unterlage das Urteil teilen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Soweit ich weiß, haben Sie eben gesagt, dass Herr Dr. Ader diese Antwort heute Morgen gegeben hat. Das war eine eingestufte Sitzung. Ich würde jede Antwort zu diesem Thema auch erst in einer eingestuften Sitzung geben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das können wir machen. Aber ich habe Sie ja zu den Inhalten gar nicht befragt. Mir hätte also in diesem Fall einfach ein Ja oder Nein genügt. Aber wie es beliebt sozusagen. Das können wir ja zurückstellen. Aber mir ging es nicht um Details. Ich hätte das hier nicht vorgetragen. Wir haben das in vertraulicher, in geheimer Sitzung ja vorgelesen. Mir ging es eigentlich nur darum - - Und niemand hier kann das ja nachvollziehen, weil Sie es ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich eben angeguckt haben. Also insofern - - Mir persönlich hätte an dieser Stelle ein Ja oder ein Nein genügt. Aber das mögen Sie auch nicht, oder?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein. Ich möchte das deswegen nicht, weil auch, sagen wir mal, die Erfassung dieses Inhalts mir eine größere Gründlichkeit abverlangt, als es mir hier so zwischen Tür und Angel möglich ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut, dann stellen wir das zurück und kommen gegebenenfalls darauf zurück.

Dann komme ich zu meinem letzten kurzen Fragenkomplex. Der bezieht sich auf Presseberichterstattung. Ich will zunächst mal da ansetzen: Am 26. August 2021 hat es den Bombenanschlag am Abbey Gate gegeben - über 100 Tote, viele Verletzte -, am 27.08. einen Drohnenangriff durch die USA, wo die mutmaßlichen Täter auch getötet worden sind, und am 28.08., einen Tag später, gibt es ein BND-internes Rundschreiben, wo berichtet wird, dass man erfreulicherweise Hinweise hat weitergeben können auf bevorstehende mögliche Anschläge am Flughafen und wegen Gefahr im Verzuge das auch weitergegeben habe an die amerikanischen Partner. Ich frage mal zunächst, ob Sie sich an den Vorgang erinnern.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: An diesen grauenhaften Anschlag am Flughafen erinnere ich mich, aber an den Rest nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dieses Rundschreiben war vom 28.08. Am 29.08. hat es dann einen US-Drohnenangriff gegeben auf mutmaßliche IS-Terroristen und lokale Berichte damals über zivile Opfer. Ein paar Tage später gab es dann Berichte in der internationalen Presse, bei denen deutlich geworden ist, dass dieser Drohnenangriff vom 29.08. keine IS-Terroristen getroffen hat, sondern einen Entwicklungshelfer der USA, einen Amerikaner oder einen Entwicklungshelfer, der für die USA gearbeitet hat - Entschuldigung -, der zusammen mit seinen sieben Kindern und zwei weiteren Familienangehörigen ums Leben gekommen ist. Es gab dann einen Bericht der amerikanischen Regierung, der knapp

zusammengefasst heißt: Tut uns leid, das war ein Irrtum.

Was ich gerne wüsste, ist vom Zeitablauf, ob sich die BND-Mail an die Mitarbeiter „Wir haben erfolgreich mitgewirkt, Informationen weiterzugeben“, vom Tag davor auf diesen Fall bezieht.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kenne diese Mail nicht, und ich kann mich auch an diesen zweiten schrecklichen Unglücksfall nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es gab heute Presseberichterstattung dazu, heute Morgen - ich glaube, von der „Tagesschau“, wenn ich das richtig gesehen habe -; aber wir hatten das auch in den Akten. Und insofern wäre meine Bitte, dass wir zu der Frage - unabhängig jetzt von der Befragung hier; das ist ja dann heute nicht möglich - - aber von Ihnen eine Antwort bekommen auf die Frage. Wenn Sie sie nicht heute geben können, dann im Nachgang.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, wenn Sie mich außerhalb des Untersuchungszeitraums über die Presseberichterstattung von heute befragen, dann kann ich Ihnen sagen, dass ich das für bloße Spekulation halte und keine Kausalitäten sehe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie irren, Herr Zeuge. Ich habe Sie nicht zu Fragestellungen und Presseberichten außerhalb des Untersuchungszeitraums, sondern ich habe Sie bezogen auf Akten, die wir zum Untersuchungszeitraum - und wir reden ja auch über den Untersuchungszeitraum - - befragt. Wir sind nur aufmerksam geworden noch mal durch die Presseberichterstattung von heute, die sich aber natürlich auf den Untersuchungszeitraum bezieht. Und es ist natürlich keine irrelevante Frage, festzustellen, ob dieses - - Ich habe ja die Rundmail zitiert, die es beim BND gegeben hat. Und es gab ja viele Terrorwarnungen. Das ist ja auch das übliche Geschäft, dass man sich unterrichtet.

Hier sind die Zeitabläufe sehr kritisch. Und ich glaube schon, dass der Ausschuss ein Interesse daran haben muss, zu erfahren, ob sich diese BND-Rundmail auf diesen Vorgang bezieht, ja oder nein. Das ist schlichtweg das, was ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen will, völlig unabhängig von dem Pressebericht, der ja nur, wenn ich das richtig erinnere, die Möglichkeit impliziert, dass es so sein könnte. Ich stelle hier keine Behauptung auf, ich will nur wissen - und das lässt sich ja sicher recherchieren -, ob sich diese Rundmail des BND im fraglichen Zeitraum, bezogen auf den Ort unseres Untersuchungsgegenstandes, darauf bezieht, ja oder nein.

Das können wir heute, jetzt nicht klären. Das war eigentlich eher eine Brücke Ihnen gegenüber, zu sagen, dass wir das heute, jetzt hier erkennbar nicht klären können, aber dass der Ausschuss natürlich Interesse an der Antwort hat und Sie nicht vielleicht extra ein weiteres Mal vorladen möchte, um der Antwort näherzukommen. Es war also eigentlich eher eine Freundlichkeit, wenn ich das so sagen darf. Aber ich gehe davon aus, dass diese Antwort von Ihnen gegeben wird.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich kann nur wiederholen: Ich entsinne mich an den grauenhaften Anschlag in der Nähe des Flughafens. Ich entsinne mich nicht an das, was Sie jetzt als Vergeltungsaktion gegenüber einem mutmaßlichen Attentäter bezeichnen - was ein Irrtum gewesen sein soll, wenn ich das richtig verstehe. Und ich entsinne mich auch nicht an eine Mail; ob das eine Rundmail war, das ergab sich aus der Presseveröffentlichung heute auch nicht.

Also, ich hatte den Eindruck bei der Darstellung des Sachverhaltes in der Presse, dass hier miteinander nicht zusammenhängende Ereignisse verknüpft werden sollen, um - ich sage das mal ganz offen - diesem Ausschuss noch ein bisschen neue Nahrung zu geben. Aber ich sehe keine Kausalitäten, die irgendwas mit dem damaligen Geschehen des Bundesnachrichtendienstes zu tun haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will noch mal ganz deutlich sagen: Weder brauchen wir neues Futter noch spekuliere ich. Ich habe ausschließlich eine Frage gestellt auf der Basis von den Zeitabläufen, die drei Tage hintereinander liegen, was Anschläge auf den Flughafen angeht. Und ich finde, es ist schon eine relevante Frage im Zeitraum, wenn wir darüber sprechen, welche

Informationen geteilt worden sind, ob sich das darauf bezieht. Das lässt sich ja, glaube ich, einfach klären mit Ja oder Nein.

Ich bin weit davon entfernt, Spekulationen zu machen, mache mir da auch nichts zu eigen. Aber diese Frage, Herr Kahl, muss ich schon sagen, gehört natürlich zum Untersuchungsgegenstand, zum Zeitraum dazu und bezieht sich auch auf die uns vorgelegten Akten und keineswegs auf die Presseberichterstattung, die uns nur noch mal darauf hingewiesen hat. Also, das haben Sie ja in Ihren eigenen Akten.

Also, insofern mache ich mir da nichts zu eigen. Aber die Frage muss beantwortet werden, und ich stelle anheim, in welcher Form das geschieht. Es ist auch möglich, das in der Form zu regeln, dass Sie noch mal eingeladen werden und wir Sie das ein zweites Mal fragen. Aber das will ich hier nicht vorwegnehmen, sondern nur sagen: Die Möglichkeit gibt es immer auch.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Darf ich noch mal in meinem Verständnis Ihre Frage wiederholen, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: - damit ich weiß, was ich entweder hier zu antworten habe oder was ich dann meinem Haus als Prüfauftrag gebe?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja. Bitte.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Sie haben mich gefragt, ob eine per interner Mail des Bundesnachrichtendienstes geäußerte Aussage, dass der Bundesnachrichtendienst irgendwie Relevantes berichtet hätte, kausal ist für einen, ja, fehlgeleiteten Militärschlag anderer Nationen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich beziehe mich auf eine Mail vom 08.09.2021, 13.11 Uhr - MAT A BND-3.524 VS-NfD, Blatt 85; Entschuldigung, das war natürlich mein Versäumnis: ich hatte die MAT-Nummer nicht gefunden, aber das ist sie; sie ist also in den Akten -, wo es ein Rundschreiben gibt für die Mitarbeiter des BND, wo gesagt wird: „Es ist doch also richtig, was wir tun. Wir haben einen guten Hinweis gegeben“,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und auf eine Aktion, die dann ja auch zunächst als Erfolg dargestellt worden ist, wo sich hinterher herausstellte, dass sie nicht nur kein Erfolg war, sondern im Gegenteil eine Tragödie, wofür sich die amerikanische Regierung entschuldigt hat. Und von den Zeitläufen ist es ja geradezu zwingend, nachzufragen, ob sich das auf den Vorgang bezieht, ja oder nein. Denn Teil dieser Mail ist ja die Aussage, man habe die Informationen der amerikanischen Seite zur Verfügung gestellt. Und ob das zusammenhängt, ob es der Vorfall ist, das ist ein Punkt, den, glaube ich, der Ausschuss wissen sollte. Das ist die Frage, die ich Ihnen stelle, nicht mehr und nicht weniger.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich weiß nicht, wer diese Mail an wen geschickt hat. Und ich weiß nicht, ob sie sich auf einen Hinweis bezieht, der dann seinerseits kausal geworden sein soll auf den Absch... [akustisch unverständlich]. Das weiß ich alles nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Erste entnehmen Sie den Akten; das sind Ihre eigenen Akten. Und das Zweite wissen wir auch nicht und wollen das ja wissen. Das ist ja der Punkt. Das ist ja ein Satz mit Fragezeichen, Herr Präsident.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, das kann ich - - Auch wenn ich jetzt diese Mail lese, kann ich diese Sache nicht beantworten. Entweder ergibt sich die Kausalität aus der Mail, oder sie ist Spekulation.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie machen mir das nicht einfach, Herr Präsident. - Aber dann will ich gerne noch mal sagen - - Ich möchte es einmal noch mal kurz wiederholen, über welche Daten wir reden: Am 26.08. war der Bombenanschlag von Abbey Gate. Am 27.08. war der Drohnenangriff, der die mutmaßlichen Täter dieses Bombenanschlages erwischt hat. Am 28.08. - einen Tag später - gibt es diese BND-interne Rundmail, die ich gerade zitiert habe, die Sie in Ihren Akten haben. Ja. Und am 29.08. gibt es den US-Drohnenangriff auf vermeintliche IS-Kämpfer mit dem Ergebnis, dass man zunächst sagt: „Das war ein Erfolg“, um ein paar Tage später festzustellen - erst nach Medienberichten, dann aber durch den Regierungsbericht der Vereinigten

Staaten -, dass das kein Erfolg war, sondern eine Tragödie, weil ein Entwicklungshelfer, der für die USA gearbeitet hat, samt seiner Familie umgebracht worden ist, sieben Kinder dabei. Vier Tage sozusagen hintereinander. Es bezieht sich auf Anschläge am Flughafen Kabul. Das war der Hintergrund, über den wir reden: Warnung vor Anschlägen auf dem Flughafen Kabul.

Und die Frage ist - - Ich sage das noch mal ausdrücklich, damit wir uns hier nicht missverstehen: Ich stelle keine Behauptung auf, nichts dergleichen, sondern ich stelle ausschließlich die Frage, ob das der Vorgang ist, auf den sich diese Mail bezieht, die ich zitiert habe, die Sie in den Akten haben. Das können wir nicht beantworten, aber wir würden es gerne wissen. Und da bleibt ja nur die Antwort „ja“, „nein“, „weiß ich nicht“ oder „weiß der Kuckuck“, also irgendeine Antwort jedenfalls, die, finde ich, der Ausschuss schon kriegen sollte. Es kann ja nicht sein, dass wir uns zu so was nicht verhalten, wenn wir das in den Akten finden. - Das ist der Punkt.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich würde Sie bitten, von den vier Daten, die Sie gerade genannt haben, noch mal das Ereignis zu formulieren, was Sie dem 27.08. zuordnen, erstens. Und zweitens hätte ich jetzt gerne endlich mal die Mail gesehen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die können Sie sehr gerne sehen.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich habe mir jetzt hier gerade notiert bei Ihrer Ausführung: 26.08. war der tragische Bombenanschlag, 27.08. war der Gegenschlag, der eine unschuldige Familie getötet hat, am 28. war die Rundmail.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, nein, nein. Die ersten beiden Daten bezogen sich auf Abbey Gate, auf diesen schrecklichen Angriff, den wir haben. Es ist ja auch möglich, dass die Daten



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht stimmen. Ich sage ja: Es sind Sätze mit Fragezeichen am Ende, Herr Kahl.

(Einige Anwesende auf der Besuchertribüne erheben sich)

- Bitte nicht von oben da - - Bitte setzen Sie sich da oben wieder hin.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, wenn ich die Mail lese, heißt die:

„Unser ...“

- Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen -

„hat tatsächlich was gebracht!“

Und was das ist - Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen -, kann ich nicht sagen. Das kann alles und nichts sein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, wir müssen das gar nicht konfrontativ machen. Weder weiß ich, ob die Daten stimmen, noch weiß ich, ob das so ist, sondern wir gehen dem einfach nach als ein Untersuchungsausschuss, der sich mit dem Zeitraum beschäftigt.

Im Übrigen, Herr Kahl, wenn ich Sie an Ihr Eingangsstatement erinnern darf: Wenn das ausgeräumt werden kann, ist es das Beste, finde ich, was dem BND widerfahren kann. Sonst steht das als Pressebehauptung in der Öffentlichkeit, als Spekulation. Wir wollen beide der Wahrheit näherkommen, und das ist der Punkt. Mag sein, dass die Daten falsch sind, mag sein, dass es sich auf völlig andere Dinge bezieht; in Teilen ist es ja auch geschwärzt. Also, es ist in Ihren Akten, und ich wäre jedenfalls sehr dankbar, wenn wir eine Information bekommen hätten. Und ich sage Ihnen persönlich: Mir wäre am liebsten, wenn die Information lauten würde: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, das wäre auch mir das Liebste, das zu sagen. Ich vermute das sehr stark. Aber da Sie mich auf die Strafbarkeit von Falschaussagen hingewiesen haben, kann ich hier keine

tätigen, die ich nicht selber auch verifizieren kann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein. Aber nur, dass wir uns nicht missverstehen: Es ist eine offene Frage. Es geht darum, das zu beantworten, dass wir das klären; auf welchem Wege, ist mir eh auch zweitrangig. Aber der wichtige Punkt ist: Das ist unser aller Interesse, das zu machen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Okay. - Ich habe selbst dieses Interesse - das haben Sie völlig zu Recht gesagt -, und ich werde Mittel und Wege finden, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: - zu beantworten, ob der BND Kausalitäten feststellen kann oder nicht.

(RD Michael Steppan (BKAm) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja. - Auch, ob die Daten stimmen. Das weiß ich alles auch nicht. - Herr Steppan.

RD Michael Steppan (BKAm): Ja, vielen Dank. - Wenn ich eine Bitte äußern dürfte: Könnten wir uns bitte kurz mit dem Zeugen beraten zum weiteren Vorgehen, um das - - weil es ja ein paar Missverständnisse vielleicht gibt - - zum weiteren Vorgehen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Pause wäre ohnehin gut. - Dann unterbreche ich die Sitzung für wenige Minuten. Sie beraten sich in der Zwischenzeit, und dann fahren wir fort.

(Unterbrechung von 19.28 bis 19.45 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Befragung fort. - Ich will zunächst einen faktischen Irrtum, der zwar in der Sache irrelevant ist, aber natürlich zur Korrektheit dazugehört - - Dieses Rundschreiben, auf das ich mich vorhin bezogen habe - MAT A BND-3.524 VS-NfD, Blatt 85 -, bezieht sich auf den 08.09., also eine Woche später - nicht einen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tag später -, aber vor der Richtigstellung durch die amerikanischen Behörden. Also, insofern ist es in der Sache irrelevant, aber das korrekte Datum ist 08.09.

Dann komme ich noch mal zu der Frage zurück und frage den Zeugen: Was ist Ihnen über diesen Sachverhalt bekannt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Aus meiner eigenen Erinnerung ist mir über diesen Sachverhalt nichts bekannt, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann sind wir, was meinen Part angeht, durch, und ich gebe das Fragerecht weiter an die Union. Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Präsident Dr. Kahl, schön, dass wir Sie hier im Ausschuss haben. - Ich möchte bei dem Aspekt bleiben und auch diese Verdachtspresseberichterstattung als Hintergrund nehmen und ein bisschen im Allgemeinen fragen, wie die Situation der Terrorwarnungen für den Flughafen Kabul da gehandhabt wurde. Wie viele solcher Warnungen hat der BND ab dem 15.08. abgegeben? War das etwas, was jeden Tag passiert ist, oder waren das nur sehr vereinzelte Warnungen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, das muss ich auf einer abstrakten Ebene beantworten, aus zwei Gründen. Der eine Grund ist mein Gedächtnis, und das Zweite ist, dass natürlich - - Je konkreter die Details werden, desto -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Selbstverständlich.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: - weniger aussagefähig ist das Ganze. Aber natürlich haben wir in den ganzen Jahren der Afghanistan-Berichterstattung und auch in den Wochen vor und nach dem Fall von Kabul alles an Hinweisen weitergegeben, was mit bevorstehenden - - oder der Aufklärung von Terroranschlägen zu tun hat. Und das ist sehr oft vorgekommen. Und es ist auch nicht selten vorgekommen, dass man damit Leben gerettet hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wie darf ich mir das vorstellen? Das war grundsätzlich für nationale Abnehmer, aber dann auch grundsätzlich immer auch geteilt mit internationalen Partnern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Insbesondere die Gefahren des internationalen Terrorismus sind solche, wo Warnungen natürlich mit den Partnern ausgetauscht werden, die potenziell davon betroffen sein können. Und das ist in Kabul die Gemeinschaft der Staaten, die dort versucht haben, für Sicherheit zu sorgen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Im Gegenzug haben dann auch die Partner ihre Erkenntnisse zu solchen Terrorrisiken mit uns geteilt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, das haben die. Das ist vielleicht eine willkommene Gelegenheit, mal mit einem Irrtum aufzuräumen, der immer wieder an den Bundesnachrichtendienst herangetragen wird, so nach dem Motto: Jetzt hat schon wieder in der Zeitung gestanden, dass ihr einen Hinweis von außen bekommen habt. Könnt ihr eigentlich auch mal was alleine? - Der BND kriegt solche Hinweise nur, weil er selber auch welche geben kann. Und insbesondere in und um Kabul ist es uns sehr oft gelungen, Nachrichtenhinweise aus und zum internationalen Terrorismus zu geben, mit denen man ganz konkret Anschläge hat verhindern können. Das steht dann nicht in der Zeitung, aber es ist trotzdem Voraussetzung unserer erfolgreichen Zusammenarbeit mit anderen Nachrichtendiensten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Welche Rolle spielte dann in so einem Zusammenhang vor allem die Einschätzung „Gefahr in Verzug“ für den Austausch, weil wir ja auch von der Situation sprechen, wo es bereits einen Terroranschlag am Flughafen gegeben hat?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Tja, also das ist noch mal eine besondere Dringlichkeitsstufe. Selten ist es so, dass Terroranschläge mit Ort und Uhrzeit vorhergesagt werden. Aber es ist den Experten sicherlich möglich, aus verschiedenen Elementen von Fall zu Fall auch gewisse zeitlichen Prognosen zu geben. Und das ist bestimmt damit gemeint.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Erndl (CDU/CSU): Kann es bei so einem Austausch auch eine unzulässige Form der Weitergabe von Daten geben?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Eine „unzulässige“?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wenn es darum geht, vor bevorstehenden Terroranschlägen zu warnen, kann ich mir das eigentlich nicht vorstellen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. - Am Schluss darf man festhalten, dass also der BND und die Partner mit Warnungen dann sicherlich auch zum Schutz deutscher Staatsbürger und unserer internationalen Partner beigetragen haben.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das ist auf jeden Fall richtig. Das betrifft deutsche Soldaten, das betrifft deutsche Staatsbürger, das betrifft Soldaten und Bürger anderer Nationen und nicht zuletzt die Afghanen selber.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann haben wir da einen Blick drauf geworfen, auf diese Situation. - Jetzt würde ich gerne noch etwas genereller verstehen, wie denn in der Bundesregierung die Zusammenarbeit gerade bei der Frage „Außen- und Sicherheitspolitik“ stattfindet. Wer ist denn für die Erstellung des außen- und sicherheitspolitischen Lagebildes in der Bundesregierung zuständig?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Es sind mehrere Beteiligte verantwortlich dafür, dass dieses Lagebild vollständig ist. Der Bundesnachrichtendienst ist ein Zulieferer, Teile der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums sind der zweite Zulieferer. Aber dass das Lagebild insgesamt stimmt, ist, soweit ich das sehe, Verantwortung des Auswärtigen Amtes.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Das hängt dann auch damit zusammen, dass der Krisenstab in so einer Situation auch beim Auswärtigen Amt einberufen wird, nehme ich an. - Außer dem BND als eine wesentliche Quelle natürlich, sagten Sie, haben die Ressorts auch noch

eigene Quellen. Welche Rollen spielen die Auslandsvertretungen des Auswärtigen Amtes da? Haben Sie da eine Einschätzung?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Die Auslandsvertretungen berichten ja ihrerseits sehr detailliert und getreu zu vielen verschiedenen Sachverhalten aus den Ländern, in denen sie tätig sind. Und auch da gibt es Dinge, die zur Sicherheit - - oder zur Vollständigkeit des Bildes der Sicherheit beitragen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wir haben jetzt schon oft über die Berichterstattung der Auslandsvertretung in Kabul auch gesprochen, die möglicherweise in einem Widerspruch zu den Einschätzungen, dem Lagebild des BND stand da in diesem Zeitraum um das Wochenende 13./14./15.08. Wessen Verantwortung ist es dann am Schluss, solche Widersprüche, Gegensätze auch aufzulösen oder dann letztendlich eine Festlegung des Lagebildes zu machen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Die Krisenstabssitzung fand im Auswärtigen Amt statt, und eingeladen hat auch das Auswärtige Amt. Und die Entscheidung, die zu treffen war - ob Evakuierung oder nicht -, wird dann sicherlich eine der Bundesregierung sein. Aber das Ergebnis ist das, was in einer Sitzung des Auswärtigen Amtes erst mal vorformuliert wird.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wäre es dann letztendlich die Aufgabe des BND gewesen, sozusagen so eine Vorbereitung, operative Vorbereitung für Evakuierung Botschaft, Ausreise Staatsbürger, Ortskräfte - - in so eine Vorbereitung einzusteigen, das auszulösen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein, das wäre nicht Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes gewesen. Der Bundesnachrichtendienst präsentiert das Lagebild, aufgrund dessen eine solche Entscheidung getroffen wird, und dann hilft er natürlich bei der Umsetzung dessen, was entschieden wird, so wie wir das ja dann auch getan haben in und um den Flughafen von Kabul in den kritischen Stunden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich möchte einen weiteren Themenblock gerne auch noch ansprechen. Und zwar haben Sie am 20. August 2021 diese interne Kommunikation unter der Überschrift „Im Dienst“ freigegeben mit der Überschrift - - oder Titel „Im Dienst“, Überschrift „Reaktion auf Kritik an BND-Einschätzung der Lage in Afghanistan“. Das Exemplar, das ich hier habe, findet sich auf MAT A BND-3.482 VS-NfD, Blatt 95 und 96. Können Sie uns erst mal vielleicht kurz schildern: Dieses Format „Im Dienst“, ist das ein regelmäßiger Informationsservice oder ein Informationskanal im BND? Oder wie stellt sich das dar?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja. - Das Medium „Im Dienst“ ist eine Institution, die dem Präsidenten vorbehalten ist, wenn er sich an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenden will. Und das macht er anlassbezogen, das macht er nicht regelmäßig. Das macht er dann, wenn was Besonderes eintritt, wenn etwas ist, was die gesamte Belegschaft interessiert oder angeht. Und nichts hat den BND in dem Jahr 2021 so erschüttert wie die Kritik und der befürchtete Ansehensverlust durch eine Fehleinschätzung, die dem BND angelastet worden ist. Und das ist eine Situation, das müssen Sie sich vorstellen: 7 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen abends nach Hause oder in ihre Kontexte, in ihre Zusammenhänge, in ihre privaten. Und dort, wo bekannt ist, dass man beim BND arbeitet, wird dann gesagt: Für was für eine Bruchbude arbeitet ihr da eigentlich? - So ist ja dann doch mehr oder weniger die Kommentierung in den ersten Tagen gewesen von den Mandarinen des Investigativjournalismus dieser Republik. Und das ist natürlich etwas, was sehr, sehr weh tut, jedem Einzelnen, und gar nicht in Übereinstimmung zu bringen ist mit dem Bild, was man ansonsten gerade in der Afghanistan-Berichterstattung für den BND erkämpft hat.

Also, insofern muss ein Präsident da kommunizieren und die Dinge sagen, die zur, ja, Aufklärung, aber auch zur Ertüchtigung des Betriebsgeistes in einer Belegschaft notwendig sind.

Thomas Erndl (CDU/CSU): In dieser Mitarbeiterkommunikation sprechen Sie auch von einer

„aktuell aufgewühlten öffentlichen Stimmung“, der Sie da „in zahlreichen Direktkontakten ... entgegentreten“ wollen. Was war aus Ihrer Sicht maßgeblich für diese „aufgewühlte öffentliche Stimmung“?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Na ja, also, man muss einerseits sagen, dass natürlich die Ereignisse in Kabul eine welterschütternde Tiefe hatten. Das ist ja das Ende eines Engagements außenpolitischer und sicherheitspolitischer Aktivitäten des Westens gewesen, was alles andere als rühmlich war und was ganz grundsätzliche Fragen aufgeworfen hat, die ja hier in diesem Hohen Hause auch durch eine Enquete-Kommission untersucht werden. Also, das ist ein schon epochales Ereignis gewesen. Das ist das eine, was aufwühlt.

Das andere, was aufwühlt, ist natürlich der Versuch, hier Schuldzuweisungen zuzugeben und zu organisieren. Ich weiß noch, dass wir in diesen Tagen aufgefordert worden sind vom Bundeskanzleramt, eben ein solches Schuldzuweisungsspiel nicht mitzuspielen. Aber das verhindert natürlich nicht, dass man dann Gegenstand eines solchen Spieles wird. Und das ist das, was den Bundesnachrichtendienst aufgewühlt hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Konnten Sie dann feststellen, dass Sie tatsächlich mit den sachlichen Argumenten durchdringen? Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt würden Sie sagen: „Da ist jetzt der Punkt erreicht, wo wir auch Überzeugungsarbeit leisten konnten“?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das kommt auf den Adressatenkreis an. Wir haben mit Unterstützung des Bundeskanzleramtes natürlich sehr schnell versucht, sprechfähig zu sein und die Dinge einzuordnen, die geschehen sind. Teilweise habe ich eben durch die Vorhalte festgestellt, dass das mit Formulierungen geschehen ist, die auch heute noch ihre Gültigkeit behalten und die deswegen auch immer noch verwandt werden.

Je größer der Sachverstand und der Wille zur Objektivität, desto größer der Erfolg. Also in den Ressorts, auch im Parlament und bei dem einen oder anderen Vertreter der Medien und der öf-



Nur zur dienstlichen Verwendung

fentlichen Meinung ist man schon durchgedrungen, bei vielen anderen nicht. Bei vielen anderen hat sich das Versagen des BND in Kabul festgefressen und wurde fortgesetzt auf eine Sündenliste des BND, die bis heute à jour gehalten wird von interessierten Kreisen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ebenfalls am 20. August gab der ehemalige Außenminister Maas ein Interview dem Magazin „Der Spiegel“. Ich zitiere daraus - das ist auch bekannt; kann aber auch noch mal eine MAT nennen: MAT A AA-9.08 VS-NfD, Blatt 354 bis 358; das ist die E-Mail, die das Interview freigibt -:

„Der BND hat offensichtlich eine falsche Lageeinschätzung vorgenommen, ... Das muss sich ändern. In Zukunft sollte man die Erkenntnisse anderer Dienste noch einmal sehr intensiv überprüfen. Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch, mit katastrophalen Folgen.“

Meine erste Frage dazu war: Gab es eine Kommunikation, eine Rückfrage des Auswärtigen Amtes beim BND, bevor dieses Interview erstellt wurde, also zum Sachverhalt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wie haben Sie als Präsident des Bundesnachrichtendienstes die Aussagen des Außenministers bewertet, und wie haben Sie wahrgenommen, wie das in Ihrem Haus bewertet wurde?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Herr Abgeordneter, ich fühle mich irgendwie noch ein bisschen gebunden an die Aufforderung des Bundeskanzleramtes aus dem Jahre 2021, möglichst keine Schwarzen Peter hin- und herzuschieben. Ich habe aber damals im Kanzleramt gesagt, dass sich offenbar nicht alle Beteiligten an diese Verabredung gehalten haben.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Danke schön. - Wenn ich noch mal einen Punkt aus dem Zitat aufgreifen darf: Lag der BND tatsächlich daneben, weil die Einschätzungen anderer Dienste unreflektiert übernommen wurden?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Bereits zwei Tage vorher und einen Tag vorher, 18. und 19. August, ist ja das Parlamentarische Kontrollgremium zusammengekommen. Und da gibt es auch dann im Nachgang Berichterstattung dazu, unter anderem vom Bundestagskollegen Herrn von Notz - findet sich auf MAT A BKAm-3.33 VS-NfD, Blatt 95 bis 96 -:

„»Mein Eindruck war, dass die Dienste geliefert haben und wir ein Problem haben bei der Bewertung und der Gesamtbilderstellung auf Seiten der Bundesregierung.«“

Hatte zu dem Zeitpunkt der Kollege im Parlamentarischen Kontrollgremium einen anderen Informationsstand, als das die Presseabteilung, das Ministerbüro, der Minister im Auswärtigen Amt gehabt hat?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Darf ich noch mal nach dem Zeitpunkt fragen?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich beziehe mich auf eine Sitzung PKGr am 18. und 19. August.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das war die Sondersitzung des PKGr wegen dem, was in Kabul vorgefallen ist. Und da hatte der Vorsitzende des Gremiums den Sachstand, den ihm die Bundesregierung in dieser Sitzung vermittelt hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. Dann über - -

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich
zu Wort)

- Oh, Herr Steppan.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Steppan, Sie haben das Wort.

RD Michael Steppan (BKAm): Ja, vielen Dank. - Ich möchte nur vorsorglich darauf hinweisen, dass die Inhalte von PKGr-Sitzungen Geheim eingestuft sind bzw. unter Geheimschutz stehen und keine Aussagen über die Inhalte konkret - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist sehr wahr, und das ist mir auch sehr bewusst. Insofern habe ich auch die Frage eher so verstanden, dass nach dem Kenntnisstand abstrakt gefragt worden ist, aber nicht nach Inhalten dieses Kenntnisstandes. So weit ist das, glaube ich, noch in Ordnung. Weiter sollte es nicht gehen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Selbstverständlich nicht. War auch nicht vorgesehen, hier noch mal weiter durchzudringen. Ich bin mit den Antworten des Zeugen ausreichend bedient.

Sehr geehrter Herr Dr. Kahl, in meiner verbleibenden Minute möchte ich noch kurz auf die Sitzung des Krisenstabs kommen und noch mal ganz kurz fragen, wie noch mal die Aufteilung und auch die Entscheidung war, dass die Vizepräsidentin an der Sitzung teilnimmt. Gab es da ein Gespräch vorher? War das ein spezieller Fall für diese Krisenstabssitzung?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kann mich nicht mehr genau an die Argumente erinnern. Ich kann Ihnen aber erklären, in welchen Maßstäben der Bundesnachrichtendienst entscheidet, wer wann an welcher Sitzung teilnimmt. Normalerweise sind Krisenstabssitzungen dieser Qualität und Güte etwas, was die Arbeitsebene des Bundesnachrichtendienstes wahrnimmt, weil es da wirklich auf sehr detailgenaue Expertenkenntnisse ankommt.

Hier aber war es doch so, dass sich eine beschleunigende Entwicklung, wie wir das eben dargestellt haben, abzeichnete, wo auch der Bundesnachrichtendienst Berichterstattung zu dem Thema unter Leitungsvorbehalt gestellt hatte und wo wir auch durch die Präsenz signalisieren wollten, dass wir eine Sache sehr, sehr wichtig

und sehr ernst nehmen. Das hat dann dazu geführt, dass wir uns entschieden haben, den Fachleuten an die Spitze zu stellen unsere Vizepräsidentin, die dieses Thema erstens in den letzten Wochen sehr intensiv verfolgt hatte und auch ihrerseits kundig war und die zweitens auch aus dem Auswärtigen Amt kam und die dortigen Gepflogenheiten eben gut kannte. Das war der Grund dafür.

Wenn ich die von Ihnen nicht gestellte Frage gleich mit beantworten soll, warum ich nicht mit da gewesen bin, dann liegt das daran, dass der Präsident des Bundesnachrichtendienstes Krisenstabssitzungen des Auswärtigen Amtes dann besucht und wahrnimmt, wenn die Minister diese Sitzung leiten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich bin der stellvertretende Vorsitzende. Ich habe ein Zeitlimit. Deswegen machen wir in der nächsten Runde weiter.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Unser Regelwerk ist ja so; das müssen wir jetzt nicht feiern. Aber es ist schön, dass der stellvertretende Vorsitzende sich daran hält. Vielleicht war es ja auch die Vorfreude sozusagen - es war von den Kollegen von den Grünen, glaube ich -, dass Sie jetzt das Wort haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt knallen die Korken.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Genau.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Kahl! Ich würde gerne noch mal mit Ihnen durchgehen, was Sie heute in der Befragung schon gesagt haben, weil mir da einige Ungereimtheiten aufgefallen sind.

Ich würde beginnen bei der Frage „Bedeutung von Kabul und wie lange halten eigentlich die afghanischen Sicherheitskräfte durch?“. Ich würde mit einem Vorhalt anfangen, und zwar ist das das endgültige Stenografische Protokoll



Nur zur dienstlichen Verwendung

20/20 II. Das war die Befragung von H. H., und er sagte:

„Es macht ein Stück weit deutlich, wie sich die afghanischen Sicherheitskräfte auch entwickelt haben, die ja auch eine sehr herausfordernde Phase mit dem Doha-Abkommen durchführen mussten, nämlich zum einen völlige Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Unterstützung, wenn die multinationalen Streitkräfte abziehen, mitten in einem Umstrukturierungsprozess, hohe Abnutzung, geringe Rekrutierungszahlen, ausbleibende Gehaltszahlungen, Umstrukturierung und Fluktuation auf Führungsebene - also, das sind alles Faktoren, die für die afghanischen Sicherheitskräfte zum Tragen kamen -, Streit in der afghanischen Regierung; Sie wissen, Präsidentschaftswahlen ... bis das geklärt war.

Also, mehr an Unsicherheit für afghanische Sicherheitskräfte konnte es eigentlich zu diesem Zeitpunkt gar nicht geben, weil alle Faktoren auf einmal kamen ...“

Hat Sie diese Einschätzung Ihres Hauses nicht erreicht?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Diese Einschätzung des Hauses habe ich eben genauso, mit anderen Worten, vorgetragen und einen Unterschied gemacht zu der Situation in Kabul; denn da waren genau die Dinge, die Sie jetzt beschrieben haben, nicht der Fall.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt folgende Herausforderung: Ich habe ja so viele andere Kollegen hier auch die ganzen Schnipsel gelesen, die unter Geheim eingestuft sind. Ich würde Sie jetzt ungerne noch in den geheimen Teil der Sitzung zwingen. Ich kann nur zusammenfassend sagen, dass das auch für den Raum von Kabul - ja? - nicht unterstützt, was

Sie jetzt hier gerade wiedergegeben haben. Vielleicht kommen Sie ja noch mal zu Sinnen, was das Thema angeht.

Nächster Punkt. Sie haben von fünf Kippunkten gesprochen. Wir kennen die auch. Wir fanden die auch super, analytisch erstklassig. Allerdings: Wann haben Sie denn das erste Mal von den Kippunkten gehört?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: In der Formulierung wird das so um den 10. August 2021 gewesen sein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie das für angemessen früh? Die Bundeswehr war ja schon einige Wochen aus Afghanistan abgezogen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Was angemessen ist, scheinen Sie zu beurteilen im Rückblick vom 15. August.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, ich habe das gerade begründet mit dem Abzug der Bundeswehr.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Angemessen im Hinblick auf das, was der Bundesnachrichtendienst an Hinweisen empfängt, war es genau richtig, nämlich dann, wenn diese Hinweise genau diese fünf Kippunkte einem nahelegen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bundeswehr war ja zu dem Zeitpunkt schon einige Wochen abgezogen und auch ein Großteil der anderen ausländischen Streitkräfte. Deswegen noch mal die Frage: Halten Sie es für angemessen früh, dass man im August das erste Mal sich überlegt, was könnte eigentlich die Lage dramatisch schnell verändern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich weise die Unterstellung „das erste Mal ... überlegt“ zurück.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann geben Sie mir doch einen Hinweis, wann es das erste Mal überlegt wurde.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Permanent. Unsere ganze Berichterstattung steht unter der ständigen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Selbstkorrektur, zu gucken: Sind die Prognosen noch richtig? Sind die Einschätzungen noch richtig? Welche Hinweise zwingen uns zu neuen Zeithorizonten?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das muss dann aber mündlich stattgefunden haben, weil in den Dokumenten, die uns vorliegen, ist tatsächlich das erste Mal von den Kippunkten die Rede im August. Und wir haben ja genau die gleichen Analysen auch gesehen, die Sie ja auch kennen, die schriftlichen. Und da ist so eine, wie ich finde, sehr sinnvolle Art der Aufarbeitung der Fakten vorher nicht zu finden.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Aber das unterstellt, dass allein die Formulierung von Kippunkten eine Verschärfung der Situation darstellt. Die Verschärfung der Situation, die Aufzeigung von Gefahren ist in der Berichterstattung zunehmend prominent geworden schon im Juni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, ich gehe noch mal auf einzelne Kippunkte ein. Abzug der US-Streitkräfte: Da habe ich gerade spitze Ohren bekommen. Sie haben gesagt: Die USA haben die Räumung entschieden und uns das nicht mitgeteilt. - Und dann haben Sie auch gesagt: Das ist ja auch klar, dass sie das nicht gemacht haben, weil hätten sie kommuniziert, dass sie die Botschaft schließen, und zwar nicht erst in der Minute, in der sie es tun, sondern vorher, dann hätte das einen kaskadenhaften Effekt gehabt. - Das ist aber ein wichtiger Kippunkt. Wie wollen Sie denn - Sie sagen ja im Prinzip: Es ist gar nicht möglich, diesen Kippunkt zu bemerken, weil aus geheimdienstlicher Sicht oder nachrichtendienstlicher Sicht ist es nicht sinnvoll für die Amerikaner, das vorher mitzuteilen. - Haben Sie das irgendwo mal kommuniziert?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich verstehe jetzt den Inhalt Ihrer Frage nicht ganz. Die Tatsache, dass Amerikaner Kabul räumen, ist ein Indikator dafür, dass die Sicherheit von Kabul nicht mehr gewährleistet werden kann; das ist mit „Kippunkt“ gemeint.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das Tool soll ja der besseren Einschätzung

der Lage dienen. Sie haben ja auch vorhin schon von Indikatoren gesprochen, haben gesagt: Es gab keine Indikatoren. - Diese Beobachtung der Indikatoren konnten wir übrigens auch nicht feststellen in der Vorbereitung. Das ist aber noch mal eine andere Frage. Nur, ein Indikator, der ja nicht unwesentlich ist: „Ziehen die USA ihre Botschaft ab oder nicht?“, da haben Sie gerade hier in diesem Untersuchungsausschuss gesagt: Das ist ja klar, dass sie uns das nicht sagen. - Das heißt, das war eine nicht messbare Variable aus Sicht des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, diese Frage, ob die Amerikaner Kabul verlassen oder nicht, ist sehr wohl messbar. Sie wird vielleicht jetzt, was die Räumung der Botschaft selber angeht, nicht kommuniziert, und dafür habe ich Gründe genannt. Aber die Frage der Präsenz in Kabul, die sich ja auch auf andere Stadtteile bezieht, die sich auch auf den Schutz des Flughafens bezieht, ist sehr wohl eine messbare Größe.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer hat das dann gemessen vor Ort?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das ist ein Resultat von Berichterstattungen, die sich aus verschiedenen Quellen speist, aus eigenen, aus denen anderer Nachrichtendienste, aus dem, was man beobachten kann.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Ich würde Ihnen gerne noch einen Vorhalt machen. Und zwar liegt uns eine E-Mail vor von S. R. - und jetzt keine Schnappatmung bekommen; ich habe das vorhin schon angesprochen, aber es ist nicht Geheim eingestuft -, dem Referatsleiter der Auswertung „Afghanistan/Pakistan“, die hat er an sich selbst geschickt. Das ist MAT A BND-3.309 VS-NfD, Blatt 185. Und da steht:

„Habe AL LB gestern abend mündlich darüber informiert, dass wir [REDACTED] immer mehr Meldungen ... mit Tatzeit vor 13.08. bekommen, die wir früher gebraucht hätten. AL LB ist für Aufarbeitung, will aber nicht, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir damit vor Publikum andere Abteilungen anschießen.

Ich empfahl, Pr bilat zu informieren. Er sagte, dass werde er tun.“

Können Sie sich daran erinnern, wie der Abteilungsleiter LB Sie darüber informiert hat, dass es immer „mehr Meldungen (SIGINT, HUMINT) mit Tatzzeit vor 13.08.“ gab, die aber nicht rechtzeitig angekommen sind?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kann mich jetzt nicht mehr konkret an das Gespräch erinnern, aber ich halte es für durchaus wahrscheinlich, dass das geschehen ist. Ich halte das aber auch nicht für sonderlich außergewöhnlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie können sich an das Gespräch nicht mehr erinnern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: An das Gespräch konkret kann ich mich nicht mehr erinnern.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war am 19.08.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das klingt sehr plausibel.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also bleibt sozusagen im Verborgenen, ob das Hinweise sind, die dann auch zu den Kippunkten hätten was sagen können, weil das ist ja die relevante Frage. Der Kollege schreibt hier, es gibt Meldungen vor der Tatzzeit 13.08., also bevor das langsam anfang, zu erodieren, die hatten wir aber nicht rechtzeitig. Und Sie haben - ich meine, das ist jetzt drei Jahre her, bald - ja selber auch gesagt, dass Sie da viel mit dem Parlament in Kontakt waren, ganz am Anfang, was ist da eigentlich passiert. Aber an das Gespräch, wo Ihr Abteilungsleiter Sie informiert hat: „Hm, da waren vielleicht Meldungen, die haben wir nicht rechtzeitig bekommen“, können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Genau so ist es.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Und ich sage noch mal: Das ist nicht so, sagen wir mal, skandalös, wie Sie das jetzt formulieren. Ich habe eben von 5 000 Meldungen gesprochen, die jeden Tag eingehen. Und ob jetzt eine von diesen Meldungen, die vielleicht zwei Tage früher hätten eingehen können, in der Lage gewesen wäre, das Gesamtbild in dieser Art und Weise zu ändern, wie Sie das jetzt mutmaßen, das ist noch eine andere Frage.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätte ich so gerne heute mit Ihnen geklärt. - Wie haben Sie, weil Sie ja sozusagen der erste Ansprechpartner sind auch für die sogenannte Politik, der Politik gegenüber kommuniziert, was der BND leisten kann bei der Lagebetrachtung Afghanistan und was nicht? Können Sie sich da an konkrete Gespräche erinnern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Meinen Sie jetzt, im Nachgang zum 15. August?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, während des gesamten Untersuchungszeitraums.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage richtig verstehe. Aber wie ich eben schon ausgeführt habe, habe ich ja selbst teilweise der Bundesregierung Rede und Antwort gestanden über das, was das Ergebnis unserer Arbeit war. Und dann konnte die Bundesregierung sich ein Bild davon machen, was der Bundesnachrichtendienst in der Lage ist, zu Afghanistan zu erarbeiten und was nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber an konkrete Gespräche können Sie sich nicht mehr erinnern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: An konkrete Gespräche in dem Sinne, dass ich am soundsovielten des Monats XY mit der Person A aus der Bundesregierung -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Datum wäre auch okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bruno Kahl: - gesprochen hätte, nicht, aber dass ich mit verschiedenen Mitgliedern gesprochen habe, habe ich eben ausgeführt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage auch deswegen nach, weil Sie hier - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind auch schon am Schluss.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich die eine Frage noch stellen?

Dr. Ralf Stegner (SPD): Ganz kurz.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin hier ausgeführt, dass es eine Delle im Austausch der Nachrichtendienste gibt in Krisenzeiten. Seit wann kennen Sie dieses Phänomen, und haben Sie das gegenüber Minister/-innen oder den Leitungsstäben anderer Häuser kommuniziert?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Dieses Phänomen habe ich in der Beschreibung, wie ich sie eben hier gegeben habe, erst nach dem 15. August erfahren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor ich das Wort weitergebe, will ich eine kleine Service-durchsage machen für die Zuschauer und Teilnehmer hier, die nachher das Haus noch verlassen müssen. Der Eingang Süd ist heute um 22 Uhr geschlossen. Wenn Sie also Ihre Ausweise wiederhaben wollen, wenn Sie rausgehen, müssten Sie zum Ausgang West gehen. Es ist also ausnahmsweise mal andersherum. Die Eingänge schließen heute; das hat mir eben die Dame da vorne mitgeteilt. Das ist, glaube ich, praktisch für Sie, das zu wissen. So irren Sie nicht ausweislos durch Berlin.

Gut, wir fahren fort. Und die AfD hat das Wort.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Präsident, auch von mir! Und bevor wir loslegen mit den Fragen, möchte ich doch meinen großen Respekt vor der

Professionalität der Arbeit und Leistung Ihrer Mitarbeiter hier ausdrücken. Vielen Dank.

Ich beginne mit dem Anfang des Zeitraums, den wir hier betrachten. In dem Ergebnisvermerk Ihres Gesprächs mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt und dem Abteilungsleiter 7 am 8. Dezember 2020 - das ist MAT A BND-3.51 VS-NfD, Blatt 74 -, ging es auch um die Berichterstattung des BND zu Afghanistan. Es heißt dort:

„BKAmT lobt ausdrücklich die Berichterstattung des BND zu AFG. Die Herausforderung für das BKAmT bestehe darin, die durch den BND transportierten Erkenntnisse auch im AFG-Lagebild der BReg zu implementieren.“

Können Sie uns erläutern, was mit Implementierung der Erkenntnisse im Lagebild der Bundesregierung gemeint war?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja und nein. In dem konkreten Sinne von jenem Dezember 2020 kann ich das nicht mehr erinnern. Aber natürlich ist, wie ich eben versucht habe zu schildern, das Lagebild des Bundesnachrichtendienstes nur ein Element dessen, was die Bundesregierung zusammenzubringen hat. Und da gab es natürlich auch ... [akustisch unverständlich], Unterschiede, unterschiedliche Interessen.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, Sie sprachen da von „einer Herausforderung“. Auf welche Teile der Bundesregierung bezieht sich diese Bewertung, dass das eine Herausforderung sei?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wenn ich den Vorhalt richtig verstehe, ist die Herausforderung etwas, was das Bundeskanzleramt empfunden hat -

Joachim Wundrak (AfD): Ja.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: - als Schwierigkeit vielleicht, in der Bundesregierung eine einheitliche Meinung herzustellen. Deswegen halte ich mich da zurück, in welche Richtung das Bundeskanzleramt das gedacht haben könnte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Ja. - Wie nahmen Sie denn persönlich die Akzeptanz auf die BND-Berichterstattung in den Ressorts wahr? Welche Reaktionen erteilten Sie da unmittelbar? Wie war das Feedback, insbesondere vielleicht vom Auswärtigen Amt und BMZ?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also ich habe, um das mal vorwegzunehmen, eigentlich immer eine sehr beeindruckte und respektvolle Resonanz erfahren dann, wenn ich in der Lage war, die Reaktionen auf Afghanistan-Berichterstattung des BND selber entgegenzunehmen. Das hat sich in erster Linie aufs BMI bezogen, die wir in Migrationssachen, wie eben bedeutet, aber auch in Sicherheitsfragen unmittelbar der zu schützenden Liegenschaften immer wieder in aktuelle Lagebilder versetzen konnten.

Aber das hat sich auch auf das Auswärtige Amt bezogen, die mal mehr, mal weniger, je nachdem wie wohlwollend die Beamten dort dem Bundesnachrichtendienst gegenüber eingestellt sind, die Lagebilder sehr aufmerksam und professionell entgegengenommen haben. Was nicht heißt, dass jede Schlussfolgerung, die sich dann an ein solches Lagebild anknüpft, auch gerne gehört oder gesehen war.

An BMZ-Reaktionen kann ich mich jetzt im Moment nicht erinnern.

Joachim Wundrak (AfD): Hat es da eine Entwicklung gegeben? Wir waren ja bisher am Beginn des Untersuchungszeitraums hin zu der Kulmination der Ereignisse.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, wir waren immer mal wieder der Spielverderber und die Spaßbremse, von der ich eingangs geredet habe. Das hat sich eigentlich durchgetragen. Dass es richtige Dissense gegeben hat, das wird - und das ist auch mir leider erst aus den nachträglichen Befassungen so klar geworden - - das kulminiert erst in dem Wochenende um den 15. August, vielleicht zwei Wochen vorher.

Joachim Wundrak (AfD): Wir haben eben schon über die Szenarien, die 2020 entwickelt wurden,

gesprochen, diese drei Szenarien und die Einstufung als „wahrscheinlich“ oder „weniger wahrscheinlich“. Ende Januar gab dann das Auswärtige Amt auf Weisung Staatssekretär Berger an einen externen Dienstleister in Großbritannien, Oxford Analytica, eine eigene Szenarienanalyse in Auftrag zum Preis von rund 25 000 Euro; das ist MAT A AA-8.448 VS-NfD, Blatt 25. In dieser sollten gemäß der MAT-A-Nummer, Blatt 5,

„plausible Szenarien erarbeitet werden, die alternative Entwicklungsmöglichkeiten in Afghanistan in den nächsten 5 Jahren skizzieren.“

Im Mai 2021 wurde diese Szenarienanalyse dann gemäß MAT A AA BKAm-3.41 VS-NfD im Auswärtigen Amt auf Arbeitsebene einschließlich BKAm vorgestellt. Der BND war dabei nicht eingeladen und erhielt das Papier von Oxford Analytica erst im Juli 2021; das ist MAT A BND-3.311 VS-NfD, Blatt 103.

Dazu habe ich dann folgende Fragen: Gab es auf die Szenarienanalyse aus Ihrem Haus über die zitierte Stellungnahme des BMVg hinaus Ihnen gegenüber oder dem BND Reaktionen, ablehnend oder unterstützend?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich kann mich an diese Reaktionen nicht erinnern, also insbesondere nicht daran, dass sie irgendwie ablehnend gewesen wären. Aber ich kann auch nicht ausschließen, dass gleich hier mir eine Mail entgegengehalten wird, wo ich fluche über irgendein Ressort, was uns kritisiert. Keine Ahnung.

Joachim Wundrak (AfD): Das werde ich nicht machen. - War Ihnen denn dieser Vorgang der Beauftragung eines externen und ausländischen Dienstleisters bekannt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich glaube, nicht.

Joachim Wundrak (AfD): Sind denn Ihnen im Untersuchungszeitraum andere Fälle bekannt geworden, in denen das Auswärtige Amt externe Dienstleister zu Fragestellungen beauftragt hat,



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu denen der BND bereits Antworten geliefert hatte?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein.

Joachim Wundrak (AfD): Im Zuge der Arbeit des Untersuchungsausschusses wurde auch bekannt, dass es auch Szenarien zum Beispiel bei der GIZ und dem zugehörigen Risk Management Office, RMO, gab. Welche Erklärung haben Sie dafür, dass solche Szenarien deutscher Stellen nicht dem BND vorlagen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich will nicht ausschließen, dass sie nicht vielleicht auch auf Arbeitsebene ausgetauscht worden sind, dann, wenn sie beim Besteller mal angekommen sind, ob es die GIZ ist, das BMZ ist, das Auswärtige Amt. Ich halte es auch nicht für ganz ungewöhnlich, dass man versucht, noch externen Sachverständigen zu mobilisieren. In anderen Ländern ist diese Kultur noch sehr viel weiter verbreitet, dass man die Regierungsarbeit durch Thinktanks begleiten und beraten lässt. Und auch in anderen Lebenszusammenhängen ist man froh, wenn man eine Second Opinion hat. Also, das ist alles jetzt nicht so, dass der BND Schnappatmung bekommt, wenn er davon hört.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Befragung. Ich will nur fürs Protokoll sagen: Wenn ich mich nicht gänzlich falsch erinnere, haben wir bei den Befragungen der GIZ hier gehört, dass das Risk Management sich sehr wohl ausgetauscht hat auch mit anderen Diensten. Ich meine, das ist hier vorgetragen worden bei den Sachverständigen. So meine ich mich jedenfalls zu erinnern. Nicht dass wir was Falsches im Protokoll stehen haben.

Jetzt geht das Fragerecht zur FDP-Fraktion, Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr Kahl! Ich habe zwei kurze Nachfragen, bevor ich dann in einen größeren Fragekomplex einsteigen möchte.

Sie hatten vorher in Ihren Ausführungen gesagt, dass Sie während des Untersuchungszeitraums keinen direkten Kontakt zur Bundeskanzlerin oder keinen direkten Austausch mit ihr hatten. Ist das zutreffend?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich habe meinen Kalender nicht daraufhin überprüft. Aber ich könnte mir vorstellen, dass mir das in Erinnerung geblieben wäre, wenn das so ist. Aber ich kann mich nicht dran erinnern.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also auch nicht nach dem 15. August? Ist Ihnen zumindest jetzt nicht aktiv in Erinnerung?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Fällt mir im Moment nichts ein zu, nee. Aber ich bitte um Nachsicht, das kann auch wirklich an meinem schlechten Gedächtnis liegen. Ich will das nicht ausschließen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann hatten Sie ja gesagt, dass es keine Hinweise vor dem 15.08. gegeben habe, dass Kippunkte erfüllt seien. Ist Ihnen folgender Sachverhalt bekannt? Das ist MAT A BND-3.202, VS-NfD, Blatt 223. Das ist so ein Tagebuch bei Ihnen, und das ist vom 14.08.2021 am Nachmittag. Da geht es eben darum, dass bestätigt wird, dass die US-Botschaft leer sei. Also, da wird dann praktisch berichtet, wie die US-Botschaft abzieht und dann um 5.42 Uhr, dass sie leer sei. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Bekannt ist mir die Aussage, dass am Morgen des 15. die deutschen Anwesenden in Kabul festgestellt haben, dass die amerikanische Botschaft geräumt sei, aber nicht vorher.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wir legen Ihnen das mal kurz vor. Vielleicht könnten Sie das anschauen und kommentieren, bitte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in den Unterlagen)

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich kann das nicht einordnen, muss ich ehrlich sagen. Insbesondere



Nur zur dienstlichen Verwendung

weiß ich nicht, ob die Daten, die rechts in dieser Zeile erscheinen und die keine Uhrzeiten sind, wirklich sozusagen einen neuen Tag beginnen lassen. Mir ist das irgendwie - - Mir erschließt sich die Reihenfolge dieser Aussagen nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also Sie bestreiten, dass das am 14. gewesen sei?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wollen wir bitte so nicht fragen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ziehen Sie es in Zweifel, dass es am 14. war?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich weiß, dass am 15. morgens noch Personal da gewesen sein muss der Amerikaner, weil es unser Personal mitgenommen hat. Mag aber sein, dass es nur Teile sind, dass Teile der Botschaft wirklich leer waren, dass die anderen amerikanischen Botschaftsangehörigen von woanders kamen, die dann sozusagen unsere Evakuierung mitorganisiert haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut, ich lasse das mal so stehen. Vielleicht kommen wir da nachher noch mal drauf zurück.

Ich möchte jetzt zum Thema „Szenarienanalyse“ gehen. Da hatten wir ja jetzt schon ein paarmal drüber gesprochen, über die Szenarioanalyse von Ende 2020 mit Emirat 2.0 als eher unwahrscheinlicher Option, die dann ja auch noch mal aktualisiert wurde. Können Sie mir vielleicht auch noch mal sagen, welche Spanne in Prozent sich zu der Zeit im BND hinter der Formulierung „eher unwahrscheinlich“ verborgen hat?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: „Eher unwahrscheinlich“ ist 20 bis 50 Prozent Wahrscheinlichkeit.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wissen Sie, ob es vor dieser Szenarienanalyse von Ende 2020 auch andere Szenarienanalysen zu Afghanistan gegeben hat, also im Sinne von Szenarienanalyse?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Meine Befassung mit den Akten hat ergeben, dass die letzte Szenarienanalyse aus dem Jahre 2013 war.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und ist Ihnen bekannt, dass am 03.08.2021, also zwölf Tage vor dem Fall von Kabul, aus Ihrem Haus zuletzt noch mal berichtet wurde, dass das sogenannte Emirat 2.0 das wahrscheinlichste mittelfristigste Szenario ist? MAT A BND-3.211 VS-NfD, Blatt 178 [sic!]; das ist eine nachträgliche Aufarbeitung, sage ich jetzt mal, aus Ihrem Haus, wo das alles noch mal nachgezeichnet wird, wann was berichtet wurde, also dass praktisch Ende Juli/Anfang August noch mal gesagt wurde: Emirat 2.0 ist das Wahrscheinlichste, und es braucht ungefähr zwei Jahre, bis das eintreten könnte.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich kann mir nur vorstellen, dass damit gemeint ist „bis zu zwei Jahre“. Aber es gibt hier genügend andere Dokumente, in denen aus demselben Zeitraum nachlesbar ist, dass es deutlich schneller auch geschehen kann.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Nee, das steht dann schon so da, dass das sogenannte Emirat 2.0 das wahrscheinlichste mittelfristige Szenario ist.

„Ebenfalls bestand aber auch weitestgehend Konsens, dass damit erst in etwa zwei Jahren gerechnet werden muss.“

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, das passt zumindest nicht mit dem zusammen, was wir parallel auch berichtet haben, sagen wir mal so. Das kann nicht die Meinung des BND alleine gewesen sein, dass es erst in zwei Jahren geschieht, sondern die parallele Berichterstattung, die in diesem Ausschuss ja auch schon heute diskutiert worden ist, die hat von deutlich schnelleren Szenarien geredet. Deswegen bleibe ich bei meiner Aussage, dass gemeint gewesen sein muss - auch wenn es vielleicht in diesem Teil der Berichterstattung anders formuliert worden ist -: bis zu zwei Jahre.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Welche Berichterstattung meinen Sie da ganz konkret Anfang August?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich habe zum Beispiel ja selber am 10. August die ND-Lage bestritten. Es gibt das Schreiben ans Kanzleramt vom 12. August, also wo ... [akustisch unverständlich] andere Zeiten entworfen werden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wie haben Sie denn überhaupt die Tatsache bewertet, dass eine Szenarienanalyse mit Szenarienalternativen bei Ihnen im Dienst erstellt wurden, also 2020 und dann eben noch mal mit der Aktualisierung Ende Juli?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Szenarienanalysen sind ein nicht unübliches, aber sehr anspruchsvolles Instrument, wenn es darum geht, über die Beschreibung des Jetztzustandes hinaus Bilder und Perspektiven für die Zukunft zu entwerfen. Das ist eine recht anspruchsvolle Technik, die im Volksmund ja immer gerne damit zusammengefasst wird, dass Prognosen sehr schwierig sind, insbesondere wenn sie die Zukunft betreffen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In der öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums vom Montag, den 16. Oktober 2023, hier im Bundestag haben Sie ab Minute 57.20 gesagt - ich zitiere:

„... Dann, wenn wir das Gefühl haben, dass wir den Geschwindigkeitsanspruch der Bundesregierung nicht ganz hinreichend bedient haben, versuchen wir, neue Verfahren, neue Methoden einzuführen, zum Beispiel eine Szenarienalternative aufzustellen und diese mit verschiedenen Wahrscheinlichkeiten zu versehen und dann dementsprechend auch keine mögliche Konstellation irgendwie unerwähnt gelassen zu haben.“

Wenn ich Sie richtig in dieser öffentlichen Anhörung verstanden habe, hat es sich bei diesen Szenarienalternativen mit Wahrscheinlichkeit genau um so eine Analyse wie beim Emirat 2.0 gehandelt. Nach Ihrer Aussage in der öffentlichen Anhörung war das eine neue Methode, die eingeführt wurde. Wie wurden denn Ihre Mitarbeiter

geschult, die die Szenarienalternativen für Afghanistan erstellt haben?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, wie ich eben sagte, hat es erstens in der Afghanistan-Berichterstattung im Jahre 2013 schon mal die Arbeit mit Szenarien gegeben. Und darüber hinaus kann ich Ihnen jetzt aus dem Stand nicht sagen, welcher Analyst wann welche Schulung oder Fortbildung erhalten hat. Kann durchaus sein, dass das zu den Punkten gehört hat, wo wir auch Verbesserungsbedarf bei unserer Lessons-learned-Analyse gesehen haben, dass man vielleicht öfter oder häufiger oder wissenschaftlich mehr up to date sich über Szenarientechniken informieren muss.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Welches Lehr- und Informationsmaterial wird denn den Mitarbeitern vom Dienst zur methodischen Erstellung von Szenarienalternativen zur Verfügung gestellt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wir haben Analystenfortbildungen, deren genaue Inhalte ich Ihnen hier nicht wiedergeben kann. Da müssten Sie andere Zeugen befragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind am Ende Ihrer Fragezeit.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir machen weiter mit dem Kollegen Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Die gute Nachricht vorab: Es wird nicht mehr so sehr viele Fragen von unserer Seite geben.

Ich möchte aber anschließen an das, was die Kollegin Nanni gerade gefragt hat. Sie haben im Verlaufe Ihrer Ausführungen hier dargestellt, dass der BND alle notwendigen Informationen zur Lagebewertung auch um die Zeit um den 13./14. August herum gehabt habe. Jetzt hat die Frau Nanni Sie gefragt, dass es nachträglich Informationen gegeben hat, die zeitmäßig auf der Zeitachse vor dem Eintritt des 14. August gelegen



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, die aber erst nachträglich bekannt geworden sind. Meine Frage geht dahin: Haben Sie auch diese nachträglich zur Verfügung stehenden Informationen dahin gehend überprüft, ob sie solche Inhalte enthalten haben, die im Nachhinein betrachtet die Lagebeschreibung und die Lageentwicklungsprognose hätten verändern müssen oder können zumindest?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Mit welchem Ergebnis, Herr Präsident?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wir haben festgestellt, dass zusätzlich zu den Informationen, die auch schon vor dem 15.08. vorlagen und die für eine zunehmende Geschwindigkeit sprachen, für eine Verschärfung der Lage sprachen, es dann solche gegeben hat, die erst nach dem 15. bekannt geworden sind. Aber wir haben nicht den Schluss ziehen müssen, dass sozusagen zwei oder drei Informationen mit derselben Zielrichtung unser Lagebild grundlegend ins Wanken gebracht hätten.

Jörg Nürnberger (SPD): Zweiter Fragenkomplex: Wir haben uns ja jetzt schon mehrfach mit den Kippunkten beschäftigt. Ich nehme da Bezug auf MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 152 bis 156. Und in dieser Unterlage steht, so wie Sie es ja auch völlig korrekt beschrieben haben, die Aufzählung der fünf Kippunkte. Es folgt aber ein weiterer Satz, der lautet:

„Der BND wird unverändert die Bedrohungs- und Sicherheitslage überwachen/evaluieren und anlassbezogen berichten. Dennoch kann zu bestimmten Ereignissen lediglich nachträglich berichtet werden, da eine präventive Perzeption, wie eine Entscheidung zu den Punkten a), b) und c) ausgeschlossen ist.“

A) ist die „Einstellung der Fremdfinanzierung“, b) ist der vollständige Abzug der US-Streitkräfte - dazu haben Sie sehr intensiv ausgeführt -, und Teil c) ist der Teil- und Komplettabzug westlicher Botschaften. Wenn man die ersten beiden

Punkte für sich nimmt, ist es klar, dass erst berichtet werden kann, wenn es tatsächlich stattfindet. Zu dem Zeitpunkt 13. August hat ein Teil- oder Komplettabzug manch westlicher Botschaften offensichtlich schon stattgefunden. Also dieser Kippunkt war dabei, sich zu realisieren.

Und dann gibt es noch zwei Kippunkte: Die „nahezu vollständige Isolierung von Kabul-Stadt“. Auch die war zu diesem Zeitpunkt nach den uns zur Verfügung stehenden Quellen vielleicht noch nicht vollständig abgeschlossen, aber jedenfalls im Prozess, eine Einschließung der Stadt Kabul.

Und es gab die Frage, ob Provinzzentren im Raum Kabul eingenommen werden. Und auf die Frage hinsichtlich der Bekanntheit der Einnahme der Stadt Ghazni, die ja den südlichen Zugang nach Kabul aus strategischen Gründen durchaus viel leichter gemacht hat, haben Sie gesagt: Ja, das wussten wir.

Jetzt ist meine Frage: Wie geeignet sind solche Kippunkte dann, wenn man drei von ihnen nur nachträglich betrachten kann und zwei von ihnen zum Teil schon auch in der Umsetzung begriffen waren, für die Zukunft eine Prognoseentscheidung zu treffen, dass es dann eintreten soll, dass man innerhalb von 0 bis 30 Tagen sich - - eine Lageänderung eintritt. Es geht nicht darum, ob die Kippunkte richtig definiert wurden, sondern um ihre Geeignetheit für eine Änderung der Beurteilung des Eintritts.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, also bei den zwei zuletzt genannten ist ja durchaus dieser Spielraum noch da, sowohl was die Anzahl der Botschaften angeht, die sozusagen der afghanischen Bevölkerung den Eindruck vermitteln können, der Westen flieht - die ist im Wachsen begriffen, aber eben noch nicht vollständig gewesen - - als auch die Zahl der Provinzhauptstädte, die um Kabul noch nicht eingenommen waren, war durchaus in der Lage, sich nach dem 13. August noch signifikant zu erhöhen. Das hat sofort nach dem Ende der Krisenstabssitzung begonnen. Da ist die erste dieser Städte gefallen, und dann ist es weitergegangen. Also insofern ist die zunehmende Zahl in beiden Fällen etwas, wo man sagen kann:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hier hat eine Entwicklung sich fortgesetzt, und hier müssen wir die Lage anders beurteilen.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt möchte ich keine Wortklauberei betreiben, aber Sie haben doch jetzt gerade ausgeführt, dass nicht alle westlichen Botschaften bereits evakuiert haben. Aber so lautet ja der Kipppunkt gar nicht. Da steht „Teil- oder Komplettabzug westlicher Botschaften“, nicht: aller westlichen Botschaften. Welche Entwicklung - - Oder andersrum: Wie viele westliche Botschaften hätten denn noch weiter tatsächlich evakuiert werden müssen, bevor es der BND erkannt hätte, dass diese Kipp- oder nicht erkannt hätte, bevor der BND bewertet hätte, dass dieser Kipppunkt dann erfüllt ist?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Na ja, das kommt natürlich auch auf die Länder an, die räumen. Deswegen, weil diese Frage nicht unerheblich ist, hat die Bundesregierung sich ja gerade so intensiv und langwierig und auch zögernd mit der Frage befasst, wann sie denn jetzt nun räumen soll; weil das eben genau in der Lage gewesen wäre, einen solchen Kipppunkt, einen solchen Dominoeffekt auszulösen. Wenn irgendwelche anderen kleinen Botschaften gehen, ist das nicht so relevant. Und es gibt auch welche, die gar nicht gegangen sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Verstehe ich Ihre Antwort jetzt so richtig, dass es ein politisches Bestreben gab, möglichst selber keinen Anlass dafür zu geben, dass so ein Kipppunkt, den man auch in eigener Verantwortung definiert hat, eintreten soll?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich glaube, dass es mit ein Motiv gewesen ist, nicht zu früh aus Kabul abzu ziehen, dass man nicht selber Auslöser eines Rat Race werden wollte. Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Das hat gerade auch die Kollegin Dr. Jurisch bereits erwähnt. Es gibt diese abgestufte, mathematisch relativ präzise erscheinende Aufteilung der Bewertungsskala mit Prozentzahlen. Jetzt ist ja die Grenze zwischen „eher unwahrscheinlich“ bis „eher wahrscheinlich“ zwischen 50 Prozent - und 50 Prozent - - also schon mal mathematisch nicht ganz eindeutig,

weil es kann entweder „50 Prozent eher unwahrscheinlich“ oder „50 Prozent eher wahrscheinlich“ sein. Welche Art von Ereignis hätte dem BND - es ist hypothetisch gefragt, aber es geht in dem Fall nicht anders - - Fragen wir so rum: Welches andere Ereignis als die Ihnen von dem Botschafter oder dem Gesandten van Thiel zur Verfügung gestellten Informationen, außer den in der Community in anderen Ländern diskutierten möglichen Optionen für die weitere Entwicklung in Kabul - - zur Verfügung standen, hätten noch eintreten müssen, damit Sie dieses 1 Prozent auf 51 erhöht hätten? Was wäre aus Ihrer Sicht eine entscheidende Änderung gewesen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Aus Respekt vor meinen Analysten würde ich auch empfehlen, da jemand anderes dazu zu fragen. Aber wenn Sie meine laienhafte Annäherung mit einpreisen, dann würde ich sagen: zum Beispiel ein offensichtliches Zusammenbrechen der afghanischen Sicherheitskräfte in der Green Zone oder drum herum, was ja erst nach dem Abzug der Amerikaner in der Tat eingetreten ist. Aber hätten die vorher ihre Waffen gestreckt, wäre das ein noch mal unwiderlegliches Zeichen dafür gewesen, dass Kabul auf die Dauer nicht zu verteidigen gewesen wäre.

Jörg Nürnberger (SPD): Meine Frage zielt nämlich auch dahin, wie geeignet ein derartiges Skalenmodell tatsächlich ist, um eine sich ständig verändernde und sehr schnell verändernde Lage auch so zu beschreiben, dass Ihre Abnehmer Ihrer Produkte des BND damit in ihrer politischen oder in ihrer administrativen Praxis wirklich umgehen können.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich glaube, dass dieses Zahlenmodell nicht nur geeignet ist, sondern auch keine sinnvollen Alternativen zulässt. Es ist wie bei jeder Frage, dass man irgendwann springen muss. Irgendwann ist es „eher wahrscheinlich“, oder es ist „eher unwahrscheinlich“. Es gibt nicht nur schwarz-weiß. Es ist keine digitale Disziplin, die Prognostik, sondern es sind Grauzonen. Und ohne diese Grauzonen kommt man nicht aus.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Welche Gründe bringen den BND dazu, bei seinen Lageeinschätzungen und -bewertungen, die er dann seinen Abnehmern vorstellt, gegenteilige Meinungen nicht zumindest zu thematisieren und sie offenzulegen, dass es außer den eigenen Bewertungen auch andere Bewertungen von Menschen gibt, deren Informationen Sie ja tatsächlich beurteilt haben?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Diese Berücksichtigung findet statt in einem sehr langwierigen und anspruchsvollen Prozess, in der* sich unsere Analysen in* der Position vergewissern, die sie nachher zur Position des BND machen. Aber der BND würde seine Aufgabe nicht erfüllen, wenn er schon mit Dissenting Votes gegenüber der Bundesregierung auftreten würde und sagen würde: Ja, wir sind uns da nicht so sicher; die einen sagen so, die anderen sagen so. - Wir müssen uns festlegen. Wir müssen das Lagebild - und in den Stellen, wo es in die Zukunft gerichtet ist, auch mit einer prozentual geäußerten Prognosedimension - eindeutig der Bundesregierung präsentieren. Es gibt, wie gesagt, auch noch andere Elemente dessen, was das Lagebild der Bundesregierung ausmacht. Aber wenn der BND schon mit gespaltenen Zungen aufträte, würde er seine Funktion nicht wahrnehmen.

Jörg Nürnberger (SPD): Zu dem Punkt, was in der Einschätzung auf die Frage, inwieweit dem BND auch vielleicht ein Mitverschulden daran treffen könnte, dass in der Krisenstabssitzung am 13. August 21 noch keine abschließende Entscheidung zu Evakuierung getroffen wurde - - sagte hier der Abteilungsleiter Ader gemäß vorläufiges Protokoll 20/80, Seite 142 aus - das finde ich sehr bemerkenswert; ich zitiere -:

„Wir haben ein Ressortprinzip. Das ist verfassungsrechtlich festgeschrieben. Wir haben eigene Lagebilder, vielleicht auch deshalb. Und aus vielen anderen Beispielen bin ich von der Erfahrung her sehr skeptisch, dass ein Ressort sich im Wesentlichen verlassen würde - noch dazu in einer hochriskanten Situation - auf den BND allein, wenn ich zumal

eigene Sensoren habe, welcher Art die auch immer sein mögen.“

Die Frage, die sich mir aufdrängt, ist: Ist es tatsächlich das Selbstverständnis des BND, dass sich andere Ressorts auf die Lagebilder des BND verlassen können - oder, wie es dieses Zitat andeutet, eher nicht verlassen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich verstehe das, was Sie zitieren, so, dass sich die Bundesregierung auf ein Lagebild des BND durchaus verlassen kann, dass aber das Lagebild keine hinreichende Voraussetzung ist, eine Entscheidung zu treffen. Wie ich eingangs ausgeführt habe, gibt es auch immer noch Aspekte, die über das reine Lagebild hinausgehen und die nicht in die Zuständigkeit des BND fallen, die miterwogen werden müssen. Und da spielen diplomatische, da spielen politische, da spielen wirtschaftliche, auch humanitäre Aspekte oft eine Rolle, die nicht der BND zu verantworten hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Damit wäre ich eigentlich auch schon am Ende meiner Fragerunde angelangt.

Ich möchte, glaube ich, an der Stelle auch noch mal betonen, dass wir das Bild des BND ja hier auch nicht schwarz-weiß zeichnen wollen und ganz besonders der Einsatz Ihrer Mitarbeiter am Kabuler Flughafen allen Respekt verdient, weil das war zum Teil auch unter Gefahr für Leib und Leben. Und dementsprechend möchte ich ihnen für diesen Einsatz an dieser Stelle sehr danken.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende dieser Runde und eröffnen die nächste. Und da wäre die Frage, die sich zunächst an die SPD richtet - - und die keine hat, habe ich gerade wahrgenommen. - Also geht es zum Kollegen Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Das geht ja schnell. - Herr Präsident Dr. Kahl, wir haben ja gerade schon auch viel - - oder die Vorredner haben viel über die Kippunkte und das Eintreten der Kipp-



Nur zur dienstlichen Verwendung

punkte gesprochen. Der BND hat ja dem Auswärtigen Amt bei der Krisenstabssitzung letztendlich die Informationen geliefert, wann sich Zeitlinien auch verkürzen in Form dieser Kippunkte. Wir haben vorher auch darüber gesprochen, dass das Auswärtige Amt letztendlich für das Lagebild verantwortlich ist. Lagen dem Auswärtigen Amt dann nicht spätestens am 14. August alle Informationen vor, um damit letztendlich auch festzustellen, dass eine Verkürzung des Zeithorizonts sehr wahrscheinlich erfolgen wird?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, die Dynamik zur Verkürzung des Zeithorizontes, die hat der BND in Ansätzen ja in der Krisenstabssitzung am 13.08. beschrieben. Direkt danach sind weitere Elemente hinzugekommen, nämlich die Realisierung dieser Kippunkte, und ich bin mir sicher, dass wir in dem Zuge, in dem wir das selber nachhalten und feststellen konnten, auch dem Auswärtigen Amt weitergegeben haben. Umgekehrt schließe ich nicht daraus, um das jetzt mal außerhalb meiner Zuständigkeit zu sagen, dass sofort nach einer Krisenstabssitzung, in der man das eine beschlossen hat, man dann sofort zwei Stunden später das andere hätte tun müssen. Also diese Dynamik, die da drin gewesen ist, die hat dazu geführt, dass alle Verantwortungsträger entsprechend informiert worden sind. Und dann ist am 15. oder am 16. ja auch die entsprechende Entscheidung getroffen worden.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wenn das Auswärtige Amt am 14. die Information der Auslandsvertretung erhält, dass ein Kippunkt eintreten wird, dann liegen doch am Schluss alle Informationen vor, um auch davon ausgehen zu können, dass es eine intensivere Dynamik, eine Beschleunigung der Abläufe geben wird.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, aber wie ich eben formuliert habe, sind eben auch solche Aktualisierungen des Lagebildes nicht das allein auslösende Moment. Auch das Auswärtige Amt hat andere Dinge zu berücksichtigen. Und zu den Beratungen, die gegebenenfalls auf veränderte Lagebilder innerhalb des Auswärtigen Amtes oder innerhalb anderer Teile der Bundesregierung dann stattgefunden haben können, müssten

Sie auch andere befragen. Da kann ich nichts zu sagen, an jenem Wochenende.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich bleibe noch mal bei der Krisenstabssitzung. War Ihnen vor der Sitzung, vor dem 13. August bekannt, dass das BKA und auch die Bundespolizei mit Präsident Romann die sofortige Evakuierung forderten, die Evakuierung der Botschaft forderten?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich kann mich daran entsinnen, in diesem und auch aus anderen Fällen, dass die Verantwortlichen der Bundespolizei natürlich im Zweifel immer für den früheren Zeitpunkt plädieren, eine Botschaft zu räumen, weil sie die unmittelbare Verantwortung für die Sicherheit tragen. Aber wann das jetzt konkret vor dem 13. August 2021 so gewesen ist, das erinnere ich nicht mehr.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Lagen dem BND Informationen vor, die eine Verhandlungslösung und eine Übergabe Kabuls als wahrscheinlichste Lösung erschienen ließen? Ich glaube, hier reicht ein Ja oder Nein, hier muss man nicht in die Details gehen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich weiß, dass die Alternative „Kampf um Kabul“ oder „Verhandlungslösung“ immer größeren Raum einnahm in der Erörterung, je weiter die Entwicklung sich vollzog. Aber ob das jetzt ausschlaggebend war für die Konstituierung des Lagebildes, das kann ich mich nicht mehr erinnern.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ist der BND davon ausgegangen, dass an dem Wochenende Präsident Ghani einer Machtübernahme in dem darauffolgenden Zeitraum bereits zugestimmt hatte?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Da ist er vor dem 13.08. nicht von ausgegangen, dass das kommen könnte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Beruhte die Argumentation des BND vor allem auf dem erwarteten Verhalten der USA, dass also militärischer Abzug bis 31. August und natürlich auch dann die Bedeutung des 11. September da eine wesentliche Rolle gespielt hat? War das der ausschlaggebende Informationsstand?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Es gab Aussagen der Amerikaner, die darauf hindeuteten - ich weiß nicht mehr, die eine war der 11. September, die andere war der 31. August -, dass auf jeden Fall eine Präsenz amerikanischer Kräfte in Kabul vorgehalten werden sollte, die auch auf die afghanischen Sicherheitskräfte und damit auch auf die Taliban den Eindruck erwecken musste, dass die Stadt nicht kampfflos einzunehmen sei. Und umgekehrt wussten wir, dass die Afghanen, dass die Taliban eben nicht um die Einnahme Kabuls kämpfen wollten, zumindest nicht sofort. Und deswegen kamen wir zu den Prognosen, die wir geäußert haben.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Hatten Sie Hinweise, dass die USA so ein Vorgehen mit den Taliban besprochen, ausgehandelt hatten?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wir wussten nur insgesamt, dass es Verhandlungen gab. Da gab es ja auch einen Beauftragten in der amerikanischen Regierung. Teilweise waren wir über die Inhalte informiert, teilweise auch nicht. Und eine unter vielen Optionen ist bestimmt auch die gewesen, dass über solche Verhandlungslösungen geredet worden ist.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Würden Sie der Einschätzung der Auswertung zustimmen, dass die der Einschätzung - also keine geplante militärische Übernahme Kabuls durch die Taliban in den nächsten Tagen - zugrundeliegenden ND-Informationen nicht durch den Fall Kabuls falsifiziert, sondern lediglich überholt wurden?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, unsere Aussage, dass Kabul in den nächsten Tagen nichtmilitärisch* eingenommen werden würde, ist nicht dadurch widerlegt, dass es kampfflos preisgegeben wurde.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich würde Sie gern zu den persönlichen Lessons learned fragen. Gerade eben der Umgang mit den Abnehmern, die Kommunikation - wir haben vorher schon über diese Einschätzungen „eher wahrscheinlich, eher unwahrscheinlich, fifty-fifty“ gesprochen -: Wo lag gerade in diesem Bereich die Lesson learned für Sie, für den BND?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Sie meinen jetzt, in den Ereignissen um den 15. August herum und in der öffentlichen Reaktion darauf?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja, oder letztendlich in dem Zeitraum auch bezogen auf den Lessons-learned-Prozess, der natürlich jetzt die interne Struktur des BNDs beleuchtet hat - - daraus ja auch eine neue Struktur entstanden ist. Das ist ja das eine: Wie komme ich zu Arbeitsergebnissen? Und die andere Frage ist: Gibt es auch Lessons learned in der Kommunikation Richtung politischer Abnehmer?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Die lassen sich sehr wahrscheinlich nicht sehr verallgemeinern, weil sie jeweils auf der konkreten Situation beruhen. Aber ganz bestimmt gehört zu dem, was man sich vornimmt nach solchen Erfahrungen, eine Sprache insbesondere dann, wenn es um Prognosen geht, zu verwenden, die möglichst klar ist und möglichst widerspruchsfrei. Wir werden allerdings - und haben das auch immer wieder, auch in anderen Zusammenhängen, die sich dann nachher realisiert haben - immer wieder die Erfahrung machen, dass Kunden eigentlich nur das hören, was sie hören wollen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wenn man jetzt den konkreten Zeitraum, das Wochenende, sich anschaut - wir haben ja gerade gesprochen, dass es Informationen gab, dass am 14. August, einem Samstag, auch sichtbar war, dass definierte Kippunkte eingetreten sind -: Welchen Informationsmechanismus gibt es denn in so einem Fall, alle Stakeholder, die einzelnen Ressorts, davon zu informieren? Gibt es neben dem Lagebild, das in so einer Krisenstabssitzung, die extra einberufen werden muss, dargestellt wird, da sozusagen so eine Art Alarmierung? Wie funktioniert die Informationsweitergabe, wenn ein wichtiges Ereignis eintritt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Es gibt parallel zu dem Modus der Sitzung, die man einberufen muss, natürlich andere Formen der Kommunikation. Insbesondere wird auf schriftlichem Wege informiert. Und wenn diese schriftliche Informationsgebung an einem Wochenende passiert, dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

wird durch begleitende Telefonanrufe sichergestellt, dass sie ihre Empfänger auch findet.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber das ist eine Kommunikation zu einzelnen Personen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das ist durchaus auch - - Also, ich meine jetzt erst mal: Je dringender und aktueller und heißer die Information ist, desto kleiner ist sehr wahrscheinlich auch erst mal der Empfängerkreis. Aber: Diese Kommunikation ist nicht nur immer bilateral gerichtet, sie kann auch einen größeren Empfängerkreis erreichen, und das wird dann entsprechend auch kommuniziert, begleitet.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Hätte in dem Zeitraum ein Situation Room, ein Ort, wo alle Ressorts auch am Wochenende 24 Stunden vertreten sind und vor allem die Informationen in Echtzeit erhalten und auch bearbeiten - - daraus Schlüsse ziehen können? Wäre das eine Verbesserung gewesen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich glaube, nicht. Die Richtung unserer Informationen ins Auswärtige Amt und ins Bundeskanzleramt hat all die Adressaten erreicht, die gegebenenfalls auch für eine entsprechende Reaktion oder Ziehung anderer Konsequenzen erforderlich gewesen wären.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wenn man sich noch mal eben den Verlauf über das Wochenende anschaut: Die operative Aufklärung und die analytische Aufarbeitung dieser sehr dynamischen Entwicklungen, waren dafür an diesem Sonntag ausreichend Ressourcen auch verfügbar?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja. Wir haben nach dem Ende der Krisenstabssitzung am 13. beschlossen, unsere Fachleute ins Haus zu rufen; sie waren Samstag da. Und als sich Samstag die Entwicklung wieder beschleunigte, sind Sonntag sogar der Referatsleiter und die Vizepräsidentin mit eingerückt, um sowohl den fachlichen als auch den politischen Kommunikationsanforderungen gerecht zu werden, die diese Entwicklung mit sich brachte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Am 15. August gab es wenige Stunden zwischen der Flucht Ghanis und dann der Übergabe an die Taliban. Wie sind diese Meldungen, wie ist dann eine angepasste Lagemeldung, Lageeinschätzung an die entsprechenden Stellen verteilt worden? Waren Sie da eingebunden?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich bin im Lauf dieses Sonntags durch eine ganze Reihe von Telefonaten, soweit ich mich erinnere, immer wieder über neue Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten worden. Aber von den Dingen, die Sie jetzt gerade berichten, wie zum Beispiel der Flucht Ghanis, da waren ja auch die offenen Quellen sofort informiert, also da ereignete sich auch in den normalen Medien eine Berichterstattung, die man mitverfolgen konnte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Die aber der BND trotzdem unmittelbar ins Lagebild aufnimmt und - - nicht davon ausgeht, dass jetzt die Ressorts das selber feststellen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, also, sagen wir mal so: Wir berücksichtigen die in unserem Lagebild, und wir aktualisieren das und kommunizieren das aktualisierte Lagebild. Aber wenn in den Weltnachrichten läuft „Ghani verlässt Kabul“, dann setzt der BND nicht noch einen eigenen Bericht dafür ab.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Wir haben hier auch oft über Szenarienanalysen gesprochen, ob das notwendig gewesen wäre, dass man stärker noch auf unterschiedliche Szenarien eingeht, Team-Red-Konzepte. War das überhaupt oder wäre das ein geeigneter Ansatz, um solche dynamischen Entwicklungen innerhalb weniger Tage, innerhalb eines kurzen Zeitraums dann besser vorhersagen, besser analysieren zu können?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, erstens, wir haben relativ viele Instrumente hin- und hergewogen und geprüft. Etliche davon finden auch Anwendung. Ich möchte trotzdem um Verständnis bitten, dass ich jetzt die einzelnen technischen Tools, die uns zur Verfügung stehen, um unsere Berichterstattung immer besser zu machen, hier nicht mit Pros und Cons versehen will, weil das



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch ein bisschen Aufschluss auf unsere Methodik zulässt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. - Ich möchte noch kurz auf die Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt eingehen. Können Sie uns kurz die Struktur dieser kleinen Runde der Präsidenten darstellen? Trifft die sich regelmäßig? Wie funktioniert das?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, die ND-Lage besteht aus den Chefs der Sicherheitsbehörden, die sich einmal in der Woche treffen. Da sind außer den drei Nachrichtendiensten noch das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, der Generalbundesanwalt und die entsprechenden Ressortvertreter.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wie regelmäßig haben Sie da im Untersuchungszeitraum teilgenommen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich weiß, dass ich im Monat August, glaube ich, also die Sitzung unmittelbar vorher mitgemacht habe und zwei Sitzungen davor nicht und dann aber wohl wieder. Also, es ist immer so, dass ich mindestens 50 Prozent dieser Termine selber wahrnehme.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und wer hat Sie da üblicherweise vertreten?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Frau von Uslar.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - War Afghanistan regelmäßig Thema dieser Runden, auch über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Im Prinzip: Ja. Die Dinge, die von politischer Relevanz sind, die im Ressortkreis diskutiert werden, die sind eigentlich ständig auf der Tagesordnung. Es gibt dann immer mal wieder Ausnahmen, wenn gerade nichts Neues zu berichten ist. Aber so, wie jetzt Gaza und Ukraine jedes Mal auf der Tagesordnung sind, war es damals Afghanistan.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gibt es einen Unterschied zu den regelmäßigen Staatssekretäsrunden - jetzt aus Ihrer Sicht natürlich?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich habe an den Staatssekretäsrunden sehr, sehr selten teilgenommen, wie ich gesagt habe, also an den regelmäßigen eigentlich gar nicht, sondern das hat die Fachebene gemacht. Da geht es dann doch sehr ins Detail, und in der ND-Lage werden die, sagen wir mal, Punkte mit politischer Konsequenz erörtert.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gab es in diesen Runden eher auch kontroverse Debatten, oder wurden die Berichte einfach zur Kenntnis genommen? Also diese Diskrepanz auch der einzelnen Lagebilder, Auslandsvertretung etc.: Ist das auch Thema in diesen Runden gewesen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, dafür sind sie da. Also, wo, wenn nicht in diesen Runden, müsste man Meinungsverschiedenheiten in so zentralen Fragen erörtern und diskutieren und dann irgendwie auch einer Lösung zuführen? Ich kann mich allerdings jetzt nicht in den Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe, an irgendwelche großen Dissonanzen erinnern. Aber es gibt natürlich Wertungsunterschiede, und die sind, wenn ich das richtig verstehe, in der Staatssekretäsrunde zu Afghanistan öfter und prominenter zutage getreten als in der ND-Lage.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir wieder zu den Grünen, und die Frau Kollegin Nanni ist dran.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Kahl, ich würde direkt noch mal mit einem Vorhalt weitermachen. Den bringen wir Ihnen auch vorbei.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Das ist MAT A BND-4.03 VS-NfD_Austausch, Blatt, ich glaube, 88. Das ist leider hier überdruckt. Und das ist eine E-Mail, wo leider auch teilweise die Empfänger usw. geschwärzt sind; ich versuche es trotzdem mal. Innerhalb Ihres Hauses, da schreibt ein Kollege einem anderen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„... ich lese gerade auf Empfehlung von Herrn H...“

eingegangen hier (und bei LB) am 21.07.2021. Habs grade an LAZ nachverteilt ...“

Das Pikante ist: Diese E-Mail ist vom 06.09. Also einige Wochen nach dem Fall von Kabul wird eine Szenarioanalyse für den Fall von Kabul aus den USA im Haus weitergeleitet. - Wie erklären Sie sich, dass dieses doch vielleicht relevante Gedankenspiel nicht vorher schon im Haus Teil der Analyse geworden ist?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wenn ich diese Mail richtig lese, dann ist sie am 21.07.2021 eingegangen. Also, das hat nur ein paar Tage gedauert.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde dann aber an LAZ nachverteilt erst Anfang September und ist ja auch anscheinend nicht Teil Ihrer Analysen geworden, weil Sie haben ja auch gerade noch mal ausgeführt, was für einen großen Unterschied es gab zwischen den afghanischen Sicherheitskräften außerhalb von Kabul und rund um Kabul.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Hier geht es um die Erklärung von Szenarien, und Szenarien, die die Amerikaner sich erklären und uns dann mitteilen, die werden sicherlich Eingang gefunden haben in unsere Berichterstattung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Weil Sie haben ja jetzt in der Befragung mehrfach gesagt: Den Fall von Kabul haben wir nicht vorausgesehen; da haben wir andere Bedingungen gesehen, und auch sonst niemand. - Ich habe jetzt das Papier leider nicht selber gesehen, aber „...“ ist ja schon mal ein bisschen was anderes als dieses „Kabul wird nicht fallen“, wie Sie das hier vorgetragen haben.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Der BND hat nie behauptet, Kabul würde nie fallen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja, es gibt natürlich Szenarien, in denen der Fall von Kabul denkbar ist: dass zum Beispiel irgendwann auch eine militärische Auseinandersetzung um Kabul geführt wird und auch vielleicht sogar mit Erfolg geführt würde. Aber das haben wir nicht unmittelbar bevorstehend gesehen. Und was ich jetzt hier von diesem Papier lese, lässt keine anderen Zeithorizonte irgendwie aufscheinen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde noch mal eingehen - - Das haben Sie ja auch heute noch mal betont: Das Szenario Taliban 2.0 wurde ja vom BND schon sehr frühzeitig auch sozusagen an die Wand gemalt und auch kommuniziert. Eine Sache, die ich nicht verstanden habe, ist: Also, wir wissen, dass der BND diese Szenarioanalyse nicht zum Beispiel mit den afghanischen Sicherheitskräften geteilt hat - das wäre auch wahrscheinlich keine gute Idee gewesen - und dass er selber damit nicht hausiert ist. Allerdings stelle ich mir halt die Frage: Wenn der BND zu so einer Analyse kommt, ist es dann nicht auch denkbar, dass auch die afghanischen Sicherheitskräfte zu einer solchen Einschätzung kommen, die da heißt: „Irgendwann werden die Taliban sowieso wieder regieren“? Haben Sie da mal drüber reflektiert im Haus?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Bestimmt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nee.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil das hat ja Einfluss darauf, wie der Kampfeswille ist, ne? Also, wenn ich jetzt denke, ich könnte jetzt Kabul verteidigen und sterben, und dann halte ich die Taliban vielleicht noch mal drei Monate auf oder sechs, oder ich lasse es, weil Taliban kommt sowieso irgendwann - - Also, diese Prognose kann ja Einfluss auf den Kampfeswillen der Leute nehmen. Können Sie sich nicht dran erinnern, dass Sie das mal besprochen haben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich glaube, dass weniger die Prognose des BND ausschlaggebend ist für den Kampfeswillen, sondern das, was die Soldaten und Soldatinnen in den afghanischen Streitkräften selber für Empfindungen haben, was kommt. Also, ich bin mir aber sicher, dass meine Leute sich sehr genau überlegt haben, welche Erträge ihrer Arbeit sie mit wem teilen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich glaube, da kommen wir nicht weiter.

Dann würde ich an einer anderen Stelle weitermachen. Sie haben vorhin im Nebensatz gesagt: Kann sein, dass ich in irgendeiner E-Mail mal geschrieben habe dieses oder jenes. - Dann bin ich kurz stutzig geworden, weil wir haben tatsächlich von Ihnen persönlich keine E-Mails gefunden in dem Datenkorpus, der uns zur Verfügung gestellt wurde. Können Sie mir das erklären?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja. Ich schreibe keine E-Mails, sondern ich schreibe „Im Dienst“. Also, wenn ich mit meinem Haus kommuniziere, habe ich eben erklärt - - das Format „Im Dienst“. Dann richte ich mich an mein Haus; aber ich schreibe selbst jetzt an verschiedene Bereiche meines Hauses keine E-Mails.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie geben Sie denn Weisung?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Indem ich sie in Gesprächen formuliere, und dann werden sie umgesetzt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gibt es da einen Mechanismus, wo die Weisung noch mal von wem anders verschriftlicht und von Ihnen dann noch mal abgesegnet wird?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das kommt sehr auf die Tragweite, den Inhalt und das Gewicht solcher Weisungen an. Es gibt natürlich welche, die ich selber dann auch unterschreibe, die dann sozusagen zum Vorschriftenbestand des BND gehören. Es gibt aber auch welche, wo ich sage: „Ich möchte gerne bis morgen früh um 9 Uhr das und das lesen“, und dann wird das einfach gemacht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie haben Sie gegebenenfalls auch Weisungen erhalten? Ich weiß, Sie sind Behördenchef; aber die Behörde ist ja dem Kanzleramt untergeordnet.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: In der Regel erhalte ich solche Weisungen mündlich. Und dann, wenn sie irgendwie einen Vorgang betreffen, der eine administrative Folge hat, dann erhalte ich sie auch schriftlich. Ist aber ganz selten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann über das Postfach Ihres Sekretariats, oder wie muss ich --

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Genau. Es gibt eine Postfachadresse des Präsidenten in Funktion; das ist eine Funktionsadresse.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wir haben ja im Untersuchungszeitraum - das war ja auch ganz viel die Coronazeit, wo das dann mit der Präsenz ein bisschen schwierig war - - Haben sich die Weisungen dann ins Fernmündliche verlagert, oder haben Sie sich trotzdem mit denjenigen, die von Ihnen Weisungen erhalten, persönlich getroffen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich kann das jetzt in Einzelheiten nicht mehr rekonstruieren. Aber es gibt auch zu Zeiten von Corona die Möglichkeit, zu telefonieren, und es gibt die Möglichkeit auch, sagen wir mal, in entsprechendem Abstand sich zu treffen. Es gibt auch die Möglichkeit, schriftlich was zu machen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es auch die Möglichkeit, verschlüsselt zu telefonieren, mit Ihren Abteilungsleitern zum Beispiel?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Die ist dauerhaft gegeben gewesen im Untersuchungszeitraum.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, wenn es drauf angekommen wäre, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann kommt es denn drauf an?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Oft ist es nicht nötig, dass ich selbst mit denen spreche, weil ich in meiner Umgebung Stabspersonal habe, was dann die entsprechenden Inhalte meiner Weisungen weitertransportieren kann. Dann kommt es darauf an, dass ich mit meinen Stabsleuten kommunizieren kann.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich gerne noch auf eine Sache eingehen, die Sie vorhin hier gesagt haben: Der BND müsse sich festlegen und eindeutig präsentieren. - Ja, das muss ich jetzt ohne Suggestivfrage hinkriegen, ne?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut, dass Sie das selbst bemerkt haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie kurz die Zeit anhalten, dass ich nachdenken - - Also, was haben Sie beobachtet, welchen Einfluss im Untersuchungszeitraum, aber meinerwegen auch darüber hinaus Ihre eindeutig festgelegten Vorträge dann auf die politischen Entscheidungen hatten?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, auf dem Abstraktionsniveau kann ich nur antworten, dass mir und auch dem BND auf anderen Ebenen sehr genau zugehört wird und dass versucht wird, diese Bilder, die wir zeichnen, und Informationen, die wir geben, exakt aufzunehmen, ohne irgendetwas zu verpassen oder zu unterschlagen. Und welche Konsequenzen dann politisch daraus gezogen werden, das steht dann auch wieder auf einem anderen Blatt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt muss ich kurz ein Statement machen, weil auch mit dem, was Sie vorhin gesagt haben: Der Austausch zwischen den Geheimdiensten bekommt eine Delle in Krisenzeiten - - Dann haben wir auch schon mitbekommen die Indikatoren, die Sie genannt haben, die Kippunkte. Einige davon sind nicht beobachtbar gewesen, oder es ist sozusagen theoretisch ausgeschlossen, dass man sie

beobachtet. Andere kann man beobachten, aber dann, in dem Moment ist es auch schon zu spät.

Das sind ja sehr, sehr viele Unwägbarkeiten, die dann in der Analyse mitschwingen, und dann halte ich es für vielleicht nicht unbedingt hilfreich, wenn mit einer gewissen Eindeutigkeit die Kommunikation Richtung Politik verläuft, die ja einfach sozusagen auch Worst-Case-Szenarien usw. präventieren muss und sich dann vielleicht auch auf der einen oder anderen Eindeutigkeit ausruht, wie es zum Beispiel auch in der Krisenstabssitzung so gemacht wurde mit der Aussage: „Bis zum 11. September können wir uns sozusagen noch weiter vorbereiten“ oder: „Bis dahin haben wir unsere Ruhe.“ - Das musste ich mir jetzt einmal erlauben. Können Sie ja mal so mitnehmen.

Dann hätte ich noch eine Frage - die geht jetzt wieder ein bisschen weiter zurück -, und zwar ist das mit Bezug auf MAT A BKAm-3.89 VS-NfD, Blatt 38. Da haben Sie in der ND-Lage unter dem TOP „Aktuelle Sicherheitslage zu Afghanistan“ vorgetragen „Szenarien zum Fortgang des afghanischen Friedensprozesses“. Erste Frage: Erinnern Sie sich noch an den Vortrag?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein, das tue ich nicht mehr. Ich habe das Datum auch gerade nicht aufgeschnappt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es könnte sogar sein, dass ich das gemeinerweise gar nicht genannt habe: 1. Dezember 2020.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich entsinne mich nicht dessen, aber ich weiß ungefähr, was dann Gegenstand gewesen sein könnte. Darf ich die Gelegenheit gerade nutzen, ohne dass es auf Ihre Redezeit angerechnet wird, einen Irrtum klarzustellen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können Sie schon deswegen, weil die Redezeit abgelaufen war.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich wollte noch mal korrigieren: Die Kommunikation zwischen Nachrichtendiensten erfährt nicht in Krisenzeiten eine Delle, sondern unmittelbar vor dem Peak einer



Nur zur dienstlichen Verwendung

Entscheidung wie der: Wird die Botschaft geräumt oder nicht? Das war vielleicht eine Zeitspanne von drei Tagen. Das ist das, was ich gemeint habe.

Das ist aber umgekehrt die Zeit, wo die Kommunikation der Diplomaten anschwillt. Genau für diese Situation war dieses Bild mit der Delle gemeint. Ansonsten sind Krisenzeiten natürlich, wenn sie so lange andauern wie zum Beispiel die Afghanistan-Krise oder so lange andauern wie jetzt Gaza oder Ukraine, Zeiten verstärkten und intensiven nachrichtendienstlichen Austauschs.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zum Kollegen Wundrak, AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Präsident, Sie haben dankenswerterweise eben eine ND-Lage beschrieben oder die Mitarbeit an einer ND-Lage beschrieben. Am 29. Juni 2021 nahmen Sie auch teil an einer ND-Lage. Bei dieser trug gemäß MAT A BKAm-3.91 VS-NfD, Blatt 420, der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Michael Niemeier, zu - Zitat - „Unterstützungsnetzwerke der Taliban in DEU“ vor. Meine Frage dazu: Hatte der BND im Untersuchungszeitraum Erkenntnisse über entsprechende Unterstützungsstrukturen oder Beziehungen der afghanischen Taliban nach Deutschland, und können Sie diese im Rahmen dieser öffentlichen Anhörung hier etwas näher erläutern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nee, das kann ich nicht, erstens, weil ich auch in meiner Erinnerung da nichts Konkretes hervorkramen kann und, zweitens, weil ich davon ausgehe, dass, wenn es Gegenstand einer ND-Lage war, es dann Geheim ist, und, drittens: Das, was das BfV dazu gewusst hat, wird es mindestens mit uns geteilt haben, wenn es das nicht von uns wusste.

Joachim Wundrak (AfD): Also, dann können Sie mir auch nicht sagen, dass es nach diesem Vortrag einen Beschaffungsauftrag an den BND oder einen eigenkreierten Aufklärungsauftrag an Ihren unterstellten Bereich gab.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Steppan.

RD Michael Steppan (BKAm): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meines Erachtens ist das nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das bewerte ich auch so. - Herr Wundrak, Sie können einfach die nächste Frage stellen.

Joachim Wundrak (AfD): Gemäß MAT A BND-4.05 VS-NfD, Blatt 222, planten Sie am 15. September 2021 in Berlin ein Arbeitsfrühstück mit Mitarbeitern der Residentur Kabul - gutes Beispiel für Umgang mit der wichtigsten Ressource, dem eigenen Personal. Dazu meine Frage: Was waren Ihre Kernanliegen für dieses Arbeitsfrühstück mit den Residenturmitgliedern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich entsinne mich, dass natürlich das die Kolleginnen und Kollegen waren, die die brutalste Zeit in Kabul mitgemacht haben. Und da hatte ich mindestens zwei Interessen. Das eine Interesse war, diesen Kolleginnen und Kollegen den Respekt und die Anerkennung der Leitung ihres Arbeitgebers entgegenzubringen, und andererseits natürlich auch, möglichst farbig und intensiv selbst zu erfahren, was sich zugetragen hatte in diesen Tagen.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, genau dahin zielt meine Frage: Können Sie uns schildern, wie die Stimmung Ihrer Mitarbeiter bei diesem Frühstück war und was aus Ihrer Wahrnehmung heraus deren Kernanliegen war, mit ihrem Präsidenten zu sprechen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich entsinne mich zweier Dimensionen - um das in einer gewissen Abstraktion zu lassen -: Einerseits hatten diese Leute ganz furchtbare Situationen erlebt, was sie auch sehr beeindruckt hat, obwohl das alles ganz gestählte Damen und Herren waren, die da gewesen sind. Andererseits habe ich eine große Befriedigung empfunden über das, was diese Leute dort leisten konnten in einer sehr bescheidenen Art und Weise. Aber es war ein Eindruck von Erfüllung und von Sinnhaftigkeit eines Tuns, für das man sein Leben aufs Spiel gesetzt hatte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Gab es denn auch aus diesem Kreis kritische Stimmen zur Berücksichtigung oder Bearbeitung der BND-Leistungen in der Presse oder auch sogar von Politikern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das will ich nicht ausschließen. Ich kann mich nicht daran erinnern.

Andererseits ist natürlich gerade so erfahrenes BND-Personal gewohnt eine Diskrepanz zwischen der eigenempfundene Sinnhaftigkeit des Tuns und der Kritik, die der BND in der Öffentlichkeit erfährt. Und das, was dann gelegentlich als Bitterkeit geäußert wird, ist, dass das nur in Deutschland so ist und in allen anderen Ländern nicht.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank. - Ich wechsle kurz das Thema. Inwieweit waren Sie als Präsident des BND direkt mit der Problematik der Ortskräfte befasst?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Da war ich kontinuierlich mit befasst - mit der Thematik der eigenen Ortskräfte sehr früh und insbesondere deshalb, weil ich mich dafür interessiert habe, weil ich wollte, dass wir in unserem Verantwortungsbereich alles dafür tun, dass es da keine Schäden gibt und keine Verletzungen oder gar Schlimmeres.

Und zweitens war das natürlich eines der zentralen Themen, das die ganze Beschäftigung der Bundesregierung durchzogen hat in der Behandlung der Afghanistan-Problematik: Wie bekommen wir die Menschen, die uns in unserem Einsatz in Afghanistan unterstützt haben, vor Verfolgung geschützt oder gar ins eigene Land geholt?

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank. - Nach Einschätzung Ihrer Abteilung LB - und das ist MAT A BND-3.51 VS-NfD, Blatt 38 - schätzte LB die Gefährdung von Ortskräften des BND, und zwar ausdrücklich der Sprachmittler und der Hausmeister, als hoch ein. Können Sie uns sagen, warum gerade diese beiden Gruppen und andere nicht?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nee, den Unterschied jetzt zu anderen nicht; den kann ich im Moment nicht rekonstruieren. Aber wer natürlich für

einen Nachrichtendienst tätig war und als Sprachmittler und als Hausmeister natürlich auch visibel war, ist natürlich auch besonders in der Optik derjenigen, die dann irgendwann mal an der Macht sind.

Joachim Wundrak (AfD): Wie wurde denn in Ihrem Hause vor dem Hintergrund der mehrfach erklärten Amnestieankündigungen und Sicherheitsgarantien der Taliban die Gefährdung der Ortskräfte konkret eingeschätzt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wir mussten - wenn ich das richtig rekonstruieren kann; aber das ist auch besser sehr wahrscheinlich auf der Fachebene nachzufragen - einpreisen, dass solche Amnestieversprechen und Schonungszusagen nicht in jedem Einzelfall eingehalten werden würden. Es hat des Öfteren auch in Dimensionen, wo eigentlich die Taliban ihre Zusagen eingehalten haben, auf unteren, lokalen Ebenen Verstöße dagegen gegeben. Und deswegen ist das etwas, was wir nicht für bare Münze nehmen konnten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Zeit. - Und wir wechseln zur FDP. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Dr. Kahl! Ich möchte noch mal so ein bisschen allgemein auf die Szenarienalternativen eingehen. Wie viele Stellen wurden eigentlich dem Auswertungssachgebiet für Afghanistan zu Erstellung und kontinuierlichem Nachhalten der Szenarienalternativen zur Verfügung gestellt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wie viel Stellen?

Peter Heidt (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Weiß ich nicht auswendig.

Peter Heidt (FDP): Wissen Sie, wie viel Zeit denn eigentlich dem betroffenen Sachgebiet neben dem Tagesgeschäft geblieben ist, um diese Szenarienanalysen zu machen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Steppan.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Michael Steppan (BKAm): Vielen Dank. - Der BND gibt an sich keine konkreten Zahlen zu Stellen oder Personen, die in Bereichen arbeiten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auch das ist korrekt. Das haben wir hier immer so gehalten.

Peter Heidt (FDP): Würden Sie aber die Frage beantworten, wie viel Stellen in dem Haus unbesetzt sind? Oder ist das auch zu viel gefragt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Das würde ich auch lieber in den dafür ermächtigten Gremien sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege Heidt, das ist tatsächlich regelmäßig abgefragt worden im Parlamentarischen Kontrollgremium. Das kann ich aus eigenem Erleben schildern, dass das so ist.

Peter Heidt (FDP): Sehr gut. Da bin ich nicht, deswegen habe ich jetzt mal ein bisschen gefragt. - Noch eine andere Frage, weil das immer wieder aufgefallen ist, das Problem Freitag-nachmittag/Wochenende. Denn Nachrichten und Informationen gibt es ja nicht nur montags bis freitags 17 Uhr, sondern eben auch später. Wie haben Sie sichergestellt, dass in diesem Zeitraum, also Wochenende, die Nachrichten und Informationen verarbeitet werden?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, wie andere sicherheitsrelevante Institutionen auch hat der Bundesnachrichtendienst ein 24/7-Lagezentrum mit einem Lagestaboffizier und den entsprechenden Möglichkeiten, zu skalieren, so, wie das dann auch an jenem Wochenende, wo es besonders kritisch war, geschehen ist. Das hatte ich eben ausgeführt. Da weiß ich nicht, ob Sie da schon im Saal waren.

Peter Heidt (FDP): Na ja, ich will aber doch noch ein bisschen mal nachhaken, weil: Hat es denn im Untersuchungszeitraum Änderungen in dem Bereich gegeben, oder war das immer gleichbleibend?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich will nicht ausschließen, dass wir in dem Untersuchungszeitraum im Rahmen unserer Strukturreform

auch Lagezentrums- und Kommunikationskapazitäten aufgestockt haben. Das mag sein. Vielleicht haben wir es insbesondere auch nach dem Ereignis noch mal getan. Denn das fiel mittenrein in unsere große Strukturreform.

Peter Heidt (FDP): Wie schätzen Sie denn das ein? Die Mitarbeiter, die dann am Wochenende gearbeitet haben, hatten die dieselbe Möglichkeit und Kompetenzen, die Informationen zu verarbeiten, wie sozusagen in der normalen Woche?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Sie hatten und sie haben die Kompetenzen, um zu erkennen, ob es nötig ist, Sachverstand beizuziehen und ins Haus zu rufen, oder nicht.

Peter Heidt (FDP): Ja, ich frage deshalb so ein bisschen, weil unser Eindruck ist, dass schon am Wochenende manchmal Verzögerungen sich eingestellt haben und dass Sachen eben erst mal liegen geblieben sind, nicht sofort bearbeitet worden sind.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wo Menschen arbeiten, macht man Fehler. Und natürlich ist das Wochenende eine pannenträchtigere Zeit als die Zeit der Vollbesetzung unter der Woche. Aber ich habe jetzt nicht den Eindruck, dass irgendetwas von dem, was wir hier heute diskutiert haben, darunter gelitten hat, dass am Wochenende der BND unterbesetzt gewesen ist.

Peter Heidt (FDP): Ist eigentlich der BND Teil des Bundessicherheitsrates?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich glaube, zum Bundessicherheitsrat darf ich nichts sagen, ne?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Steppan.

RD Michael Steppan (BKAm): Ich denke, es ist vor allem nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist eher die richtige Antwort; denn ansonsten ist es eine Frage der politischen Bildung. Entschuldigung, ich meine das nicht despektierlich. Sondern das



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann man, glaube ich, nachlesen, wer im Bundessicherheitsrat Mitglied ist. Dieser Sachverhalt ist nicht Geheim. Nur das, was sie da tun, ist Geheim.

Peter Heidt (FDP): Das war auch eher eine spontane Frage, die mir aufgefallen ist. - Nach dem 15. August war der BND hier ja sehr schnell im Fokus. Wir haben über den Außenminister Maas schon gesprochen. Wie haben Sie denn diese Presseberichte im Nachgang des 15. August selbst wahrgenommen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Bis heute als eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, von der ich bedaure, dass ich mich nicht besser dagegen wehren kann.

Peter Heidt (FDP): Wurden Sie denn vom Kanzleramt direkt oder über den Dienstweg angesprochen, Kritik geübt in irgendeiner Form?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich wurde ermahnt, mich am Schwarze-Peter-Spiel nicht zu beteiligen.

Peter Heidt (FDP): Und das Auswärtige Amt, hat das eigentlich neben Presseberichten auch direkt bei Ihnen oder über den Dienstweg Kritik geübt? Oder war das alles nur diese Pressekiste?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich habe jetzt keine schriftlichen Beschwerdebriefe erhalten. Aber ich musste feststellen, dass auf allen Kanälen, selbst bei dafür extra angesetzten Hintergrundgesprächen, aus allen Rohren geschossen worden ist.

Peter Heidt (FDP): Also auf der kompletten Arbeitsebene?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Die Arbeitsebene, das habe ich nicht mitgekriegt; das weiß ich nicht.

Peter Heidt (FDP): Können Sie das noch näher beschreiben, wer kritisiert hat und was kritisiert worden ist und wie das abgelaufen ist?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein, denn dann würde ich mich an der immer noch fortwirkenden Mahnung, kein Schwarze-Peter-Spiel zu betreiben, ja

doch beteiligen oder gegen diese Mahnung verstoßen.

Peter Heidt (FDP): Ist das so, dass er das nicht sagen darf, oder wie sehen Sie das, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, ich glaube auch, dass die nachrichtendienstliche Tätigkeit sich nicht darauf ausdehnt, zu erforschen, wer Hintergrundgespräche macht, nehme ich mal stark an. Insofern ist es eh ein Spekulieren. Wir halten ja die Zeugen an, von Spekulationen Abstand zu nehmen. Wenn die Leute sich mit Namen und direkten Zitaten melden, dann kann man es ja nachlesen. Ansonsten bleibt es Spekulation. Also, ich will dem Zeugen nicht helfen bei seiner Vernehmung; das muss er selber geben, aber, ich glaube, da liegt der Schlüssel.

Peter Heidt (FDP): Ich würde dann gern noch mal mit Ihnen auf das entwickelte Szenario Emirat 2.0 schauen. Sie haben ja vorausgesagt am 13. August, die Einnahme Kabuls wird in den nächsten 30 bis 90 Tagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 20 bis 50 Prozent passieren. So würde ich die Worte, die Einnahme Kabuls in den nächsten 30 Tagen ist eher unwahrscheinlich - - wenn ich Ihre Legenden ... [akustisch unverständlich] danebenlege. Für mich klingt das subjektiv aber ganz anders. Also „eher wahrscheinlich“ ist ja weniger bedrohend als eine Wahrscheinlichkeit von 20 bis 50 Prozent. Halten Sie diese Art der Kommunikation für einen Faktor bei der Darstellung von Szenarien und deren Eintrittswahrscheinlichkeiten?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, wir haben, glaube ich, von „eher unwahrscheinlich“ gesprochen, was diesen Eintrittsgrad betrifft. Das sind 20 bis 50 Prozent. Und ja, ich halte ihn für eine hinreichend präzise und verständliche Art der Kommunikation, weil er etabliert ist in den Zusammenhängen, in denen wir berichten und in denen es auf diese Einschätzungsgrade ankommt. Und ich habe das mal mitgebracht.

(Der Zeuge hält
Unterlagen hoch)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das hängt an jedem Dokument, was wir verteilen, im Sinne einer Farbskala untendran, sodass derjenige, der sich reibt an dieser Sprache, an dieser Begrifflichkeit immer wieder orientieren kann, was damit gemeint ist.

Peter Heidt (FDP): Ja, gleichwohl: Haben Sie den Eindruck, dass die Bedarfsträger die Fachbegriffe des BND wirklich ausreichend kennen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Einerseits ja, und andererseits habe ich eben gesagt, dass manchmal das, was hängen bleibt, auch von dem abhängt, was man hören will.

Peter Heidt (FDP): Also Sie meinen, der ein oder andere hat das auch vielleicht bewusst falsch verstehen wollen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können wir bitte nicht so fragen?

Peter Heidt (FDP): Ja. - Oder vielleicht präzisieren Sie die Antwort, die Sie davor gegeben haben ein bisschen, wie Sie das gemeint haben.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, sagen wir so: Bei denen, bei denen es drauf ankommt, ist die Terminologie inklusive der Begrifflichkeit hinreichend verständlich. So. Und was ansonsten von den Aussagen, die auch in Grauzonen mit abgedeckt werden sollen, hängen bleibt, hängt sehr viel von dem Vorverständnis ab derjenigen, die es konsumieren, und auch von den Aufträgen, die sie haben. Also das, was zum Beispiel die Ressortinteressen dann jeweils betrifft, die ja zwischen den Häusern unterschiedlich sein können, das führt eben dazu, dass man sich die Dinge rauspickt, die eher für die eigene Position sprechen.

Peter Heidt (FDP): Wurden eigentlich Partner vor einem unmittelbar bevorstehenden Kollaps der Regierung in Afghanistan gewarnt, oder hatten die auch eigene Erkenntnisse?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Haben Sie gesagt „hatten“ oder „hätten“?

Peter Heidt (FDP): „Hatten“, also damals.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, wenn es solche Erkenntnisse gegeben hätte, dann glaube ich schon, dass man gewarnt worden wäre.

Peter Heidt (FDP): Haben Sie denn Partner gewarnt oder da Kontakt aufgenommen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, das, was Sie jetzt als Zusammenbruch der Regierung in Kabul bezeichnen, ist etwas, was durch die Weltpresse gegangen ist. Das war in offen zugänglichen Quellen in allen Hauptstädten dieser Welt schneller auf den Schreibtischen, als das irgendein nachrichtendienstlicher Vorgang hätte schaffen können.

Peter Heidt (FDP): Na ja, es geht mir schon auch um die Zeit davor. Sie haben ja bei sich auch Szenarien entwickelt und gesagt: So und so passiert das. - Und das würde ich jetzt gerne wissen. Haben Sie das mit Ihren Partnern geteilt, wie Ihre Einschätzung ist?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Sie meinen dieses Szenario, wo wir gesagt haben: „Das Emirat 2.0 kommt, und der Bürgerkrieg kommt nicht“? Davon gehe ich aus, dass das mit den anderen Diensten geteilt worden ist, ja.

Peter Heidt (FDP): Aber positiv wissen tun Sie es nicht?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Positiv wissen in dem Sinne, dass ich irgendwie die Versandschreiben mir durchgelesen hätte, tue ich es nicht. Aber ich kann davon ausgehen, dass Szenarien, die der Bundesnachrichtendienst mit einer solchen Tragweite entwirft und der Bundesregierung präsentiert, vorher abgeglichen werden mit dem Sachverstand anderer.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, wir sind am Ende dieser Runde. Mit Blick auf Pausengestaltung und vierten Zeugen müsste ich mal wissen, wie sich das mit dem Fragebedarf verhält bei den Fraktionen. - Es gibt noch Fragen bei den Grünen. Es gibt noch Fragen bei der SPD?

Jörg Nürnberger (SPD): Ich kann für die SPD sagen, dass nach den vergangenen Aussagen nur noch eine einzige Frage mir jetzt aufgetreten ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie sieht das bei den anderen aus? - Keine bei der CDU, zwei bei der - - Und wie sieht das bei Ihnen aus?

Peter Heidt (FDP): Wir hätten noch Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. Dann ist mein Eindruck, dass wir mit - ich weiß, die Kollegen mögen den Begriff nicht - vergleichsweise wenigen Restfragen zurechtkommen könnten. Und meine Bitte wäre - bevor ich die Runde dann eröffne; denn sonst würden wir nämlich eine Pause machen, aber dann wäre es effizienter, sie nicht zu machen; der Präsident hat ja ohnehin Kondition, gehe ich von aus -, dass wir das möglichst unter Vermeidung von Wiederholungen von Fragen und präziser Fragestellung jetzt miteinander bewältigen. - Und dann geht die erste Runde an die SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Einführung des Vorsitzenden vorausgeschickt, meine Frage, die sich nicht nach der Methodenlehre von Nachrichtendiensten richtet, sondern auf die Frage hin, wie Nachrichtendienste politisch reagieren, wenn sie, wie Sie gerade in Ihrer Aussage erwähnt haben, in Hintergrundgesprächen aus allen Rohren beschossen werden. Deshalb drängt sich mir die Frage auf: Hat der BND entsprechende Hintergrundgespräche durch seinen Präsidenten, durch Mitarbeiter des BNDs oder indirekt über Dritte ebenfalls geführt?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: In diesem Zusammenhang nicht. Erstens hat es die Mahnung aus dem Kanzleramt gegeben, sich an Schwarze-Peter-Spielen nicht zu beteiligen, und da in dieser Hauptstadt nichts geheim bleibt, selbst Hintergrundgespräche nicht, haben wir das natürlich nicht gemacht, weil wir dann dabei erwischt worden wären. Also, wir mussten das einfach erdulden. Und insofern muss ich mit einem klaren Nein antworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Union hatte keine Fragen. - Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es tut mir leid, ich fange an mit einem stillen Vorhalt, Herr Vorsitzender. Herr Kahl, der kommt jetzt zu Ihnen. Und so lange schweige ich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Fundstelle müssen wir trotzdem wissen, auch wenn der Vorhalt still ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, ja. - Darüber möchte ich natürlich nicht schweigen: Tagebuchnummer 20/22 VS-Geheim, Anlage 9, Blatt 260 bis 271, und 20/22 VS-Geheim, Anlage 6, Blatt 350 bis 364.

(Dem Zeugen werden
unterhalb der
Zuschauertribüne
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. Sie können fortfahren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich daran noch erinnern, wie die Reaktion der anderen Ressorts war? - Hilft jetzt nicht?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nee, also mir fällt jetzt weder ein Gesicht noch ein Laut dazu ein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich noch zwei andere Sachen. Das Erste: Wir haben ja - außerhalb des Untersuchungszeitraums - erfahren, dass es einen russischen Spion beim BND gab, der in der Technischen Abteilung beschäftigt war. Jetzt frage ich, ob diese Person innerhalb des Untersuchungszeitraums auch mit dem Untersuchungsgegenstand hier im PUA Afghanistan beschäftigt war, ob Sie das wissen.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Kann ich auswendig nicht sagen. Ich glaube, nicht, aber ich kann es nicht sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätte ich noch eine letzte Frage. Sie haben das jetzt mehrfach angesprochen, dass insbesondere



Nur zur dienstlichen Verwendung

in der heißen Phase im August und im September, als es dann auch politisch sozusagen viel besprochen wurde, was in Afghanistan passiert ist und passiert, da von interessierter Seite mit, wie Sie sagten, Falschmeldungen um sich geworfen wurde. Wie sind Sie denn damals dann damit umgegangen? Wie haben Sie darauf reagiert?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Noch mal. Vielleicht war ich zu unkonzentriert. Falschmeldungen? Wozu umgegangen?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben hier heute im Untersuchungsausschuss ausgesagt, dass immer wieder in der Öffentlichkeit und von der Presse Dinge behauptet wurden, die nicht stimmen bezüglich auch unseres Untersuchungsgegenstandes und Ihrer Arbeit. Und da würde mich interessieren, wie Sie da innerhalb des Untersuchungszeitraums mit umgegangen sind, also ob Sie zum Beispiel Richtigstellungen eingefordert haben.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ich habe darum gebeten, dass, insbesondere wenn es sich um Presseveröffentlichungen gehandelt hat, bei wirklich unwahren Darstellungen dem entgegengetreten wird, insofern als man erst mal gefragt hat, wie es zu dieser Berichterstattung kommt. Und dann hat es oft von dem Entgegenkommen der betreffenden Autoren abgehangen, ob dann darauf reagiert worden ist oder nicht. Richtiggestellt im Sinne von Gegendarstellungen ist nie etwas.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil eine Herausforderung ist ja dann schon, dass Sie jetzt, um sozusagen zu beweisen, dass es anders war, vielleicht auch mit VS-Material arbeiten müssten, was Sie ja nicht können. Dann frage ich mich so ein bisschen, wie man sozusagen dann das öffentlich verhandelt. Aber gut. Das war es von mir. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die AfD hat noch mal das Fragerecht.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Präsident, zum Abschluss würde ich Sie gerne konfrontieren mit einer Darstellung zu einer Verhandlungslösung - Sie haben

ja eben auch das Wort gebraucht -, die in Doha erzielt worden sein soll. Wir hatten hier den Zeugen Nader Nadery, der berichtete über diese Verhandlungslösung, die am 12.08. nachmittags wohl spruchreif war. Und der bekannte Abdullah Abdullah, damals der Verhandlungsführer oder die Spitze der Verhandlungsführer, ist mit dieser Verhandlungslösung oder soll mit dieser Verhandlungslösung nach Kabul geflogen sein am 13., die dort Präsident Ghani präsentiert haben. Ghani hat sich einen Tag Bedenkzeit ausgebeten. Ross Wilson, der Chargé d'Affaires der Amerikaner, hat am 14. noch Ghani unter Druck gesetzt, dass er diese Verhandlungslösung zu akzeptieren hat, und dann ist das Ganze aus dem Ruder gelaufen. Ist Ihnen diese Verhandlungslösung irgendwie bekannt geworden?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein.

Joachim Wundrak (AfD): Dann die zweite Frage zu dem Punkt ist: Ross Wilson, der Chargé d'Affaires, hat dann am 14.08. im Verlauf des Abends aus Washington die Erlaubnis bekommen eben, zu verlegen an den Flughafen, die Botschaft quasi aufzulösen. Das war ja überraschend. Das haben Sie eben auch dargestellt, dass damit keiner gerechnet hatte. Sind denn im Nachhinein, in der Nachbetrachtung Informationen verfügbar geworden, die klarmachten, was den Trigger für Ross Wilson gebracht hat, diesen Schritt zu gehen?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein.

Joachim Wundrak (AfD): Damit wäre ich am Ende. - Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir noch mal bei der FDP. Herr Kollege Heidt, Sie sind schon wieder dran!

Peter Heidt (FDP): Ja, sehr schön. - Ich wollte Ihnen etwas vorlesen, und zwar aus MAT A BND-3.480 VS-NfD, Blatt 54. Da steht:

„Im weiteren Verlauf der öffentlich geführten Auseinandersetzung zwischen ...“



Nur zur dienstlichen Verwendung

- dem britischen Außenministerium und dem britischen Verteidigungsministerium -

„wurde die Verteidigungslinie RAABs“

- das ist der damalige Außenminister -

„auch dadurch weiter geschwächt, dass pressebekannt wurde, dass in einem Standardprodukt des Außenministeriums (Principal Risk Report) die eigene Hausleitung bereits Ende Juli 2021 vor einem unmittelbar bevorstehenden Kollaps von Regierung und staatlicher Ordnung in AFG gewarnt worden war.“

Kennen Sie diesen Vorgang?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Nein.

Peter Heidt (FDP): Und dann gibt es ein endgültiges Stenografisches Protokoll 20/48. Da hat der Zeuge M. W. auf Frage der FDP gesagt, also Kollegen Jurisch genau genommen:

„Also, der Ablauf war, dass wir im Frühjahr 2020, wie ich gesagt habe - - Das Doha-Abkommen ist da eine grundlegende Lageänderung: Was bedeutet das? Wie müssen wir uns aufstellen? Und bei diesen Überlegungen sind diese Kolleg/-innen mit der Idee gekommen - das war ein Vorschlag von der Auswertung -, diese Szenarien zu erarbeiten. Das kam so raus. Wir haben versucht zu der Zeit - das war ja Covid-Pandemie -, Papiere zu erarbeiten: Was ändert sich in der Welt bei militärischen Einsätzen unter anderem, zum Beispiel mit so einer Pandemie, wie da umgegangen wird. Und das war ja auch so ein bisschen in die Zukunft schauen.“

Also, aus diesen Arbeiten heraus haben wir speziell für Afghanistan diese Szenarioanalysen entworfen. Wir waren ja da Beginner sozusagen.

gen. Um da weiterzukommen, haben wir uns auch weiter schlau gemacht mit denen, die wir getroffen haben, die darauf angesprochen sind und dazu beitragen können.“

Das klingt so ein bisschen anders als das, wie Sie es dargestellt haben. Können Sie mir diese Diskrepanz zwischen Ihrer Aussage und der Aussage hier von dem Zeugen M. W. irgendwie erläutern?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Wenn Sie eine Diskrepanz empfinden, dann meinen Sie, dass ich sage, Szenariotechnik ist dem BND vertraut, und hier hat der Kollege gesagt, das war neu. Das kann ja durchaus sein, dass der Kollege das dann zum ersten Mal gemacht hat.

Peter Heidt (FDP): Na gut, er spricht ja schon da von einem Haufen Leute, vom Team, von allen Möglichen, die eingebunden worden sind. Klingt ja irgendwie so nach einer größeren Sache und nicht von irgendeinem im stillen Kämmerlein allein.

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Ja. Also, noch mal zur Erinnerung: Ich hatte ausgeführt, dass in dem Arbeitsbereich die letzte Szenarienanalyse, glaube ich, im Jahre 2013 gemacht worden war. Das lag dann neun Jahre zurück. Und eine Szenarienanalyse durchzukomponieren in drei verschiedenen Richtungen, und jede Richtung muss auf Plausibilität und Wahrscheinlichkeit wirklich gut begründet sein: Da muss man auch einiges an Rüstzeug und an Technik zu lernen und in die Hand nehmen. Und das kann natürlich einen gewissen Aufwand bedeuten. Ich kann mich jetzt im Einzelnen nicht da reinversetzen, wie viel das gewesen ist. Aber dass das für ein Team eine Herausforderung ist, so etwas parallel zu der Tagesberichterstattung zu bewerkstelligen, das glaube ich schon.

Peter Heidt (FDP): Ja gut, weil ja hier in dem von mir zitierten Protokoll eben auch von Beginnern er regelrecht spricht, er sagt „Beginner“. Das ist schon ein Wort, wo ich denke - - als ob der BND dann doch von ganz von vorne angefangen hat wieder.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, einerseits kann man nicht bestreiten, dass der Zeitraum von acht Jahren vielleicht auch etwas ist, wo man wieder von vorne beginnt. Das kann in der Natur der Sache liegen. Andererseits gibt es auch gespeichertes Wissen, gibt es aus Zeiten, in denen man früher Szenarien angewandt hat, vielleicht Handbücher oder Methoden oder Anleitungen, wie man Szenarien macht, was vielleicht dann doch kein Beginn bei null gewesen ist. Ich bin nicht ganz sicher, auf was Sie hinauswollen mit Ihrer Frage. Die Szenarienanalyse, die Produkt dieser Anfängerarbeiten oder Fortgeschrittenenarbeiten, wie auch immer, gewesen ist, diese Szenarienanalyse war auf jeden Fall ein sehr valides Instrument zur Diskussion der Problematik, um die es heute geht.

Peter Heidt (FDP): Dann würde ich zum Schluss noch mal auf die Innenrevision und den Bericht zu sprechen kommen. Es gab ja den Bericht, und es gab ja dann auch die Gegendarstellung. Mich würde da interessieren: Ist es eigentlich mal wirklich nebeneinandergelegt worden und man hat versucht sozusagen, da was rauszuziehen, sozusagen auch mal zu analysieren, was ist jetzt da richtig und was ist falsch?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Also, ich darf zu den Inhalten nichts sagen, weil sie entsprechend eingestuft sind. Aber ich kann in einer abstrakten Form Ihre Frage so beantworten, dass wir uns entschieden haben, diese Papiere so nebeneinanderzustellen und auch so nebeneinander zu den Akten zu geben, dass sich jeder sein eigenes Bild machen kann.

Peter Heidt (FDP): Ich will ja auch den Inhalt gar nicht wissen, ich wollte einfach nur wissen, ob - - Man könnte ja sagen, man schreibt daraus eben für den BND eine Quintessenz, sage ich jetzt einmal. Man legt also nicht nur nebeneinander hin und sagt: „Da kannst du lesen, und da kannst du lesen“, sondern man analysiert diese beiden Berichte und schreibt daraus eine Quintessenz. Diesen Vorgang haben Sie aber nicht gemacht. Also, es ging mir nicht um den Inhalt, das war nicht die Frage. Weil das wäre für mich nahelegend gewesen. Also, ich würde das so machen, wenn ich da rumsitzen würde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Schön, das ist eine Meinungsäußerung. Die nehmen wir zur Kenntnis, aber den Zeugen fragen wir bitte.

Peter Heidt (FDP): Meine Kollegin hätte noch etwas.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch eine abschließende Frage, Herr Dr. Kahl, und zwar: Ist der BND während des Untersuchungszeitraums in Besitz eines Laptops des Staatspräsidenten Ghani gelangt, und, wenn ja, sind dort Informationen drauf aufgefunden worden, die uns hier weiterhelfen würden, zu verstehen, warum er und unter welchen Umständen er das Land verlassen hat?

Zeuge Dr. Bruno Kahl: Da ich die erste Frage mit Nein beantworten kann, erübrigt sich die zweite.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann sind wir am Ende der Befragung angekommen. Lassen Sie mich noch zwei Dinge feststellen, Herr Präsident. Erstens, was wir hier mehrfach auch schon gesagt haben und was ich Sie bitten würde an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben: dass wir hohen Respekt haben vor den Mitarbeitern, die ihre Arbeit ja für die Sicherheit Deutschlands tun, und das teilweise unter hohem persönlichem Einsatz, großer Gefährdung und wenig öffentlicher Wertschätzung. Das muss man ja einräumen.

Und zum Zweiten, weil Sie vorhin so schön gesagt haben, dass das Ziel sei, zur Wahrheit zu gelangen, das oberste Ziel des BND. Ich kann Ihnen versichern: Das ist das Hauptziel dieses parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der übrigens der Demokratie zur Ehre gereicht, wenn ihm das gelingt. Und dazu gehört die Befragung von Zeugen und die Wahrheitspflicht und auch die Kontroverse im Frage-und-Antwort-Spiel.

In dem Sinne würde ich Sie gern darauf hinweisen, dass die Befragung formell noch nicht abge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

geschlossen ist, sondern Sie das Protokoll bekommen, 14 Tage Zeit haben, gegebenenfalls Korrekturen anzubringen, und erst dann ist die Befragung - - wird förmlich festgestellt.

Ich darf mich bedanken, dass Sie hier gewesen sind, wünsche Ihnen einen guten Abend. Und für die anderen hier unterbreche ich die Sitzung für 20 Minuten.

(Unterbrechung von
21.59 bis 22.18 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung der Zeugin Petra Sigmund

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir laufen jetzt zur Höchstform auf, und ich begrüße unsere vierte Zeugin heute, Frau Sigmund, die bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Sigmund, Sie haben den Erhalt der Ladung am 24. April 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen. Ich bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss zu abendlicher Stunde zur Verfügung stehen.

Zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin vor.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeugin Petra Sigmund: Ich habe keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich Sie gerne darauf hinweisen, dass auch um diese Uhrzeit noch eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu entscheiden. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeugin Petra Sigmund: Ich habe keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann werde ich Sie jetzt eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Das ist aber keine Pflicht, sondern das ist Ihr Recht, von dem Sie Gebrauch machen können oder auch nicht. Anschließend werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeugin Petra Sigmund: Mein Name ist Petra Sigmund. Ich bin 1966 geboren. Ich bin Abteilungsleiterin „Asien und Pazifik“ im Auswärtigen Amt im Range einer Ministerialdirektorin. Ich lebe in [REDACTED]. Und ich hoffe, diese - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und sind 58, wenn ich das richtig zusammengerechnet habe.

Zeugin Petra Sigmund: Korrekt, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es funktioniert noch. Gut, dass Sie das versucht haben. Macht man ja eigentlich nicht, danach zu fragen; aber wir müssen das. Gut.

Ich will fragen, ob Sie ein Eingangsstatement wünschen.

Zeugin Petra Sigmund: Würde ich gerne machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor Sie das tun, weise ich noch mal darauf hin, dass, wenn Ihnen nachher Vorhalte zur Sache gemacht werden, Ihnen die Kolleginnen und Kollegen die Akten zur Verfügung stellen, dass Sie sie einsehen können, und bitte noch mal die Kolleginnen und Kollegen a) darum, die MAT-Nummer am Anfang zu nennen, und b) gerade um diese Zeit, wo wir versuchen, effizient zu arbeiten, kurz, präzise und offen zu fragen und keine Fragen zu wiederholen.

Dann können Sie loslegen, wenn Sie wollen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Zeugin Petra Sigmund: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich leite seit 2019 die Abteilung „Asien und Pazifik“ im Auswärtigen Amt. Das ist eine klassische Länderabteilung, und in dieser Länderabteilung ist Afghanistan, wenn Sie so wollen, das westlichste Land, geografisch gesehen. Sie ist ansonsten zuständig für die Indopazifikpolitik

insgesamt, für China, die koreanische Halbinsel, für Japan, für Südostasien, für den Pazifik, Ozeanien, für Südasien und eben auch für Afghanistan und Pakistan.

Es ist eine Länderabteilung. Wir sind zuständig dafür, die Politik im Ganzen zu Afghanistan zu formulieren, in einer engen Abstimmung mit Ressorts und anderen Abteilungen. Wir sind zuständig dafür, die Gespräche unserer politischen Leitung mit Afghanistan und zu Afghanistan vorzubereiten und eben Ressortkoordinierung, was Afghanistan-Politik anbelangt, zu machen.

„Länderabteilung“ heißt auch, dass wir zu spezifischen Themen und Anliegen immer mit Fachabteilungen im Auswärtigen Amt zusammenarbeiten. Das ist einerseits, wenn es um Visa-, um Ausreisefragen ging oder geht, die Abteilung 5, Rechts- und Konsularfragen. Das ist die Sicherheitspolitische Abteilung 2, wenn es um den NATO- und Bundeswehreinsatz und um die Kontakte zu den USA ging und geht in Sachen Afghanistan. Das ist die Abteilung S, wenn es um humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung Afghanistans ging, und natürlich der Krisenstab 04, wenn es um alle krisenhaften Entwicklungen, die Vorbereitung, den Umgang damit ging.

Wir arbeiten als Auswärtiges Amt natürlich auch zu Afghanistan - haben und arbeiten weiter - mit vielen Fachressorts oder Ressorts zusammen. Das war jetzt hier bei Afghanistan vor allem Verteidigung, Innenministerium, das BMZ, aber auch Fachdienststellen wie die Bundespolizei, wie der BND, natürlich das Bundeskanzleramt. Wir arbeiten auch zusammen mit vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, NGOs, mit der afghanischen Diaspora in Deutschland - wichtige Ansprechpartner.

Was die Zuständigkeit für Afghanistan in meiner Abteilung im Auswärtigen Amt anbelangt, so gab es eine Besonderheit aufgrund des langjährigen und umfangreichen Bundeswehreinsatzes in Afghanistan, nämlich einen vom Kabinett ernannten Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, der gleichzeitig mein Stellvertreter war in der Abteilung und, wenn man so will, mein Unterabteilungsleiter, Beauftragter für Südasien -



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Stellung sozusagen herausgehobener Art als Sonderbeauftragter „Afghanistan und Pakistan“, vom Kabinett ernannt.

Der Sonderbeauftragte hat - - Alle Reisen nach Afghanistan hat er durchgeführt, die Gespräche mit und zu Afghanistan hat er geführt, die Verhandlungen in Doha hat er begleitet, er hatte Zugang zum Minister - hat den Minister beraten -, auch zu den Staatssekretären - also eine herausgehobene Stellung. Ich war aber immer informiert über das, über seine Einschätzungen und über seine Arbeit. Aber ich kann gerne über diese besondere Stellung in der Fragerunde weiter Auskunft geben.

Jetzt noch mal kurz zu den politischen Rahmenbedingungen, um die es hier geht - ich mache das kurz, weil Sie haben darüber schon viel gesprochen -: Das Doha-Abkommen der Trump-Administration mit den Taliban hatte eine Dynamik in Gang gesetzt, auf die wir letztlich nur wenig Einfluss hatten. Aus unserer Sicht hätte der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan an politische Konditionen geknüpft sein müssen: eine Vereinbarung zum Aufbau einer inklusiven Regierung unter Beteiligung von ethnischen Gruppen, von Frauen, von Kräften der Republik wie auch der Taliban. Die Konditionen, die das Doha-Abkommen enthielt, waren aber nicht solcher Art. Und als die Biden-Administration ihren Review abgeschlossen hat und schließlich übernahm, war es auch zu spät für eine Korrektur.

Wir sind ab dem Doha-Abkommen und dem angekündigten Abzug der Amerikaner, der ja auch unseren Abzug bedeutete, im Grunde zweigleisig verfahren:

Auf dem einen Gleis haben wir praktisch bis zum Schluss versucht, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass eine innerafghanische Regierungsvereinbarung zustande kommt: ein verhandeltes Powersharing Agreement mit Bekenntnis zur Einhaltung fundamentaler Menschenrechte, das es uns hätte erlauben sollen, mit einer neuen Regierung inklusive den Taliban zusammenzuarbeiten, unser beträchtliches Engagement in Afghanistan fortzusetzen und unter Umständen auch unsere

Vertretung dort zu erhalten, wenn die Sicherheitslage es erlaubt hätte.

Uns war allerdings klar, dass das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung vom politischen Willen der beteiligten afghanischen Kräfte abhing, also den Taliban und der bisherigen afghanischen Regierung. Wir konnten zwar fasilitieren mithilfe der Berghof Stiftung, wir konnten unterstützen, wir konnten werben, wir konnten die Fortsetzung unseres Engagements konditionieren; wir konnten aber nicht Entscheidungen anstelle der beteiligten afghanischen Kräfte treffen. Die politischen Kräfte in Afghanistan haben eine solche Vereinbarung nicht gewollt bzw. nicht bekommen angesichts der Rahmenbedingungen.

Auf dem anderen Gleis haben wir uns intern darauf vorbereitet, dass es einen unkonditionierten Abzug geben könnte, geben würde und dass die Verhandlungen in Doha scheitern würden.

Nachdem die Biden-Administration im April 21 den Abzug ihrer Militärs ab dem 1. Mai bis spätestens September 21 bekräftigt hatte, haben wir umgehend damit begonnen, die unterstützte Ausreise von Ortskräften vorzubereiten - mit den bekannten Schwierigkeiten im Verfahren, die hier schon häufiger eine Rolle gespielt haben.

Wir haben außerdem eine möglicherweise notwendige Evakuierung unserer Botschaft und der Deutschen vor Ort in den Blick genommen. Wir hatten im März 2021 ein Krisenunterstützungsteam nach Afghanistan entsandt. Daneben wussten wir, dass das Bundesverteidigungsministerium Planungen für eine militärische Evakuierung der Botschaft Kabul angestoßen hatte, und vor Ort in Kabul gab es Vereinbarungen mit den USA zur Unterstützung des diplomatischen Personals im Krisenfall, im Notfall.

Wir haben darauf geachtet in den Monaten vor dem Fall von Kabul, dass nicht das eine Gleis sich über das andere legt: weder eine sichtbare Vorbereitung einer Evakuierung mit potenziellen Auswirkungen auf den politischen Prozess und mit potenziellem sozusagen Anstoß von Panik im Land noch ein blindes Vertrauen auf eine Verhandlungslösung, die zwar wir wollten, die aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

offenbar nicht im gleichen Maße von den afghanischen Akteuren gewollt wurde.

Ich komme zum August 2021. Da wurde Tag für Tag deutlicher, welches Szenario in Afghanistan zum Tragen kommen würde und auf welchem Gleis wir uns befanden. Wenn ich sage: „Es wurde deutlicher“: Die Entwicklungen haben sich dann so ab dem 11./12. August noch mal beschleunigt. Wir haben gesehen, es würde keine verhandelte Transition in Afghanistan geben, sondern eine komplette Machtübernahme durch die Taliban ohne nennenswerten Widerstand seitens der Republik, die nicht mehr über den notwendigen Rückhalt in der Bevölkerung oder in der Armee verfügte. Wir haben außerdem die Notwendigkeit gesehen, unsere Botschaft, die verbliebenen Deutschen vor Ort, Ortskräfte, Menschen, die sich für demokratische Werte in Afghanistan exponiert hatten, sowie deren Angehörige außer Landes zu bringen.

Und in dieser Situation ist dann am 13. August der Krisenstab der Bundesregierung förmlich zusammengetreten, der ab dem 15. August, Sonntag, dann von Außenminister Maas persönlich geleitet wurde und an dem auch Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer teilnahm. Wir hatten ein Team in dieser Lage, nicht nur in meiner Abteilung im AA, sondern auch in Kabul, auch im Krisenstab, an anderen wichtigen Stellen der Bundesregierung, ein Team von Leuten, von denen viele in den vergangenen 20 Jahren vor Ort in Afghanistan - in Kabul, in Masar, in Kunduz - gearbeitet haben, die die Lage vor Ort kannten, die Ortskräfte kannten, die schutzbedürftige Menschen kannten, die ungeheuer engagiert waren und sich freiwillig gemeldet haben, um in dieser Krise in Afghanistan und zu Afghanistan mitzuhelfen.

In der Stunde der Not sozusagen, als Kabul fiel an die Taliban, haben alle an einem Strang gezogen, um eine nie dagewesene militärische Evakuierung unter schwierigsten Rahmenbedingungen und ohne Blaupause durchzuführen und dabei so viel wie möglich gefährdete Menschen von Kabul aus in Sicherheit zu bringen. Wir haben aber schnell gesehen - es zeichnete sich schnell

ab -, dass uns nicht viel Zeit blieb. Deswegen haben wir dann schon früh damit begonnen, andere Wege vorzubereiten, um gefährdete Menschen aus Afghanistan nach Deutschland zu bringen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Sigmund. - Wir beginnen mit der Befragung. Und es geht los mit der SPD-Fraktion, Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Sigmund! Ich möchte einsteigen mit den Fragen und beziehe mich gleich zu Beginn auf MAT A AA-8.493 VS-NfD, Blatt 18. Da geht es um eine vom Staatssekretär erbetene Kurzanalyse der Agendapunkte beider Verhandlungsteams noch im Dezember 2020. Wir können die Ihnen, wenn Sie möchten, auch gerne vorlegen.

Zeugin Petra Sigmund: Das wäre nett.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Jörg Nürnberger (SPD): Die erste Frage, die Sie vielleicht sehr schnell beantworten können: Kennen Sie dieses Dokument? - Vielleicht kann ich - -

Zeugin Petra Sigmund: Ich kenne dieses Dokument nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn Sie jetzt dennoch einen kurzen Blick darauf werfen, dann fällt das Dokument unter anderem unter der Überschrift „Einschätzungen und nächste Schritte“ die Aussage - ich zitiere -:

„Die Tatsache, dass die Republik
die sensiblen Themen,“

- und Sie haben das im Eingangsstatement auch schon so dargestellt -

„wie z.B. Verfassung, Frauen-
rechte usw. nicht in ihren
Agendavorschlag aufgenommen
hat, birgt Risiken:



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Die Republik läuft Gefahr, den TLB die Rahmensetzung zu überlassen und bringt sich in die diskursive Defensive (so wie sie es militärisch bereits ist).“

Meine Frage würde lauten: Teilten Sie damals die Darstellung, wie sie sich aus diesem Dokument ergibt?

Zeugin Petra Sigmund: Also, ich kenne dieses Dokument selber nicht. Aber wir haben auf jeden Fall gesehen, dass diese Verhandlungen, die da liefen in Doha oder die ab dem Doha-Abkommen der Amerikaner mit den Taliban - - intraafghanische Verhandlungen, die hätten stattfinden sollen, um ein vereinbartes Powersharing Agreement herzustellen, dass die große Schwierigkeiten hatten, zum Teil gar nicht erst in Gang kamen und jedenfalls nicht, an keinem Punkt eigentlich, sehr aussichtsreiche Verhandlungen waren, wo wir jetzt gedacht hätten: Das steht jetzt kurz davor, eine Vereinbarung geschlossen zu werden, mit der alle Seiten leben können.

Ich weiß nicht genau, ob das eine gute - - eine Antwort auf Ihre Frage ist, aber - -

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben Sie vorhin auch erwähnt, dass sich Deutschland immer dafür eingesetzt hat, dass es eine an den Eintritt von Bedingungen geknüpfte Situation geben soll, in der dann ein Truppenabzug stattfindet. Das Doha-Abkommen enthält solche Bedingungen ja offensichtlich nicht. Wie haben Sie, nachdem Sie zum ersten Mal Kenntnis von den Inhalten des Doha-Abkommens erhalten hatten, diese Situation eingeschätzt im Hinblick auf die Frage, in welcher Position sich die Taliban nach Inkrafttreten dieses Agreements befinden werden?

Zeugin Petra Sigmund: Die Taliban wussten - - Mit dem Doha-Abkommen, da war ja versprochen worden ein Abzug binnen 14 Monaten. Und im Grunde hatten die Taliban damit sehr stark die Oberhand gewonnen, weil sie wussten: Am Ende müssen wir nur abwarten; wenn wir uns an ein paar Zwischenbedingungen halten, die die Amerikaner gemacht haben, und sozusagen auch achten darauf, dass unsere Bedingungen erfüllt

werden in dem Prozess, müssen wir nur abwarten, und dann haben wir die Garantie, dass am Ende die internationalen Truppen abziehen werden. - Also dieses ganze Doha-Abkommen hat die Verhandlungsposition der Taliban ungeheuer begünstigt, so weit, dass sie eigentlich gar nicht mehr darauf angewiesen waren, zu verhandeln. Sie waren - da zitiere ich jetzt einen sehr guten Satz aus der Enquete-Kommission - eine „Regierung im Wartestand“, und so haben sie sich letztlich auch verhalten.

Wir haben versucht, nachzubessern. Wir haben das von vornherein gesagt: „Den Abzug hier nicht politisch zu konditionieren, war ein Fehler“, und haben deswegen versucht, sowohl mit den Amerikanern als auch auf der internationalen Bühne, Beiträge zu leisten dafür, dass diese intraafghanischen Verhandlungen tatsächlich möglich waren, ernsthaft geführt werden, was aber also nicht wirklich gut gelungen ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt waren diese ursprünglichen Verhandlungen ja noch zu Zeiten der Trump-Administration, und die politischen Machtverhältnisse in den USA haben sich dann durch die Neuwahlen und die Einsetzung der Biden-Administration geändert. Ist dort zu diesem Zeitpunkt nach den Ergebnissen der US-Wahl wieder erneut eine Hoffnung aufseiten der deutschen Außenpolitik oder Ihres Amtes aufgekeimt, man könne diesen Prozess noch mal erneut beeinflussen und derart auf die US-Administration einwirken, um diesen Condition-based-Ansatz doch noch zu verwirklichen?

Zeugin Petra Sigmund: Ja, das haben wir versucht in vielen Telefonaten und Gesprächen, auch im NATO-Rahmen, noch mal davon zu überzeugen, dass doch auf jeden Fall Anläufe gemacht werden sollten zu irgendeiner Form von Powersharing Agreement, nenne ich es jetzt mal, einem verhandelten Ergebnis der Machtteilung mit den Taliban zu kommen.

Man hat aber dann gesehen - - Und es gab ja auch Anläufe. Es gab diese Konferenz in Istanbul, die stattfinden sollte, wo sozusagen so ein letzter großer Anlauf gemacht werden sollte, um zu so



Nur zur dienstlichen Verwendung

einem Agreement zu kommen, wurde ja weiterverhandelt, wenn man so will, in Doha eigentlich bis kurz vor dem Fall von Kabul. Aber man hat auch gesehen, dass aus Sicht auch der Biden-Administration der Abzug Vorrang hatte. Der Abzug war beschlossene Sache, und es wirkte nicht so, als ob sie sich durch einen noch nicht abgeschlossenen politischen Prozess aufhalten lassen würden, mit dem Abzug zu beginnen bzw. den abzuschließen.

Jörg Nürnberger (SPD): In dem Zusammenhang möchte ich Sie gerne auf MAT A AA-9.76 VS-NfD, die Blätter 13 und 14, hinweisen. Das Dokument stammt vom 7. Januar 2021, also relativ früh, zu einem Zeitpunkt, als die Biden-Administration gerade im Aufbau war. Da wurde Ihnen eine zur Billigung übermittelte Ministervorlage mit dem Titel „... AFG RSM / Kriterien für die Anpassung der intl. Truppenpräsenz“ wie folgt vorgelegt:

„... ich lese aus der Vorlage heraus, dass es einen - vollständigen - Abzug der internationalen Truppen nicht vor einer Einigung über die künftige Regierung in AFG geben wird + einen umfassenden Waffenstillstand + eine insgesamt wirksame Bekämpfung terroristische Akte.“

Auf die Antwort von Frau Stemmler, dass es sich nicht „um die berühmten „roten Linien“ handeln soll“, erwidern Sie mit den Worten - und ich zitiere noch mal ganz im Detail -:

„I am not fully convinced - aber einverstanden mit der Vorlage ...“

Und dann gibt es einen Smiley. Das ist dieselbe MAT-Nummer, Blatt 13.

Wie ist Ihre Anmerkung „I am not fully convinced“ zu verstehen? Hielten Sie eine Abkehr von den Verpflichtungen aus dem Doha-Abkommen - fester Abzugstermin - dann zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch für wahrscheinlich?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Jetzt muss ich mir das noch mal angucken. - Danke.

Jörg Nürnberger (SPD): Es war übrigens ein Zwinkersmiley, kein Lachsmiley.

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

„Liebe Frau Sigmund,
das sollten zumindest die Kriterien sein, die wir“

- wir -

„an die Entscheidung über den Abzug der internationalen Truppen anlegen - dafür wollen wir ggü. USA und innerhalb der NATO werben.“

Also: „I am not fully convinced“ dazu, dass das, was die Amerikaner uns hier sagen, tatsächlich das ist, worauf wir uns einstellen sollten, so war das gemeint; aber sozusagen zum Zwecke der Unterrichtung der Leitung über die Gespräche mit den Amerikanern und das, was sich hier abzeichnete, habe ich das dann hier gebilligt.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte, weil wir ja auch heute nicht mehr so viel Zeit haben, einen großen Sprung machen, und zwar gleich zu den entscheidenden Krisenstabssitzungen vom 13. August 2021. Ausweislich der Unterlagen haben Sie persönlich teilgenommen. Das haben Sie auch in Ihrem Eingangsstatement so bestätigt. Mein Bezug ist MAT A BKA-2.149 VS-NfD, Blatt 9.

Ich würde Sie bitten, Ihre Eindrücke aus der Krisenstabssitzung kurz zu erläutern, insbesondere mit dem Hinblick darauf: Wie haben Sie den Verlauf einer Diskussion über eine mögliche Entscheidung über den Beginn der Evakuierung der Botschaft an diesem Tag in Erinnerung?

Zeugin Petra Sigmund: Wollen Sie mir hier auch noch mal das Protokoll geben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Wir können Ihnen mehrere Protokollversionen vorlegen, entweder die offizielle oder die der Bundespolizei, die sehr ausführlich ist; aber wir können uns auf die offizielle gern beschränken.

Zeugin Petra Sigmund: Genau.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Also, die ganze Woche über kriegten wir ja die Berichte aus Kabul, die eigentlich sehr, sehr dramatisch waren und die schon zeigten - und die wir sehr ernst genommen haben -, dass die Taliban dabei waren, immer mehr von dem Land zu übernehmen, dass sie sich immer stärker in Richtung Kabul bewegt haben, dass eigentlich ein Widerstand nicht erkennbar war und dass wir, auch wenn wir es uns sozusagen verbal noch nicht, zum Teil noch nicht, eingestanden haben, aber dass wir eigentlich davon ausgehen müssten, dass jetzt das Ende naht und wir unsere Vertretung jetzt in Sicherheit bringen müssen, unsere Vertretung und all diejenigen, für die wir verantwortlich waren, also Deutsche vor Ort, Ortskräfte, Angehörige, andere Schutzbedürftige.

Wir hatten deswegen auch am 13.08. - oder „wir“: die Staatssekretärin - einen förmlichen Krisenstab der Bundesregierung einberufen. Das ist ja noch mal was anderes als sozusagen eine Hausbesprechung; die hatten wir schon am 12. Und wir haben ja, wenn man - - täglich über Afghanistan gesprochen im Wege unserer internen Besprechungen im Auswärtigen Amt. Aber schon allein die Tatsache, dass wir diesen förmlichen Krisenstab - - oder dass der einberufen wurde, zeigte schon: Jetzt wird es ernst; jetzt müssen sozusagen Verfahren eingehalten werden, Obleuteunterrichtung, um dann auch Entscheidungen treffen zu können, um die Evakuierung einleiten zu können. Also am 13.08., ab da war es uns eigentlich klar: Es geht jetzt los mit einer militärischen Evakuierung.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben wir heute natürlich vor Ihnen schon mehrere Zeugen genommen, die alle vom BND waren.

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie sich an den Lagevortrag des BND, -

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): - der durch die Vizepräsidentin ausgeführt wurde, erinnern? Und aus Ihrer Erinnerung: Mit welchem Fazit, mit welcher Kurzfassung würden Sie diesen Lagebeitrag mit Ihren eigenen Worten beschreiben?

Zeugin Petra Sigmund: Das waren veraltete Informationen. Wir haben vor Ort was ganz anderes gesehen.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt habe ich Sie vielleicht akustisch nicht verstanden.

Zeugin Petra Sigmund: Es waren veraltete Informationen. Wir haben vor Ort was ganz anderes gesehen. Wir haben sowohl sozusagen aus der Berichterstattung aus Kabul - - Von van Thiel kriegten wir was ganz anderes. Wir hatten ja Telefonate gehabt mit den Amerikanern, mit anderen Partnern. Alles, was wir hörten aus anderen Quellen, inklusive unserer Vertretung vor Ort, sprach eine andere Sprache. Und im Krisenstab - ich weiß, van Thiel war ja zugeschaltet und konnte nicht sehen, wie sozusagen die Atmosphäre jetzt in unserer Krisenstabssitzung war -, in dieser Lage haben wir vertraut auf das, was wir aus Kabul gehört haben von unseren Leuten dort.

Jörg Nürnberger (SPD): Und nur, um es auch im Detail festzuhalten: Haben Sie wahrgenommen, wie Herr van Thiel auf diese Lagedarstellung der Vizepräsidentin des BND reagiert hat?

Zeugin Petra Sigmund: Nur im Nachhinein dann, auch durch die „Spiegel“-Berichterstattung und so. Er war ja zugeschaltet. Wir waren ja nicht alle in einem Raum. Wir waren auch im Krisenstab - - Es war das erste Mal seit langer Zeit, dass wir wieder zusammen physisch in einem Raum waren; es war ja noch Covid-Zeit. Aber er hat sozusagen die ganze Körpersprache und was ansons-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten so an Augenrollen da war, hat er nicht wahrnehmen können und hat das, glaube ich, wenn ich mich jetzt mal auf „Spiegel“-Berichterstattung und das, was öffentlich gesagt wurde, beziehen darf, ein Stück weit falsch interpretiert, was da die Lage war oder wie ernst wir genommen haben, was er uns berichtet hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Fand über die Lagedarstellung des BND überhaupt eine Diskussion statt? Oder wurde das im Verlauf der Sitzung nicht weiter kommentiert von irgendjemandem?

Zeugin Petra Sigmund: Das weiß ich jetzt nicht mehr so ganz genau. Ich glaube, eine große - - Der ganze Krisenstab ging darum - - Die Tatsache, dass wir das förmlich einberufen hatten, ging darum, jetzt in eine ganz neue Lage überzugehen, nämlich in die Lage: Die Hoffnungen, die wir hatten auf Powersharing Agreement, dass die Republik hier standhalten würde, dass Kabul vielleicht gehalten werden würde, waren sozusagen perdu, und wir mussten hier in eine neue Phase übergehen. Und wie gesagt: Die BND-Information schien unrichtig und hat jetzt nach meiner Erinnerung eigentlich keine große Rolle gespielt für alles, was danach kam.

Jörg Nürnberger (SPD): Ganz kurze Frage mit der Bitte auch um eine kurze Antwort, weil sich meine Fragezeit dem Ende nähert: Welche Verfahren sind denn notwendig, bis der - - und wer ist dafür zuständig letztendlich, die Schließung und Evakuierung einer deutschen Auslandsvertretung anzuordnen?

Zeugin Petra Sigmund: Wer ist dafür zuständig? Mhm, also, es war - - Das kann ich Ihnen kurz jetzt so nicht beantworten. Aber es war jedenfalls so, dass van Thiel berichtet hatte: Da ist Gefahr im Verzug. Wir haben wenig Zeit, um mithilfe der Amerikaner uns jetzt, die Deutschen vor Ort, die Botschaft vor Ort, an den Flughafen und ins Ausland zu bringen. Und diese Entscheidung, damit wir hier unser eigenes Leben nicht in Gefahr bringen, muss sehr schnell getroffen werden. - Und so war es dann auch.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich kann jetzt vielleicht die Frage sogar noch ein bisschen spezifizieren:

Zu welchem Zeitpunkt haben Sie Kenntnis darüber erlangt, dass der Minister im Verlauf der auf diese Krisensitzung folgenden Stunden über das Wochenende hin die Zustimmung zur Botschaftsevakuierung erteilte? Und wissen Sie, wie diese Information die Botschaft in Kabul erreicht hat?

Zeugin Petra Sigmund: Ich weiß das nicht ganz genau.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht kann ich Ihnen mit einem Zitat aus der Aussage des damaligen Krisenbeauftragten und heutigen BND-Vizepräsidenten Diehl dazu ein bisschen weiterhelfen. Ich beziehe mich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/76, Seite 36. Daraus geht mit einer sehr dramatischen Schilderung hervor - und ich darf zitieren -:

„Am Samstag hatten wir dann ... nachmittags, meiner Erinnerung nach, entschieden: Die Botschaft sollte, muss an den Flughafen evakuieren. - Und dann hat ... die Staatssekretärin gesagt: Okay, jetzt ist es so weit, ja; aber das muss ich mit dem Minister noch kurz-schließen. - Und dann wurde ich, ich glaube, um 19 Uhr am Samstag, von dem amtierenden Leiter des Ministerbüros informiert, dass der Minister jetzt die Freigabe erteilt - der Minister wohlgedenkt. Ich habe es aber nicht schriftlich, sondern nur mündlich erfahren vom amtierenden Leiter des Ministerbüros, dass der Minister befasst worden sei und entschieden habe, die Botschaft solle jetzt geschlossen und an den Flughafen evakuiert werden.“

Ist Ihnen diese Information, vielleicht auch nachträglich, noch bekannt geworden?

Zeugin Petra Sigmund: Nachträglich, ja. Ich habe am Sonntag vor allen Dingen sozusagen noch mal diese Meldung von van Thiel gesehen: Wir müssen jetzt entscheiden; die Amerikaner haben uns gesagt, jetzt ist noch die Chance, mit deren Hubschraubern an den Flughafen zu kommen. - Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

habe dann - ich glaube, nachträglich - erfahren, dass eigentlich dieses Go schon am Samstag gegeben wurde. Bei Gefahr in Verzug, ehrlich gesagt, halte ich das auch für eine Entscheidung dann des Leiters vor Ort, die er treffen darf und treffen muss, weil er ist ja auch - - Er ist Leiter, er trägt Verantwortung für Leute an der Vertretung. Also, ich halte das jetzt nicht für eine Situation, wo ich sozusagen um Erlaubnis fragen muss, mein Leben - - bzw. sozusagen Schutzbefohlene in Sicherheit zu bringen.

Ich habe das, dass das hier am Samstag schon geklärt wurde, sozusagen mit dem Minister - - habe ich nachträglich erfahren. Ich habe auf jeden Fall das am Sonntag noch mal gesehen. Aber aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, war eh klar, dass er diese Entscheidung treffen durfte, musste, in der Situation.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich hätte noch eine Abschlussfrage, wenn die Zeit reicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gerade so.

Jörg Nürnberger (SPD): Wunderbar. - Am 1. September luden Sie gemeinsam mit Herrn Eick zu einer Redaktionsrunde ein; MAT A AA-8.69 VS-NfD, die Blätter 254 und 255. Da ging es unter anderem um die Finalisierung der Ortskräftelisten. Ein Stichwort ist: „Durchkämmen der Liste der besonders Schutzbedürftigen“, aber weiter unten steht dann auch auf dem Dokument:

**„Insgesamt darf die Liste unter 3.)
aber nicht mehr als 8.000 - 10.000
Personen umfassen.“**

Können Sie mir erläutern, wo diese Zahl herkommt, welches Ressort diese Zahl genannt hat und wie das Auswärtige Amt auf diese Zahl reagiert hat und was sie tatsächlich dann für die Evakuierung bedeutet hat?

Zeugin Petra Sigmund: Also, bei dieser Liste ging es nach meiner Erinnerung vor allen Dingen um die Menschen, die wegen ihrer Exponiertheit für demokratische Werte in Gefahr waren und denen wir eine Aufnahmezusage geben wollten. Und es

gab eine - - Es gab aus dem Bundesinnenministerium eine Ansage: Also mehr als 8 000 sollten das nicht sein. - Wir haben dann geguckt, in einer Res- - in einer Arbeit mit den Fachabteilungen und mit den Ressorts - - erst mal angucken: Wer ist das überhaupt? Um welche Menschen geht es da: Regierung, Richter/-innen, Journalist/-innen, NGO-Vertreter/-innen, Aktivist/-innen? Von wie vielen Menschen sprechen wir? Dann haben wir in dieser Redaktionssitzung gesagt: Wir müssen eigentlich nach Lage der Dinge unsere Zahlen immer mal fünf nehmen, weil wir gesagt haben, wir nehmen Kernfamilien - denen bieten wir das auch an, die Unterstützung zur Ausreise - - Das war vorher alles so ein bisschen durcheinandergelassen, ja? Und dann haben wir versucht, eine Liste zu machen: Wir kamen am Ende auf über 10 000 Leute, die wir dem BMI übermittelt haben, irgendwann Anfang September, wo BMI sagte: Okay. - Ich glaube, es war nicht nur BMI, das war dann ressortgemeinsam abgestimmt. Das ist jetzt erst einmal die Liste der Schutzbedürftigen über die Ortskräfte hinaus, denen wir eine Aufnahmezusage erteilen möchten und die wir dann, auf welchem Weg auch immer, über die Flüge oder dann später über neue zusätzliche Verfahren, nach Deutschland einladen.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur CDU/CSU. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, Frau Sigmund, auch von meiner Seite herzlich willkommen. Vielen Dank, dass Sie uns helfen wollen, die Umstände im August 2021 ein bisschen näher aufzuklären.

Ich würde gerne beginnen mit der von Ihnen ja bereits angesprochenen Hausbesprechung am 12.08.2021. Bevor ich das tue, würde ich Sie gerne fragen: Wir haben ja auch für die Zeit zwischen dem Abschluss des Abkommens von Doha bis sozusagen zur Eskalation der Lage im Sommer 2021 hier schon Unterschiedliches gehört. Es gab schon sehr früh offensichtlich die Überlegungen im Auswärtigen Amt, beispielsweise sich vorzubereiten auf eine zunehmende Nachfrage nach dem Ortskräfteverfahren, das ja,



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach unseren Informationen, deswegen schwierig war, weil wir keine funktionierende Visaabteilung unter anderem hatten und man sehr lange nach der Aufnahmezusage eben auf die Ausreisemöglichkeit warten musste - - gab es Überlegungen, ob man nicht verstärken könnte. - Haben Sie von diesen Diskussionen etwas mitbekommen?

Zeugin Petra Sigmund: Ja, das hat in meiner Abteilung eine große Rolle gespielt, dass wir, weil uns - - Wie schon gesagt, das war dieser zweigleisige Ansatz: Wir haben gesehen, wir müssen - - Für den Fall, dass das alles scheitert, werden Ortskräfte, die für uns tätig waren - - Vor allem die Bundeswehrortskräfte werden in Gefahr sein, aber auch Ortskräfte, die für andere deutsche Organisationen gearbeitet haben. Und wie schaffen wir das, die frühzeitig nach Deutschland zu bringen? Das hat eine große Rolle gespielt in meiner Abteilung, auch die Tatsache, dass wir da nicht ganz befriedigende Verfahren dann hinbekommen hatten, weil wir keine Einigkeit hatten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, das ist jetzt der Hintergrund meiner Frage. Wir wissen dann, dass es sozusagen auf die ersten Überlegungen, vielleicht die Botschaften in den Nachbarstaaten zu verstärken, um sie darauf vorzubereiten, eine Absage aus politischen Gründen gegeben hat, die Sie vorhin auch schon mal andeutungsweise in Ihrem Eingangsstatement erwähnt haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nämlich: Wir wollen kein falsches Signal in das Land schicken, so nach dem Motto: Wir fordern jetzt schon Menschen auf, auszureisen; das bedeutet also, wir glauben nicht mehr an die Zukunft dieses Landes oder so. - Das haben wir hier, jetzt mit meinen Worten beschrieben, hin und wieder als Tendenz, warum man nicht schon frühzeitiger mit der Vorbereitung der Evakuierung von Ortskräften begonnen hat, gehört.

Sie haben eben auch von einer politischen Botschaft und einer Abwägung gesprochen. Mögen Sie uns vielleicht an Ihren Gedanken hierzu noch mal teilhaben lassen? Also, warum ist es nicht gelungen, früher sich auf eine massenhafte Inanspruchnahme des Ortskräfteverfahrens vorzubereiten?

Zeugin Petra Sigmund: Na ja. Wir haben früh gesagt: Wir brauchen ein gangbares Verfahren, mit dem wir doch größere Zahlen von Ortskräften inklusive deren Kernfamilien nach Deutschland bringen. Dann gab es aber in der Bundesregierung, besonders beim Bundesinnenministerium, sozusagen Zweifel daran, ob wir da ein Visa-on-Arrival-Verfahren machen sollten, aus Sicherheitsbedenken, wohingegen wir aber sagen mussten: Na ja, also, das ist das Verfahren, wo wir am ehesten mit sicherstellen können, dass wir in der Größenordnung, wie wir jetzt Ortskräfte haben, die wir bedenken müssen - - dass wir das auch hinkriegen in der zur Verfügung stehenden Zeit.

Und es war dann ja auch noch die Situation, dass eigentlich das Delta zwischen unseren Möglichkeiten, die wir vor Ort hatten - - Masar war irgendwann geschlossen; Masar hatte für Bundeswehrortskräfte Visaanträge angenommen. Es hat ein bisschen gedauert, bis wir über IOM neue Visaannahmezentren oder ein neues Zentrum in Afghanistan installiert hatten. Wir selber an der Botschaft Kabul hatten seit diesem Anschlag von ein paar Jahren vorher keine eigene Visastelle mehr. Also wir waren sehr gehandicapt, was die Verfahren anbelangte, haben aber nicht irgendwie ein, ich sage mal, pragmatischeres Verfahren hinbekommen, was jetzt in dieser Lage doch größere Zahlen - - oder erlaubt hätte, größere Zahlen an Ortskräften und Kernfamilien nach Deutschland zu bringen.

Und in dieser Situation war dann auch noch: Der Kreis der Anspruchsberechtigten wurde dann auch noch durch „Wir nehmen aber Ortskräfte, die ab 2013 für deutsche Stellen gearbeitet haben“ erweitert. Also das Delta wurde einfach immer größer zwischen dem, was aus unserer Sicht zu erbringen war, und dem, was wir erbringen konnten mit den Möglichkeiten, die wir vor Ort - - und durch die - - welche Art von Zustimmung oder von Einigkeit gab es in der Bundesregierung - - hinkriegen konnten. Deswegen haben wir das eben nicht so gut vorbereiten können, dass wir da schon den Großteil der Ortskräfte rausgeholt hätten, als die Evakuierungsphase begann, haben dann aber glücklicherweise - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Darf ich da noch mal nachfragen?

Zeugin Petra Sigmund: Ja. Entschuldigung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also zwei kurze Fragen: Welche konkreten Maßnahmen - - Also von Februar 2020 bis August 2021 ist ja immerhin eine Zeit, in der man noch handeln kann, ist meine Meinung. Also, nicht nur - - Man wusste ja, das mit dem BMI und dem Listenverfahren und Visa on Arrival ist nicht realistisch. Hat es einen Plan B gegeben? Also, welche Anstrengungen hat das Auswärtige Amt selbst unternommen, um diese Ihnen ja offensichtlich und im Auswärtigen Amt bekannten Mängel der Kapazitäten des Ortskräfteverfahrens zu beseitigen?

Zeugin Petra Sigmund: Na ja, wir hatten, wie schon gesagt, kreativ sozusagen - - Das war mehr die Bundeswehr, die dann in Masar eigens sozusagen Visaanträge oder Visaverfahren durchgeführt hat, für Bundeswehrortskräfte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Darf ich Sie kurz unterbrechen?

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nach meiner Kenntnis war das ein Angebot, was die Bundeswehr an das Auswärtige Amt gemacht hat, aber keine Initiative des Auswärtigen Amts. Oder habe ich das falsch verstanden? Erinnern Sie das?

Zeugin Petra Sigmund: Das kann ich Ihnen jetzt so genau nicht sagen. So genau war ich da nicht dran.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Also das war eine mögliche Maßnahme, sozusagen Erfassung von biometrischen Daten durch Bundeswehr in Masar-i Scharif, das wissen wir.

Zeugin Petra Sigmund: IOM.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das unabhängig davon, wer es erfunden hat. Jetzt: Was für weitere Anstrengungen hat es im Auswärtigen Amt gegeben?

Zeugin Petra Sigmund: Dann gab es eben diese Visaannahme durch IOM.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wissen Sie, wann das gestartet ist?

Zeugin Petra Sigmund: Das ist, glaube ich, im Juni gestartet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Also wir reden von Februar 2020, wo man wusste: „Wir müssen uns vorbereiten“, und im Juni 2021 kommt das IOM-Verfahren. Würden Sie sagen, dass das Auswärtige Amt alle Anstrengungen unternommen hat, um das zügig umzusetzen?

Zeugin Petra Sigmund: Also, wir wussten ja - - Wir hatten diese Bestätigung des Abzugs über die Biden-Administration. Also, Biden-Administration hat ja bestätigt, dass der militärische Abzug sozusagen zwischen - - beginnen würde mit dem 01.05. und beendet sein würde spätestens im September 2021. Ab da war klar: Wir müssen was tun für die Ortskräfte, wir müssen uns - - Und ab da war es sozusagen -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche, -

Zeugin Petra Sigmund: - die intensive Phase.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - aber eben haben Sie gesagt, es war Ihnen eigentlich schon früh klar, dass das bestehende System nicht funktioniert für eine große Anzahl von Ortskräften. Wieso war es dann erst jetzt später klar nach der Biden-Administration?

Zeugin Petra Sigmund: Nein, es war klar, dass wir uns würden vorbereiten müssen, dass wir Vorkehrungen - - oder dass wir uns vorbereiten müssten: Wer sind die Ortskräfte? Was ist der Kreis der Berechtigten? Welche Verfahren haben wir? Und wir sind dann unter der - - Ich sage mal: In der Dringlichkeit, die sich ergab, haben wir dann in den verbleibenden Monaten versucht, so viele wie mögliche Ortskräfte nach Deutschland zu bringen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann will ich zum Ausgangspunkt meiner Frage vielleicht noch mal kurz zurückkommen: Hat bei Ihren Entscheidungen und Diskussionen eine Rolle gespielt, die uns zumindest von einigen Beteiligten wieder-gegebene Auffassung, man wolle kein falsches Signal an das Volk schicken, keine Massenflucht verursachen, indizieren, indem man jetzt schon Ortskräfte, Staatsangehörige frühzeitig in mögliche Evakuierungsplanungen einbezieht?

Zeugin Petra Sigmund: Das hat insofern eine Rolle gespielt, dass man versucht hat, das sozusagen nicht zu sehr öffentlich - - darüber zu sprechen, was schwierig war, weil wir haben hier in Deutschland natürlich eine große afghanische Diaspora. Das ist bekannt geworden.

Aber dass wir hier eine Verpflichtung haben für Ortskräfte, das war uns auch klar. Und wir haben deswegen sozusagen nach bestem Wissen und dem, was uns da zur Verfügung stand, an Möglichkeiten dieses Verfahren vorbereitet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun kommen wir zu der Zeit 11./12./13.08.21. Sie haben eben gesagt, Sie hielten den Lagebericht des BND in der Krisenstabssitzung am 13.08.2021 für überholt, wenn ich das richtig - -

Zeugin Petra Sigmund: Veraltet, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Oder veraltet. - Nun haben wir ein Protokoll der Hausbesprechung zu Afghanistan bei Ihnen am 12.08.2021. Das ist MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 17. Das würde ich Ihnen gerne vorlegen.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn ich eine kleine Bitte äußern dürfte: Ich verstehe, dass Sie mit der Zeit effizient umgehen wollen, aber so eine kleine Pause, wo die Zeugin antworten kann, zwischendrin, wäre ganz nett.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie verstehen aber, dass die Frage dann auch beantwortet werden muss.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, ich verstehe das, aber es war nun ein bisschen sehr scharf.

Zeugin Petra Sigmund: Soll ich das jetzt einmal ganz durchlesen, oder wie?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Ich würde mich gerne über Einzelheiten aus diesem Papier mit Ihnen unterhalten. Wenn Sie es nicht komplett erinnern, wäre es gut, Sie würden es einmal lesen.

Zeugin Petra Sigmund: Gut. - Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie haben nach unserer Kenntnis an dieser Sitzung teilgenommen.

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gibt das Protokoll aus Ihrer Erinnerung heraus den Verlauf der Beratung dieser Hausbesprechung zutreffend wieder?

Zeugin Petra Sigmund: Das kann - - Da kann ich mich so genau nicht mehr dran erinnern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Ich frage das deswegen, weil Sie ja eben mit Nachdruck gesagt haben, am 13.08. sei sozusagen die Lageeinschätzung des BND überaltet gewesen. Nun ist es so, dass hier Aussagen drin sind, die ich gerne zitieren möchte. Herr Potzel sagt - das ist der erste Punkt, unter „1. Politische Lage“-:

- „• Kabul wird nicht schnell zu überrennen sein. Kämpfe sind zu erwarten. Einige Nachrichtendienste sagen Fall von Kabul in 30-90 Tagen voraus.“

Dann heißt es bei „AP05-RL“ im ersten Punkt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

- „• Mit militärischen Auseinandersetzungen in Kabul in einigen Wochen ist zu rechnen.“

Und weiter heißt es dann - also unter „04-L“ -:

- „• Aus Sicht von 04 ist, unbeachtet politischer Erwägungen, der Einstieg in die Evakuierungsplanung jetzt sinnvoll ...
Ausdünnung des Personals ...“

Im zweiten Spiegelstrich. - Und beim Ortskräfteverfahren wird hier sozusagen davon ausgegangen, dass IOM 35 Visa pro Tag aushändigt.

„Zuletzt sinkende Anzahl von Neuanträgen ...“

Und in den Empfehlungen - Zusammenfassung der Staatssekretärin - heißt es dann: Auch

- „• **Ausdünnung der Botschaft im Rahmen der Möglichkeiten; Prüfung, ob ggf. einzelne Personalwechsel vorgezogen und Botschaft speziell zur Durchführung von OKV-Charterflügen ... unterstützt wird.**“

Und dann heißt es weiter im nächsten Kullerpunkt:

- „• **Entscheidung zur Schließung der Botschaft und Durchführung der EvakOp, wenn die Lage es zwingend erfordert und abhängig von Maßnahmen anderer Staaten.**“

Und dann heißt es weiter:

- „• **Bereits jetzt Beginn der präventiven Vorbereitung ...“**

Das liest sich, sage ich jetzt mal, aus meiner Sicht alles so wie der Lagebericht des BND am nächsten Tag.

Deswegen jetzt meine Frage: Woher nehmen Sie die Auffassung, dass das Auswärtige Amt am

13.08. diese Lagedarstellung des BND für überaltet gehalten hat, wenn Sie selber noch einen Tag vorher in einer Hausbesprechung die Lage so einschätzen und „von mehreren Wochen nicht überrannt“ und nur „keine Evakuierung, nur Hochstufung von 3a auf 3b“ - - Ich kann den Widerspruch - - Also, was ist in den 24 Stunden passiert?

Zeugin Petra Sigmund: Leiter Kabul, Potzel, war, soweit ich weiß, zu diesem Zeitpunkt in Doha. Leiter AP 05 war in Berlin. Van Thiel war in Kabul und kriegte das da vor Ort mit. Also, es gab unterschiedliche Einschätzungen, aber es gab natürlich diejenigen, die vor Ort waren und uns von vor Ort berichtet haben, wie sie die Lage einschätzten. Und wir hatten Gespräche geführt. Es gab Anrufe - ich glaube, das war etwas später an dem Tag - von Blinken mit Minister Maas, wie die die Lage eingeschätzt haben. Also, es gab Divergenzen sozusagen der Einschätzung; aber ich kann sagen - und das spiegelt sich hier so ein bisschen - - Aber letztlich hat das, was wir vor Ort gehört haben, das höhere Gewicht gehabt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja. Aber wenn es das höhere Gewicht gehabt hätte, dann wären doch andere Maßnahmen angezeigt gewesen, oder?

Zeugin Petra Sigmund: Was meinen Sie? Welche anderen Maßnahmen?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Zum Beispiel die Frage: Hier steht jetzt drin, dass man Evakuierungsplanung - - in die sollte man einsteigen, um gegebenenfalls bis Ende des Monats die Botschaft möglichst noch mit kommerziellen Flügen oder mit Unterstützung der Bundeswehr mit einer schnellen Luftabholung zu evakuieren. Dann steht da drin: Entscheidung zur Schließung der Botschaft und Durchführung EvakOp, ich sage jetzt mal, erst wenn die Lage es zwingend erfordert, möglicherweise noch ein KUT zur Unterstützung der Botschaft.

Es klingt jetzt alles nicht nach dramatischer - - also nach der dramatischen, schnellen Räumung des Botschaftsgeländes, Verlegung beispielsweise an den Flughafen, wie wir das von Herrn van



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thiel gehört haben. Also der hat uns hier, aber auch ja in der Krisenstabssitzung am 13.08., gesagt, er wäre für eine sehr viel frühere Verlegung der Botschaft an den Flughafen gewesen. Ich verstehe nicht, warum Sie sozusagen diese Maßnahmen für angezeigt halten, aber am nächsten Tag Kritik am BND üben, dass die ein überaltetes Lagebild gehabt haben.

Zeugin Petra Sigmund: Also ich verstehe das anders:

- „• **Entscheidung zur Schließung der Botschaft und Durchführung der EvakOp, wenn die Lage es zwingend erfordert und abhängig von Maßnahmen anderer Staaten.**“

Für mich liest sich das akut genug.

- „• **Bereits jetzt Beginn der präventiven Vorbereitung einer möglichen EvakOp ...**“

Mit allem, was ja dazugehörte an Bundestag und Unterrichtung, Prüfung der Entsendung eines KUT zur Unterstützung der Botschaft. Für mich klingt das operativ.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, aber wenn Sie sagen, dass der Bericht des BND in der Lage am - - in der Lagebesprechung in der Krisenstabssitzung am nächsten Tag Ihnen überaltet gewesen wäre, weil Sie die Lage wesentlich dramatischer wahrgenommen haben - so habe ich das jetzt mal für mich aufgenommen -, -

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - wären dann nicht auch viel, viel dramatischere und schnellere Maßnahmen angezeigt gewesen? Also wäre es - -

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Gloßner. - Also, kleinen Moment bitte. - Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): Also, ich glaube, dieselbe Frage wurde jetzt bestimmt drei- oder viermal gestellt, und die Zeugin hat nach meiner Auffassung widerspruchsfrei und erschöpfend darauf geantwortet. Ich fände es jetzt sozusagen unlauter, dieselbe Frage noch mal zu stellen und die Zeugin dazu zu zwingen, sich sozusagen - es mag ja sein, dass die Antwort dem Fragesteller nicht passt - - aber deswegen in die Widersprüche zu verwickeln. Also, da wäre ich dankbar, wenn wir dann zum nächsten Themenkomplex oder zu einer anderen Frage kommen könnten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist korrekt. Ich habe es jetzt dreimal zugelassen. Das vierte Mal ist eins zu viel.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut, aber was ich frage, schreibt mir nicht Herr Gloßner vor, ob ich den Themenkomplex jetzt verlasse oder nicht. Das würde ich gerne selber entscheiden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, das entscheiden Sie selbst, aber die Frage zum wiederholen vierten Mal - - müssen Sie nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich es anders formulieren: Hat nach Ihrer Kenntnis am 12.08. Herr van Thiel Ihnen gegenüber bereits die Notwendigkeit geäußert, das Botschaftsgelände zu evakuieren und an die Botschaft zum Flughafen zu verlegen?

Zeugin Petra Sigmund: So direkt nicht, sondern sozusagen - - Er hat darauf hingewiesen, dass das notwendig werden würde, und wir waren uns dessen bewusst.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Warum haben Sie dann nicht am 12.08. bereits entschieden, die Botschaft zu verlegen?

Zeugin Petra Sigmund: Na ja, wir mussten ja unterschiedliche - - Wir hatten unterschiedliche Ziele bei dieser Evakuierung zu berücksichtigen. Wir mussten auch gucken, dass - - Die Botschaft, die wir vor Ort noch hatten, war ja der Sammelpunkt oder diente ja später dann, also einen Tag später, übers Wochenende vor allen Dingen - und



Nur zur dienstlichen Verwendung

das war uns bewusst -, als potenzieller Sammel-
punkt für Schutzbefohlene, die wir dann über
eine Evakuierungsoperation mit rausbringen wür-
den. Die Botschaft war uns wichtig; die Tatsache,
dass wir einen Standort in Kabul haben. Und wir
haben sozusagen - - Wir hatten ja Zusagen der
Amerikaner und waren auch im Kontakt mit den
Amerikanern, dass die uns alles Notwendige zur
Verfügung stellen würden für die Verlegung an
den Flughafen.

Andere Nationen haben auch nicht früher - man-
che an dem Tag schon, aber viele auch erst im
Laufe des Wochenendes - an den Flughafen ver-
legt, und es war eine schwierige Abwägung für
uns auch: Wann genau verlassen wir unsere Ver-
tretung, Green Zone hier in Kabul, und verlegen
an den Flughafen? Aber dass das notwendig wer-
den würde, eine Evakuierung, haben wir ge-
sehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sind Sie an die-
sem 12.08. eigentlich davon ausgegangen, dass
am 13.08. bereits eine Krisenstabssitzung stattfin-
den soll?

Zeugin Petra Sigmund: Was meinen Sie mit „da-
von ausgegangen“?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, war zu dem
Zeitpunkt bereits bekannt, dass es am 13.08. eine
Krisenstabssitzung geben wird?

Zeugin Petra Sigmund: War zu diesem Zeitpunkt
bereits bekannt? - Das kann ich Ihnen nicht ge-
nau sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich
mit Ihnen in dieser Runde eine letzte Frage noch
besprechen, wenn Sie vielleicht auf die letzte
Seite dieses Gesprächsvermerks mal gehen.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Das ist der - eins, zwei, drei, vier - fünfte Punkt,
heißt - Zitat -: „OKV und Charterflüge“ - Ent-
schuldigung, der sechste Punkt:

„Erster „Pilotcharterflug“ mit
LBs“

- also Lokalbeschäftigten -

„sowie, wenn möglich, Familien-
angehörigen der AV-LBs (und ggf.
Angehörigen der Zivilgesell-
schaft) soll schnellstmöglich - vor
dem 30.08. - durchgeführt wer-
den. Möglichst mit medialer Be-
gleitung. Hierzu erhält Ref. 040
personelle Unterstützung.“

Was ist das Referat 040?

Zeugin Petra Sigmund: Das ist der Krisenstab,
also ein Referat in unserem Krisenstab.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Warum sollte
ein Pilotcharterflug durchgeführt werden? Und
was ist an dieser Stelle mit „medialer Begleitung“
gemeint?

Zeugin Petra Sigmund: Also, das kann ich Ihnen
jetzt nicht interpretieren, was mit „medialer Be-
gleitung“ gemeint ist. „Pilotcharterflug“: Der
Ausdruck sagt mir jetzt in dem Zusammenhang
auch nichts.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wurde darüber
gesprochen, dass man Bilder erzeugen wollte von
evakuierten lokalen Beschäftigten?

Zeugin Petra Sigmund: Kann ich mich nicht erin-
nern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln
wir zu Bündnis 90/Die Grünen und Frau Kollegin
Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau
Sigmund! Mich hat der Kollege jetzt auch ganz
durcheinandergebracht; da muss man Sachen
streichen, die man dann doch wieder fragen
muss. Ich würde aber mit einer Sache anfangen.
Und zwar haben Sie, Frau Sigmund, gerade ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sagt: Wir haben Herrn van Thiel sehr ernst genommen. - Können Sie einmal erläutern, wer „wir“ ist.

Zeugin Petra Sigmund: „Wir“ war auf jeden Fall das Receiving End seiner Mails und seiner Unter- richtung. Also auf jeden Fall - - Ich habe es sehr ernst genommen, und ich habe das, was er be- richtet hat - - Auch der Krisenstab hat es sehr ernst genommen, auch weitergetragen sozusagen in die Beratungen bei uns im Hause.

Wir sind ja im Hause so organisiert, im Auswärti- gen Amt, dass wir jeden Morgen sozusagen ein- mal die Lage durchsprechen zwischen den unter- schiedlichen Abteilungsleitern und den Staats- sekretären, wo man noch mal berichtet, münd- lich sozusagen: „Was ist wichtig am Tag?“, und da sind van Thiels Warnungen und seine Lage- einschätzungen eingeflossen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich Ihnen einmal gerne einen Vor- halt machen, und zwar ist das MAT AA A-9.76 VS-NfD, Blatt 59. Hier steht drin: Achtung.

„Solange Leiter Kabul noch vT:
bitte Lagebild an AP05, Verteilung
dann über Euch an einen breiteren
Kreis.“

Sobald neuer Leiter eingetroffen
ist, kann das dann auch direkt an
den größeren Verteiler.“

Warum haben Sie Herrn van Thiel - - Sozusagen:
Warum musste der noch mal bei Ihnen durch,
und der Nachfolger hätte das nicht gemusst?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Warten Sie mal, das muss
ich jetzt erst mal lesen. - Das kann ich Ihnen
nicht ganz genau sagen. Ich weiß nur, dass ich
Potzel natürlich, den ich ja kannte, der der
Afghanistan-Beauftragte war und der ohnehin
sozusagen direkt große Kreise unterrichtet hat - -
dass es mir angemessen erschien, dass er sozu-
sagen sehr breit gleich berichtet, während sein

Stellvertreter, der seit Juli da war - ich glaube,
seit Juli da war - - es mir richtig erschien, dass
das dann über AP 05, das Referat, verteilt wird.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben
Sie Herrn van Thiel eingewiesen, bevor er seine
Position in Kabul bezogen hat?

Zeugin Petra Sigmund: Ich habe ihn nicht ein-
gewiesen. Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie
hatten Ihre Aussage vorhin auch, also „Wir haben
Herrn van Thiel sehr ernst genommen“, eigent-
lich auch auf die Krisenratssitzung vom 13.08.
bezogen. Da würde ich Ihnen gerne noch einen
Vorhalt machen. Das können wir auch noch mal
vorbeibringen. Und zwar ist es das endgültige
Stenografische Protokoll 20/36, Seite 11.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Da heißt es unter anderem:

„Es gab zwar eine Äußerung auch
von der Staatssekretärin Leen-
dertse: Ich bin dem BND dankbar
für die Einschätzung, die er gibt,
und die Zeit, die er uns noch
gibt. - Da wollte ich am liebsten
sagen: ...“

- Entschuldigung, das war der Zeuge S. R.; den
kennen Sie jetzt wahrscheinlich nicht, jemand
vom BND. -

„Da wollte ich am liebsten sagen:
Ja, Achtung, aber die Zeit haben
wir eigentlich nicht mehr! - Aber
es war die allgemeine Ansicht,
dass die Evakuierung eingeleitet
werden muss, und sie wurde dann
ja auch noch [nicht] angeordnet.“

Und später im gleichen Protokoll heißt es dann
auf Seite 14:

„Also wie gesagt, auf die - - Die
Reaktion der Staatssekretärin



Nur zur dienstlichen Verwendung

war - - Wir haben vorgetragen. Danach meldete sich der Gesandte der Deutschen Botschaft in Kabul und äußerte Widerspruch. Daraufhin sagte dann Staatssekretärin Leendertse: Ich bin dem BND dankbar für seine Stellungnahme, für die Zeit, die er uns noch gibt. - Und, wie gesagt, ich hätte dann gerne gesagt: Achtung, ne, die Kippunkte noch mal. - Dann war aber der Gesprächsfaden oder das Gespräch schon weitergezogen. Aber das war die Reaktion davor auf die Kippunkte. Ansonsten wurde danach - - nicht mehr eingegangen.“

Wie können Sie sich denn dran erinnern, dass die Einschätzungen aus der Botschaft in der Krisenstabssitzung behandelt worden sind?

Zeugin Petra Sigmund: Also, ich kenne das hier nicht. Ich kann das nicht so - - Ich kann das jetzt nicht so interpretieren. Ich kann nur - - Was ich mitbekommen habe, war diese Sitzung am 13.08., und ich kann noch mal sagen, dass die Sitzung am 13.08. so war, dass wir gesehen haben, dass da - - Und zwar gesehen haben über die Berichterstattung von van Thiel, über die Kontakte zu anderen, die wir hatten, ob es die Amerikaner waren, ob es Washington war, das uns geholfen hat und da auch mit berichtet hat, dass wir jetzt in die Phase kommen müssen, wo wir die Evakuierung einleiten, wo wir die Prozeduren, die Prozesse anstoßen, die hierfür notwendig sind.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nach dem Krisenstab noch mal mit dem Sonderbeauftragten Potzel, der dann an dem Tag, wie er uns hier gesagt hat, seinen Koffer gepackt hat - nebenbei -, noch mal eine Nachbesprechung gemacht von der Krisenstabssitzung?

Zeugin Petra Sigmund: Ich glaube, nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben vorhin ja auch im Ausschuss ausgeführt: Es war uns in der Sitzung klar, dass eine Evakuierung notwendig werden würde; allerdings stand noch im Raum die Frage, ob man die

Botschaft nicht noch braucht als möglichen Sammelpunkt für deutsche Staatsangehörige. - Wenn Sie da noch mal erläutern könnten, wie man sich das vorzustellen hat? Denn - da muss ich einmal kurz ausführen -, wenn Sie jetzt damit rechnen, dass irgendwann in den nächsten Tagen evakuiert werden muss, und Sie dann gleichzeitig deutsche Staatsbürger/-innen zur Botschaft schicken, vielleicht ja auch mit ein paar Stunden Vorlauf, also, wie passt das dann sozusagen von den Zeitschienen zusammen? Wie hätte man sich das dann idealerweise vorgestellt, dass die Botschaft noch als Sammelpunkt auch genutzt werden kann?

Zeugin Petra Sigmund: Ich muss das jetzt noch mal zusammenbringen, auch mit den Zeitschienen. Ich weiß vor allen Dingen, dass wir ab dem 15. dann - - Als wir dann - - Als die Evakuierung unterwegs war, saßen wir ja im Krisenstab zusammen und haben überlegt: Wie kriegen wir das jetzt hin, dass die Menschen, von denen wir wissen, sie haben eine Aufnahmezusage, wir müssen sie außer Landes bringen - - dass wir die an den Flughafen bringen, damit sie dort über die Umläufe, die die Bundeswehr gemacht hat, oder mit den Amerikanern evakuiert werden können? Und da war schon unser Problem anhand der Zustände da am Flughafen, wo man ja gar nicht richtig raufkam auf den Flughafen, wo es schwierig war, zu erkennen: „Wer sind überhaupt Berechtigte?“, wo wir gesehen haben, und das haben wir - - wo wir - - Es wäre eigentlich gut, man hätte einen Sammelpunkt. Man könnte am Sammelpunkt einmal kontrollieren: Sind die Leute, die sich hier anschicken usw. - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss Sie leider kurz unterbrechen; denn es gab ja das Memorandum of Understanding mit den Amerikanern, dass die Botschaftsangehörigen verlegt werden zum Flughafen, falls das nötig wird.

Gab es denn auch irgendeine ähnliche Vereinbarung, was jetzt den Ausflug von zum Sammelpunkt gelaufenen, gefahrenen Deutschen angeht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Petra Sigmund: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen. Als die Evakuierung dann lief, ab dem 15. bis zum - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aber darum geht es mir nicht. Es geht mir nur noch darum, was sozusagen - - Weil Sie haben ja gerade gesagt: Ein Grund, warum wir am 13. nicht sofort gesagt haben: „So, jetzt machen wir das Ding zu. Seht zu, dass ihr alles vorbereitet, rüber zum Flughafen, versucht zu verlegen!“, war, dass man noch im Hinterkopf hatte: Ah, vielleicht brauchen wir die Botschaft noch für den Sammelpunkt. - Dann stelle ich - - frage ich mich: Wie haben Sie sich das vorgestellt, konkret, mit dem Sammelpunkt? Also, war zum Beispiel die Bundespolizei - - Wäre die in der Lage gewesen, so einen Sammelpunkt dann auch sicherheitsmäßig zu betreuen?

Zeugin Petra Sigmund: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Gloßner.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache ja schon weiter.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich darf nur kurz darauf hinweisen, dass die Aussagegenehmigung ja die dienstliche Zuständigkeit sozusagen der Zeugin deckt, und die Zeugin war nicht im Krisenreaktionszentrum tätig und für diese Sicherheitsfragen zuständig. Das wollte ich nur noch mal kurz betonen. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist zutreffend.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann ich - - Das verstehe ich, und auf der anderen Seite, wenn eine Begründung vorgetragen wird, die sich auf die Realitäten einer Krise bezieht, die dann im politischen Vorraum zu

Nichtentscheidungen geführt haben, dann weiß ich nicht, wie ich mich sonst der Sache nähern soll.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist beides zutreffend.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist jetzt auch ausreichend, glaube ich, besprochen worden.

Dann habe ich noch eine andere Frage: War Ihnen klar, in welchem Zustand die vom Krisenreaktionszentrum geführten ELEFAND-Listen waren, am 13.08. oder irgendwann davor oder danach?

Zeugin Petra Sigmund: Ich wusste, dass es keine Verpflichtung gibt, sich in ELEFAND-Listen einzutragen, dass wir also immer eigentlich bei jeder Krise dieses Problem haben, dass wir nicht genau wissen, inwieweit sie vollständig sind, bzw. dann, wenn es erlebt wird: „Das wird jetzt hier wirklich gefährlich“, dass sich dann Leute neu eintragen. Das wusste ich, dass das eine dynamische Liste ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Landsleutbrief wird ja von der Botschaft dann im Endeffekt verschickt, ne?

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das noch mal diskutiert mit dem Botschafter selber oder auch in der Krisenstabssitzung, dass man jetzt sozusagen mit einem Landsleutbrief Leute aktivieren sollte?

Zeugin Petra Sigmund: Das war nicht meine Aufgabe.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich noch mal zeitlich ein bisschen weiter zurückgehen und sozusagen dann vielleicht auch wieder näher an Ihre Aufgabe dran, hoffentlich - - Und zwar haben Sie vorhin ausgeführt, dass das ein Fehler war, nicht zu konditionieren im Doha-Abkommen und dass man aber deshalb um so mehr ernsthaft versuchen



Nur zur dienstlichen Verwendung

musste, zu verhandeln. Und das, was wir hier noch nicht so richtig - und wir hatten ja schon sehr, sehr viele Gespräche jetzt auch zu den innerafghanischen Friedensverhandlungen auch mit verschiedenen Zeug/-innen - - Was wir noch nicht verstanden haben, ist, was die Überlegung war, aus welchem Grund die Taliban nicht nur am Verhandlungstisch sitzen sollten - also da hatten sie guten Grund zu -, sondern auch zu einem Abschluss von Verhandlungen - - Was war das Interesse der Taliban aus Sicht des Auswärtigen Amtes, zu einem Abschluss der Verhandlungen zu kommen, ein mögliches?

Zeugin Petra Sigmund: Ich muss jetzt noch mal sagen, dass ich aufgrund sozusagen der Zuständigkeiten für Afghanistan, wo wir einen Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan hatten, der die Gespräche mit den Taliban geführt hat, der Gespräche zu Afghanistan geführt hat - - Ich habe selbst nie solche Gespräche geführt, hatte also kein eigenes Judiz in dieser Frage. Man musste also auf sein Judiz hier noch mal gehen, was bis - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe ich total. Wir haben ein bisschen ein Problem gehabt, weil Herr Potzel konnte sich an fast nichts erinnern. Aber ich glaube, ich bin jetzt auch - - Meine Zeit ist abgelaufen, ne?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Frage würde noch gehen.

(Thomas Röwekamp
(CDU/CSU): Die letzte!)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Panik. - Später.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die AfD ist präpariert.

Joachim Wundrak (AfD): Ich danke, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Sigmund, zu später Stunde! Auch ich freue mich, dass Sie uns bei der Wahrheitsfindung helfen wollen, und fange dann gleich an mit einer Frage zur Gefährdung von deutschen Ortskräften und dem Mandatstext

der Evakuierungsmission - - als designierte Personen bezeichneten Personenkreis. Herr Dr. Rohschürmann, der Leiter des Risk Management Office der GIZ in Afghanistan, sagte hier im Ausschuss am 27. April 2023 aus, dass ihm - und das ist ein Zitat aus dem endgültigen Stenografischen Protokoll der 34. Sitzung, Seite 28; Zitat -: „... bis heute keine Fälle bekannt“ seien, „in denen eine Ortskraft ... aufgrund ihrer Tätigkeit für uns getötet oder zu Schaden gekommen wäre“. - Zitat Ende.

Meine erste Frage dazu: Welche belastbaren Kenntnisse hatten Sie über politisch motivierte Übergriffe oder gar Tötungen von afghanischen Ortskräften oder dem erwähnten Personenkreis der designierten Personen zu dem besagten Zeitraum?

Zeugin Petra Sigmund: Das ist eine komplizierte Frage. Wir haben ja - - Gefährdungsanzeigen wurden gemacht, insbesondere bezüglich Ortskräften, die jetzt für die Bundeswehr gearbeitet haben. Diese Gefährdungsanzeigen, die wurden sich angeguckt, und aufgrund dieser Gefährdungsanzeigen im Verbund mit einem Visaverfahren wurden dann Aufnahmezusagen gemacht. Das ist das, was ich Ihnen dazu sagen kann.

Joachim Wundrak (AfD): Die Frage ist: Gab es nach Ihrer damaligen Auffassung, Wahrnehmung auch in Ihrem Bereich, denn eine wirklich latente Gefährdung von Ortskräften oder der designierten Personen durch die Taliban, so wie das in dem gemeinsamen, ressortgemeinsamen, Ortskräfteverfahren beschrieben wird? Was haben Sie für sich unter einer latenten Gefährdung verstanden?

Zeugin Petra Sigmund: Na ja, wir haben unter einer latenten Gefährdung verstanden, wenn tatsächlich die Taliban hier die Macht übernehmen in diesem Land, dass es dann sein könnte, dass Menschen - jetzt spreche ich hier ganz - - dass Menschen, die für ausländische Regierungen in Afghanistan - Afghanen -, gearbeitet haben - - dass die sich in irgendwelchen Formen von Nachteilen für ihr Leben, für ihre Familie, wiederfinden könnten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Sind Ihnen die Sicherheitsgarantien, die mehrfachen Sicherheitsgarantien der Taliban für Ortskräfte und Entsprechende im designierten Personenkreis bekannt gewesen?

Zeugin Petra Sigmund: Nein.

Joachim Wundrak (AfD): Aus dem Beweismaterial geht hervor, dass es bezüglich dieser designierten Personen ein durch das AA und BMI erarbeitetes Profilastraster gab. Dieses findet man auf MAT A BMI-3.552 VS-NfD, Blatt 239. Hier ist die Rede von „ein - und das ist das Zitat - „besonderes außenpolit. Interesse“ - Zitat Ende -, das Deutschland besitze, diesen Personenkreis bei den Evakuierungsmaßnahmen zu berücksichtigen.

Können Sie uns darstellen, was damals das besondere außenpolitische Interesse Deutschlands war und worin das begründet lag?

Zeugin Petra Sigmund: Können Sie mir das bitte noch mal vorlegen?

Joachim Wundrak (AfD): Kommt.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Es steht eigentlich hier drin.

„Es ist im politischen Interesse der Bundesrepublik, Personen, die sich in den vergangenen Jahren **durch ihr Engagement für die Meinungsfreiheit, Demokratie, Menschen- und insbesondere Frauenrechte** [sic!], **kulturelle Identität sowie Wissenschafts-, Kunst- und Pressefreiheit exponiert haben** und dabei eng mit deutschen Ressorts, Behörden oder Organisationen zusammengearbeitet **bzw. sich für DEU Belange eingesetzt haben oder deren Arbeit mit deutschen finanziellen Mitteln unterstützt wurde und die durch eine Machtübernahme der**

TLB aufgrund dieser (vorherigen) Tätigkeit unmittelbar gefährdet sind, in der aktuellen Krisenlage eine Ausreise aus AFG und Aufnahme in DEU zu ermöglichen.“

Joachim Wundrak (AfD): Herzlichen Dank für die Information. - Meine Frage ist: Wer hat dann konkret im Einzelfall festgestellt, welcher Personenkreis dann betroffen - - oder welche Person zu welchem Personenkreis gehört?

Zeugin Petra Sigmund: Das betrifft jetzt das gesamte Ortskräfteverfahren, mit dem ich jetzt im Einzelnen auch so nicht betraut war.

Joachim Wundrak (AfD): Ich habe jetzt nicht nach dem Ortskräfte- - sondern nach dem politischen, besonders außenpolitischen Interesse - - Personenkreis gefragt.

Zeugin Petra Sigmund: Ach so, das sind hier die - - Das ist nicht das Ortskräfteverfahren. Na ja, das politische Interesse war: Wir waren ja 20 Jahre in Afghanistan, um in diesem Land zu versuchen, Strukturen dauerhaft zu etablieren, unter denen man unter Achtung sozusagen grundlegender freiheitlicher Rechte dort leben kann - Verwirklichung von Frauenrechten, von liberalen Rechten, demokratischen Rechten -, und es gab Menschen, die das sozusagen unterstützt haben, die darauf vertraut haben, dass diese Form der Regierung in Afghanistan von Dauer sein würde, die uns vertraut haben in diesem Land. Und deswegen - -

Joachim Wundrak (AfD): Ja, Frau Sigmund. - Ich habe noch mal gefragt: Wer hatte dann die Entscheidungsbefugnis, solche Leute, Menschen, auf diese Liste zu setzen?

Zeugin Petra Sigmund: Das haben wir gemeinsam gemacht. Wir haben gemeinsam geschaut: Wer sind die Menschen? Das war jetzt die Liste - - Entschuldigung, das habe ich vorhin nicht gesehen. Das war wieder die Liste der besonders Schutzbedürftigen. Es waren eben nicht die Ortskräfte, sondern es war eine andere Liste. Da haben wir gemeinsam geguckt: Wer sind diese Menschen, die sich exponiert haben und



Nur zur dienstlichen Verwendung

von denen wir glauben, unter der aktuellen Lage „Taliban übernehmen wieder und reißen das ein, was wir aufgebaut haben in den letzten 20 Jahren“ - - dass wir glauben, die sind gefährdet. Und das haben wir gemeinsam miteinander - - sowohl im Auswärtigen Amt als auch im Ressortkreis miteinander abgestimmt. Es war also nicht eine Einzelverantwortung, sondern es war eine kollektive Absprache.

Joachim Wundrak (AfD): Ich möchte jetzt auf die operative Ebene von beiden, von Ortskräfteverfahren und Menschenrechtsliste, gehen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kurzhalten, Herr Abgeordneter.

Joachim Wundrak (AfD): Aus einer E-Mail von Ihnen vom 1. September 2021 geht hervor - das ist MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 143 -, dass es mit der Evakuierung der Botschaft nun keinen Ressortbeauftragten für das Ortskräfteverfahren mehr gab. Wer war denn nach dem 1. September 2021 der Ressortbeauftragte des AA für dieses Ortskräfteverfahren? Wie wurde das gemacht? Wer hat geprüft? Wer hat insbesondere die individuelle Gefährdung Ihrer Kenntnis nach geprüft? Und wurde das Verfahren durchgehalten oder abgestellt, umgestellt?

Zeugin Petra Sigmund: Könnten Sie mir diese Mail auch noch mal geben?

Joachim Wundrak (AfD): Gerne.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Also, der Leiter unserer Rechtsabteilung fragt mich:

„... wer ist nach der (vorübergehenden) Schließung der Botschaft Kabul Ressortbeauftragter für die AA-Ortskräfte? Das war ja ursprünglich der GK in Masar, dann nach Schließung des GK der Botschafter in Kabul. Aber wir brauchen natürlich jetzt jeman-

den, der vor allem eine Einschätzung zur individuellen Gefährdung abgeben kann.“

Und dann habe ich gefragt, wer von den beiden Beauftragten - Markus Potzel, der eben Afghanistan-Sonderbeauftragter war und auf dem Weg war, Botschafter in Kabul zu werden, oder eben Jasper Wieck, der jetzt der neue Sonderbeauftragte Afghanistan/Pakistan geworden war -, wer von den beiden das würde übernehmen wollen. Und das hat dann - - Meiner Erinnerung nach ist es vereinbart worden, dass Jasper Wieck das macht.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank. - Klare Antwort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Frau Sigmund! Ich würde gerne Folgendes fragen, und zwar: Wer hat denn bei Ihnen die Afghanistan-Strategie erarbeitet? Wer war dafür zuständig, und welche Rolle haben Sie dabei gespielt?

Zeugin Petra Sigmund: Wir hatten, wie gesagt, diese Sondersituation, dass wir einen Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan in meiner Abteilung hatten, einen Sonderbeauftragten, der vom Kabinett ernannt war, der eine besondere Rolle hatte. Und ich habe ihm mit dieser besonderen Rolle die Verantwortung für alles, was Afghanistan-Politik - was heißt, ich habe es ihm - - Wir haben das miteinander besprochen - ich habe das auch ... [akustisch unverständlich] -, dass er sozusagen im Lead war, was die Afghanistan-Politik anbelangt. So war das gedacht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also kann man sagen, dass die Afghanistan-Strategie federführend von ihm entwickelt wurde?

Zeugin Petra Sigmund: Also, federführend von ihm, aber immer in Abstimmung. Wie schon vorher gesagt: Als jemand, der sozusagen für einen Länderbereich zuständig ist, ist man immer in



Nur zur dienstlichen Verwendung

Abstimmung mit anderen Fachabteilungen im Auswärtigen Amt und im Zweifel, gerade was jetzt Eckpunkte Afghanistan-Politik anbelangte, auch mit anderen Ressorts.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben jetzt heute - und das habe ich hier, ehrlich gesagt, vom Auswärtigen Amt zum ersten Mal in der Form gehört - gesagt: Wir sind immer zweigleisig gefahren, also einerseits den Friedensprozess, das Inklusive, Condition-based, dann aber gleichzeitig vor Augen habend, dass es eben Time-based sei. - War das die Strategie des Auswärtigen Amts, die der Herr Potzel entwickelt hat?

Zeugin Petra Sigmund: Das müssten Sie noch mal Herrn Potzel fragen; aber ich kann noch mal sagen, dass wir uns nicht nur verlassen haben in dieser ganzen Zeit auf „Das wird ja wohl irgendwie Erfolg haben, die innerafghanischen Verhandlungen; das wird irgendwie gut ausgehen“, sondern dass wir von Anfang an gleich mitgedacht haben - und nur deswegen haben wir auch Ortskräfteverfahren aufgesetzt und haben eben das Krisenunterstützungsteam nach Kabul gesetzt, haben mit der Bundes- - BMVg hatte Evakuierungsplanungen - - weil wir gesehen haben: Das, was wir uns wünschen, ist möglicherweise nicht das, was eintreten wird. Und das waren Dinge, die gemeinsam besprochen waren.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie sich denn über den Fortgang des - - oder die Ergebnisse der Umsetzung der Ergebnisse des KUT informiert, also ob das, was da gemacht wurde, umgesetzt wurde?

Zeugin Petra Sigmund: Also nicht im Einzelnen. Ich bin Abteilungsleiterin, jetzt nicht Referentin; aber ich wusste, dass ein Krisenunterstützungsteam da war, um vorzubereiten eine krisenhafte Situation.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. - Und haben Sie in Erinnerung, wie oft der Sicherheitspolitische Jour fixe getagt hat? Ich möchte dazu Ihnen vorhalten MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 63. Das ist ein E-Mail-Austausch zwischen dem BMZ und Ihrem Haus; der startet am 23. Juli 2021 und nimmt Bezug darauf, dass am 7. Juli

letztmalig der Sicherheitspolitische Jour fixe stattgefunden habe. Und die Frage ist dann, ob das nicht mal wieder stattfinden könne. Und am 23. Juli geht es dann weiter als Antwort vom Krisenstab im BMZ, eine Antwort, dass es eine Abwesenheitsmeldung von Herrn Jokisch gegeben habe bis zum 9. August. Am 9. August schreibt dann jemand aus dem BMZ noch mal an Herrn Jokisch, nachdem dann eben dieser Urlaub, die Abwesenheit zu Ende ist, und fragt, wann denn jetzt wieder der Sicherheitspolitischen Jour fixe tagen könnte. Und dann am 11. August antwortet Herr Jokisch darauf, dass er aus dem Urlaub wieder da sei und dass er sich auch große Sorgen mache.

Könnten Sie da vielleicht mal drauf eingehen, auf diesen Sachverhalt, wie Sie das beurteilen?

Zeugin Petra Sigmund: Also, Sie fragen mich da jetzt zu Sachen, an denen ich nicht beteiligt war und wo ich die genauen Umstände, wie es zu diesem Mailverkehr jetzt kam - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich frage Sie vor dem Hintergrund, dass Sie sagen, dass es so eine große Vorbereitetheit im Auswärtigen Amt mit Blick auf eine Krisenhaftigkeit der Situation gegeben habe.

Zeugin Petra Sigmund: Und die gab es auch. Unser Krisen- und Lagezentrum ist sowieso immer besetzt und immer in der Lage, eine Krise zu begleiten. Aber jetzt zu diesem Mailverkehr kann ich Ihnen nichts sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann würde ich gerne noch darauf eingehen: Sie hatten vorher mit Blick auf Herrn van Thiel gesagt: Wir haben unseren Leuten vor Ort vertraut, und wir haben ihn ernst genommen. - Ich beziehe mich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/66 zur Befragung von Herrn van Thiel zu der Krisenstabssitzung, und da sagt er:

„Also, gefühlsmäßig - ich kann mich an den Wortlaut nicht mehr erinnern - habe ich vom BMI Unterstützung bekommen, zumindest „Hört dem van Thiel zu, das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist wichtig, was der sagt“, irgend- wie so was zusammengefasst, flapsig. Wie gesagt, für mich über- raschend, aber für mich positiv, weil es die Art Überlegung war, auf die ich gehofft hatte: BMVg mit klar operativen Ansagen: „Wir müssen eine Evakuierung dann auch entsprechend vorbereiten, wir brauchen eine Beschluss- fassung dazu“, so erinnere ich das.

Keine Unterstützung aus meinem Haus, weil da ist einfach jetzt diese Wand bei mir innen drin- nen, dass mir da die Möglichkeit nicht gegeben wurde, nach Frau von Uslar noch mal wiederzukom- men. Das kann aber auch einfach - jetzt müssen Sie die Handelnden da fragen, warum sie das gemacht haben ... Sie haben ja auch ein Zeitmanagement, dann ist irgend- wann Schluss - - Und jetzt wollen wir den van Thiel nicht noch mal hören, wir wollen die anderen auch noch mal hören. - Also: Kann schon so sein.“

Also, er hat im Grunde genommen gesagt, er hätte nach Frau von Uslar nicht noch mal spre- chen können, und er sei nicht ernst genommen worden. Wie können Sie das einordnen?

Zeugin Petra Sigmund: Ich kann nur sagen, dass er das falsch interpretiert hat, wahrscheinlich dadurch, dass er halt nicht im Raume war. Aber das, was er zu sagen hatte, das hatten wir sowohl gelesen, das ist sehr ernst genommen worden; er war derjenige, der vor Ort war, der das am besten beurteilen konnte, und seine Aussage hatte Ge- wicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie hatten vorher auch noch gesagt: „Wir haben es uns nicht verbal eingestanden“, aber da sei was ins Rutschen gekommen. - So in dem Sinne hatten Sie es vorher gesagt. Wenn man dann vor Ort was anderes gesehen hat und Sie das auch ernst ge- nommen haben, wieso hat man da nicht sehr dezidiert schon früher evakuiert?

Zeugin Petra Sigmund: Wie „früher“? Schon früher als was?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Na ja, früher, als man es gemacht hat.

Zeugin Petra Sigmund: Ich hatte ja vorhin schon gesagt, was die Überlegungen waren. Wir wuss- ten auch, dass wir von den Amerikanern Unter- stützung haben, um sozusagen an den Flughafen evakuieren zu können, und wir haben rechtzeitig evakuiert. Wir haben unser Botschaftspersonal rechtzeitig evakuiert.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich bin in der Runde fertig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten und bitte die Ob- leute mal kurz zu mir.

(Unterbrechung von
23.45 bis 23.47 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich setze die Sit- zung wieder fort, liebe Kolleginnen und Kolle- gen. Da der Fragebedarf gegenüber der Zeugin ausgeprägter ist, als es unsere Zeit heute zulässt, und wir ja auch schon ein Weilchen zusammen- sitzen hier und uns die Protokollanten abhanden- kommen in Kürze, haben wir uns gerade darauf verständigt, dass wir die Zeugin ein weiteres Mal laden. Und die Vorstellung ist, dass wir sie am 10. September, wenn wir unsere Ob-leuterunde - das wird so um 18 Uhr, glaube ich, sein - - dann hatten wir überlegt, nach der Ob-leuterunde, also irgendwie 19.30 Uhr oder so was in der Ecke, 19 Uhr, 19.30 Uhr, noch mal laden würden. Sonst kommen wir damit nicht durch. Und ansonsten würden wir die Befragung für heute dann hier beenden.

Die nächste öffentliche Beweisaufnahmesitzung ist Donnerstag, den 26. September, 12 Uhr.

Bevor ich die Sitzung schließe, lassen Sie mich noch zwei Dinge sagen. Zum einen: Herr Nommensen vom Auswärtigen Amt, der hier sitzt, verlässt uns in Richtung Algerien. Er wollte



Nur zur dienstlichen Verwendung

heute noch mal eine ausgedehnte Sitzung genießen; das ist ihm gelungen. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Zukunft an der Botschaft.

(Beifall)

Und zweitens: Der Büroleiter unseres tüchtigen Sekretariats, Benjamin Drapal, wird uns ebenfalls verlassen. Den zieht es aber nicht nach Algerien, sondern nach Brüssel, ins Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages. Wir bedauern sein Ausscheiden natürlich, wünschen ihm aber alles Gute für seinen neuen Wirkungsbereich und bedanken uns für die gute Arbeit.

(Beifall)

Und die frohe Nachricht ist, dass all die, die jetzt durstig geworden sind, auch noch einen Abschiedstrunk vor der Tür haben, den er zur Verfügung gestellt hat. Er hat Getränke spendiert. Das will ich dann auch noch sagen.

Ansonsten bedanke ich mich bei Ihnen allen - bei Ihnen auch; Sie dürfen noch mal wiederkommen.

Alle anderen sehen wir dann zur entsprechenden Zeit. Herzlichen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 23.50 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der
Zeugin Tania Freiin von Uslar-Gleichen

**Kommentare zum Auszug aus dem Stenografischen Protokoll der 82. Sitzung des 1.
Untersuchungsausschuss S. 9 bis 69 – Zeugin Tania Freiin von Uslar-Gleichen**

Seite	Originalzitat	Kommentar
17, re	„als wir zurück waren im <u>Auswärtigen Amt</u> “	Korrektur: „als wir zurück waren im <u>BND</u> “
49, li	„Allein die Tatsache, dass die Krisenstabssitzung vom 16. auf den <u>8.</u> vorgezogen wurde“	Korrektur: „Allein die Tatsache, dass die Krisenstabssitzung vom 16. auf den <u>13.</u> vorgezogen wurde“

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Dr. Bruno Kahl

Öffentlich

Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
der 20. Wahlperiode

Ausschussdrucksache

20(27)419

05.08.2024

Betreff: 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

Hier: Protokollkorrekturen des Zeugen Dr. Bruno Kahl vom 01.08.2024

Bezug: Ihre Schreiben vom 15. Juli 2024, Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/82 I

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Dr. Schultheiß,

vielen Dank für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls (20/82 I) der Vernehmung vom 04. Juli 2024. Gerne möchte ich die Möglichkeit nutzen, um wenige Korrekturen vorzunehmen. Diese werde ich im Folgenden als Spiegelstriche aufführen.

- Seite 71, rechte Spalte, 2. Absatz: „Die Afghanistan-Experten des Bundesnachrichtendienstes haben im In- und Ausland haben ein überragendes“
- Seite 74, linke Spalte, 2. Absatz: „die Gelegenheit, mich mit den Staatssekretären des Hauses der Häuser zu unterhalten“
- Seite 77, linke Spalte, 3. Absatz: „für die das Innenministerium ja mit seinen BKA-Beamten Bundespolizisten zuständig war.“
- Seite 109, linke Spalte, 2. Absatz: „Prozess, in der dem sich unsere Analysten in der Position vergewissern,“
- Seite 111, linke Spalte, 5. Absatz: Kabul in den nächsten Tagen nichtmilitärisch nicht militärisch

Mit freundlichen Grüßen

